

JUGEND UNTER GENERAL- VERDACHT?

Instrumentalisierung, Protest und
Verfolgung junger Menschen in der
kommunistischen Diktatur

Dokumentation des 27. Bundeskongresses

der Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen

Herausgegeben von Maria Nooke (Die Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur)
unter Mitarbeit von Susanne Kschenka und Nadine Domhardt

Grafik: telegrafik berlin
Gestaltung und Druck: LGB (Landesvermessung und
Geobasisinformation Brandenburg)

Potsdam, 2024

Jugend unter Generalverdacht?

Instrumentalisierung, Protest und Verfolgung junger Menschen in der kommunistischen Diktatur

Dokumentation zum 27. Bundeskongress der Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 24. – 26. Mai 2024 in Erkner

Herausgegeben von Maria Nooke, Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur unter Mitarbeit von Susanne Kschenka und Nadine Domhardt

Grafik: telegrafik berlin

Gestaltung und Druck: LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg)

Potsdam, 2024

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
Begrüßung	
Dr. Maria Nooke	8
Grußworte	
Evelyn Zupke	12
Dr. Robert Grünbaum	15
Henryk Pilz	17
Dr. Dietmar Woidke	19
„Brücke statt Podest. Einige Gedanken zur Vermittlung von Erinnerung“	
Festvortrag Marko Martin	22
Empfang der Präsidentin des Landtages und des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg	33
Jugend in der DDR zwischen Fremdbestimmung und Selbstbehauptung	
Einführung Dr. Peter Ulrich Weiß	35
Hoffnungsträger oder Sicherheitsrisiko? Jugend und Jugendpolitik in der SBZ/DDR	
Vortrag Prof. Dr. Bernd Lindner	37
Podiumsgespräch	52
Diktatur-Erbe in der Seele	
Einführung Silvana Hilliger	64
Psychische Folgen von Sozialisation in der Diktatur	
Vortrag Dr. Agathe Israel	66
Podiumsgespräch	78

Berichte aus den Verbänden	88
Gespräch zum Stand der Aufarbeitung in den Ländern und im Bund	134
Eindrücke vom Bundeskongress	146
DDR – Fußnote der Geschichte?	
Vermittlung von DDR-Geschichte als Herausforderung	152
Einführung Dr. Maria Nooke	152
Podiumsdiskussion	159
Gedenkveranstaltung in Erinnerung an das sowjetische Speziallager in Ketschendorf	
Grußwort Dr. Maria Nooke	192
Grußwort Christoph Fichtmüller	194
Lesung aus Briefen von Angehörigen Internierter, Schülerinnen des Oberstufenzentrums Oder-Spree, Fürstenwalde	197
Gedenkrede Prof. Dr. Ulrike Liedtke	203
Anhang	
Programm	211
Kurzbiographien der Programmbeteiligten	216
Bildnachweis	222

Vorwort

Zum alljährlichen Bundeskongress, ausgerichtet von der Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, trafen sich vom 24. bis 26. Mai 2024 fast 200 Vertreterinnen und Vertreter von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen in Erkner. Unter dem Thema „Jugend unter Generalverdacht? Instrumentalisierung, Protest und Verfolgung junger Menschen in der kommunistischen Diktatur“ fragte der Bundeskongress, wie die Diktatur das Leben Jugendlicher beeinflusst hat, fragte nach Anpassung und Rebellion und nach den langfristigen Folgen der Diktaturerfahrung.

In zwei Podiumsgesprächen wurde mit einem Soziologen, einer Psychoanalytikerin und einer Traumafachberaterin sowie zwei Zeitzeugen das Spannungsfeld einer Jugend in der DDR zwischen Fremdbestimmung und Selbstbehauptung sowie das Diktatur-Erbe in der Seele kenntnisreich diskutiert.

Erstmals sind in der Dokumentation auch die Berichte der Verbände und Aufarbeitungsinitiativen enthalten, die sie bei „Berichte aus dem Verbänden“ vorgestellt haben. Sie geben einen besonderen Einblick in die Vielfalt und Tiefgründigkeit der – meist ehrenamtlichen – Arbeit der Engagierten und in die Vielfalt der Themen,

mit denen sich die Verbände auch 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution für die Aufarbeitung der Diktatur einsetzen. Viele von ihnen haben in ihrer Jugend die Auswirkungen der Diktatur erleben müssen, sodass das Thema des Bundeskongresses viele auch sehr persönlich betraf.

Einen Höhepunkt bildete das Podiumsgespräch am Abschlusstag zum Thema „DDR-Fußnote der Geschichte?“ mit der Bildungssenatorin des Landes Berlin, Katharina Günter-Wünsch, der Geschichtsdidaktikerin Prof. Dr. Kathrin Klausmeier und dem Vorsitzenden des Bundesvorstandes der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschland e. V., Nico Lamprecht, das von Thomas Bittner, rbb, moderiert wurde. Aus unterschiedlichen Gesichtspunkten wurde diskutiert, wie die Geschichte der SBZ/DDR sowie der deutschen Teilung/deutschen Einheit in Schulen und Universitäten in ganz Deutschland stärker vermittelt werden kann, ein hoch spannender Text, den ich Ihnen sehr zum Lesen empfehle. Zudem übergab der Bundeskongress eine Resolution an die Vizepräsidentin der Konferenz der Kultusminister zu diesem Thema mit der Bitte, sich für Veränderungen einzusetzen.

Zum Abschluss des Bundeskongresses fand ein Gedenken in Fürstenwalde/Ketschendorf statt, wo sich von 1945 bis 1947 eines der sowjetischen Speziallager befand, an dem die höchste Zahl an Menschen starb, viele davon in sehr jun-

gem Alter. Jugendliche aus dem Oberstufenzentrum Fürstenwalde/Spree lasen eindrücklich aus Briefen von Angehörigen Internierter – auch diese Texte sind in der Dokumentation enthalten.

Da die in dieser Dokumentation enthaltenen Texte inhaltlich weit über die Beschäftigung auf dem Bundeskongress hinausreichen, hoffen wir, dass die Dokumentation auch als Arbeits- und Anregungsbuch genutzt werden wird.

Dem Bildungszentrum Erkner e. V. Seminar und Tagungshotel und ihren Geschäftsführerinnen, Kerstin Baetke und Susann Widham, danke ich für die hervorragende Begleitung der gesamten Tagung, die von viel Freundlichkeit und Aufmerksamkeit aller Mitarbeitenden des Hauses geprägt war.

Für die inhaltliche und organisatorische Arbeit in der Konzepterstellung, Organisation und Durchführung des 27. Bundeskongresses, die mit viel Einsatz und Freude über fast ein Jahr geleistet worden ist, danke ich dem Team der LAKD sehr herzlich.

Maria Nooke,
Potsdam im Oktober 2024

Begrüßung

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD)

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundeskongresses, sehr geehrte Gäste!

Herzlich willkommen im brandenburgischen Erkner. Ich begrüße die beiden Gastgeber für den Empfang am heutigen Abend, die Vizepräsidentin des Brandenburger Landtages, Frau Richstein und den Ministerpräsidenten von Brandenburg, Herrn Dr. Woidke. Ganz herzlichen Dank für die Einladung zum anschließenden Empfang und für Ihre Zeit, die Sie sich für diesen Kongressauftakt nehmen.

Ich begrüße die Abgeordneten von Bundestag und Landtag, schön, dass Sie unter uns sind. Dies gilt auch für die Staatssekretärin vom Brandenburger Bildungsministerium. Ich hoffe, sie haben viele gute Ge-

spräche heute Abend und erfahren dabei mehr über das, was die Vertreterinnen und Vertreter der Verbände und Aufarbeitungsinitiativen bewegt.

Mein sehr herzliches Willkommen gilt unserem Festredner, dem Schriftsteller und Publizisten Marko Martin. Lieber Herr Martin, wie schön, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Wir sind sehr gespannt auf Ihren Festvortrag.

Und ich freue mich, dass der Bürgermeister von Erkner, Herr Pilz unter uns ist und uns ein Grußwort geben wird. Danke, dass Sie neben dem Stadtfest auch diesen Termin wahrnehmen.

Wir wollen uns bei dem diesjährigen Treffen mit der Frage beschäftigen, was es für Jugendliche bedeutet, in einer Diktatur aufzuwachsen. „Jugend unter Generalverdacht?“ lautet unser Thema. Wir haben dahinter ein Fragezeichen gesetzt. Warum? Darüber werden wir in den nächsten Tagen nachdenken.

Es geht bei diesem Kongress darum, wie kommunistische Diktaturen junge Menschen im Sinne ihrer Ideologie zu instrumentalisieren versuchen und welche Rolle sie Jugendlichen zuschreiben. Wir wollen uns mit der Frage beschäftigen, wie sich Jugendliche in so einem System verhalten. Was passiert, wenn sich junge Menschen den Zwängen zu entziehen versuchen,





warum sie sich anpassen, von der Ideologie begeistern lassen, von der kommunistischen Idee überzeugt sind. Nicht alle haben – wie viele von Ihnen – gegen das System rebelliert, haben den Mut gehabt, ihren Protest zu zeigen, haben sich den Zumutungen des Systems zu entziehen versucht und Freiheit eingefordert. Die meisten jungen Menschen in der DDR haben sich angepasst, nicht wenige waren davon überzeugt, dass sie in dem richtigen Land leben. Aber viele haben auch versucht, sich selbst treu zu bleiben, nicht mitzumachen, und dennoch nicht in die Mühlen des Repressionssystems zu geraten.

Wir werden uns aber auch damit beschäftigen, welche seelischen Folgen es hat, in einem repressiven System aufzuwachsen, und was es für Menschen mit so unterschiedlichen Lebenserfahrungen bedeutet, wenn dieses System überwunden wird und zusammenbricht, wie wir es 1989 erlebt haben. Wir wissen, dass viele der ehemals politisch Verfolgten, gesundheitliche und

seelische Folgen davongetragen haben. Seit Jahrzehnten wird darum gekämpft, die Anerkennung der Gesundheitsschäden zu vereinfachen. Doch auch in dem gerade vorgelegten Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums für eine erneute Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze gibt es dazu wieder keine Vorschläge zur Verbesserung. Dabei könnte man mit einer einfachen Einfügung in den § 21 Abs. 6 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes den Zugang zu Versorgungsleistungen erheblich verbessern, wenn man die Feststellung des ursächlichen Zusammenhangs zwischen Gesundheitsschaden und Verfolgungsgeschehen durch behandelnde, ausgewiesene Fachärzte als ausreichend anerkennt.

Der vorliegende Gesetzentwurf bringt einige Verbesserungen, für die wir Landesbeauftragten uns gemeinsam mit der SED-Opferbeauftragten und den Opferverbänden eingesetzt haben. Aber er hat auch



gravierende Defizite. Wie beschämend ist es, Menschen, die durch Zwangsaussiedlung ihre Wohnung, ihr Eigentum, ihre Heimat verloren haben und an ihren neuen Wohnorten als Gegner, Schädlinge und Nazis diffamiert wurden, 35 Jahre nach dem Sturz der DDR-Diktatur eine Entschädigung von 1.500 Euro anzubieten. Diese Summe war schon für die Entschädigung von Zersetzungsoptionen unverständlich und kränkend. Evelyn Zupke, aber auch die SPD-Bundestagsfraktion, haben bereits klare Position dazu bezogen. Auch sie sind der Auffassung, dass dieser Entwurf nicht akzeptabel ist und im parlamentarischen Verfahren im Bundestag verbessert werden muss. Und dies ist auch ein Appell an die Bundesländer, sich den Verbesserungen nicht zu verschließen! Ich schau dabei zu unserem Ministerpräsidenten, denn das Gesetz ist im Bundesrat zustimmungspflichtig.

Zuvor aber noch ein weiterer Blick auf unser Programm. Für unseren aktuellen gesellschaftlichen Diskurs ist es auch wichtig, darauf zu schauen, was der Systemwechsel mit den Menschen gemacht hat, die von der DDR überzeugt waren oder die durch ihr Mitläufertum das System gestützt haben. Es reicht nicht, die nostalgischen Blicke auf die DDR mit den Schwierigkeiten der Transformationszeit zu erklären. Wo bleibt die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bei der jungen Generation heute? Warum fragen sie ihre Eltern und Großeltern nicht danach, was sie damals gemacht haben? Wie kritisch oder unkritisch sie waren? Welche Rolle sie möglicherweise im Repressionssystem gespielt haben? Warum identifizieren sich so viele junge Menschen mit dem Leben in der DDR, obwohl sie es nicht kennengelernt haben? Familienerzählungen müssen durch eine gute Bildungsarbeit reflektiert, ergänzt

und eingeordnet werden. Wir werden deshalb am letzten Kongresstag darüber debattieren, wie Vermittlungsarbeit zur DDR-Geschichte und zur Geschichte der deutschen Teilung und deren Überwindung in den Schulen intensiviert werden kann. Und wir werden das Defizit an den Universitäten ansprechen, wo es inzwischen keinen einzigen Lehrstuhl zur DDR- oder Kommunismusgeschichte mehr gibt und Lehramtsstudierende, oft ohne jemals über die kontroversen Geschichtsbilder zur DDR-Diktatur diskutiert zu haben, ihre Lehrtätigkeit an den Schulen beginnen müssen. Wir haben zu diesem Panel die stellvertretende Vorsitzende der Kultusministerkonferenz eingeladen, die am Sonntag an der Diskussionsrunde zum Thema „DDR - Fußnote der Geschichte?“ teilnimmt. In diesem Rahmen werden wir ihr eine Resolution übergeben, die an alle Mitglieder der Kultusministerkonferenz gerichtet ist. Darin fordern wir sowohl eine Verbesserung der Vermittlungsarbeit an den Schulen als auch in der universitären Ausbildung. Und die Einrichtung von Lehrstühlen zur Zeitgeschichte mit dem Schwerpunkt Geschichte der sowjetischen Besatzung und der DDR. Solche Lehrstühle brauchen wir, um die kontinuierliche universitäre Lehre und Ausbildung von Lehrkräften abzusichern. Sie haben im Laufe des Kongresses die Möglichkeit, dieser Resolution der Landesbeauftragten, der SED-Opferbeauftragten, der Bundesstiftung Aufarbeitung und des bundesweiten Geschichtslehrerverbandes durch ihre Unterschrift noch mehr Gewicht zu geben. Die Listen liegen ab morgen aus. Bevor ich das Wort an die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke und Dr. Robert Grün-

baum als Mitveranstalter für ihr Grußwort gebe und den Bürgermeister von Erkner zu Wort kommen lasse, möchte ich gern für alle, die zum ersten Mal auf diesem Kongress sind, meine Kolleginnen und Kollegen Landesbeauftragten kurz vorstellen, damit Sie auch wissen, wen Sie ansprechen können – natürlich nicht für die organisatorischen Fragen, oder wenn etwas zu klären ist. Dafür ist mein Team zuständig. Sie erkennen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den blauen Namensschildern.

Grußwort

Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lieber Herr Woidke,
sehr geehrte Frau Landtagsvizepräsidentin,
liebe Frau Richstein,
sehr geehrte Abgeordnete aus dem Bundestag und dem Landtag Brandenburg,
liebe Kolleginnen und Kollegen Landesbeauftragte und der Bundesstiftung,
und vor allem: Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Verfolgtenverbände,

Vor ein paar Wochen saß ich mit zwei Ministerialbeamten in meinem Büro, da nun endlich die Überarbeitung der Reha-Gesetze erfolgen soll. Mit ihnen sprach ich darüber, wo die Probleme heute für die SED-Opfer liegen. Ich sprach von der Op-

ferrente, die durch die Inflation der letzten Jahre fast schon aufgefressen wird. Von den Zwangsausgesiedelten, die bis heute auf eine Würdigung des an ihnen begangenen Unrechts warten. Und natürlich sprach ich von den großen Defiziten bei der Anerkennung der verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden.

Was ich erhielt, war für mich eine überraschende Reaktion:

„Naja, Frau Zupke. 35 Jahre nach dem Mauerfall. Das können wir doch niemanden mehr erklären, dass wir immer noch etwas für die SED-Opfer tun müssen. Wir müssen da endlich den Deckel draufbekommen.“



Verstehen sie mich nicht falsch. Meine Gesprächspartner waren keinesfalls den Opfern gegenüber grundsätzlich feindlich gestimmt. Oder gar irgendwie späte Anhänger des Sozialismus. Mit ihrem Denken und ihren Aussagen aber werfen sie eine Frage auf, die aus meiner Sicht ganz zentral ist: Haben wir in unserer heutigen demokratischen Gesellschaft genug erklärt, was es heißt, in einer Diktatur zu leben? Ist es uns gelungen, deutlich zu machen, wie weit der Schatten der Diktatur reicht? Haben wir für ein Bewusstsein gesorgt, dass es, wenn wir über die Opfer der SED-Diktatur sprechen, eben nicht nur um Inhalte aus den Geschichtsbüchern geht. Sondern um Menschen, die heute in Ost wie West, mitten in unserer Gesellschaft leben?

Wer die Diktatur versteht. Der versteht auch ihre Folgen.

Wie gehen wir als Gesellschaft um mit den Folgen der Diktatur? Wie unterstützen wir die Menschen, die für ihren Einsatz, für ihre persönliche und unser aller Freiheit Repression bis hin zur politischen Haft erdulden mussten?

Die Folgen der Repression zu mildern und die Opfer der SBZ/SED-Diktatur in unserer heutigen demokratischen Gesellschaft besser zu unterstützen, darum wird es in den nächsten Wochen und Monaten gehen, wenn im Bundestag und Bundesrat die Rehabilitierungsgesetze überarbeitet werden. Der Startschuss ist dafür gefallen. Das Bundesjustizministerium hat vorgestern einen Entwurf hierfür vorgelegt. Einen Entwurf mit Licht und Schatten. Mit einer Dynamisierung der Opferrente und der Aus-

gleichleistung für beruflich Rehabilitierte und dem Verzicht der Absenkung dieser bei Renteneintritt sowie dem Verzicht der Einrechnung des Partnereinkommens. Das sind wichtige Punkte. Aber es ist ein Entwurf ohne eine spürbare Erhöhung bei der Opferrente. Und ohne eine angemessene Einmalzahlung für die Zwangsausgesiedelten. Und entgegen dem Koalitionsvertrag keinerlei Verbesserungen bei der Anerkennung der Gesundheitsschäden.

Als Opferbeauftragte des Deutschen Bundestages baue ich hier auf die Kraft des Parlamentes. Darauf, dass wir weitere konkrete Verbesserungen auf den Weg bringen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Dietmar Woidke. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie heute hier sind. Dies ist ein Zeichen der besonderen Wertschätzung gegenüber den ehemals politischen Verfolgten. Und ich möchte heute hier bei Ihnen werben für Ihre persönliche Unterstützung für unser Anliegen.

Über Jahre schon kämpfen die Opferverbände, die Landesbeauftragten und viele in der Politik dafür, dass die Anerkennungsquoten bei den verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden endlich besser werden. Hier in Brandenburg gelingt nur jedem fünften Betroffenen, der um Anerkennung seiner Gesundheitsschäden kämpft, der Zugang zu dauerhaften Leistungen. Das kann und das darf uns nicht zufriedenstellen.

Es sind nicht maßgeblich die Sachbearbeiter in den Versorgungsämtern, die den Opfern die Hilfen nicht gönnen würden. Nein! Es sind Defizite im gesetzlichen Rahmen,

für die der Bund die Verantwortung trägt. Es ist ein Entschädigungsrecht, welches im Wesentlichen auf die Unterstützung von Opfern körperlicher und psychischer Gewalttaten in unserer heutigen Gesellschaft ausgerichtet ist, nicht jedoch den spezifischen Hintergründen der Repression in der Diktatur Rechnung trägt.

Über die Überarbeitung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und damit auch dem zukünftigen Umgang mit der Anerkennung der verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden entscheidet der Bund nicht allein. Ich baue daher in den nächsten Monaten ganz besonders auch auf Brandenburg. Dass Brandenburg sich im Kreis der Länder, aber auch gegenüber dem Bund, für die Opfer der SBZ/SED-Diktatur gerade im Bereich der Gesundheitsschäden einsetzt.

Meine Bitte an Sie. Verankern wir endlich in den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen eine vereinfachte Regelung für die Gesundheitsschäden. Wer zu DDR-Zeiten politisch verfolgt wurde, wer beispielsweise im Gefängnis saß. Bei diesen Betroffenen sollte der Zusammenhang zwischen Erkrankung und erlebter Repression vorausgesetzt werden.

Die SPD hat diesen Vorschlag im Bundestag aufgegriffen und sich klar hierfür ausgesprochen. Und wenn ich sehe, dass die Fraktion des Bundesjustizministers in der letzten Wahlperiode im Bundestag bezogen auf die Gesundheitsschäden sogar die Beweislastumkehr forderte. Dann sage ich klar: Es ist Zeit, dass wir endlich etwas grundsätzlich ändern!

In diesem Jahr begehen wir 75 Jahre Grundgesetz, 35 Jahre Friedliche Revolution und 35 Jahre Mauerfall. Wir blicken dabei auch auf den jahrzehntelangen Widerstand in der SBZ und der DDR. Ein Widerstand, für den tausende Menschen Repression bis hin zur politischen Haft erdulden mussten. Ein Widerstand bis hin zur Friedlichen Revolution, mit dem sie uns unsere Freiheit und unserem Land die Einheit erkämpft haben.

Die Zusage daher, die das wiedervereinigte Deutschland vor nun bald 35 Jahren den Opfern der SBZ und SED-Diktatur im Einigungsvertrag gemacht hat, dass die Opfer des SED-Unrechts-Regimes rehabilitiert und entschädigt werden, sie gilt für mich bis heute unverändert. Den Opfern der Diktatur nicht nur mit Respekt und Anerkennung zu begegnen, sondern sie als demokratische Gesellschaft, jetzt wo sie auf unsere Hilfe angewiesen sind, nach Kräften zu unterstützen. Dies ist unsere gesamtdeutsche Verantwortung, gerade jetzt in diesem besonderen Jahr.

Vielen Dank!

Grußwort

Dr. Robert Grünbaum, Stellvertretender Direktor der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen,

mein herzliches Willkommen an diesem Abend gilt zuvorderst Ihnen. Ich freue mich sehr, Sie im Namen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum diesjährigen Bundeskongress zu begrüßen, der 2024 insbesondere auch Ihre Zeitzeugenschaft, Ihre Arbeit als Erinnerer, Mahner, Aufarbeiter und Bildner sowie Ihre Erinnerungen und Erfahrungen als Verfolgte kommunistischer Gewaltherrschaft und Opfer des SED-Unrechts ins Zentrum rückt.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident Woidke, sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Richstein, sehr geehrter Herr Bürgermeister Pilz, lieber Herr Martin, liebe Maria Nooke und liebe Kolleginnen und Kollegen Landesbeauftragte, liebe Frau Zupke, liebe Gäste,

Erwachsen werden im Sozialismus: Laut Jugendgesetz der DDR von 1964 war dies angeblich die sichere Garantie für eine glückliche Zukunft. Weil die Jugend in den Augen des SED-Regimes „Bauherr des Sozialismus“ sein sollte, versprach man ihr „Vertrauen“ und „Verantwortung“. Das Kalkül dahinter: Im Gegenzug würden sich die jungen Menschen durch „Tatendrang“ und „Lerneifer“ für den Aufbau des Sozialismus einsetzen. Diese Rechnung ging freilich – das wissen Sie zum Teil aus eigener



Erfahrung – nicht auf. Viele Jugendliche merkten rasch, dass sich das versprochene Vertrauen als Misstrauen und Repression entpuppte und die in Aussicht gestellte (gesellschaftliche) Verantwortung vielmehr Normierung, Instrumentalisierung und Gängelung bedeutete.

Es gab in der DDR trotzdem viele junge Menschen, die den Mut fassten, dem verlogenen Versprechen zu widerstehen und offen zu widersprechen. Im Untertitel unseres Kongresses sind diese Verben – widerstehen und widersprechen – mit Fragezeichen versehen: Denn wir wissen, dass

nicht alle jungen Menschen in der DDR diesen Mut aufgebracht haben, sondern – auch das mit Fragezeichen versehen – mitgemacht haben. Oder zumindest die Verlogenheit des Regimes erduldet haben. Diesen verschiedenen, bewussten und unbewussten Lebensentscheidungen junger Menschen möchten wir in den kommenden zwei Tagen nachgehen; wohlwissend, dass das Finden einer eigenen Position und eigener Werte schon unter „normalen“ Umständen – also nicht in einer Diktatur – zu den schwierigsten Herausforderungen des Erwachsenwerdens gehört: Unsicherheiten, Orientierungslosigkeit, Beeinflussbarkeit – auch heute schlagen sich Teenager und Jugendliche damit herum. Der Unterschied ist: Sie tun es ohne ideologische Dauermanipulation, ohne die Gefahr sozialer Isolation und drakonischer Strafen und ohne die Angst vor Sippenhaft für Freundinnen und Freunde oder die eigene Familie. Dennoch sind – so zeigte erst kürzlich die Trend-Studie „Jugend in Deutschland 2024“ – 14- bis 29-Jährige noch nie so pessimistisch gewesen wie heute.

Das heißt: Noch nie hatten Jugendliche so wenig Vertrauen in die Gegenwart und setzten so wenig Hoffnung in die Zukunft. Auch darüber müssen wir reden und versuchen, Antworten darauf zu finden, was das über unsere Demokratie aussagt und wie wir das ändern können. Vielleicht hilft ja ein Blick in die Vergangenheit. Denn indem wir uns an eigene leidvolle Erfahrungen, aber auch an den eigenen Mut oder mutige Vorbilder erinnern, können wir wichtige Unterschiede benennen zwischen dem Aufwachsen in Diktatur und Demokratie; diese geraten heute leider – und nicht nur

bei jungen Menschen – mitunter durcheinander. Hier liegt noch viel Aufklärungs- und Bildungsarbeit vor uns allen.

Liebe Gäste, zwei Wochen vor den Europawahlen, wo erstmals Jugendliche ab 16 Jahren zur Stimmabgabe aufgerufen sind, haben wir wichtige Fragen – und ich bin mir sicher – fruchtbare Gespräche vor uns. Ich wünsche Ihnen einen guten Kongress und danke Frau Nooke und ihrem Team ganz herzlich für die ausgezeichnete Vorbereitung.

Grußwort

Henryk Pilz, Bürgermeister der Stadt Erkner

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

auf die Einzelbegrüßung verzichte ich jetzt
und möchte gleich vorweg als Bürgermeis-
ter meinen Respekt zollen.

Ich sehe Ihre Arbeit als sehr wichtig an und
gehe sehr demütig damit um. Die Betrof-
fenheit, die Sie global im größeren Rahmen
betrachten und auch über einen politi-
schen Rahmen begleiten, die erleben wir,
glaube ich, immer noch, so lange nach der
Wende vor Ort.

Ich möchte nicht über Verklärung reden
oder falschen Umgang. Ich möchte über
die Stadt reden.



Ich möchte Ihnen kurz einen anderen Blick-
winkel geben, damit Sie sich umso mehr
weiterhin auf die wichtigen Dinge konzen-
trieren können.

Ich heiße Sie herzlich willkommen hier in
unserer Gerhart-Hauptmann-Stadt, hier im
Bildungszentrum Erkner zu Ihrem 27. Bun-
deskongress. Es ist eine besondere Ehre
für uns, Sie hier in unserer Stadt begrüßen
zu dürfen. Erlauben Sie mir ein paar kurze
Worte zu unserer Stadt.

Als Wohnstätte des Fischer Hans wurde die-
ser Ort – und jetzt gehen wir mal ganz weit
zurück – 1579 im Rüdersdorfer Kirchbuch
das erste Mal erwähnt. Da hieß er noch Ar-
chen-Au. Das heutige Erkner, das seit 1998
als erste Kommune nach der Wende das
Stadtrecht erhielt, sind heute 12.200 Men-
schen. Wir sind eine bunte Mischung und
darauf können wir auch stolz sein, dass wir
diese bunte Mischung sind, und zwar aus
Kindern, aus Erwachsenen, aus Migranten,
aus alteingesessenen Ur-Erkneranern, aus
Weitgereisten und aus Wiederkehren. Dar-
auf können wir stolz sein.

Die Entwicklung unseres Ortes – und jetzt
kommen wir wieder in die Geschichte
– ist eine ganz wichtige, relevante, auch
zu DDR-Zeiten, die man nicht vergessen
darf. Erkner ist sozusagen die Wiege des
Kunststoffes. Wir reden hier über Phenol-
harze und erste Industrialisierung. Jeder
kennt es vielleicht noch, hier wurden die

Kunststoffteile für den Trabant entwickelt und hergestellt.

Wir reden aber auch über ein Grenzleben. Ich habe hier schon ein paar bekannte Gesichter aus Berlin gesehen. Wir sind hier die Tangente des Landes Brandenburg zur Hauptstadt Berlin. Eine Verwaltungsgrenze, die als Grenze für die Menschen gar nicht mehr da ist. Damals war es aber noch eine harte Grenze.

Ich bin hier groß geworden, und ich hatte hier noch die Sowjetmacht mit den sowjetischen Soldaten an der Straße stehen. Und wir dürfen nicht vergessen, dass wir das Wachregiment Dzierżyński der Staatsicherheit hier um die Ecke hatten. Wir waren ein Einzugsgebiet. Ich bin in die Feliks-Edmundowitsch-Dzierżyński-Schule gegangen.

All diese Dinge gehören zusammen und wir müssen damit offen und ehrlich umgehen. In meinem privaten Freundeskreis erlebe ich auch, dass man dieses Thema der DDR mit allem drum und dran schönzureden versucht. Aber wir leben hier immer noch mit vielen Menschen, die genau dieses System der DDR hier gelebt haben. Und ich bin ein Stück weit stolz bin auf die Erkneraner, dass sie das auch nicht weg reden. Es ist da. Es ist unsere Geschichte. Lasst uns damit sachlich umgehen. Das ist mir ganz wichtig.

Ich wünsche Ihnen – das muss ich nochmal betonen – respektvoll für Ihre Arbeit und für diese wichtige Veranstaltung alles Gute und dass die Themen konstruktiv auch in den politischen Raum getragen

werden. Dass sich die Gesellschaft weiterentwickelt, dass es keinen Stillstand gibt, das ist ganz wichtig. Und dass wir auch mit Geschichte umgehen, die es wert ist und uns nicht nur kurz vom politischen Zeitgeist treiben lassen. Wir leben heute in einer angestrengten politischen Situation, das dürfen wir alle nicht vergessen. Und wir erleben auch, dass viele Sachen nicht ehrlich angegangen werden.

Herzlichen Dank, dass Sie sich so engagieren. Herzlichen Dank, dass Sie auch eine Stimme zeigen. Herr Ministerpräsident Woidke, herzlichen Dank, dass Sie sich genau dem Thema auch persönlich annehmen, sich diese Geschichten selbst anhören, ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Zeichen.

Und – das möchte ich noch sagen – vor allen Dingen habe ich die Erfahrung gemacht, dass Sie ein Ministerpräsident sind, der überall sein Ohr hat. Herzlichen Dank dafür, das möchte ich noch einmal persönlich sagen.

Ich wünsche Ihnen hier und an den nächsten Tagen konstruktive Gespräche. Und wenn Sie doch Zeit finden sollten, kommen Sie zu mir in die Stadt, wir haben Heimatfest. Da können Sie vielleicht noch mal kurz entspannen, damit Sie weiter mit Kraft arbeiten können.

Viel Erfolg und vielen Dank!

Grußwort

Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg



Liebe Maria Nooke,
lieber Bürgermeister, lieber Herr Pilz,
liebe Frau Morawe,
liebe Evelyn Zupke,
liebe Vizepräsidentin des Landtages, liebe
Barbara Richstein,
verehrte Vertreter der Bundesländer,
verehrte Vertreter von Initiativen, die sich
mit der Aufarbeitung des zu DDR-Zeiten
geschehenen Unrechts nach wie vor be-
schäftigen und beschäftigen müssen.
Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich bin heute aus einem guten Grund sehr
gerne hierhergekommen, weil es im Mai
2012 war, dass ich das erste Mal genau
an dieser Stelle Gelegenheit hatte, zu ei-

nem solchen Kongress der Beauftragten
zu sprechen. Ich war damals Innenmini-
ster im Land Brandenburg. Und dieses da-
malige Treffen hat dazu geführt, dass wir
später - damals schon mit Ulrike Poppe -,
später mit Maria Nooke, aber auch mit an-
deren in Brandenburg, einen guten Weg
eingeschlagen haben. Dies gilt auch in der
Zusammenarbeit mit den Organisationen,
mit den Vereinigungen, die sich der Aufar-
beitung des zu DDR-Zeiten geschehenen
Unrechts verpflichtet fühlen und bis heute
diese Pflicht verspüren.

Und, meine sehr verehrten Damen und
Herren, wenn ich das so sage, dann sage
ich das auch heute entschuldigend. Wir
sind im Laufe der Zeit zwar vorangekom-
men, aber wir haben viel zu spät damit an-
gefangen.

Das gilt gerade vor dem Hintergrund, was
wir von der Bundesbeauftragten Evelyn
Zupke gehört haben. Dass wir weiterhin,
fast 35 Jahre nach dem Fall der Berliner
Mauer, darum kämpfen müssen, dass den
Menschen, denen zu DDR-Zeiten nicht nur
Unrecht widerfahren ist, sondern die teil-
weise auch ihre körperliche Unversehrtheit
eingebüßt haben und damit auch ihre Ge-
sundheit dauerhaft verloren haben, dass
diese heute noch in großen Teilen darum
kämpfen müssen, dafür entschädigt zu
werden. Das ist kein Ruhmesblatt für die
Bundesrepublik Deutschland im 75. Jahr
unseres Grundgesetzes. Und deswegen

kann ich Ihnen hier versichern, dass wir uns von der Landesseite gemeinsam mit Maria Nooke, gemeinsam mit Barbara Richstein, gemeinsam mit dem Landtag dafür stark machen, um dieses Unrecht zu beseitigen. Denn gerade – und das ärgert viele Opfer und ich habe mit vielen gesprochen –, wenn heute nach wie vor hunderte Millionen an Sonderrenten – nicht nur für, aber auch für Menschen, die im Unrechtsapparat der DDR direkt beteiligt waren – gezahlt werden, und auf der anderen Seite über jeden Euro diskutiert wird, der den Opfern dieser Diktatur zugutekommen soll, ist das ein Ungleichgewicht. Und dieses Ungleichgewicht muss weg.

Und es geht noch um andere Fragen, so um die Frage, die mich immer wieder umtreibt: Wie gelingt die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Ich habe gedacht, dass ein bisschen Zeit vergehen muss und dann kommen wir dahin, dass dann immer



klarer wird, wie denn diese DDR-Diktatur funktioniert hat. Es gab die böse Stasi und war alles andere gut? Alle anderen haben ganz normal ihre Arbeit gemacht und hatten mit dieser Diktatur eigentlich gar nichts zu tun gehabt? Das ist die Leimrute, die Anfang der 90er Jahre ausgelegt worden ist und auf der wir heute noch unterwegs sind.

Wer sich gerade mit der Frage der Jugend in der DDR beschäftigt, der kommt zu vielen weiteren Fragen. Welche Rolle hat Erziehung in der DDR gespielt? Welche Rolle haben Schulen in der DDR gespielt? Wie wurde auf Kinder und Jugendliche in den Schulen von Lehrkräften, von Direktoren dieser Schulen Druck ausgeübt? Wie wurde, wenn dieser Druck von den Lehrkräften nicht geholfen hat, teilweise noch auf Eltern Druck ausgeübt? Das sind alles Dinge, die passiert sind, die auch in meiner ganz persönlichen Biografie passiert sind. Welche Verantwortung hat ein Lehrer getragen? Welche Verantwortung hat ein Schuldirektor getragen in einer Dzierzynski-Schule hier in Erkner oder in der EOS Rudolf Rothkegel in Forst? Und was passierte, wenn Jugendliche nicht so funktioniert haben, wie es der Staat wollte, wie es die Schulleitung wollte, wie es der entsprechende Lehrer wollte?

Bei mir stand in der elften Klasse der schöne Satz im Zeugnis: „Dietmar muss seine Einstellung zur Rolle eines Kadern überprüfen“. So, wie Sie reagieren, reagieren die meisten, denen ich das erzähle. Vor allen Dingen, wenn sie noch aus dem Westen kommen. Das hört sich dann lustig an, aber es ist ungefähr genauso, wenn heute in einer Personalbeurteilung geschrieben wird:

Dietmar hat sich stets bemüht. Der Effekt war derselbe: Das war die elfte Klasse und mit genau diesem Zeugnis bewirbt man sich später um einen Studienplatz, den man natürlich dann nicht bekommt, weil man damit als Querulant in der DDR sozusagen gebrandmarkt ist. Ich habe das ganz persönlich so erlebt. Ich muss aber auch sagen, ich hatte Glück, ich hatte Rückhalt. Die Kirche hat eine wichtige Rolle bei mir gespielt, die Studentengemeinde in Berlin hat eine wichtige Rolle gespielt, vieles andere mehr. Aber es ging vielen Menschen ganz anders.

Und deswegen ist gerade auch dieser Bereich Kinder und Jugend in der DDR ein ganz wichtiger Bereich, der über die Generationen sich verändert hat. In den 50er Jahren gab es die offene Verfolgung und Ausgrenzung von Menschen, die sich beispielsweise einer jungen Gemeinde engagiert haben. Später nach Mauerbau wurde es etwas subtiler, aber immer noch wurde mit Druck und Unterdrückung gearbeitet. Und es gab eine Mischung aus Brutalität, Banalität und Benachteiligung.

Und deshalb auch die Frage: Wie funktioniert Diktatur? Das ist eine interessante Frage, die wir uns immer wieder schon deshalb stellen müssen, damit eine Diktatur für die Zukunft verhindert wird. Auch gerade jetzt im 35. Jahr nach dem Mauerfall. Jetzt auch gerade zum 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes. Es kann niemand hundertprozentig ausschließen, dass es bestimmte Mechanismen aus der Vergangenheit in ähnlicher Art und Weise auch wieder geben kann. Ganz einfach, Angst verbreiten, mit Nachteilen zu drohen oder

aber Vorteile versprechen, wenn man sich dem System gut anpasst. Und das alles sind viele Gründe, um sich damit auseinanderzusetzen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die sich in großen Teilen ehrenamtlich dafür einsetzen, dass den Menschen, die in der DDR Unrecht erfahren haben, Gerechtigkeit widerfährt. Wir haben da allesamt noch viel zu tun. Und die Liste ist in den letzten Jahren länger geworden. Und deswegen drängt uns auch die Zeit. Lasst uns damit beginnen. Wir müssen noch intensiver weiter an diesen Fragen arbeiten.

Liebe Evelyn Zupke, du hast im Land Brandenburg immer einen klaren Unterstützer. Alles Gute. Ich wünsche euch viel Erfolg für den 27. Kongress hier in Erkner. Ihr seid uns sehr willkommen, danke dass ihr hier seid.

„Brücke statt Podest. Einige Gedanken zur Vermittlung von Erinnerung“

Festvortrag

Marko Martin, Schriftsteller und Publizist

Meine Damen und Herren,

es zählt zu den Usancen einer Rede, insbesondere einer Festrede, dass der oder die Vortragende sogleich zu Beginn mitteilt, welche Ehre es bedeute, hier im jeweiligen Rahmen sprechen dürfen. Das ist höflich und löblich, wenngleich mitunter nicht ohne eine gewisse Routine. Lassen Sie es mich deshalb gleich zu Beginn sagen: Ja, ich bin *wirklich* dankbar, heute hier bei Ihnen zu sein. Jede und jeder von Ihnen sorgt mit immenser Kraft und Leidenschaft dafür, dass die Geschichte der

SED-Diktatur – und nicht zuletzt deren fatale Spätfolgen – nicht aus dem individuellen und dem kollektiven Gedächtnis verschwinden. Und diejenigen unter Ihnen, gewiss die meisten, die die DDR noch bewusst erlebt hatten, waren bereits zu jener Zeit widerständig gewesen.

Ich hätte deshalb viele von Ihnen gern schon damals gekannt; es hätte womöglich zusätzliche Kraft gegeben bei den harschen Vorladungen in Direktoren- und später Lehrmeisterzimmer ob meiner Nicht-Mitgliedschaft bei den Pionieren und der



FDJ und der nachfolgenden Verweigerung der vormilitärischen Ausbildung, die dann zum Rausschmiss aus der Lehre führte.

Wie es im Kongresstitel heißt: „Wie prägt Herkunft Erinnerung und Aufarbeitung?“. Ich höre noch heute die Worte meines Vaters, als ich zum ersten Mal allein zur sogenannten „Abteilung Inneres des Rates des Kreises“ im sächsischen Rochlitz vorgeladen wurde, um mich zu rechtfertigen für meine Wehrdiensttotalverweigerung und den Antrag auf Ausreise aus der DDR, der bereits zuvor zusammen mit der Familie gestellt worden war, den ich als nunmehr 18jähriger nun jedoch auch persönlich zu verantworten hatte.

„Denk´ mal an all die anderen“, hatte mein Vater gesagt, „von denen wir aus dem Westfernsehen erfahren haben. Denn was die hier im Land gewagt haben und weiter wagen...“ Und es war kein pathetisches Mahnen gewesen, sondern ein fast schon sportlich-kompetitives Mutmachen. Aus seiner eigenen Gefängniszeit 1970 bis 1972 auf dem Chemnitzer Kaßberg, in Freiberg und im vogtländischen Plauen hatte Vater dazu noch allerlei nützliche Tipps – damit ich dann beim erwartbaren Auftauchen der Stasi-Leute im Rochlitzer Amtszimmer mich weder provozieren noch ins Bockshorn jagen ließ. „Erstens: Stell dir diese Typen in Unterhosen vor. Zweitens: Stell dir vor, dass du irgendwann im Westen *genau darüber* sprechen wirst.“

Am 19. Mai vor genau 35 Jahren kamen wir dann schließlich in jenem Westen an, und ich stelle mir vor, dass mein letztes Jahr am Bodensee verstorbener Vater sich wohl ebenfalls gefreut hätte, Sie alle hier im Saal zu sehen und kennenlernen zu können.

Was ich von ihm gelernt habe, schon sehr frühzeitig: Ja, selbstverständlich gibt es so etwas wie einen „Erfahrungsvorsprung“. Um produktiv und hilfreich zu werden, dürfte sich dieser Vorsprung freilich nicht auf ein Podest stellen, sondern müsste stattdessen versuchen, *Brücke* zu sein. Je konkreter und alltagsnäher desto besser – die analytische Einordnung käme dann im zweiten Schritt.

Als Schriftsteller könnte ich wohl keine einzige Zeile schreiben, wenn ich nicht genau davon überzeugt wäre: Aus so präzise wie möglich erinnerten Ereignissen und Erlebnissen können *Erfahrungen* entstehen, die einordnen, vergleichen und dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede offenbaren. Das ist keineswegs eine rein wissenschaftliche Kür, sondern versetzt uns in die Lage, mit anderen Menschen – nicht zuletzt mit denen aus einer jüngeren Generation – zu kommunizieren. Was nämlich weit mehr als eine Binsenwahrheit ist: Kein Austausch und keine Erfahrungsvermittlung ohne die feste Überzeugung, ohne die emotionale Grundsicherheit, dass Austausch und Erfahrungsvermittlung eben *möglich* sind – vielleicht nicht immer und überall, so aber doch viel öfters und bei viel mehr Menschen, als wir in zaghaften Stunden zu hoffen wagen.

Weshalb sage ich das? Weil das, was Wolf Biermann einst seinem Freund Peter Huchel dichtete, was ihn zu den unsterblichen Zeilen seiner „Ermutigung“ inspirierte (Sie kennen es ja: „Du, lass dich nicht verhärten/ in dieser harten Zeit/ Die allzu hart sind, brechen, / die allzu spitz sind, stehen/ (...)/ Du, lass dich nicht verbittern/

in dieser bitt'eren Zeit“ usw. usw.), weil das, was damals in den sechziger Jahren der Ulbricht-Zeit Peter Huchels Einsamkeit und Isolation im stasi-observierten brandenburgischen Wilhelmshorst war, ja vielleicht – wenn auch auf andere und gewiss behaglichere Weise – wiederkehren könnte. Denn kennen wir ihn nicht alle, den Sound der *Entmutigung*: Niemand hört uns zu, die Jugendlichen und jungen Leute von heute lesen nicht mehr und vermögen kaum noch, sich zu konzentrieren, die DDR und deren Repressions-Mechanismen sind für sie inzwischen nicht einmal mehr „böhmische Dörfer“ (da sie von dieser Redewendung ja ebenfalls noch nie gehört haben, all die stupiden Smartphone-Instagram-TikTok-Konsumenten), jedes Jahr wird die Erinnerung schwächer, *time is not on our side*... Und so ließ sich das kulturpessimistische Lamento endlos fortsetzen, könnte in den Sitzreihen ein kollektiv resigniertes Kopfnicken choreografieren – und würde gerade deshalb noch zusätzlich schwächen.

Dann schon lieber die reflektierte Strenge eines Joachim Fest: „Unter den Gefährdungen freiheitlicher Systeme steht das Empfinden der Ohnmacht obenan, und dessen Wortführer waren seit je die sichersten Beförderer jenes Menetekels, das sie von allen Wänden lasen. Etwas ganz anderes dagegen ist die heilsame Furcht vor der Zukunft. Der ehemalige polnische Bürgerrechtler Bronislaw Geremek hat unlängst bemerkt, dass die freiheitlichen Systeme, und schienen sie noch so gefestigt und belastbar, immer gefährdet sein werden. Man kann noch einen Schritt weitergehen und einiges an der Vermutung finden, dass

diese freiheitlichen Systeme ein Experiment wider die Wahrscheinlichkeit sind. Auch historisch haben sie häufig den Charakter von bloßen Zwischenspielen gehabt, kurzen erwartungsvollen Entr'actes, ehe die alten bösen Lieder wieder angestimmt und von Millionen mitgesungen wurden.“

Joachim Fest hatte diese Überlegungen „Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft“ übrigens bereits 1993 publiziert. 1993, als an eine Struktur der DDR-Aufarbeitung – deren Existenz ja all Ihnen hier im Saal zu verdanken ist – überhaupt noch nicht zu denken war. 1993, in denen die Wahlerfolge der damaligen PDS zu Recht die Befürchtung weckten, dass die SED-Erben, die einstigen Mitläufer und Täter, nun sogar im wiedervereinten Deutschland ihr Schönfärben der DDR konsensfähig machen könnten. 1993, als von Belgrad aus der ehemalige kommunistische Genosse Milosevic und seine Spießgesellen die großserbischen Massenverbrechen ins Werk setzten, das westliche Europa wie paralyisiert zuschaute, und nicht nur Genosse Gysi vor allem damit beschäftigt war, auf sogenannten „Friedensdemonstrationen“ vor einem militärischen Eingreifen des Westens zu warnen, da dieses ja nur zu einer „Eskalation der Gewalt“ führen könne. Und so ließ man Milosevic, Karadzic und all die anderen noch zwei Jahre lang weitermorden, ließ die Zivilisten von Sarajewo, von Goradze und Srebrenica schmählich in Stich...

1993, meine Damen und Herren! Und wenn Sie sich nun fragen, worin ausgerechnet in solch düsteren Erinnerungen das *Ermutigende* stecken solle – und was all diese Zickzack-Reflexionen mit dem diesjährigen Kongressthema zu tun haben

– dann gestatten Sie mir, zum Ausgangspunkt zurückzukehren: *Erfahrungen sind vermittelbar.*

Schon aus dem Grund, weil Unrecht und Unterdrückung – samt deren Leugnung – immer wieder in neuen Formen auftritt und Wege findet, um Menschen zu kujonieren, im schlimmsten Fall gar auszulöschen. An diesen Wegkreuzungen sollten wir – als Mindestes, was wir tun können – präsent sein, hör- und sichtbar als Chronisten und Berichterstatter. Das in Festreden (und leider auch in manchem Kopf, in mancher Selbst- oder Fremdwahrnehmung) allzu hurtig auftauchende Begriffspaar „Mahner und Warner“ möchte ich an dieser Stelle freilich eher meiden: Es ist zu wehevoll und zu abgehoben, erinnert fatal an Toga und Podest – und das wäre gewiss das letzte, was wir benötigen.

Jugend und ihre Erfahrungen (in der DDR). Was könnte spannender und gegenwartsrelevanter sein? Da gibt es diesen wunderschönen Vers des irischen Dichters William Butler Yeats: „Ich träum´ vom Antlitz das ich hatte, ehe die Welt begann.“ Was aber, wenn zu den Träumen auch real gewordene Alpträume gehörten, wenn das Antlitz schon in ganz jungen Jahren mit der staatlich organisierten Zumutung konfrontiert gewesen war, zur Zustimmungsmaske zu werden – und diejenigen, die sich zumindest passiv verweigerten, Zuflucht suchen mussten zum mürrischen Pokerface? Ein emotionaler Ballast, der sich – wie wir seit 1990 allzu gut wissen – auch in einer Demokratie nicht allzu leicht abschütteln lässt, umso mehr Demokratie, die hochkomplexe, lebendige und daher dauer-konfliktuöse,

ja keineswegs die Vorstufe eines irdischen Paradieses ist (und dies, im Unterschied zur Diktatur, auch nie behauptet hat).

Jugend in der DDR zwischen Anpassung und Renitenz, Unterdrückung, Resignation und Aufbegehren – wobei vor allem die Zwischentöne, Farbabstufungen, die Handlungs- und Bewusstseinsübergänge einschließlich von Konsequenzen, aber auch Inkonsequenzen, das Spannendste sein könnten. Nicht zuletzt deshalb, weil sie uns an etwas ungemein Wichtiges erinnern: Selbst in einer Diktatur – und schon gar in der späten DDR der siebziger und achtziger Jahre – gab es unendlich viele Verhaltens-Optionen, und so beschrieb ein „Tja, da kannst du nüscht machen“ deshalb eher den Status persönlicher Trägheit als das Potential des Handelns. Das gleiche gilt für die beliebte Entlastungsformel „Wir mussten ja“.

Dennoch an dieser Stelle ein entschiedenes Stop. Obwohl – oder gerade weil – hier in diesem Saal so viele versammelt sind, die anhand ihrer eigenen Biographie nachweisen können, dass Mann/Frau eben keineswegs und immer entweder „musste“ oder „nüscht machen konnte“. Wohl wahr! Aber, versuchen wir es in Erinnerung zu behalten: Eine Wahrheit, die sich aufs Podest begibt (und wir alle wissen, das geht schneller als gedacht, auch im nachvollziehbaren Wunsch, mit der eigenen Stimme vernehmlich zu werden im empörenden Entlastungs-Gegrummel der allzu Vielen), gerät in Gefahr, steril zu werden und monologisch – und abschreckend womöglich just für jene Jüngeren, die doch eigentlich noch überaus erfahrungsoffen sind.

Erinnerungen, die mit Unterdrückung, mit Widerstand, Widerrede oder auch mit Angst und Wegducken verknüpft sind, begleiten uns ja durch die Zeiten, und was Jugendlichen einst in der DDR geschehen war – wogegen sie aufbegehrten oder auch nicht – ist noch immer spürbar in gegenwärtigen Verhaltensmustern. Das im Gespräch mit Jüngeren herauszuarbeiten, ohne paternalistisch zu moralisieren, wäre die bleibende Herausforderung, die große Kunst – die sich natürlich ihrerseits wiederum auf Kunst, auf Filme und Bücher beziehen kann. Da sogenannte „Einzelfälle“, subtil und emotional ergreifend dargestellt, doch so unendlich viel aussagen über das gesellschaftliche Geflecht, innerhalb dessen sie geschehen. Ein Kinofilm wie etwa „Das schweigende Klassenzimmer“, vor einigen Jahren herausgekommen, vermag jedenfalls die angstgeschwängerte Atmosphäre der frühen fünfziger Jahre ebenso präzise und beklemmend aufzurufen wie er – anhand einer wahren Geschichte – auch davon erzählt, dass es selbst damals Möglichkeiten gab, sich Verrat und Kotau zu entziehen.

Nicht zu vergessen die im Jena der frühen siebziger Jahre entstandenen Prosastücke von Jürgen Fuchs. Hatte er in seinen bis heute auch stilistisch nicht veralteten „Gedächtnisprotokollen“ doch so ungeheuer eindringlich die diversen Zurichtungs-Riten des DDR-(Schul-)Alltags beschrieben und danach in den achtziger Jahren in West-Berlin in seinen Romanen „Fassonschnitt“ und „Das Ende einer Feigheit“ auch die seelischen und physischen Gewaltverfahrungen in der ostdeutschen Armee. Und wie aktuell die von Jürgen Fuchs nach Mauerfall gestellten Fragen: Wie und auf

welche Weise wird in den DDR-geprägten Familien inzwischen über das vermeintlich „Vergangene“ gesprochen? Wie wird die Zeit in den Jungen Pionieren, bei der FDJ, in der „Deutsch-Sowjetischen Freundschaft DSF“, in der paramilitärischen „Gesellschaft für Sport und Technik GST“ oder bei den betrieblichen Kampftruppen erinnert, ganz zu schweigen von der Mitgliedschaft in der SED, in den gleichgeschalteten Blockparteien oder bei Polizei, Armee und Staatssicherheit? Und vor allem: welche damaligen Verhaltensmuster werden da vermutlich weitergegeben – im selektiven Erinnern, im verschämten oder aggressiven Verschweigen, im rechtfertigend geführten oder gänzlich verweigerten Generationengespräch – oder, stets aktuell, im verbitterten Schimpfen über „die da oben“?

Und all das lange vor dem gegenwärtigen Gerede von einer „DDR.2000“, in der „man“ sich angeblich nicht frei artikulieren könne. Wer seine Bücher heute wieder liest (die meisten seltsamerweise nur noch antiquarisch erhältlich sind), müsste deshalb gar nicht erst spekulieren, wie Jürgen Fuchs die heutigen Demagogen samt ihres Anhangs beschrieben hätte. Nämlich gewiss nicht von der Bühne folgenlos moralischer Empörung herab, sondern furchtlos aus der Nähe, in Augenhöhe. So wie er damals brüllende oder mit Unterordnung lockende Lehrer, Lehrmeister, Parteisekretäre, Stasi-Vernehmer und Politoffiziere beobachtet hatte – einschließlich der (Nicht-)Reaktionen seiner sächsischen Mitschüler, thüringischen Kommilitonen oder der „Spind-Kameraden“ aus der gesamten DDR. All diese Härte, der Sadismus der Machthaber und dazu die Strategien derer, die entwe-

der versuchten, da ebenso mitzutun oder sich wegzuducken als vermeintlich völlig unschuldiger, resigniert abwinkender „kleiner Mann“. Und wenn man – und tatsächlich handelte es sich da vorrangig um eine triste Männerwelt – genug getrunken hatte und sich unter seinesgleichen wähnte, wurden dann eben auch antisemitische oder sogenannte „Polenwitze“ gerissen, ließ man „Adolf“ hochleben und fühlte sich dabei sogar wie Hauptdarsteller in einer Oppositions-Travestie.

Diese Menschen der Jahrgänge um 1950 sind größtenteils auch weiterhin unsere Zeitgenossen; inzwischen Anfang siebzig, haben sie Kinder, die ebenfalls noch die DDR-Realität erfahren hatten und dazu bereits erwachsene Enkel, womöglich gar Ur-Enkel. Die Bücher von Jürgen Fuchs, dessen Maxime „Sagen, was ist“ lautete, könnten deshalb auch noch im Jahr 2024 ungemütlich aktuelle Augenöffner sein.

Ich selbst habe bei Schulveranstaltungen, bei denen ich von der eigenen DDR-Kindheit und Jugend ausgehend immer auch auf die Texte anderer Bezug nehme, wieder und wieder erlebt, wie gerade Jürgen Fuchs´ ruhig insistierendes Sprechen und Schreiben auch heutige Jugendliche zu packen vermag, sie an eigene Gefährdungen erinnert – und oftmals auch an einen ganz neuen Blick provoziert auf die partiell schön gepinselten DDR-Bilder ihrer Eltern.

Oder jenes Gedicht von Utz Rachowski, einem weiteren Renitenten aus dem sächsischen Vogtland, der 1980 nach politischer Haft nach Westberlin abgeschoben worden war. Es trägt den Titel „Jugend“.

*Ich war unter ihnen/ schon der Fremde/
den Mitstudenten// Ist Ihr Vater Genosse?/
Fragte die Kommission/ bei der Aufnahme-
prüfung// und hatte Zweifel/ An die Tafel
geschickt/ rechnete ich ihnen// exakt vor
was Stoff/ wurde an der Fakultät/ in Phy-
sik in zwei Jahren// Da nahmen sie mich//
Abseits/ unter ihnen/ war ich schon der
Fremde// jetzt tanzten sie/ wiegten sich/
schmiegt die Körper// meine Mitstu-
denten/ sonst so geradlinig/ hautnah der
Macht// zu einem Lied von Wishful Thin-
king/ Hiroshima// Ich würde bald brennen/
der Wünsche wegen/ meiner Gedanken//
Sie aber würden/ einst erzählen sagen/ es
sei ihre Jugend gewesen*

Poesie als Widerhaken. Und erneut als Brücke. Da gab es nämlich sogar eine Verbindung von den Südstaaten der USA in die DDR der siebziger Jahre, die ja viele von Ihnen noch selbst erlebt haben. Über seine verwunschene Kindheit unter Pater-nosterbäumen, vor den Fliegengittertüren und auf den Schaukelstühlen lädiierter Veranden hatte der Nachbarsjunge von Harper Lee – Sie kennen vermutlich deren Roman „Wer die Nachtigall stört“ und die nicht minder berühmte Verfilmung mit Gregory Peck – einen Kurzroman geschrieben, der seinerseits ebenfalls Kultstatus erlangte. Der Name des Autors war Truman Capote, sein Buch trug den Titel „Die Grasharfe“, und darin finden sich zwei Sätze, die bei Ihnen ganz gewiss etwas zum Klingen bringen werden. *Ich war elf, später wurde ich sechzehn. Verdienste erwarb ich mir keine, aber es waren die wunderbaren Jahre.*

Und es sind, bis heute, eben „Die wunderbaren Jahre“ von Reiner Kunze, der Truman

Capotes Sätze in eine gänzlich andere Wirklichkeit übertragen hatte – weil er als Schriftsteller, als Dichter, nicht zuletzt als Übersetzer ja nicht nur an die *Möglichkeit* des Übertragens glaubte, sondern sie mit Literatur, das heißt mit Leben zu füllen vermochte wie kaum ein anderer. Wer das DDR-Ineinander vom Zauber der ersten beiden Lebensjahrzehnte *und* den in dieser Zeit ebenfalls erstmals erfahrenen staatlichen Anmaßungen nun auch in unserer Zeit einer jüngeren Generation zugänglich machen möchte, lese und verbreite dieses Buch. Es hat nämlich keinerlei Patina angesetzt, und noch immer gilt, was damals Heinrich Böll schrieb – dass in den „`Wunderbaren Jahren` keine einzige Zeile zufällig und so auch keine Zeile überflüssig ist“.

Denn so unverzichtbar auch das institutionell unterstützte Erforschen der Lebenswirklichkeiten von DDR-Jugendlichen ist – vom vermeintlich unspektakulären Alltag bis zu Extremerfahrungen wie etwa in den Jugendwerkhöfen –, so wichtig ist (zusammen mit der psychosozialen Betreuung der oft bis heute traumatisierten Opfer) das *Weitergeben* dieser Erfahrungen an jene, die *heute* jung sind. Forschungsergebnisse, Statistiken, Ausstellungen, gewiss – vor allem aber Workshops und Zeitzeugengespräche in Schulen und an jenen leider noch immer allzu wenigen Universitäten, die sich für solches gewinnen lassen. Was, wenn nicht die konkreten Erlebnisse und Erfahrungen von ostdeutschen Jugendlichen, von Reiner Kunze auf derart schmerzlich wunderbare Weise verdichtet, könnten einer jüngeren Generation aufzeigen, was es wirklich bedeutet, in einer Diktatur aufwachsen zu müssen? (Gerade heute, wo die hechelnde

Verächtlichmachung der Demokratie von den unbelehrbaren DDR-Nostalgikern hinüber gewandert ist zu den Neo- und Krypto-Nazis jener Partei, die nicht zufälligerweise Unterstützung erfährt durch die auswärtigen Regimes eines Xi und Putin.)

Als unsere Familie im Mai 1989 endlich den sogenannten „Laufzettel“ erhielt, um sich vor der nun doch noch genehmigten Ausreise überall abzumelden, hatte ich in der Kaderabteilung meiner damaligen Arbeitsstelle zu erscheinen. Deren Leiterin – ihr Name war Luther, Genossin Johanna Luther – blätterte in meiner Akte und heftete dann schnell und mit fahrigem Fingern jenes Blatt heraus, das den staatlich verfügbaren Rausschmiss aus meiner vorherigen Lehrstelle dokumentierte. Dann drehte sie mir den Rücken zu, blickte durch die nikotingelben Fenstergardinen und sagte mit leiser Stimme: „Nun nehmen Sie das schon. Es könnte Ihnen im Westen helfen.“

Ich nahm und faltete das Blatt (das ich bis heute aufbewahre) auf ebenso fahrige Weise und konnte mir, als ich ihr zum Abschied die Hand reichte, die Frage nach dem Warum nicht verkneifen. „Warum?“, wiederholte jene Genossin Luther. „Weil ich vor einigen Jahren einmal abends auf RIAS Berlin eine Lesung aus Reiner Kunzes `Wunderbaren Jahren` gehört habe. Und deshalb...“

Und deshalb. Und weil mitunter eines zum anderen kommt, und weil wir dann Ende Mai `89 bereits im Aufnahmelaager Gießen lebten und es dort im Rathaus der Stadt eine öffentliche Veranstaltung zum vierzigjährigen Jubiläum des Grundgesetzes gab mit einer Schriftsteller-Lesung, da... Vermutlich ahnen Sie es bereits. Mein Va-

ter und ich nahmen in einer der hinteren Sitzreihen Platz, und als nach der Veranstaltung auch das Bücher-Signieren zum Schluss gekommen war, blieb noch eines der Exemplare der „Wunderbaren Jahre“ auf dem Tisch, und in dieses schrieb Reiner Kunze: *Für Marko, in einer bedeutungsvollen Zeit mit besonderem Händedruck. Gießen, 23.5.1989.*

Wir verabredeten uns für den nächsten Vormittag, liefen durch die Gießener Fußgängerzone, und Reiner Kunze spielte *seinen* Erfahrungsvorsprung ebenso wenig aus wie zuvor mein Vater, als er mir jene Tipps gegeben hatte, um all die Vorladungen durchzustehen. Und so sprach Reiner Kunze dann nicht etwa von sich selbst und seinem Werk („Keine Sorge, ein Bücherpaket geht Ihnen zu, sobald Sie und Ihre Familie eine Unterkunft gefunden haben, dort am Bodensee“), sondern erzählte von den anderen, die ich doch unbedingt und bald treffen sollte – den Jürgen, die Freya, den Utz.

Und so begann, zusammen mit der bis zum heutigen Tag anhaltenden Freundschaft mit Reiner Kunze, die Freundschaft mit Jürgen Fuchs, der seit seinem frühen Tod im Mai 1999 von uns allen so elend vermisst wird, begann die Freundschaft mit Freya Klier und Utz Rachowski. Und was tat dann Jürgen Fuchs bereits bei einem unserer ersten Treffen? Erzählte von Manés Sperber, von seinem 1905 in Galizien geborenen väterlichen Freund, der als jüdischer Antinazi, Exkommunist und vor allem als nun in Paris lebender Romancier und Individual-Psychologe noch ganz andere Horizonte zu öffnen vermochte als einst Robert Ha-

vemann. Und auch das eine Ermutigung für uns heute: Nicht im eigenen Milieu verharren, sondern neugierig bleiben – über Generations- und Ländergrenzen hinweg. Was Manés Sperbers Zeitgenosse, der in Litauen geborene französische Moralphilosoph Emmanuel Lévinas, uns allen auf diese Weise mit auf den Weg gegeben hatte, durch die Zeiten: „Das wirkliche Abenteuer besteht nicht im Zu-sich-selbst-Kommen, sondern in der Begegnung mit dem Anderen.“

Ich stünde heute bestimmt nicht hier, um in diesen Variationen und in immer neuen Anläufen von eben diesem Glück zu sprechen, von der Möglichkeit, aber auch der Notwendigkeit des Weitergebens, des Verknüpfens und Mitteilens, wäre dies lediglich eine private Erfahrung. Im Gegenteil: Es ist das Netz, das uns alle trägt. Und *keine* sogenannte „Generationen-Angelegenheit“, die nicht weitergegeben werden könnte und in sich selbst archivarisch verkapselt bleiben müsste. Wobei freilich gerade diese Gefahr nicht zu unterschätzen ist. Denn selbstverständlich können wir nicht davon ausgehen, dass Jüngere mit ihrem ganz eigenen Erlebnishorizont all jene DDR-Geschichten, die uns geprägt haben, bereits kennen oder sogleich nachvollziehen können. Weshalb sollten sie das auch? Umso wichtiger erscheint mir, auf jene zuzugehen, die wissen möchten, wie es früher „eben auch“ war – nicht zuletzt, um Spuren freizulegen, die sich bis in unsere Gegenwart ziehen.

Heute sind es jüngere Autorinnen und Autoren wie etwa Charlotte Gneuß und Matthias Jügler, die sich in ihren Romanen auf ihre

Weise mit den giftigen Hinterlassenschaften beschäftigt. Sie tragen Geschichten und damit auch Debatten weiter – allein dafür sollten wir ihnen dankbar sein.

Was indessen verzichtbar wäre, ist ein Missverstehen der DDR-Aufarbeitung als etwas Exklusives, lediglich an bestimmte Personen oder Institutionen Gebundenes. So nämlich manövriert man sich in eine sektiererische Sackgasse und selbstreferentielle Spiegelwelt, in der verbitterte Eifersüchteleien siedeln und ridiküle Konkurrenz- und Deutungskämpfe ausgefochten werden. Da ich in den letzten Jahren immer wieder gehört hatte, bestimmte Teile der „Aufarbeitungsszene“ (was für ein schreckliches Wort: „Aufarbeitungsszene“) seien untereinander „tödlich zerstritten“ – verzeihen Sie mir bitte, dass mir Zeit und Nerv fehlen, hier, wie es auf neudeutsch heißt, „tiefer einzusteigen“ – möchte ich die angeblich derart „tödlich Zerstrittenen“ eindringlich bitten: Unterlasst das, denn es beschädigt lediglich *Eure* achtbaren Biographien, *Euer* eindrucksvolles Lebenswerk. Oder wie mein Vater gesagt hätte, kurz und bündig: „Ihr seid die Guten. Also benehmt Euch auch so.“

Und die Brücke, von der im Lauf meiner Anmerkungen derart häufig die Rede war? Ist ja nicht nur eine Metapher, sondern auch real – zum Beispiel als Prager Karlsbrücke. In deren unmittelbarer Nähe, am Masaryk-Quai, lebt zusammen mit seiner Frau Jelenka der tschechische Romancier, Dramatiker und Charta-77-Mitbegründer Pavel Kohout. Mein Lebensgefährte und ich trafen das zauberhafte Paar erst kürzlich wieder zu Ostern, in Jelenas und Pavels Lieblings-

Restaurant, einer holzgetäfelten Weinstube, in der sie bereits in den hoffnungsvollen Monaten des Prager Frühlings zusammen mit ihren Freunden gespeist, getrunken und debattiert hatten. Und jetzt, im April 2024 – wurden da etwa alte Geschichten wieder aufgewärmt?

Keinesfalls. Da die beiden doch bereits im Alter unserer Großeltern sind, wir zwei Prag-Besucher hingegen im Jahr 1968 noch nicht einmal geboren waren und überdies, was das Wichtigste ist, Jelenka und Pavel Kohout *unsere* Fragen abwarteten, ehe sie zu erzählen begannen. Geschehnisse, über die wir bei all den vorangegangenen Begegnungen noch gar nicht gesprochen hatten, etwa jene: Frühling in Prag, doch als Marta Kubisová das „Hey Jude“ der Beatles auf Tschechisch sang, war bereits das Jahr 1969 angebrochen und mit ihm die bleierne Zeit der schrecklichen „normalizace“. Und die jungen Leute von damals? Hatten sie Fragen gestellt, als ihr Idol Marta Kubisová dann urplötzlich aus der Öffentlichkeit verschwand und aufgrund der Opposition zum Regime zur Hilfsarbeiterin gemacht wurde, während gleichzeitig nun nur noch Helena Vondráčková zu hören war, die die Diktatur mit gefälligen Liedchen verhübschte?

Nein, Pavel Kohout moralisiert *nicht* im Nachhinein. Da er doch um ´68 bereits vierzig Jahre alt gewesen war – und in *seiner* Jugend ein glühender Jungstalinist. Aber von *Verantwortung* spricht der inzwischen 96jährige Pavel, von Erinnerungstreue und der gleichzeitigen Verpflichtung, sich nicht einzuigeln in diesen Erinnerungen. Und dann, natürlich, sprechen wir von den heutigen Schrecknissen und Gefah-

ren, von Putins Angriffskrieg und den Pro-Kreml-Kräften, die auch innerhalb der demokratischen Tschechischen Republik untermotivierend ihr Unwesen treiben. Und von all denen, Jüngeren wie Älteren, die den Flüchtlingen aus der Ukraine Obdach gewähren und jenen verantwortungsbewussten Politikern, die bei der militärischen Unterstützung des angegriffenen Landes nicht verhängnisvoll verzögern, sondern pro-europäisch handeln.

Und in den Stunden danach? Sind wir wieder mal in unserem Lieblings-Club *Termix* oben in Prag-Vinohrady, und als irgendwann in den Stunden nach Mitternacht in einer Art gemäßigter Techno-Version „Hey Jude, co dá ti plác“ über den Dance-Floor hallt und in unserer Nähe einige der jungen, temporär in Prag arbeitenden Expats und internationalen *digital nomads* ziemlich überrascht sind, diesen *dam good old song* hier mit all diesen slawisch sanften I-Lauten zu hören, da ist es nun plötzlich an uns, bei ein paar Cocktails von dieser anfangs eher unpolitischen Marta Kubisová zu erzählen, von ihrem verweigerten Kotau vor dem Husak-Regime und den darauffolgenden zwei Jahrzehnten der Repression, schließlich ihres überwältigenden Comebacks in den Tagen der *sametová revoluce* vom November 1989 – und der bis heute anhaltenden Popularität einer *dam* mutigen Frau, die inzwischen bereits 82 Jahre alt ist.

Hey Jude, don't make it bad. Take a sad song at make it better... Oder noch einmal, in Wolf Biermanns Worten: Du, lass Dich nicht verhärten/ In dieser harten Zeit.

Die andere Brücke, die ich abschließend in Erinnerung rufen möchte, trägt den Namen Tsing Ma und verbindet das Stadtgebiet Hongkongs mit dem internationalen Flughafen. In der ersten Januarwoche des Jahres 2020 waren wir aus unserem Hotel in Kowloon aufgebrochen, sehr bedrückt – nicht nur wegen der kurzen Artikel, die in den zu dieser Zeit zumindest noch halbfreien Medien der Stadt zu lesen waren und die von einer Häufung seltsamer Lungenkrankheiten in einer festlandchinesischen Stadt namens Wuhan berichteten. Die dortigen Offiziellen behaupteten voller Dreistigkeit, es gäbe keine besonderen Vorkommnisse, was durchaus Pekinger Logik entsprach: Das Hauptaugenmerk galt schließlich der Bekämpfung der Hongkonger Demokratiebewegung. An deren Millionen-Demonstration am Neujahrstag 2020 hatten wir noch teilgenommen, in der mit den jungen, aber auch älteren Menschen um uns herum geteilten Befürchtung, es könnte vermutlich die letzte große freie Manifestation gewesen sei. Wir trafen den Studenten-Aktivisten Joshua Wong, der uns in gänzlicher unprätentiöser Klarheit sagte, dass im Fall von Hongkongs Niederlage das freiheitliche Taiwan als nächstes ins Visier des neo-totalitären Regimes geraten würde.

Auf dem Weg zum Flughafen aber wies dann der Taxifahrer beim Überqueren jener sechsspurigen Tsing Ma Bridge auf die Gefahrbahn und erzählte uns, dass diese im September 2019 voller junger Leute gewesen war. Diese hatten zuvor am Flughafen gegen das neue, von Peking forcierte Sicherheitsgesetz protestiert, worauf die Polizei sogar mit Helikoptern anrückte und alle Bus- und U-Bahnstationen sperren

ließ. Der Fahrer sagte: „Gleichzeitig aber hatten tausende Autofahrer mitbekommen, welche große Gefahr den jungen Leuten drohte. Also waren sie hierhergefahren, *sofort*. Am Ende der Brücke kamen ihnen dann auch schon die Demonstranten entgegen, die sich in ihrer Verzweiflung zu Fuß auf den Weg gemacht hatten. Sie luden sie also sofort ein und brachten sie sicher zurück in die Stadt. Tausende! So war das. Haben vielleicht im Ausland gar nicht so viele mitbekommen. Aber die dabei waren, werden es nie vergessen. *Niemals*.“

Joshua Wong befindet sich bis zum heutigen Tag im Gefängnis. Während man vom bedrohten Taiwan aus in die Ukraine blickt. In dem Maße nämlich, in dem das angegriffene Land militärisch zu widerstehen vermag, erhöhen sich auch die Chancen, dass die kleine freiheitliche Inselrepublik nicht – oder noch nicht – zum Opfer einer Pekinger Invasion wird.

Ich denke an meine jungen Freunde in Hongkong und in Taipeh, ich denke an die am 7. Oktober 2023 auf dem Nova-Festival im Süden Israels niedergemetzelten Jugendlichen. Und ich denke an all die jungen Soldaten und Soldatinnen in der Ukraine, die jetzt – auch in diesem Moment, in dem wir hier zusammen sind – unsere Freiheit mit verteidigen. Weil manchmal eine Ermutigung auch darin besteht, Wirklichkeit nicht schönzureden, sondern sie so klar wie möglich zu benennen.

Lassen wir uns also nicht entmutigen. Und versuchen wir, so zu sprechen, dass auch jüngere Gegenüber uns verstehen – und wir sie. Meine Damen und Herren, ich danke.

Empfang der Präsidentin des Landtages und des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg





Jugend in der DDR zwischen Fremdbestimmung und Selbstbehauptung

Einführung

Dr. Peter Ulrich Weiß, Referent bei der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem extremen 20. Jahrhundert erkennen viele Beobachter auch ein „Jahrhundert der Jugend“, ist es doch reich an politischen, ideologischen und kulturellen Aufladungen der Jahre zwischen Kindheit und Erwachsensein. Insbesondere Diktaturen und autoritäre Regime suchten die Jugend für ihre Zwecke zu formen und zu instrumentalisieren. Zugleich hatten viele Phänomene, Trends und Erscheinungen einen grenz- und systemüberschreitenden Charakter. Ulrich Plenzdorfs legendärer Theatersatz „Jeans sind eine Einstellung und keine Hose“ von 1972 besaß seine Gültigkeit für Ost wie für West.

Wirft man nun einen Blick auf die kommunistische Jugendpolitik nach 1945, begegnet einem bis zum Schluss ein widersprüchliches Hin und Her im Umgang mit jungen Menschen, geprägt von Angst und Wertschätzung, Hass und Zuneigung, Bestrafen und Belohnen. Am 24. Mai 1961, also vor genau 63 Jahren, forderte die SED-ZK-Abteilung Sicherheitsfragen, sehr hart gegen Westradio-Hören, Film- und Jazzclubs sowie Schundliteratur vorzugehen. Diese würden unter DDR-Jugendlichen eine abenteuerhafte „Sucht



nach Veränderung“ hervorrufen, die wiederum zur Abwanderung in den Westen führe. Mancher wolle sogar in die USA, um Cowboy zu werden, schrieben entsetzt die Verfasser. Nur zwei Jahre später veröffentlichte die SED dann ein großangelegtes Jugendkommuniqué, in dem sie weniger Gängelei, mehr Freiheiten und mehr Beat-Musik versprach. 1965 war damit aber schon wieder Schluss, weil die SED nun plötzlich glaubte, gegenüber den jungen Menschen die ideologische Vorherrschaft zu verlieren.

Dieses Hin und Her, diese Stimmungsschwankungen und Kehrtwenden ziehen sich durch die gesamte DDR-Geschichte. Sie bilden ein unbeständiges Gemisch aus „Mal so, mal so“ bzw. „Mal vor, mal zurück“, das entwicklungspsychologisch eher an die unreifen Turbulenzen der Pubertät erinnert, die jeder Jugendliche durchmachen muss. Was wiederum die Frage aufwirft, ob die SED-Jugendpolitik überhaupt jemals aus ihrem „pubertären Stadium“ herausgetreten ist. Und damit sind wir mitten drin im Thema von Panel I, wo wir darüber diskutieren wollen, wie die wechselhaften diktatorischen Verhältnisse das Leben von Jugendlichen fremdbestimmt haben, inwieweit sich diese darin anpassten oder auch rebellierten.

Dazu haben wir den Kulturoziologen und Kulturhistoriker Prof. Dr. Bernd Lindner eingeladen, der zu den renommiertesten und produktivsten Jugendforschern in Deutschland gehört. Er wird über politische Phasen und jugendliche Konformitätsmuster bzw. Verweigerungshaltungen in 40 Jahren DDR sprechen.

Prof. Lindner, Anfang der 1950er Jahre in Lutherstadt Wittenberg geboren, hat nicht nur viele Bücher und wichtige Aufsätze verfasst, sondern auch lange Zeit am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig gearbeitet, das dafür bekannt war, ungeschönte und deshalb politisch brisante Analysen über DDR-Jugendliche durchzuführen. Insofern verfügt Prof. Lindner über besondere Ost-Perspektiven zum Thema. Ich freue mich sehr, dass Sie hier sind, Prof. Lindner!

Im Anschluss daran wechseln wir in ein Podiumsgespräch, um das Gehörte zu vertiefen und zu diskutieren.

Hoffnungsträger oder Sicherheitsrisiko? Jugend und Jugendpolitik in der SBZ/DDR

Vortrag

Prof. Dr. Bernd Lindner, Kultursoziologe und Autor

War die Jugend in der 40jährigen Existenz von SBZ/DDR der Hoffnungsträger, zudem sie SED und FDJ immer stilisierten, oder war sie eher ein Sicherheitsrisiko für sie? Meine Antwort lautet: Sie war beides zugleich. Doch je länger die DDR dauerte, umso mehr wurde die Jugend vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko für die Herrschenden. Diese Entwicklung soll nachfolgend kurz skizziert werden.¹

Dirigierter Neuanfang contra Ausstieg Jugendlicher

Das Jahr 1945 war auch im Osten Deutschlands für die Jugendlichen keine „Stunde Null“. Die meisten von ihnen waren als Heranwachsende in der Hitlerjugend und sind durch deren Erziehung geprägt worden. Die Älteren unter ihnen hatten in den letzten Tagen des Krieges sogar noch mit Waffen für den „Endsieg“ kämpfen müssen. Allein das machte sie für die sowjetische Besatzungsmacht bereits verdächtig. Zwischen 1945 und 1947 wurden von der Militäradministration der SBZ schätzungsweise 10.000 Jugendliche verhaftet; meist unter dem Vorwurf, Werwölfe zu sein. Oft reichte schon die Denunziation eines Nachbarn, um sie für Jahre hinter Gitter oder in



Lager (bis nach Sibirien) zu bringen, wo viele von ihnen ein schreckliches Schicksal erlitten. Gleichwohl entschloss sich die SED, beim Aufbau der neuen Gesellschaft auf die Jugend als den „unbelasteteren Teil der Bevölkerung“ zu setzen. Und die FDJ war ihr wichtigstes Werkzeug dabei. Noch 1945 hatte die KPD-Führung verkündet, sie wolle auf eine eigene Jugendorganisa-

¹ Der Text ist die Essenz eines, von vielen Abbildungen unterstützten Vortrages auf dem Bundeskongress in Erkner, die hier nur punktuell einbezogen werden können.



Berliner Zeitung vom 7. Oktober 1951, Sonderausgabe zum 2. Geburtstag der DDR

tion zugunsten „einer einheitlichen, freien Jugend“ verzichten. Davon rückte sie nach dem Zusammenschluss mit der SPD zur SED jedoch schnell ab. Auch profitierten die Partei und ihr Jugendverband davon, dass die Sowjetische Militäradministration (SMAD) nach und nach nahezu alle anderen Zusammenschlüsse Jugendlicher – von den wiederbelebten Pfadfindern bis zu Jugendverbänden, die den Kirchen oder bürgerlichen Parteien wie der LDP und CDU nahestanden – erst an den Rand gedrängt und dann verboten hatte. Zugleich stellte sich die FDJ anfangs als eine Organisation dar, die für alle weltanschaulichen Strömungen innerhalb der Jugend offen sei. Sie wolle, so ihr Credo, „überparteilich und demokratisch“ sein. Damit traf sie bei vielen Jugendlichen, die auf einen Neuanfang nach dem Ende des NS-Regimes hofften,

auf großes Echo und die Bereitschaft, unter der blauen Fahne mit der aufgehenden Sonne beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft mitzuhelfen.

Doch war die Entwicklungslinie längst bereits festgelegt, auch wenn die Propaganda (siehe Abbildung) weiterhin den Eindruck zu erwecken versuchte, die Jugend selbst gäbe den Takt vor.

Für die frühen Jahre der DDR gibt es keine, dort erhobenen aussagekräftigen soziologischen Daten zur Einstellung der Jugendlichen zu dem neuen Staat. Das Zentralinstitut für Jugendforschung, an dem ich zwölf Jahre (von 1978 bis 1990) tätig war, ist erst 1965 gegründet worden. Es gibt aber eine Studie des westdeutschen Soziologen Ernst Richert, der damals an der TU in West-Berlin beschäftigt war. Er hat Jugendliche, die die DDR in den 1950er Jahren gen West-Berlin verlassen hatten, befragt und kam zu folgendem Befund: In der ersten Jugend-Generation der DDR, die man als Aufbaugeneration bezeichnen kann, gab es kaum strikte Gegner des SED-Systems. Lediglich 15 Prozent waren dagegen. Aber auch „überzeugte Aktivisten“ gab es aber nur zu fünf Prozent. Sie waren ebenso wie die „opportunistischen Karrieristen“ (mit zehn Prozent) in der Minderheit. Die Mehrheit, also zwei Drittel der Jugendlichen, hätten sich Richert zufolge, lediglich „mit dem Sozialismus arrangiert“. Im politisch aktiven Teil dieser Generation dominierte dagegen eine Gemengelage, die zwischen Zuneigung und Abneigung zum System schwankte. Man darf aber bei der Bewertung der jungen Befürworter nicht vergessen, dass sehr viele von ihnen in der frühen DDR besondere soziale Aufstiegschancen bekamen. Das galt

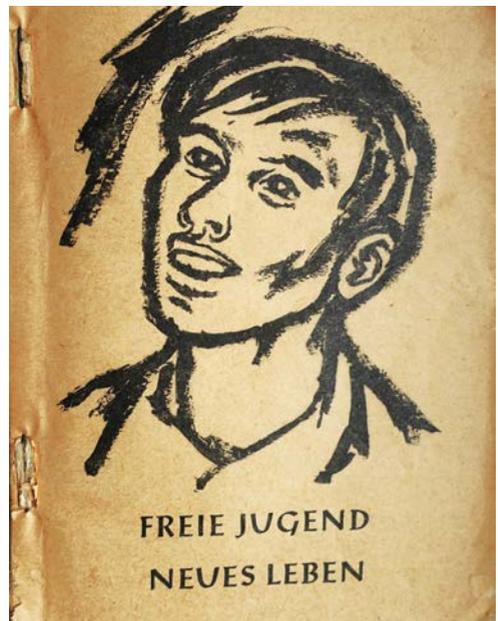
vor allem für Jugendliche aus bisher unteren Schichten: also für junge Arbeiter und Jugendliche vom Lande. Sie konnten plötzlich etwas werden, was in ihren Familien bisher nie vorgesehen war – zum Beispiel (Neu-) Lehrer, Wissenschaftler oder Ingenieure.

Das festigte natürlich ihre Bindung an das sozialistische System, wie das auch in den frühen Liederbüchern der FDJ propagiert wurde. Da ist viel vom „Aufbau“ und vom „Kämpfen“ die Rede, vom „neuen Leben“, das geschaffen werden soll. Und von „der Jugend in der ersten Reihe“, als „Bauvolk der kommenden Welt“, immer kühn voranschreitend: Denn sie hat ja „ein Ziel vor den Augen“. Seltsamerweise findet sich in all diesen Liederbüchern nicht das aus dem Jahr 1914 stammende Arbeiterjugendlied „Wann wir schreiten Seit an Seit“. Das hätte eigentlich wunderbar dorthin gepasst, weil sein Refrain mit der Zeile "Mit uns zieht die neue Zeit" beziehungsweise „zieht der neue Geist" endet. Dieses Lied, das nach dem 1. Weltkrieg zur Hymne der Wandervogel-Bewegung wurde, hat Erich Honecker (damals erster Vorsitzender der FDJ) jedoch als „Flucht in die jugendbewegte Romantik“ abgetan. Wie auch alle anderen freiheitlichen Bestrebungen innerhalb der Jugend nach und nach eingedämmt wurden. Ab 1949 verzichtete die FDJ-Führung völlig auf Demokratie und Überparteilichkeit in ihren Reihen. Leitungsmitglieder von CDU und LDP wurden erst an den Rand gedrängt und dann gänzlich ausgeschlossen. Hartnäckige Gegner dieses Kurses wurden zunehmend kriminalisiert und wie Wolfgang Natonek (LDPD, Vorsitzender des Leipziger Studentenrates) und Arno Esch (Jugendreferent im Zentralvorstand der LDP) zu 25 Jahren

Zwangsarbeit oder sogar zum Tod verurteilt.

Wie schnell der Übergang vom „Leben und Singen“ zum „Kämpfen“ erfolgte, kann man u. a. auch an den Illustrationen in diesen Liederbüchern sehen. So zum Beispiel im offiziellen Musiklehrbuch für die 9. und 10. Schulklassen der gerade neu eingeführten Polytechnischen Oberschule. Es ist 1959, also zwei Jahre vor dem Bau der Mauer, erschienen. Und wer marschiert da auf der Grafik im Innentitel des Liederbuches den Jugendlichen voran? Nicht etwa ein Jugendlicher selbst, sondern ein bewaffnetes Mitglied der Kampfgruppen!

Die FDJ war früh auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung. 1950 hatte sie bereits eine Million Mitglieder. Im gleichen Jahr zogen beim ersten Deutschlandtreffen der Jugendlichen in (Ost-)Berlin 100.000 von ihnen jubelnd mit Fahnen und Transparen-



FDJ-Liederbuch von 1949



Musiklehrbuch für die 9. und 10. Klasse, 1959

ten an der DDR-Staatsführung vorbei. Das wog diese in eine trügerische Sicherheit. Fortan setzte sie immer stärker auf die ideologische Bildung der Jugendlichen und weniger auf Freizeitarbeit für sie. Das FDJ-Studienjahr wurde eingeführt und dazu Prüfungen um das „Abzeichen für gutes (politisches) Wissen“ abzulegen. Die FDJ rückte immer mehr von den eigentlichen Interessen der Jugendlichen ab, was zur Folge hatte, dass sich die Jugendlichen umzuorientierten begannen. Zwar blieben die meisten von ihnen in der FDJ, aber 70 Prozent der Schüler der oberen Klassen waren gleichzeitig auch Mitglieder in der Jungen Gemeinde der Evangelischen Kirche. Die Staatsführung versuchte, dieser Konkurrenz mit gezielten Aktionen bzw. einer großangelegten Kampagne in den Jahren 1952/1953 entgegenzuwirken. Jugendliche, die sich nicht von der Jungen Gemeinde lossagten, wurden aus der Er-

weiterten Oberschule (EOS) oder aus ihren Lehrstellen verwiesen. Damit trieb man viele engagierte Jugendliche aus dem Land. Und es wäre noch schlimmer gekommen, wenn die SMAD das Ganze nicht abrupt gestoppt hätte. Das ging selbst ihr zu weit. Spätestens nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war dann wieder ein liberaler Ton in der Jugendpolitik angesagt.

So schwankten die Richtlinien von SED und FDJ in den ganzen vier Jahrzehnten der DDR ständig zwischen der Vorgabe einer harten Linie und einem Nachgeben, wenn es anders nicht mehr ging.

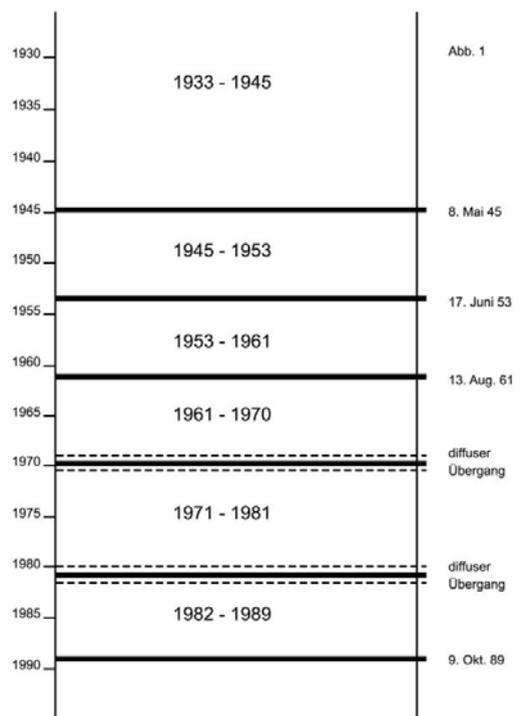
Als in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine Massenflucht aus der DDR einsetzte, verließen vorzugsweise Angehörige der jungen Generation das Land. Die Zahl der "republikflüchtigen" Jugendlichen stieg allein 1955 von 42.366 auf 98.217, also um mehr als das Doppelte an. Im IV. Quartal 1956 betrug der Anteil der 16- bis 25-Jährigen unter ihnen dann 43,2 Prozent (1953 waren es lediglich 17,9 Prozent gewesen). Und dass, obwohl Jugendliche lediglich 15,8 Prozent der Gesamtbevölkerung stellten. Vor allem diejenigen setzten sich gen Westen ab, die sich dort einen Neuanfang zutrauten. Damit fehlte in der DDR aber auch eine starke Gegenkraft gegen die offizielle Jugendpolitik. Dennoch galt die FDJ bereits 1957 als gescheitert. Parteiintern wurde sogar ihre Auflösung erwogen. Kleinlaut gab Hans Modrow, damals erster Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Berlin, zu: "Noch oft finden die Funktionäre keine gemeinsame Sprache mit der Jugend, weil sie ihre Interessen ignorieren."

Ein Modell der Jugend-Generationen der SBZ/DDR

Solche Divergenzen zwischen dem Staat und den Jugendlichen ziehen sich durch die gesamte DDR-Geschichte. Die Vielzahl dieser Befunde bewogen mich – als Jugendforscher und Historiker – Mitte der 1990er Jahre, sie in ein Modell der DDR-Jugendgenerationen einfließen zu lassen, um die wechselvolle Geschichte Jugendlicher vom Beginn bis zum Ende der DDR nachzeichnen zu können. Zugleich konnte ich damit zwei Hauptstränge meiner Entwicklung als Wissenschaftler bündeln: Ich habe von 1978 bis 1990 als Kulturwissenschaftler und Soziologe in der Abteilung Kultur- und Medienforschung des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig gearbeitet und war danach noch zwei Jahre am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München bzw. dessen Außenstelle in Leipzig (zu dem das ZIJ dann wurde) tätig. Danach habe ich vor allem als Kulturhistoriker zur DDR-Geschichte und Geschichte der Friedlichen Revolution geforscht. Ab 1994 war ich maßgeblich am Aufbau des Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig (ZFL), das zur Stiftung Haus der Geschichte in Bonn (HdG) gehört, beteiligt. Dort war ich bis Ende 2015 als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Kurator tätig.

Um mein Modell der Jugendgenerationen der DDR in seiner Gesamtheit zu erläutern, ist die Zeit zu kurz. Deshalb kann ich es hier nur in groben Konturen vorstellen, um dann auf eine der darin benannten Jugendgeneration – die Distanzierte Generation – etwas ausführlicher einzugehen.

Betrachtet man die Historie der SBZ/DDR fällt auf, dass es besonders in ihrer frühen Geschichte klare, nahezu auf den Tag genau zu benennende historische Zäsuren gibt (wie die nachfolgende Grafik zeigt). Das sind: Die Kapitulation des Naziregimes und die Machtübernahme durch die sowjetische Siegermacht am 8. Mai 1945 (die eine wichtige Voraussetzung für die Gründung der DDR 1949 auf diesem Territorium war), aber auch der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, ebenso der Bau der Mauer am 13. August 1961. In den letzten beiden Jahrzehnten der DDR waren es dann mehr oder minder diffuse Übergänge zwischen unterschiedlichen Etappen, die deren weitere Geschichte prägten: So beim Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker oder

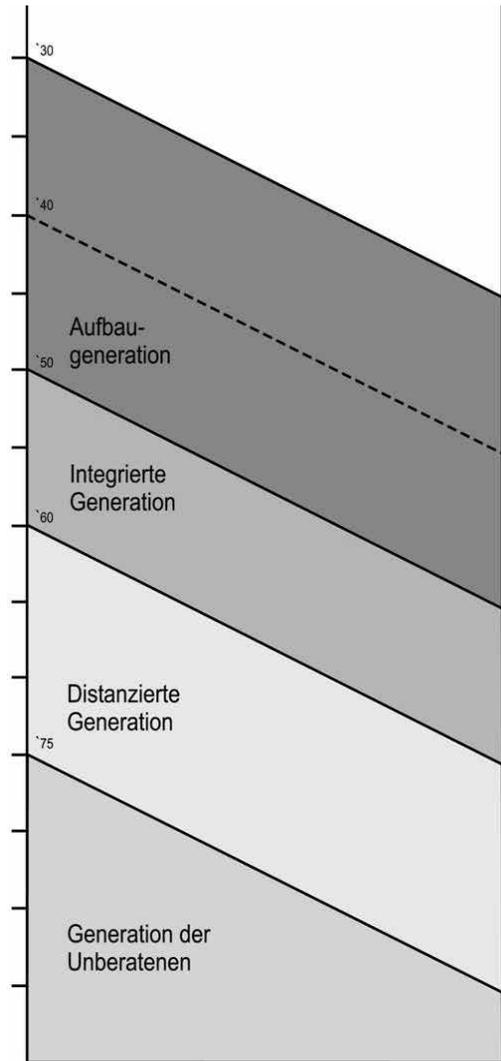


Jugendgenerationen der SBZ/DDR - Zeitbrüche, ein Modell von Bernd Lindner

der wirtschaftliche Niedergang der DDR, der sich über mehrere Jahre hinzog.

Auffällig an all diesen Phasen ist auch, dass sie immer in politischen Krisensituationen mündeten, die von der SED und ihrer Staatsmacht selbst herbeigeführt wurden. Die politische Sozialisation Jugendlicher in der DDR wurde also in starkem Maße durch Krisenerfahrungen geprägt! Ereignisse und Erlebnisse, die partiell auch Generationsbrüche ausgelöst, zumindest aber mit herbeigeführt haben.

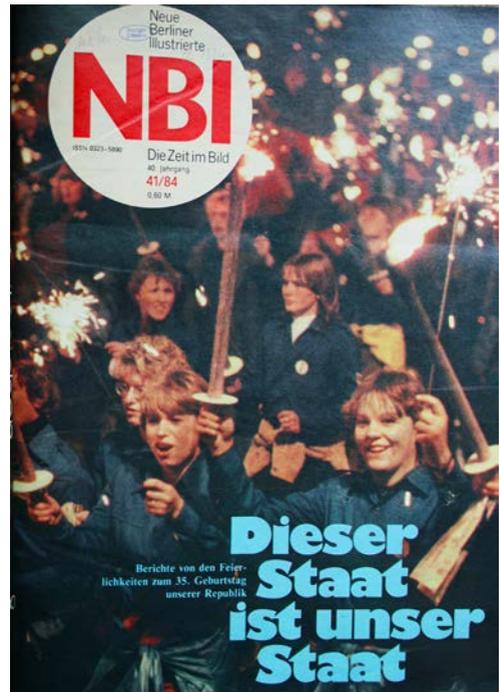
Insgesamt weist mein Modell drei prägende Generationseinheiten aus, die sich in den 40 Jahren der DDR (in denen laut Gesetz die 14- bis 25jährigen als Jugendliche galten) ausgebildet haben. Da wäre zuerst die Aufbaugeneration, deren Mitglieder zwischen 1930 und zirka 1945 (also bereits vor der Gründung der DDR selbst) geboren wurden, aber als Jugendliche das erste Jahrzehnt des neuen Staates stark mitgeprägt haben. Es folgt die (mit einer gewissen zeitlichen Überlappung zur Aufbaugeneration) zwischen 1945 und 1961 geborene Integrierte Generation. Das ist die erste Generation, die in die DDR hineingeboren wurde und spätestens nach dem Mauerbau auch keine Alternative mehr zu ihr hatte, es sei denn sie riskierte bei illegalen Grenzübertritten ihr Leben. Andererseits glaubten große Teile dieser Generation noch lange an eine Gestaltbarkeit des Landes und ihre Mitwirkung daran. Bis sie dann von einer, zwischen 1961 und 1975 geborenen, neuen Jugendgeneration abgelöst wurde. Ich nenne sie die Distanzierte Generation, weil sie zwar noch in der DDR lebte, sich mental aber bereits immer



Jugendgenerationen der SBZ/DDR - Generationenfolge, ein Modell von Bernd Lindner

mehr von ihr abwendete. Dass machte sie für die Herrschenden immer stärker zu dem „Sicherheitsrisiko“, von dem im Titel meines Vortrags die Rede ist.

Es gibt dann noch eine letzte Generation, die von der DDR geprägt worden ist, wenn auch nur als Kinder. Nach 1975 geboren, fiel ihre Jugend bereits in die Zeit nach



Titelseiten der NBI vom Juni 1979 zum Pfingsttreffen der FDJ in Berlin und vom Oktober 1984 zum 35. Jahrestag der DDR

dem Mauerfall. Ich nenne sie die Generation der Unberatenen, weil für sie damals alle (Erziehungs-)Instanzen, die Heranwachsenden normalerweise beim Übergang in das Jugend- und spätere Erwachsenenalter helfend zur Seite stehen, nahezu komplett ausfielen. Das betraf sowohl das Elternhaus, wie die Schulen und Betriebe, als auch den Jugendverband. Zu sehr waren diese damit beschäftigt, in der bundesdeutschen Gesellschaft ihren Platz zu finden. Oder sie waren für die Jugendlichen durch ihre Staatsnähe zur DDR unglaublich geworden. Ein Mangel, mit dessen Folgen wir bis heute zu tun haben. Darauf kann ich hier aber nicht stärker eingehen, wie auch auf die Integrierte Generation nicht. Stattdessen will ich mich verstärkt auf jene Jugendgeneration konzentrieren, die ab 1975 immer mehr auf Distanz zur DDR ging, obwohl sich die Sicht auf die Ju-

gend, die in den Medien offiziell propagiert wurde, kaum verändert hat. Selbst wenn sich deren Bild von den Jugendlichen durchaus modernisierte, wie die beiden Titelseiten der NBI (der „Neuen Berliner Illustrierten“) von 1979 und 1984 zeigen. Nach wie vor feierte sie die Propaganda als die „Hausherren von morgen“ und „Hoffnungsträger“ des Staates im Blauhemd. Dabei hatte sie innerlich der DDR zu großen Teilen längst den Rücken gekehrt.

Die Distanzierte Generation und ihre selbst erkämpften Freiräume

Die Jugendlichen der Distanzierten Generation waren die Kinder der Aufbaugeneration zum Teil auch der Integrierten Generation. Sie fragten sich zu Recht: Was ihren Eltern das ständige Anpassen an den Staat



Fiktive Posterwand in einem deutschen Jugendzimmer

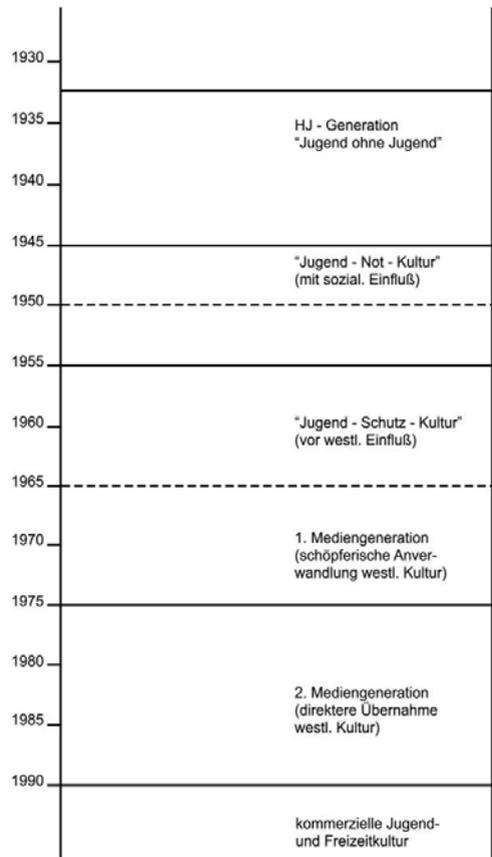
wirklich gebracht hatte? Wie hoch war ihr Preis dafür? Und was haben sie als Äquivalent dafür bekommen? Dinge, wie soziale Sicherheiten und ein bescheidener Wohlstand, zählten für die nachwachsenden Jugendlichen in diesem Kontext erst einmal nicht. Sie sahen nur, dass ihre Eltern ständig den Kotau vor der Staatsmacht machten. Und was sie dafür als Gegenleistung bekamen, war in den Augen ihrer Töchter und Söhne eher marginal. Daher waren sie nicht daran interessiert, so zu leben. Sie wollten nicht länger gegängelt werden: Keine Vorschriften mehr bekommen, was sie anziehen und welche Frisuren sie zu tragen hätten oder welche Musik sie hören sollten. Sie wollten sich frei und ungezwungen bewegen, reisen und die Welt erkunden. Einfach raus aus dem en-

gen Land, dem sie innerlich schon längst entwachsen waren, wie die Bestückung der Jugendzimmerwand zeigt, die Teil der von mir 2011/12 für das HdG in Bonn und das ZFL in Leipzig kuratierten Ausstellung „Mit 17... Jung sein in Deutschland“ war. Diese Posterwand hätte in beiden Teilen Deutschlands so oder ähnlich aussehen können. Emotional und kulturell waren die ostdeutschen Jugendlichen längst Teil einer weltumspannenden Jugendkultur, auch wenn sie noch bis 1989 in der DDR lebten.

Interessanterweise gab es auch bei der Ablehnung jugendkultureller Innovationen eine ganze Menge Analogien zwischen Ost und West – in der Art und Weise, wie Medien, Staat und auch die Elternhäuser darauf reagierten. Dazu haben wir in der

o. g. Ausstellung Titelzeilen aus Tageszeitungen der Bundesrepublik (links) und der DDR (rechts) rund um die Beat-Bewegung und aus Kampagnen gegen die sogenannten „Gammler“ gegenübergestellt. Wie zu sehen ist, schreckte man auf beiden Seiten nicht vor verbalen Attacken gegen die Langhaarigen zurück und fordert ein radikales Vorgehen von Staat und Polizei gegen sie. Wobei es im Westen meist bei diesen lautstarken Angriffen blieb; auch wenn die BILD-Zeitung 1965 vehement "Härte gegen Gammler" forderte. 17 Jahre später hat dann ein gewisser Erich Mielke für die Staatssicherheit der DDR nicht nur die "Härte gegen Punks" ausgerufen, sondern gleich noch deren brutale Durchsetzung befohlen.

Dennoch blieb die Kultur das eigentliche Gestaltungsfeld der DDR-Jugendlichen, lagen die zentralen Entscheidungshebel der politischen Macht in der DDR doch von Beginn bis (fast) zum Ende hin fest in den Händen der um die Jahrhundertwende geborenen "Alten Garde". Die führenden SED-Genossen, die bis 1989 im Land das Sagen hatten, waren alle bereits um 1900 und danach geboren worden. Und dennoch wurden für den nächsten SED-Parteitag bereits wieder dieselben Namen auf die Kandidatenlisten für das Zentralkomitee und das Politbüro gesetzt. Das ging vielen Jugendlichen entschieden zu weit und sie machten sich immer häufiger auf die Suche nach eigenen Freiräumen. Da eine politische Einmischung (lange) nicht möglich war, warfen sie sich – unter starkem Bezug auf neue westliche Trends – auf den kulturellen Bereich und entwickelten eigene jugendkulturelle Profile. Demzufolge gehört



Jugendgenerationen der SBZ/DDR - Kulturelle Periodisierung, ein Modell von Bernd Lindner

zu meinem Modell der DDR-Jugendgenerationen auch eine Periodisierung entlang dieser Jugendkulturentwicklungen.

Wie aber funktionierte die kulturelle Orientierung der DDR-Jugendlichen am Westen, die nie nur eine platte Übernahme war. Im Prinzip erfolgte sie stets nach demselben Muster, egal, ob es sich dabei um die Beatmusik, lange Haare oder später Elemente der Punk- und Skinkultur handelte: Zuerst kopierten Einzelne von ihnen im Westen neu aufkommende Trends, zum Beispiel in den 1950ern Elvis und den Rock 'n' Roll. Die ersten Träger von „Nietenhosen“ und

„Entenschwänzen“ wurden in der DDR noch unerbittlich verfolgt. Da es anfangs noch wenige waren, konnten sie durch die Staatsmacht kleingehalten werden. Doch half die Abschreckung auf Dauer nicht und es folgte ein verstärktes Aufgreifen dieses Trends durch Jugendliche in der DDR. Als er von einer wachsenden Zahl Jugendlicher nachgelebt wurde, konnten diese nicht mehr einfach isoliert werden. Zumal parallel dazu immer auch die Herausbildung (meist gemäßigter) eigenständiger Ostvarianten stattfand. So zum Beispiel rund ein Jahrzehnt später bei der Rockmusik mit deutschen Texten, die ja – entgegen aller Ansagen von Udo Lindenberg – nicht in der Bundesrepublik erfunden wurde, sondern in der DDR. Das geschah zum Teil auf Druck von oben, obwohl anfangs Gitarrenbeat und -bands durchaus gefördert. Aber Lieder mit englischen Texten ebenso wie englisch klingende Bandnamen wurden nicht akzeptiert. Aber auch aus eigenem Willen fingen Musiker wie Thomas Natschinski oder Klaus Renft Mitte der 1960er Jahre an, mit deutschen Texten in der Rockmusik zu experimentieren. Auch weil sie es satt hatten, nur „die Kopisten westlicher Bands“ zu sein. Statt nur deren Erfolgstitel nachzuspielen, wollten sie Eigenes schaffen. Diese Kompromisslösung führte dann nach und nach zur stillschweigenden Akzeptanz der Rockmusik seitens der Partei- und FDJ-Führung. Schließlich standen auch die Weltfestspiele 1973 in Ost-Berlin bevor, bei denen sich die DDR weltoffen und tolerant präsentieren wollte. Doch als sie versuchte, die von ihnen

erst verpönte Rockmusik (im Nachhinein) auch noch zu okkupieren, u. a. indem sie die Bands mit Rundfunk- und Plattenangeboten „zu kaufen“ versuchten, wanden sich viele Jugendlichen von den alten Idolen ab und neuen Trends – wie etwa dem Blues oder Punk – zu. Und so fing der Kreislauf von Verfolgung, Tolerierung und Übernahmeversuchen internationaler Trends wieder von vorne an. Die jugendkulturelle Entwicklung in der DDR kann also in weiten Teilen als selektive, wenn auch verzögerte Modernisierung beschrieben werden.

Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war zweifellos das Konzert von Bruce Springsteen am 19. Juli 1988 in Berlin-Weißensee. Der FDJ-Zentralrat holte, um den Kontakt zur Jugend nicht gänzlich zu verlieren, plötzlich große westliche Rockstars in die DDR: von Bob Dylan über Joe Cocker bis zu Bruce Springsteen. Dessen Auftritt in Ost-Berlin war das größte Rockkonzert, das bis dahin je in Deutschland stattgefunden hatte. Bis zu 170.000 Fans, die zuvor alle Absperrungen überrannt hatten, drängten sich auf der großen Wiese vor der Bühne. Nicht alle haben wirklich viel gehört von Springsteens Auftritt. Auch gute Sicht hatten nur wenige; denn zusätzliche Großleinwände gab es damals noch nicht. Aber sie waren alle mit dabei: Nur das zählte! Und dann tauchten in der Menschenmenge, oh Wunder, plötzlich USA-Fahnen² auf. Die gab es in der DDR natürlich nicht zu kaufen. Alle waren handgemalt! Erstaunlicherweise ging das 1988 schon. Die Gegenwehr der DDR wurde immer schwächer und die

2 Aktuell ist eine dieser Fahnen in der Ausstellung „Hits & Hymnen“ des ZFL zu sehen. Die Fahne hat ein NVA-Soldat in der Kaserne gemalt, ohne dass er dafür in den Militärknast kam.

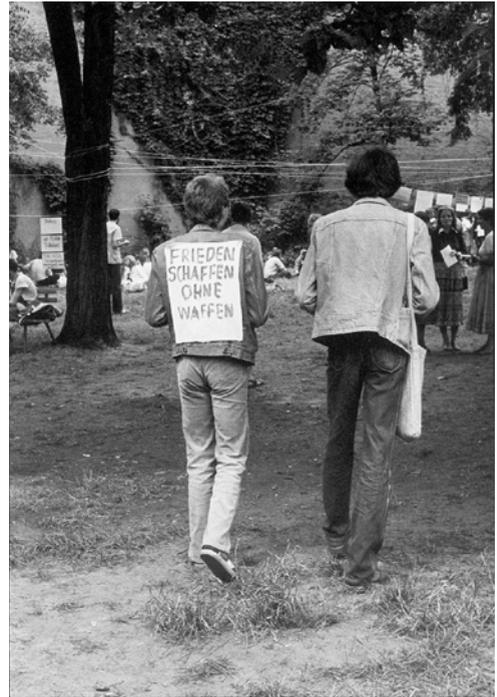
Jugendlichen haben die Schwachpunkte natürlich genau gesehen und für sich ausgenutzt. Spätestens als Bruce Springsteen beim Konzert seinen Song „Born in the USA“ anstimmte und 170.000 begeistert mitsangen, war klar: Mit der Jugend läuft nichts mehr, jedenfalls nicht für die DDR.

Zu diesem Zeitpunkt gab es aber auch schon eine oppositionelle Jugendbewegung im Land. Die war – beginnend mit den Protesten gegen die Nachrüstung in Ost und West Anfang der 1980er Jahre – im Schutz der evangelischen Kirche zu einer beachtlichen Gegenkraft herangewachsen. Auch wenn sie anfangs von Polizei und Staatssicherheit (zum Teil mit Gewalt) genötigt wurden, das Emblem der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ von den Ärmeln ihrer Jacken zu entfernen. Unter dem Symbol aktivierte sich zwar zuerst einmal nur eine Minderheit. Doch sie hatte Bestand, trotz aller Versuche des Staates, sie zurückzudrängen.

Die Mehrzahl der Jugendlichen in der DDR aber war politisch eher passiv, wie zwei exponierte Stimmen aus dieser Generation belegen.

Der Lyriker Kurt Drawert sagte über sich und andere: "Unsere Generation trat den Rückzug an statt der Offensive. Wir waren im Osten und doch nicht im Osten. Wir wohnten, aber wir lebten nicht dort."

Oder Kai-Uwe Kohlschmidt, Sänger der Rock- und Punkband Sandow aus Cottbus: "Politisch war man eher immun, man hatte es eher ignoriert. Propaganda und



Friedenswerkstatt in Berlin-Rummelsburg, Juni 1983

Ideologie waren ohnehin so einfältig, man nahm sie kaum wahr, es war Hintergrundrauschen."

Schwerter zu Pflugscharen -
Aufnäher der DDR-Friedensbewegung, um 1982



Derweil wurden die Jugendkulturen in der DDR immer vielfältiger. Auch sie adaptierten in den 1980er Jahren neue Trends aus dem Westen immer schneller und direkter. Wie z. B. die Gothics, die sich im Osten Gruffties nannten. Diese Bewegung gibt es bis heute, doch ist sie längst eine generationenübergreifende Kultur geworden. Viele ihrer Anhänger bleiben ihr treu, auch wenn sie schon lange keine Jugendlichen mehr sind. Gerade hat in



Ihr habt uns nicht gefragt, ob wir geboren werden wollten, aber sagt uns auch nicht, wie wir leben sollen!

3. September 1987

Sven Höller (Mitte)

Aus der Fotofolge "So sind wir"

Leipzig wieder das Wave-Gotik-Treffen stattgefunden. Es wird dort seit 1992 jedes Jahr zu Pfingsten veranstaltet und zieht mittlerweile Tausende von Menschen aus der ganzen Welt an. Für vier Tage wird Leipzig dann zum Mittelpunkt der internationalen Gothic-Szene, die längst nicht nur schwarz und düster ist.

In der DDR wurden auch sie von der Stasi argwöhnisch beobachtet. Doch am ge-

fährlichsten erschienen ihr die Punks, auch wenn sie zahlenmäßig nur sehr wenige waren. Das MfS zählte knapp tausend aktive Punks zwischen Dresden und Rostock. Dennoch mischten sie in ihren Augen das gesellschaftliche Klima besonders auf; auch wenn nicht jeder Punk den Mut hatte, sich einen „Iro“ (Irokesenkamm) zu schneiden. Aber gedacht und gefühlt haben sie alle ähnlich, und die DDR immer



selbst gestaltete Hülle eines Kassetten-Tapes der Punkband Schleim-Keim, um 1985

mehr ignoriert. Denn, wie der 1969 geborene Autor André Kubiczek in seinem Roman „Junge Talente“ (der zwar erst 2002 erschienen ist, aber die Stimmung von damals auf den Punkt bringt) sagt: "Wenn die allgemeine Vergeblichkeit groß ist, hält sich die persönliche Verzweiflung in Grenzen." Sie fühlten sich auf ihre Art und Weise frei von der DDR und wollten sich nicht mehr an diesen Staat binden.

Der Neubrandenburger Fotograf Bernd Lasdin nahm ab Mitte der 1980er Jahre Bilder von Familien in ihren Wohnungen, aber auch von Gruppen Jugendlicher auf, um sie danach von den Porträtierten mit handschriftlichen Statements zu ihrem Befinden in der DDR versehen zu lassen. So auch das Foto von diesen drei zirka 18jährigen. Der junge Mann in der Mitte schrieb darunter: "Ihr habt uns nicht gefragt, ob wir geboren werden wollen, also sagt uns auch nicht, wie wir leben sollen!" Das könnte

eine generelle Losung der jungen Generation am Ende der DDR (das damals noch kaum einer so schnell kommen sah) sein. Und in ihrer radikalen Absage an alle staatlichen Instanzen, aber auch an ihre Eltern, waren sie politisch extrem aktiv. Weit über den Tag hinaus.

Das belegt auch die Geschichte von Schleim-Keim, eine der führenden frühen Punkbands der DDR. Sie hatte sich bereits 1980 in einem kleinen Dorf bei Gotha gegründet, wurde aber schnell darüber hinaus bekannt. Sie gehörte zur ersten Punk-Generation der DDR, die vom MfS noch vollkommen zersetzt worden ist, dennoch aber mächtige politische Spuren hinterließ. Nur selten konnten sie in Kirchen oder besetzten Häusern live auftreten. Ihre Musik verbreiteten sie über selbst bespielte, vervielfältigte und gestaltete Kassetten wie dieser. Einer der Songs darauf heißt „Prügelknaben“ und ist um 1984 erstanden. Genau

konnte das der Sänger und Kopf der Band, Dieter „Otze“ Ehrlich, auch nicht mehr sagen. In diesem Lied heißt es: "Wir wollen nicht mehr, wie ihr wollt / Wir wollen unsere Freiheit / Wir sind das Volk, wir sind die Macht / Wir fordern Gerechtigkeit / Wir sind das Volk, wir sind die Macht / Es ist zu spät, wenn es erst mal kracht / Wir wollen nicht länger eure Prügelknaben sein." Wer sich ein bisschen in Punkmusik eingehört hat, weiß, dass man von den Texten oft kaum was versteht, weil sie von den lauten Instrumenten krachend übertönt werden.

Danach angesprochen, ob er mit seinem Text – bereits Jahre vor der Friedlichen Revolution – deren legendäre Losung „Wir sind das Volk!“ kreiert hätte, stellte Otze nach 1990 (sinngemäß) fest: „Das würde er nicht für sich in Anspruch nehmen wollen. Aber natürlich waren die Fans der Band textsicher. Und bei den Demonstrationen im Herbst 1989 seien sie immer stets vorn, in der ersten Reihe marschiert, denn sie hatten nichts mehr zu verlieren.“

So auch am Montag, dem 2. Oktober 1989 in Leipzig, als die Zahl der Demonstranten mit 15.000 (im Vergleich zu späteren Massenaufmärschen) noch nicht so groß war. Keiner wusste, wann die Staatsmacht zuschlagen würde? Denn noch war ihr Gewaltmonopol intakt. Und was passiert dann mit ihnen? Standen sie den Polizisten – die den Innenstadtring mit einem Kordon aus Leibern und querstehenden Lastwagen abgesperrt hatten, um den Zug der Demonstranten aufzuhalten – doch direkt gegenüber. Als dann aber der Einsatzleiter der Polizei sie über das Megaphon aufforderte: "Bürger, lösen Sie sich auf!", riefen

die Demonstranten ihnen zum allerersten Mal die Losung "Wir sind das Volk!" entgegen (davon gibt es Tonbandaufnahmen). Den Uniformierten wurde damit eindeutig bescheinigt: „Ihr habt nicht länger das Recht, im Namen des Volkes zu agieren, sondern wir sind das Volk!“ Mit dieser Selbstermächtigung der Demonstranten war die Staatsmacht bereits an ihr Ende gekommen, noch bevor die Mauer fiel. Die Unterstützung der Jugend hatte sie zum größten Teil da bereits verloren.

Das belegen auch Ergebnisse des Zentralinstituts für Jugendforschung. Das führte über rund zwei Jahrzehnte regelmäßig Untersuchungen zu politischen, kulturellen und sozialen Einstellungen Jugendlicher in der DDR durch. Dafür wurden immer wieder die gleichen Fragestellungen verwendet, um die Ergebnisse direkt miteinander vergleichen zu können. Am Ende der DDR sehr zum Leidwesen der Funktionäre, die diese Zeitreihen dann nicht mehr sehen und hören wollten.

Darin ging es zum Beispiel um die *Identifikation der Jugendlichen mit der DDR*: Die fiel 1970 bei Lehrlingen, nach eigener Aussage, mit 41 Prozent noch relativ stark aus. Dieselbe Antwort gaben im Oktober 1988 aber nur noch 18 Prozent von ihnen. Selbst bei den Studenten, die immer noch am Treuesten zum Staat standen, weil sie von ihm ein Diplom und danach auch einen entsprechenden Arbeitsplatz erhalten wollten, sind vergleichbare Trends erkennbar. Bejahen 1970 noch 43 Prozent von ihnen eine sehr starke und starke Identifikation mit der DDR, waren es im Februar 1989 nur noch 34 Prozent. Bei den jungen Arbeitern hatten

1970 lediglich zehn Prozent kaum eine bzw. überhaupt keine Bindung an die DDR, im Oktober 1988 waren es schon 23 Prozent. Und danach gefragt, *ob in der DDR die Staatsmacht denn so ausgeübt wird, wie sie sich Sozialismus vorstellen*, bejahten dies 1981 von den Schülern der 10. Klasse bereits nur noch 11 Prozent vollkommen, im Oktober 1989 dann niemand mehr! Selbst bei den Studenten fiel die Zustimmung auf sieben Prozent. Es gab also keinerlei Übereinstimmungen mehr zwischen der offiziellen Politik und dem, was sich die Jugendlichen unter Sozialismus vorstellten.

Und befragt, *ob der Sozialismus überhaupt eine historische Perspektive habe* und sich weltweit durchsetzen würde, sahen das 1970 schon 24 Prozent der jungen Arbeiter skeptisch. Achtzehn Jahre später im Oktober 1988 sagten bereits 64 Prozent „Nein“ dazu. Es gab bei großen Teilen der Jugend eine massenhafte, innere Abwendung vom DDR-Staat und seinem sozialistischen System. Das bereitete den Boden für all die Veränderungsprozesse, die im Herbst 1989 in der DDR in Gang gekommen sind und in sehr starkem Maße von Jugendlichen mitgetragen wurden. Dann war – aus der Sicht der bisher Herrschenden – seitens der Jugendlichen endgültig der Schritt vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko vollzogen.

Podiumsgespräch

Stephan Krawczyk, vom preisgekrönten Liedermacher zum Dissidenten
Tina Krone, von der Lehrerin zur Bürgerrechtlerin

Prof. Dr. Bernd Lindner

Moderation: Dr. Peter Ulrich Weiß, LAKD



Weiß: Herzlichen Dank, Prof. Lindner, für Ihre instruktiven und inspirierenden Ausführungen.

Ziel unserer jetzigen Runde soll es sein, sich über individuelle Kippunkte auszutauschen, die bereits in jungen Jahren zu Haltungswechseln gegenüber Staat und System geführt haben. Dazu haben wir neben Professor Lindner zwei weitere Gäste eingeladen, und zwar die ehemalige Lehrerin, Radio- und Zeitungsredakteurin und Leiterin des Archivs der Robert-Havemann-Gesellschaft Tina Krone, und den Liedermacher, Autor und Bühnenkünstler Stephan Krawczyk.

Beide sind in den 1950er Jahren geboren, beide waren in den 1980er Jahren in der DDR-Oppositionsszene aktiv und überregional bekannt, wenngleich sie auf unterschiedlichen Wegen dahin gefunden haben. Beide litten in jungen Jahren unter Berufsverbot, Ausgrenzung und Stasi-Überwachung und haben sich dennoch mit dem SED-Regime angelegt, was bei Stephan Krawczyk 1988 zur Verhaftung und erzwungenen Ausreise geführt hat. Auch nach 1989 setzten sich beide mit dem schwierigen Erbe von DDR-Diktatur und Opposition auseinander: Frau Krone beim Neuen Forum und in der Robert-Havemann-Gesellschaft, Stephan Krawczyk in Auftrittsprogrammen und Büchern, wie

jüngst den Band „Gelöste Stimmen“. Herzlich willkommen – schön, dass Sie da sind.

Lieber Stephan, in einem Zeitungsporträt über dich habe ich gelesen, dass dich als Kind und Jugendlicher mancher Mensch aus deinem Heimatort angeblich für einen kleinen „Spinner“ gehalten hätte. Du bist 1955 als Sohn einer Briefträgerin und eines Bergarbeiters geboren und in der Kleinstadt Weida im Vogtland groß geworden. Wie erinnerst du deine Zeit dort?

Krawczyk: Nun, das mit dem „Spinner“ höre ich das erste Mal, aber warum nicht? Im Nachhinein wird man ja bisweilen auch in einer Weise erklärt, die man nicht mehr so beeinflussen kann. Also ich war ein etwas stilleres Kind. Ich war nicht unbedingt an Mannschaftsspielen interessiert und Fußball hat mich nicht sonderlich interessiert. Ich war eher so der Geräteturner und habe ich es sogar bis zum Kreismeister gebracht. Also auch da ist nicht die Bezeichnung „Spinner“ enthalten. Aber ich habe eine ganz normale DDR-Jugend gehabt. Ich habe immer gesagt, ich wurde zum gelernten DDR-Bürger erzogen. Wäre ich nicht zur Armee gekommen, hätte ich mich wahrscheinlich auch von dieser ganzen Ideologie wesentlich später abgewendet. Aber bei der Armee, da habe ich gemerkt, was das für ein Saftladen ist. Ich habe ein ziemlich ausgeprägtes Rechts- oder Unrechtsbewusstsein, je nachdem, wie man es formuliert. Das habe ich dort bei der Armee gemerkt. Es war ja so, dass im Sozialismus der sozialistische Mensch immer als die Krone der Schöpfung bezeichnet wurde. Bei der Armee habe ich dann gemerkt, da wurde umgegangen mit denen wie mit

Schütze Arsch im letzten Glied. Als ich das mitgekriegt habe, habe ich mich natürlich dagegen gewehrt. Das hatte dann die Folge, dass ich keinen Ausgang, keinen Urlaub gekriegt habe und im Bau saß. Da sind mir langsam die Augen aufgegangen, was das mit dem Sozialismus so auf sich hat.

Aber in der Jugend habe ich diese Erfahrung nicht gemacht. Vielleicht kann man das verallgemeinern. Sowohl bei den Erwachsenen als auch bei den Jugendlichen, wenn man sich nicht am Rand aufgehalten hat, war das ganz gemütlich in der DDR. Wenn du aber bestimmte Äußerungen gemacht hast, die dich eher nicht mehr zur Masse kenntlich gemacht, sondern dich an den Rand delegiert haben, wurde es schwierig. Und das sowohl in der Jugend, als auch, wenn du erwachsen warst. Ich weiß noch, in Pößneck haben sie in der 1960er Jahren die Leute auf dem Marktplatz zusammengetrieben, und da wurde ihnen unter Polizeiaufsicht die Haare geschnitten. Solche Exzesse gab es eben. Da wurdest du durch deine langen Haare kenntlich, dass du nicht zu dieser allgemeinen Masse gehörst, die eben sich nicht kenntlich macht.

Weiß: Wann ging es bei dir los mit der Musik? Dein Bruder mochte die Stones, wie ich gelesen habe. War das auch deine Musikrichtung?

Krawczyk: Es war normal, dass die jungen Leute, wenn sie nicht in die klassische Musikrichtung gedrängt wurden durch die Eltern, durch Musikunterricht oder Musikerziehung, sich natürlich an der Jugendmusik orientiert haben, die vor allem aus dem

Westen kam. Mein Bruder war drei Jahre älter. Als ich „Professor Flimrich“ gucken wollte mit 12/13 Jahren, hat er sich immer einen Klassenkameraden eingeladen und die haben „Beat-Club“ geguckt im Westfernsehen, und ich musste auf „Professor Flimrich“ verzichten. Von meinem Bruder wurde ich immer der Märchenfan genannt, vielleicht kommt daher die Bezeichnung mit dem „Spinner“.

Zur Musik bin ich durch meinen Bruder gekommen. Der hat in der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät in Halle studiert und wurde dort auf sein Auslandsstudium in Moskau vorbereitet. Er hat mit einem im Zimmer gewohnt, der Gitarre gespielt hat, und da hat er die Gitarre mal mit nach Hause gebracht.

Meine Eltern waren Arbeiter. Es ging nicht sonderlich musisch bei uns zu Hause zu. Aber es gab die Gitarre zu Hause. Ich habe sie mal in die Hand genommen und konnte auf Anhieb auf der hohen E-Seite „Hänschen klein“ spielen. Das war ein einschneidendes Erlebnis – von da an dachte ich, ich sei begabt, und ich habe mir eine Gitarre gewünscht. Ich habe nur noch Musik gemacht, also geübt, geübt, geübt und dadurch meine Welt bezaubert. Ich konnte das erste Mal aus mir selbst schöpfen und mich in diesem Raum aufhalten. Ich habe fünf Stunden geübt und mich eben wohlfühlt. Dann habe ich von The Animals „House of the Rising Sun“ nachgespielt, und was eben angesagt war. Das war eine sehr erfüllende Zeit, weil mir da neue Horizonte eröffnet wurden und es nicht nur den mehr oder weniger tristen Alltag einer Arbeiterfamilie gab.

Weiß: Als Erich Honecker 1971 antrat, warst du 16 Jahre alt. Fünf Jahre später, im Jahr der Biermann-Ausbürgerung, bist du nach Abitur und Wehrdienst in die SED eingetreten. Wenn man das hört, könnte man auf den ersten Blick meinen, du hättest dich als junger Mensch mit dem Staat und der SED identifiziert. Was hat dich bewogen, zu diesem Zeitpunkt in die Partei einzutreten?

Krawczyk: Ich bin mit 17 Jahren in den FDJ-Singeklub eingetreten, Singeklub Patria in Gera, weil ich mit anderen Musik machen wollte. In der Tanzmusik bin ich mal von der Bühne gekippt, weil mich die Mädels besoffen gemacht haben. Da habe ich gedacht: "Das ist nicht meine Karriere." und bin zu einem FDJ-Singeklub gegangen, aber nicht aus politischen Gründen, sondern weil ich einfach mit anderen musizieren wollte. In diesem Singeklub waren Lehrer und Redakteure, die von der sozialistischen Idee überzeugt waren. Mit denen habe ich im Grunde genommen die ersten Gespräche über Politik geführt. Irgendwann sagten die, als ich 18 war: "Na ja, du kritisierst doch immer viel. Wenn du was beeinflussen willst, dann geh doch zur Partei, da kannst du das besser, dann bist du an den entsprechenden Stellen. Da habe ich gedacht: "Ja, das klingt logisch." und habe die Kandidatur beantragt. Bei der Armee, als das erste Jahr der Kandidatenzeit vorbei war, kam der Politoffizier und sagte: "Na, Soldat Krawczyk, wie sieht es nun aus, willst du nun Genosse werden oder nicht?" Ich muss sagen, da war ich opportunistisch. Ich war 18 oder 19 und habe gedacht: "Na, wenn ich jetzt nein sage, dann könnte mir das irgendwie schaden."

den." Ich hatte keine Ahnung von Karriere oder Entwicklung. Ich wollte auch nicht das studieren, wofür ich einen Studienplatz hatte, den habe ich dann auch zurückgegeben. Da waren gar keine hochtrabenden Ideen von Entwicklung oder Karriere. Der gelernte DDR-Bürger hatte so ein Unwohlsein und deshalb habe ich gesagt: "Ja, ich will Parteimitglied werden." Ich hatte mit der Partei nicht sonderlich viel zu tun, denn ich war auf ein Dorf gezogen. Dort bestand die Parteigruppe aus schon etwas älteren Leuten, so alt wie ich jetzt bin. Für die ging es darum, dass sie glücklich waren, im Konsument-Kaufhaus lange Unterhosen gekriegt zu haben, das waren da die politischen Themen. Ich bin einmal im halben Jahr hingegangen. Ich bin in der DDR nicht zur Wahl gegangen als Genosse, es hat mich nie einer darauf angesprochen, darüber habe ich mich gewundert. Ich muss aber sagen, es hat mir dann genutzt, weil ich 1981 den Hauptpreis beim Chanson-Wettbewerb in Frankfurt (Oder) bekommen habe. Den hätte ich nicht bekommen, wenn ich nicht Genosse gewesen wäre. Ich hatte da doch schon recht kritische Texte, die ich mir aus der Literatur zusammengesucht habe. Die habe ich gesungen und trotzdem habe ich diesen Preis gekriegt. Das war bestimmt, weil ich Genosse war. Ja, also in dem Sinne habe ich alles richtiggemacht.

Weiß: Wir machen jetzt einen Sprung, denn wir wollen ja die Kippunkte ansprechen. Im Jahr 1981 bekamst Du den Hauptpreis bei den Chanson-Tagen in Frankfurt (Oder). Vier Jahre später folgten Berufsverbot und Austritt aus der SED. Wann ging das bei dir los, dass du dich losgesagt hast? Wann hast Du Dich entschieden, gesellschafts-

kritische Lieder zu schreiben und aufzuführen?

Krawczyk: Das war nicht so, dass man sagt: "Jetzt habe ich die Entscheidung getroffen, jetzt wähle ich einen anderen Kurs." Ich war vorher bei der Folkloregruppe Liedehrlich. Da wollten wir durch die Blume der Historizität die DDR-Wirklichkeit beschreiben. Unter anderem haben wir mal ein Lied gesungen, das war eine Parodie auf ein Kinderlied, darin hieß es: "Die Faultiere sitzen im Staatsrat". Daraufhin haben sie uns Konzerte abgesagt. Seit 1983 gab es über mich bei der Stasi einen operativen Vorgang in Gera, weil ich Lieder gesungen habe, bei denen der Text von Andreas Reimann stammte. Die wurden mir vom stellvertretenden Kulturminister verboten. Ich habe sie weiter gesungen, weil ich mir von dem Bonzen nichts vorschreiben lassen wollte. So zog sich das langsam zusammen. Es kamen immer mehr von der Stasi in die Konzerte und irgendwann, als Reimann nicht mehr für mich schrieb und ich anfing, selber zu schreiben, habe ich Liedtexte verfasst, die gingen richtig zur Sache – gegen Reiseunfreiheit, gegen Presseunfreiheit, gegen Meinungsunfreiheit. Das habe ich alles deutlich beim Namen genannt. Ein Jahr später hatte ich Berufsverbot. Ich hatte mir das nicht vorgenommen, denn ich hatte gut verdient, war wohlhabend. Das war bei den Künstlern in der DDR durchaus so. Die haben gute Gagen gekriegt als eine Art Schweigegeld. Da wussten die genau, dass sie sich an die Tabus zu halten haben. Und ich dummer Hund, wie mein Vater sagte, habe das eben nicht gemacht. Weil ich dachte, in einer Gesellschaft, da müssen diese Dinge, die nicht stimmen, auch in der

Öffentlichkeit benannt werden. Wenn das nicht passiert, dann grummelt es immer unter der Decke. Deshalb habe ich mich diesen Problemen zugewandt und musste halt auch die Konsequenzen tragen.

Weiß: Frau Krone, Sie sind 1957 in der kleinen Stadt Haldensleben unweit von Magdeburg geboren. Woran erinnern Sie sich, wenn Sie an Ihre Kindheit und Jugend denken? Kommt darin das, was wir heute mit Diktatur, Unfreiheit oder Bevormundung umschreiben, bereits vor?

Krone: Ja, das kam schon ziemlich schnell darin vor. Weil mein Stiefvater vier Jahre im DDR-Gefängnis gesessen hat wegen Republikflucht und wir also keine DDR-Radiosender und später auch keine DDR-Fernsehsender anschalten konnten, ohne dass der einen Wutanfall bekam. Aber er hat uns immer getröstet, er kennt den Weg, und wir sind sowieso nicht mehr lange da. Also von daher war bei mir diese Distanz von Beginn an da, die ist nicht erst mit dem Mauerbau gekommen.

Aber ich habe natürlich auch diese eigenen Erlebnisse, so wie Stephan es auch schon erzählt hat. Wenn man sich in der Jugend mit 13/14 einen Mittelscheitel wachsen ließ und die Haare in das Gesicht hingen, dann kam wirklich die Direktorin mit Klemmen und hat einem die Klemmen so ziemlich schmerzhaft in die Frisur gedrückt. Oder man musste eine Weile in einer Pause im Kreis laufen, alle Schüler der Schule. Das sind so Sachen, die einem als jungen Menschen natürlich überhaupt nicht gefallen. Und ich hatte immer ganz viele Gleichaltrige um mich rum, denen

das auch nicht gefiel. Und wir haben uns bei diesen offiziellen Demonstrationen gedrückt, wenn man am 1. Mai an den Bonzen der Kleinstadt hätte vorbeimarschieren müssen. Später dann in Berlin sollte man sogar an der Regierung vorbeimarschieren. Ich bin dann auch irgendwann nicht mehr zur Wahl gegangen. Deswegen musste ich zur Direktorin und wurde befragt. Ich habe mich aber auf das Wahlgeheimnis berufen, so viel wusste ich dann schon. Ich habe gefragt, woher sie das wissen will.

Man ist ja, wenn man in der DDR großgeworden ist, ständig behelligt worden mit irgendwelchen Geschichten, wo die hören wollten, dass man das alles toll findet und dafür ist. Und man mogelte sich drumrum oder war dann auch mal ein bisschen frech. Aber ich glaube, jeder kam irgendwann in so eine Situation, da musste man jetzt laut und deutlich sagen: "Ja, ich mache das hier weiter mit.", obwohl ich es anders sehe, obwohl ich viele Dinge bemerke oder: "Ab jetzt ist Schluss hier, ich verweigere mich." Und ich bilde mir ein, dass jeder, der in dieser Zeit in die DDR hineingeboren wurde, damit konfrontiert gewesen sein muss.

Weiß: Mit Honeckers Regierungsantritt wurde in begrenztem Maß versucht, mehr Liberalität, Lockerheit und Weltoffenheit zu praktizieren, Stichwort: Weltfestspiele 1973. Haben Sie als 15- oder 16-Jährige davon eigentlich etwas mitbekommen?

Krone: Ja, ich war 1973 zu den Weltfestspielen in Ost-Berlin, da war ich 16 Jahre alt. Ich war Mitglied des Schulchores. Und der Chor durfte die Hälfte der Zeit teilnehmen. Also waren wir hier in internationaler

Gesellschaft. Wir waren zu den diversen Rockkonzerten, die angeboten wurden. Es gab auch die Diskussion damals auf dem Alex, da hieß es dann: "Die Junge Union ist in Ost-Berlin und die diskutieren schräg rum." Dann waren wir natürlich auch da. Und ich erinnere mich, dass Walter Ulbricht gestorben sei, dass der sich aber gewünscht hätte, die Jugendlichen sollten weiterfeiern. Das haben wir dann auch zur Kenntnis genommen. Zwei Jahre später fing ich an, in Berlin zu studieren und da haben wir natürlich schon mitbekommen, dass nach einer kurzen Phase der Offenheit der Sack wieder zugeschnürt wurde.

Weiß: Ich hatte in der Anmoderation schon erwähnt, dass Sie Lehrerin waren. Sie haben Ende der 1970er Jahre das Studium aufgenommen. Wie ist es zu dem Wunsch gekommen, Lehrerin für Deutsch und Englisch zu werden? Sind Sie selber in der DDR gern zur Schule gegangen?

Krone: Na, das war natürlich alles ganz anders. Ich habe mich zunächst für ein Studium entschieden, was es in diesem Jahr 1975 nur in Berlin, also in Ost-Berlin, gab. Und das hieß Lebensmitteltechnologie. Und weil ich unbedingt nach Berlin wollte, habe ich mich dort beworben und wurde auch genommen. Ohne mich zu fragen, wurde ich in die Fachrichtung Zucker/Stärke eingegliedert, weil ich aus einer Stadt mit einer Zuckerfabrik kam und in die sollte ich auch als Schichtleiterin zurück. Nichts lag mir ferner. Also habe ich kurz vor Ende des ersten Studienjahres einen Studienwechsel beantragt. Und da habe ich das erste Mal höchstpersönlich kennengelernt, mit welchen Bandagen dann gearbeitet

wurde. Ich wurde also mehrfach vorgeladen, und mein Wechsel-Wunsch wurde als Unverschämtheit abgetan, dass das alles überhaupt nicht ginge, wo ich doch dieses Studium vom Staat geschenkt bekommen hätte. Und so wurde dem Wechsel - ich wollte Germanistik studieren - natürlich nicht stattgegeben. Ich bin dann zurück in die Kleinstadt, habe noch mal ein Jahr gearbeitet - in einem VEB Gelenkwellenwerk. Die haben mich dann zum Studium delegiert, also die haben das befürwortet. Ich habe dann aber keinen Studienplatz für Germanistik bekommen, sondern für die Fachrichtung Deutsch/Englisch im Lehrerstudium. Für mich stand fest, dass ich das sowieso nicht machen werde. Aber ich konnte erst mal wieder schön nach Berlin und hier also die Theater und die Jazzclub-Landschaft genießen. Bloß es führte dann kein Weg raus, ich musste nach dem Studium erst mal an eine Schule. Dort habe ich festgestellt, dass mir die Arbeit mit den Kindern wirklich Spaß gemacht hat. Nur leider konnte ich das nicht sehr lange ausüben.

Weiß: Wir haben schon über Gängelei von oben gesprochen. Lassen Sie uns kurz auf Ihre Studienerfahrungen eingehen bzw. zu den Erlebnissen unmittelbar danach. Pädagogisches Ziel war es damals, Schülerinnen und Schülern zu sogenannten sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen. Wie haben Sie diesen „Kampfauftrag“ erlebt? Wurden Sie im Studium dahingehend indoktriniert?

Krone: Ja, es gab Fächer, wo man entsprechend unterrichtet wurde, aber ich kann mich jetzt nicht mal mehr erinnern, wie die

hießen. Also es hatten ja sowieso alle, die in der DDR studiert haben, diese Fächer wie Politische Ökonomie, Wissenschaftlicher Kommunismus und noch ein drittes. Also das mussten alle mitmachen, egal was sie studiert haben, ob Gesellschaftswissenschaften oder Naturwissenschaften. Und dann gab es immer die Woche vor Studienjahresbeginn, die sogenannte „rote Woche“, wo man entsprechend indoktriniert wurde. Aber die Leute, mit denen ich befreundet war, hatten das an sich vorbeirauschen lassen - das ging hier rein, da raus. Also ich kann mich nicht erinnern, dass es irgendwen beeindruckt hätte.

Weiß: Und wann trat bei Ihnen der konkrete Punkt ein, wo Sie gesagt haben: "jetzt reicht es, jetzt wehre ich mich" bzw. „jetzt engagiere ich mich öffentlich“?

Krone: Also dieser Punkt, wo ich dann gesagt habe: "Bis hierhin und nicht weiter", der kam 1982 im Herbst. Im März wurde in der DDR ein neues Wehrdienstgesetz erlassen, das sprach sich herum. Diskussionen über Gesetze waren eigentlich nicht üblich. Im Gesetz stand, dass Frauen im sogenannten Ernstfall auch eingezogen, also unter Befehlsgewalt gestellt werden konnten. Das war der Punkt, der mich besonders interessiert hat. Eine Freundin kam zu mir mit einer Eingabe, die von Bärbel Bohley, Katja Havemann, Irena Kukutz und weiteren Frauen geschrieben worden war, und wofür Unterschriften gesammelt wurden. Und wir saßen in meiner Erinnerung wirklich stundenlang in meiner Küche und überlegten: "Sollen wir unterschreiben? Sollen wir nicht unterschreiben?" Wir haben den Zusammenhang gesehen. Vier

Monate vorher war in Polen gerade das Kriegsrecht ausgerufen worden. Und wir sahen mit diesem Gesetz ziemlich deutlich, obwohl wir noch so jung und unerfahren waren, in welche Richtung dieses Gesetz uns marschieren lassen wollte, im wahrsten Sinne des Wortes. Wir hatten unsere Kinder schon - mein Sohn war zwei Jahre, ihr Sohn war ein Jahr alt - und die Überlegung war dann wirklich: "Du, irgendwann sind die groß. Dann fragen die uns: Ihr habt es gewusst und ihr habt nichts dagegen unternommen." Und das hat uns am Ende bewogen zu sagen: "Wir unterschreiben das." Wir wussten, irgendwas passiert, aber dass man dann lebenslanglich in der DDR karrieremäßig kein Bein mehr auf die Erde kriegt, das konnte man sich einfach nicht vorstellen. Hat uns aber auch nicht weiter interessiert. Das ist dann eben später so passiert, ja.

Weiß: Sie haben vom Engagement für „Frauen für den Frieden“ berichtet, später kamen weitere Kreise hinzu. Wie waren die Reaktionen aus Ihrem beruflichen Umfeld? Regulär in der Schule arbeiten, wie mal ursprünglich geplant, das ging dann nicht mehr, oder?

Krone: Also als Erstes kamen immer die Parteisekretärin und die Direktorin und weiß ich nicht, irgendwelche mir unbekannt Menschen, unangemeldet in meinen Unterricht. Und ich musste alle vier Wochen zum Gespräch zur Direktorin. Man wollte ständig, dass ich diese Unterschrift zurückziehe. Das Schuljahr ging zu Ende und dann wurde ich erst mal Vertretungslehrerin für alle Fächer im gesamten Stadtbezirk, damals Hohenschönhausen und

Weißensee. Dann musste ich da in Klassen Russisch unterrichten und auch Physik, das war unglaublich. Also wirklich, ich bin also nur durch den Stadtbezirk gerast. Und am Ende dieses Schuljahres kam wieder die Aufforderung, in die Kaderabteilung zu kommen, zum Schulrat. Da wurde mir dann nahegelegt, dass ich in den Hort einer Hilfsschule, damals in Weißensee, arbeiten gehen könne oder mich woanders bewerben kann. Das hatte ich versucht, das hat nicht geklappt. Also bin ich dann als Hortnerin in dieser Hilfsschule arbeiten gegangen. Dort traf ich dann auf eine Sport-Geografie-Lehrerin, die Geigerin in einer Punkband war, die auch dahin versetzt worden war. Und noch eine, die sich im Wohnbezirk unzulässigerweise für mehr Wohnqualität engagiert hatte. Und wir haben uns super verstanden und sind bis heute befreundet.

Weiß: Das klingt gut. War es für Sie möglich, auch ein Stück weit Ihre eigenen Konzepte und Vorstellungen im Hort oder in die Klassen einzubringen, die Sie unterrichtet haben?

Krone: Also als Vertretungslehrerin kann man gar nichts machen. Mit meinen Hortkindern haben wir es uns am Nachmittag einfach immer gemütlich gemacht. Aber ich hatte ja immer eine sogenannte Betreuerin an den Schulen, wo ich war, und die bekam dann immer Aufträge, auf mich einzuwirken. Da hieß es dann, ich muss mal wieder zum Direktor und der fragte, warum ich mit den sechsjährigen Schülerchen nicht über die Feierlichkeiten zum 750. Jubiläum Berlins in der Hauptstadt der DDR gesprochen hätte. Da konnte ich dem nur sagen: "Weil die noch nicht mal die Schleife können."

Und dann durfte ich wieder gehen. Der hat mich schon auch angebrüllt und beleidigt. Es wurde also öfter mal versucht, die Peitsche zu schwingen.

Und vielleicht noch ein Wort zu diesen Betreuerinnen, also Überwacherinnen. Die erste Betreuerin, die ich hatte, die ist mit mir auf Kosten der SED-Bezirksleitung ins Theater gegangen, was ich damals nicht wusste. Ich habe das dann in den Akten gelesen. Und die hat auch immer über mich berichtet. Aber dann stellte man fest, dass diese „Betreuerin“ ihren Auftrag nicht erfüllt hatte. Nicht sie hätte das politische Gespräch mit mir geführt, sondern ich mit ihr, wie ich in den Akten heute lesen konnte. Ich hatte sie zu Veranstaltungen in der Kirche mitgeschleppt. Und das fanden sie dann wohl nicht so gut. Also auch wenn die probiert haben, mit mehreren Leuten Zugriff auf einen zu bekommen, wir lebten nicht in solchen Zeiten, wo man sich dem nicht entziehen konnte, ja, wo man sich nicht doch irgendwie als Person behaupten konnte. Also man musste nicht unter diesem Druck einknicken, so schlimm war der nicht. Also ich war ja nie im Gefängnis. Es wurde mir auch nie angedroht. Also man konnte schon so halbwegs da durchkommen.

Weiß: Herr Prof. Lindner, ich möchte Ihnen eine Frage zu Ihrem Vortrag stellen: Sie haben darin Ihr Generationenmodell mit der Aufbaugeneration, der Integrierten Generation und der Distanzierten Generation kurz vorgestellt. Meine Frage zielt auf die Integrierte Generation, also den zwischen 1945 und 1960 Geborenen, von denen mit Frau Krone und Herrn Krawczyk ja hier

zwei Vertreter auf dem Podium sitzen. Sie beschreiben diese Generation als eine, die sich politisch stärker mit dem System arrangiert habe und wo der Widerstand eher auf der kulturellen Ebene zum Ausdruck gekommen sei. Wenn ich mir nun zahlreiche Protagonisten der Oppositionsszene angucke, sehe ich, dass die meisten jahrgangsmäßig eigentlich genau der integrierten Generation angehören. Ist das nicht ein gewisser Widerspruch?

Lindner: Ich denke nicht, denn sie haben es ja beide gerade beschrieben. Man hatte ja durchaus Absichten, in diesem Staat heimisch zu werden, weil man auch keine Alternative dazu hatte. Mit dem Mauerbau war klar, ich kann diesem Land nicht entfliehen. Ausreiseanträge gab es in den 60er Jahren noch nicht, erst nach dem KSZE-Prozess in Helsinki 1976. Da musste man schon sein Leben riskieren an der Grenze. Das war natürlich für die meisten nicht vorstellbar. Also hat man sich eingerichtet und sein Deal gemacht mit der Gesellschaft, die ja durchaus auch was geboten hat. Auch das haben wir gerade gehört.

Das gilt auch für meine Biographie: Ich komme auch aus einem Arbeiterhaushalt. Mein Vater war Eisenbahner, meine Mutter Schneiderin. Beide sind 1946, wie das hieß, „umgesiedelt“ worden, aus dem Sudentenland in die DDR. Sie hatten schon mal in der Kindheit und Jugend alles verloren. Da wusste man: Das, was man jetzt hat, das will man nicht noch mal riskieren. Ich kann mich an Gespräche meiner Eltern erinnern. Das war vor 1961. Unser Kinderzimmer grenzte an die Küche. Mein Vater kam um 23 Uhr von der Nachmittagschicht und

meine Eltern unterhielten sich leise, ob sie denn auch gehen sollten. Und dann haben sie genau abgewogen: "Was haben wir bis hierher erreicht? Stellen wir das wieder in Frage? Wir haben zwei Kinder, also bleiben wir." Solche Dinge waren natürlich auch prägend für uns Kinder.

Und natürlich hatte man auch so idealistische Ansichten in der frühen Zeit. Dann kam der Wechsel von Ulbricht, den wir alle nicht mochten, zu Honecker, wo wir dachten: „Ah, jetzt tut sich was.“ Ich erinnere mich noch sehr gut an Fernsehbilder, wo Honecker in einer Kaserne am Barren vorturnte. Das war natürlich irgendwie wow! Das ist ein SED-Funktionär, der schwingt sich da rein und macht mit. Das gab dann so einen Impuls. Doch war Honecker eher genau das Gegenteil von dem, was wir von ihm erwartet hatten, war er doch von Moskau eingesetzt worden, um Ulbricht abzulösen, der zu eigenwillig wurde. Aber das wusste man in dem Alter nicht. Das war nicht allen bekannt. Also hat man versucht, auch heimisch zu werden.

Ich habe Bauarbeiter mit Abitur gelernt. Allerdings war mir klar, dass ich nicht wie die Mehrzahl meiner Mitlehrlinge Bauingenieur werden wollte, sondern ich wollte auch damals schon in die Kultur, habe dann Kulturwissenschaft studiert. Ich hatte das Glück, in Berlin studieren zu können, also doch auf einer gewissen „Insel der Seligen“. Ich habe dann auch die Biermann-Ausbürgerung da erlebt. Unser Professor für Ästhetik, Wolfgang Heise, war einer der wenigen an der Humboldt-Universität, die sich geweigert haben, die vorgestanzte Erklärung zu unterschreiben. Er soll darauf

bestanden haben, eine Eigene zu formulieren. Selbst an dem Punkt, als man drohte: "Der Lehrstuhl wird aufgelöst." Und sowas sind dann natürlich prägende Momente, wo man sagt: "Wow, man kann sich ja wehren. Man kann sich ja in gewissem Maße durchsetzen." Ähnliches habe ich dann auch im Zentralinstitut für Jugendforschung erfahren, wo ich 1978 anfangen konnte, zu forschen. Der Direktor dort hat mir beim Einstellungsgespräch einen Satz gesagt, den ich nie vergessen werde: „Also Herr Lindner, man kann nicht Soziologe sein und Scheuklappen aufhaben.“ Das war das Grundprinzip dieser Forschung. Auch hatten wir das Glück, dass wir in Leipzig ein Stück weg waren von Berlin. Die Kommunikation war damals noch nicht so dicht. Und zugleich haben wir dann ja ein bisschen so dem deutschen Aufklärungsmodus folgend gearbeitet und geforscht: Man muss den Fürsten nur erzählen, was los ist, vielleicht ändern sie sich dann. Insofern hat meine Biografie Besonderheiten. Ich hatte diese Schutzzräume, in denen ich mich entwickeln konnte. Gleichzeitig denke ich auch, dass dies in gewissem Sinne symptomatisch für diese Integrierte Generation ist, immer schwankend zwischen Hoffnung und Resignation.

Es gab ja die Weltfestspiele. Da waren auch Chilenen zu Gast. Die hatten es geschafft, mit demokratischen Mitteln einen Sozialismus aufbauen zu können. Allende ist demokratisch gewählt worden. Doch kaum waren die Weltfestspiele vorbei, wurde Allende gestürzt. Dennoch waren das Dinge, die immer wieder Hoffnung gaben. Und dann hat uns das Kriegsrecht in Polen wieder emotional zurückgeworfen. Dieses

Schwanken hat bei mir persönlich bis Mitte der 80er Jahre angehalten und dann war mir auch klar, das wird nichts mehr.

Weiß: Vielen Dank für die Erläuterung. Der Faktor Milieuprägung behält demzufolge ja auch weiterhin seine historische Bedeutung.

Zum Schluss nochmal eine Frage an Sie drei: Jugend in der DDR bleibt ein aktuelles Thema, an dem sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln abgearbeitet wird, wenn wir beispielsweise in der Literatur an die Romane von Angelika Klüssendorf, Jenny Erpenbeck oder Charlotte Gneuß denken. Seit den 1990er Jahren und jetzt erneut wieder wird diskutiert, inwiefern die Sozialisation als Kind und Jugendlicher in der DDR spezielle Folgen für die Ankunft im vereinigten Deutschland hatte, z. B. mit Blick auf das Demokratieverständnis. Wie ist Ihr Eindruck? Können Sie bestimmte lange Linien, Prägungen oder auch spezifische ostdeutsche Verhaltens- oder Bewegungsmuster identifizieren?

Lindner: Ja, ich habe das angedeutet. Also die Generation der um 1980 Geborenen, die noch die Rest-DDR als Kinder erlebt haben, aber selbst die, die dann Mitte der 80er Jahre geboren wurden und dann 1990 den gesellschaftlichen Bruch als Kinder erlebt haben, die nenne ich die Generation der Unberatenen. Warum? In einer Zeit, wo alle Heranwachsenden entwicklungspsychologisch Hilfe brauchen, um in die Gesellschaft hinein zu wachsen, auch wenn sie das natürlich gerne leugnen, nicht gerne auf die Eltern hören oder auf irgendwelche Jugendverbände und so wei-

ter, da versagten alle diese Instanzen. Die waren nicht mehr da. Die Lehrer waren unglaubwürdig geworden. Die Eltern waren mit sich selber beschäftigt, ihre Existenz zu sichern oder eine neue Existenz aufzubauen. Und die Jugendlichen hatten den Vorteil, dass sie so gut wie keine Vergangenheit zu bewältigen hatten. Warum denn auch? Als Kinder hat man ja keinen Anteil an der Gesellschaft, in die man hineingeboren wird. Plötzlich mussten sie aber vollkommen alleine zurechtkommen: Unberaten. Ich habe diesen Begriff das erste Mal 1995 formuliert und dann vermutet, dass das eine schwierige Jugend wird, bis hin zu möglichen rechtsradikalen Tendenzen, die sich schon andeuteten. Also das Spektrum, wohin man sich alleine verirren konnte, war groß. Da gab es irgendwie schon eine Ahnung bei mir, da könnte was schiefgehen. Das andere ist natürlich, dass die Jugendlichen, die es trotzdem geschafft haben, sich durchzusetzen - und das sind eine ganze Menge - stolz darauf sind. Gleichzeitig haben sie aber Verlustängste, dass das, was sie errungen haben, aus welchen Gründen auch immer, wieder in Frage gestellt werden könnte. Und das bringt in sehr starkem Maße Verunsicherung in diese Generation hinein. Dann suchen sie Halt, z. B. im Elternhaus, und melden sich wieder zu Wort mit: "Na ja, das war doch in Ordnung früher, und so." Dann sind sie rückwärtsgewandt, orientieren sich plötzlich an einer Gesellschaft, die sie selber gar nicht mehr richtig erlebt hat, bestenfalls mit Zuckertüte in der ersten Klasse, oder so. Und dieses diffizile, gebrochene Heranwachsen, das spüren wir bis heute. Ich habe mir zum Beispiel damals, als die ersten AfD-Politiker in Sachsen-Anhalt in den Landtag eingezo-

gen sind, deren Biografien angeguckt. Das waren überwiegend Leute aus dieser unberateneren Generation.

Weiß: Frau Krone, konnten Sie das auch beobachten?

Krone: Also ich habe vor allem auf einem Gebiet feststellen müssen, dass wir alle geprägt sind, die durch die DDR-Schulen gegangen sind und in diesem Staat gelebt haben, wo es keinerlei öffentliche Diskussion, keinerlei Auseinandersetzung gab, keinerlei öffentliche Konsensfindung versucht wurde, nie tatsächlich echte Widersprüche gegeneinander aufgetreten sind, sondern immer, wer das Maul aufmachte, wurde isoliert, wurde weggedrängt und die ganz Schlimmen wurden verhaftet und kriegten Berufsverbot als Künstler. Einige wenige haben sich dann im Laufe der 80er Jahre in kleineren Gruppen, in Friedensgruppen, in Menschenrechtsgruppen, in Frauengruppen gefunden.

Da konnte das Diskutieren und Sprechen im kleinen Rahmen tatsächlich schon geübt werden. Aber als dann die großen Bürgerbewegungen entstanden sind, wie das Neue Forum, in dem ich ja von Beginn an Mitglied war, da war es zu merken, wie schwer es ist, zu wissen, wie man überhaupt zu einem Ergebnis kommt, wenn sich gegenüberstehende Meinungen im Saal sind. Und das nahm ja über Jahre noch zu. Das war auch für mich ganz schwer zu lernen. Das auszuhalten und dann trotzdem nachzudenken und einen Kompromiss zu finden, das war schwer. Und ich weiß nicht, ob das die meisten nachholen konnten. Also ich denke, dass das eine schwere Bürde ist, die wir alle mitbekommen haben.



Krawczyk: Ich glaube, das hängt auch sehr vom Elternhaus ab, inwieweit man zu einem Diskurs, zu einer Diskussion, zu einer Gesprächskultur erzogen wurde. Das war bei mir nicht der Fall. In unserer Familie ging es niemals um Politik. Meine Mutter hat gesagt: "Wir sind nur kleine Arbeiter." Mein Vater, der war strahlenkrank. Für ihn hatte sich ohnehin die Zeit erledigt, in der man irgendwelche Vorstellungen von der Gesellschaft haben könnte. Das scheint mir wesentlich zu sein, wie es anfängt, wie das Leben eines Menschen anfängt, ob er einbezogen wird in einen sozialen Zusammenhang, sei das der Familie oder eben nicht. Dann kommt es wirklich noch

darauf an, auf welcher Stelle innerhalb der Gesellschaft du warst. Zum Beispiel Martin Schäfer in unserer Klasse war der einzige ohne FDJ-Hemd, weil sein Vater der Pfarrer war. Der ist von vornherein schon in einer Position, wo er sich selbst zu einer eigenen Meinung durchringen muss, weil er halt nicht zur Masse gehört. Und je mehr das schon unter Verhältnissen der DDR gepflegt wurde, umso leichter wird es dann wahrscheinlich, sich in gesellschaftliche Belange einzumischen, wenn es mal zum Systemwechsel kommt. Das scheint mir das Entscheidende zu sein. Da möchte ich auch den Satz von Aristoteles einbringen: "Der Anfang ist die Hälfte vom Ganzen."

Weiß: Damit sind wir an das Ende des ersten Panels gelangt.

Ihnen drei auf dem Podium einen ganz herzlichen Dank für ihre offenen wie anregenden Rückblicke, Gedanken und Überlegungen.

Diktatur-Erbe in der Seele

Einführung

Silvana Hilliger, Referentin bei der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Herzlich willkommen beim zweiten Panel mit dem Titel „Das Diktaturerbe in der Seele“ mit Dr. Agathe Israel und Petra Morawe. Ich bin Silvana Hilliger und arbeite bei der LAKD.

Ich möchte Ihnen diesen kleinen goldenen Ring mit dem weißen Stein zeigen. In ihm symbolisiert sich mein eigenes Diktatur-Erbe. Er ist von meiner Großmutter, die ihn bis zu ihrem Tod trug.

Wir lebten bei ihr und sie schwor mich als antifaschistische Widerstandskämpferin ein auf den Sozialismus. Ich war stolz, mich als Teil einer großen Sache zu fühlen.

Erst als junge Frau erfuhr ich, dass meine Großeltern, die vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten ins Exil in die Sowjetunion geflohen waren, dort nicht den Sozialismus aufbauen halfen, wie es mir erzählt wurde, sondern schwer unter dem stalinistischen Terror litten. Mein Großvater überlebte ihn nicht. Meine Großmutter war im Gulag und meine Mutter verbrachte ihre ersten Lebensjahre in der kasachischen Verbannung.

Diese Repression und deren lange Tabuisierung erschütterten mein Weltbild, ich fühlte mich angesichts der vorher vermittelten Ideale betrogen. Zugleich wurden

die Zweifel, die bei mir als Jugendliche entstanden waren, größer. Es war mir zunehmend eng geworden in einem Milieu hohler Phrasen. Weder zu Hause noch in der Schule konnte ich die Fragen stellen, die mir wirklich wichtig waren. Aber genau das hätte ich als neugierige Heranwachsende gebraucht.

Das erlebte ich in der Kirchgemeinde anders. Es war viel Offenheit dort und ich fühlte mich als Individuum gesehen. Ein Höhepunkt meines Lebens war das Gefühl der Selbstermächtigung 1989, als ich mitwirken konnte, diese SED-Diktatur zu überwinden.

In mir sind drei Diktaturerbschaften. Das Erbe der NS-Diktatur, das Erbe des Stalinismus, und das Erbe der DDR, in der ich aufwuchs. Vielleicht gibt es sogar noch ein viertes Diktatur-Erbe. Nämlich die Erfahrung, dass eine Diktatur überwindbar ist. Das alles symbolisiert dieser Ring meiner Großmutter.

Nun habe ich in Bruchstücken meine ganz persönliche Geschichte erzählt, aber daraus will ich allgemeine Fragen ableiten: Was macht es mit uns, bei Eltern oder Großeltern aufgewachsen zu sein, die durch eine Diktatur geprägt waren? Was macht es mit uns, die Diktatur selbst erlebt

zu haben? Was macht es mit unseren Kindern oder Enkeln, die in der Postdiktaturgesellschaft aufwachsen?

Ich freue mich, Ihnen Dr. Agathe Israel vorstellen zu können, die uns den Einführungsvortrag halten wird. Frau Dr. Israel ist Psychoanalytikerin und Psychiaterin. Sie hat stationär viel mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet und schon zu DDR-Zeiten in diesem Feld Modernisierung erwirkt. Sie war in den 70er Jahren an der sozialpsychiatrischen Bewegung in der DDR beteiligt und hat eine jugendpsychiatrische Station gegründet. 1983 wurde sie von Eltern und Kollegen angezeigt, weil sie zu psychoanalytisch gearbeitet hat. Die ärztliche Schweigepflicht zu brechen, war sie nie bereit, obwohl auch das verlangt war.

Seit über 20 Jahren behandelt Frau Dr. Israel Säuglinge, Kleinkinder und ihre Eltern mit einer von ihr mitentwickelten speziellen Psychotherapie. Sie untersucht wissenschaftlich frühe Beziehungen und Lebensbedingungen, unter anderem die institutionelle Frühbetreuung in der DDR sowie die Kinderbetreuung in der heutigen Zeit, und hat dazu publiziert.

Psychische Folgen von Sozialisation in der Diktatur

Vortrag

Dr. Agathe Israel, Psychoanalytikerin

Für eine differenzierte Persönlichkeitsentwicklung herrschen in Diktaturen für den einzelnen Menschen *riskante Bedingungen* in der Außenwelt. Die folgenden Überlegungen beziehen sich nicht nur auf Deutschland, sondern auf die gesellschaftlichen Strukturen, *in denen Wahrheit und Politik bzw. politische Macht nicht voneinander getrennt existieren. Mit anderen Worten gesagt, die Staatsmacht bestimmt was wahr ist.*

Hinsichtlich *Machtausübung und Beherr-*

schung ihrer Bürger gleichen sich Diktaturen, unabhängig davon, welche Ideologie sie vertreten. Jedoch differieren Ausmaß und Radikalität erheblich. Oft höre ich in Gesprächen, wie die DDR dem Naziregime gleichgesetzt wird. Ich halte das für sträflich nachlässig. Denn wenn wir die DDR-Diktatur der Nazi-Diktatur *gleichsetzen*, verleugnen wir erheblich die Unterschiede im *Ausmaß* der Machtausübung und der *Gefährdung und Überforderung des Einzelnen*. Im Gegenteil, solcherart Gleichsetzung verstellt uns den Blick auf das gesamtdeutsche Trauma der



Nazi-Diktatur und dessen transgenerationale Weitergabe bis in die Gegenwart.

Bevor wir uns eingehender mit den Spuren befassen, die die Diktatur in der Psyche hinterlässt, sollten wir zwei Fragen nachgehen:

1. Was passiert in der Adoleszenz? Wieso kann die Diktatur besonders Jugendliche verwunden?
2. Wie zeigt sich der kulturelle Umgang mit der Adoleszenz?

1. Was passiert in der Adoleszenz? Wieso kann die Diktatur Jugendliche verwunden?

Das Jugendalter ist der Zeitraum im Leben jedes Menschen, in welchem die *Metamorphose*, also Wandlungen im Mittelpunkt stehen und zwar in einem solchen Ausmaß, wie sie nie wieder auf natürlichem Weg im Leben stattfinden werden. Dieser *einmalige Wandlungsdruck wird angestoßen durch die körperlichen Veränderungen*. In dieser Zeit können noch einmal Verhaltensweisen und Persönlichkeitszüge völlig neu entworfen bzw. verändert werden. Damit bietet die Adoleszenz eine „zweite Chance“¹ im Leben eines jeden Menschen, in der sich noch einmal die psychischen Abwehrstrukturen verflüssigen und neu strukturieren.

Das lässt ahnen, wie diese inneren pubertären Prozesse auf eine sowohl stabile als auch entwicklungsfreundliche Außenwelt angewiesen sind. *Äußere Umbrüche* werden von den Jugendlichen entsprechend den früh erworbenen Modellen be- und verarbeitet.

Erik Erikson spricht in den 60er Jahren von einer *normativen Krise*. Dafür sollte dem Jugendlichen ein *psychosoziales Moratorium* eingerichtet werden. Er meint damit eine *Erprobungszeit, in der noch nicht alles Verhalten soziale Konsequenzen haben sollte, in der Krisen als Chance* gesehen werden.

Aus der Sicht des 21. Jahrhunderts wirkt dies mittlerweile fast antiquiert, denn das *psychosoziale Moratorium* für Jugendliche wandelte sich inzwischen in einen Wartesaal, man weiß nicht, wann man aufgerufen wird.

Ohne den Schritt, mit dem wir uns von den primären Liebesobjekten unserer Ursprungsfamilie emotional ablösen, gäbe es keine Kultur und keine gesellschaftliche Entwicklung (Erdheim 1988). Alles würde stagnieren in einer ewigen Wiederholungsschleife bestehender Werte. Nichts gäbe es wirklich neu zu lernen, in Frage zu stellen, zu erproben, zu gewinnen. Wir verblieben in einer Welt, die sich

¹ **Die** Zentrale Entwicklungsaufgabe der Adoleszenz ist die Ablösung von den primären Objekten (in der Regel die Eltern) und die Integration der genitalen Sexualität in die Persönlichkeit. In der Adoleszenz werden die emotionalen Bedürfnisse und Konflikte der frühen Kindheit rekapituliert (*Blos*). Diese *Regression im Dienste der Progression* spiegelt zum einen in vielfältiger Weise die Entwicklungsschritte durch die Adoleszenz wieder, zum anderen ermöglicht die Regression die psychophysischen Veränderungen zu verkräften.

Dabei stehen Wandlung und Aufbruch im Konflikt mit Verlustangst, Trennungangst und Trauer über das Ende der Kindheit.

Dimensionen der Veränderung

Körperlicher Wandel - Wachstum, hormonelle Reifung, neurophysiologischer Umbau

Mentaler Wandel - geistig-intellektueller Perspektivenwandel/ Reflexionsfähigkeit, abstrakt-logisches Denken

Psychischer Wandel - Loslösung von den Primärobjekten, "neue" Gefühle

Sozialer Wandel - Zuwachs von Rechten/Pflichten, Mobilitätswachstum

über Liebe, Dankbarkeit, Abhängigkeit, Blutsbande definiert im Gegensatz zur Welt der Arbeit, Leistung, Solidarität und Kreativität.

2. Wie zeigt sich der kulturelle Umgang mit der Adoleszenz?

Da die Dynamik der pubertären Wandlung ganz zentral durch innerpsychische und körpergebundene Vorgänge und die familiären Beziehungen bestimmt wird, beeinflusst die *Gesellschaft im Sinne des Entwicklungsrahmens entscheidend Verlauf und Ausgang dieser Lebensphase*. Sie stellt den Realraum dar, in dem außerfamiliäre Entwicklungsräume und deren Grenzen von Jugendlichen als Übergangsbereiche genutzt und attackiert werden können.²

Aber der Umgang kann unterschiedlich ausfallen, je nachdem nach welchem Prinzip die Kultur funktioniert:

1. **Kalte Kulturen** sind traditionsgeleitet, die Adoleszenz mit ihren innovativen Kräften wird in Initiationsriten eingefroren: Jetzt bist du erwachsen. Disziplinierungsversuche finden in Schulen, in denen auf frühkindliche Phasen gesetzt wird, oder im Militär statt. Die Abhängigkeitsbeziehungen der Familie (Erwartungen von Fürsorge, Liebe, Führung, Orientierung etc.) werden auf die Institutionen übertragen, was nur begrenzt

gelingt, da die adhäsiven Kräfte der Familie in Institutionen nicht realisiert werden können. Auch zentrale Institutionen, wie die Jungen Pioniere oder die FDJ funktionieren nach dem Organisationsmuster von Familien (Oberhaupt, Bekenntnisse, Gehorsam, Strafe, Hierarchie, Abhängigkeit...).

2. **Heiße Kulturen** tendieren dazu, den Wandel von der Kindheit ins Erwachsenenalter zu beschleunigen. Sie bauen die Initiationsriten ab, um das individuelle Veränderungspotential freizusetzen. Neben Neugier und Suche nach der eigenen Identität/Orientierung gehören dazu Unsicherheit, Ungewissheit und damit verbundene Ängste.

2.1. Vergleich kalte und heiße Kulturen

Die DDR war von Natur aus eine kalte Kultur, gab sich jedoch scheinheilig nach außen hin als dynamisch-heißes System. Im europäischen Raum und im geteilten Deutschland ließ sich die kalte Modalität nicht durchhalten.

2.2. Pubertät und Adoleszenz in den letzten Jahrzehnten der DDR

Während in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und ganz besonders in den letzten Jahrzehnten im westlichen Europa und in der Bundesrepublik Deutschland die Lebensphase Jugendalter sich zunehmend entstrukturierte und individualisierte (vgl.

2 Das war eine Schwierigkeit in der Wendesituation: Wie können sich Jugendliche verhalten in einer Gesellschaft, die sich selbst in einem quasi pubertären Übergangsraum befindet, sich mehr oder weniger freiwillig von den alten „Liebesobjekten“ löst und neue Werte, Normen, Strukturen suchen muss? Ich meine die Wendesituation und Nachwendegesellschaft der DDR. So kompliziert die Lage ist, wir können dankbar sein, dass wir die Metapher einer „gesellschaftlichen Pubertätsphase“ für die Nachwendzeit gebrauchen dürfen. Wäre die 89er Revolution blutig, spaltender verlaufen, wie zum Beispiel in Rumänien, müssten wir uns jetzt mit Tod, verbrannter Erde, Verleugnungen befassen. In diesem Sinne ist es sinnvoll, Pubertät im gesellschaftlichen Realraum vor, während und nach der Wende zu untersuchen.

	kalt	heiß
Staatsdoktrin	einheitlich, hierarchisch-vertikal, wertestabil, hohe Sicherheit	vielfältig, demokratisch-horizontal, Wertewandel, Unsicherheit
Chaos des Es	wird zum säkularisierten Chaos: Tänze, Karneval, Kult, Passionsspiele, Mythen starr, nur zu bestimmten Zeiten	Wissenschaft, Kunst, Kreativität Festivals, Jugendkulturen durcheinander
Bildung	an Schichten/Kasten gebunden	für alle? an Geld +Schicht gebunden
Beruf	stabil fürs Leben, sicher	unsicher, flexibel sein müssen
Sexualität	kein Sex vor der Ehe, Verhüllung Jungfräulichkeit`	alles ist erlaubt ab Geschlechtsreife
Bekleidung	bestimmter Lebensabschnitt, Verlangen bestimmter Kleiderordnung: kurze Hosen bis zur Konfirmation ...	alles ist erlaubt, nicht altersgebunden
Mode	Trachten, Sitten	eigene Entwürfe
Schönheitspflege, -ideal	wird von Erwachsenen übernommen	Färben der Haare, Tattoos, Nägel
Schule	Hierarchie, Gehorsam	Fragen, Forschen
Generationen	Respekt, gegenüber den Älteren Macht der Alten	unklare Grenzen Ausklammerung der Alten
Sozial	bei den Eltern wohnen	Wohngemeinschaft oder ähnliches
Geschlechterdifferenzierung	Mann-Frau-Trennung: Männer haben die Außenvertretung, Frauen bleiben innen	vermischt, Gleichstellung Männer an Erziehungsarbeit beteiligt

Ferchhoff 1993, Melzer/Heitmeyer/Liegler/Zinnecker 1991), ihre traditionelle Gestalt und Selbstverständlichkeit als fest umrissener und geregelter Übergangstatus in das Erwachsenenalter einbüßte und quasi als ein wogendes Meer vieler Jugendkulturen tobte, könnte es so gewesen sein, dass junge Menschen in der DDR gleichsam wie ein Fels in der Brandung aufwachsen, errichtet aus traditionsgeleiteter Erziehung und ritualisierter, genormter Jugendkultur. Dieses Bild

passt insofern gut, als *in der DDR die Jugend als Entität* behandelt und deutlich mehr noch als die Erwachsenen von Partei und Staatsführung gelenkt und bevormundet wurde. Verschiedene Jugendkulturen, wie wir sie aus demokratischen Systemen kennen, gab es nicht bzw. wurden verleugnet oder als Unkultur abgetan, verfolgt. Davon später.

Jugendliche unterlagen in der DDR ausgeprägten Altersnormierungen und waren

sozial und institutionell streng eingebunden. Von einer freiheitsbezogenen Gestaltung dieser Lebensphase und freier Wahl der Lebensstile wie im Westen Deutschlands konnte kaum die Rede sein. Das öffentliche Jugendalter umfasste einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum, der mit dem Initiationsritual `Jugendweihe` im 14./15. Lebensjahr begann, strukturierte sich straff über eine gelenkte Berufswahl im 16./17. Lebensjahr bzw. 18./19. Lebensjahr für Abiturienten (Hoch- und Fachschulbildung) und endete mit der meist frühzeitigen Familiengründung, für junge Frauen eher noch als für die Männer um das 22. Lebensjahr, um schließlich in eine gesicherte, aber auch festgelegte berufliche Laufbahn einzumünden. Dieser Felsmonolith, der freilich in den 80er Jahren auch schon erste Risse aufwies, zerfiel plötzlich im Herbst 1989 und wurde überspült von der Brandung der westlichen Jugendkulturen (Israel 1994).

2.3. Ein Blick zurück in die 60er und 70er Jahre

In das einheitliche sozialistische Bildungssystem (vgl. Jugendgesetze der DDR 1985) waren alle Jugendlichen eingebunden. Und fast alle waren vom 6. Lebensmonat bzw. 1. Lebensjahr an in den Einrichtungen der öffentlichen Erziehung, den Krippen, Kindergärten, Grundschulen mit Hortbetreuung groß geworden. Die meisten wurden Mitglieder im Jugendverband FDJ, der als „Vorhut der Partei“ eine politische Schlüsselfunktion einnahm. Staats- und Wirtschaftsfunkti-

näre waren verpflichtet, mit dem Verband zusammenzuarbeiten. In jeder Bildungseinrichtung und jedem Betrieb, jeder Freizeiteinrichtung besaß die FDJ „Mitbestimmungsrecht“. Nichtmitglieder ächtete man meist als Außenseiter oder Staatsfeinde. Wenige Jugendliche gehörten der paramilitärischen Gesellschaft für Sport und Technik an, deren Ziel darin bestand, über wehrpolitische bzw. wehrsportliche Aktivitäten die Wehrerziehung vorwiegend der männlichen Jugend zu fördern (vgl. Israel 1991).

Folgende Merkmale waren zu beobachten:

- Die Freizeit von Jugendlichen wurde unter dem Aspekt „Entfaltung eines kulturvollen Lebens der Jugend“ *von den Erwachsenen geplant und letztlich verwaltet*.
- Die traditionsgeleitete, repressive Erziehung³ sah den Jugendlichen als einen *Noch-nicht-Erwachsenen* an, dessen Stimmungsschwankungen, noch mangelnde Zielstrebigkeit, unreifes Klassen- und Verantwortungsbewusstsein zum einen mit wachsamem Misstrauen, d. h. mit sofortiger Belehrung, Lenkung oder Bestrafung zu begegnen war.
- Andererseits war der jugendliche Mensch *ein* Objekt, in dem das Gute - gemeint sind damit Ordnung, Disziplin, Sauberkeit, Fleiß, Ehrlichkeit, Bescheidenheit, Mut, Ausdauer, Solidarität mit Ausländern, Gehorsam gegenüber den Eltern und den Älteren und volles Vertrauen, Achtung vor den Ve-

³ Repressive Erziehung wird vermittelt durch *strukturelle Machtausübung* wie Trennung, körperliche Überlegenheit, Vorgabe Führer-Geführte, erwachsenenzentrierte Zeiteinteilung und mit methodischen Mitteln, wie Härte, Trösten vermeiden, Fallen stellen, Lügen, Verschleierung, Manipulation, Ängstigung, Liebesentzug, Isolierung, Misstrauen, Demütigung, Verachtung, Spott, Beschämung, Gewaltanwendung.

teranen der kommunistischen Bewegung
- nur noch weiterzuentwickeln sei.

- Der Jugend wurde eine ganz bestimmte Aufgabe von der älteren Generation verordnet und übertragen, nämlich, durch hohe Arbeitsergebnisse und schöpferische Initiativen ihren Beitrag für die planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Bürger zu leisten. Die Jugendlichen waren also ganz im Gegensatz zu ihren westdeutschen Altersgenossen die *Hoffnungsträger des Staates*, allerdings in ein Korsett eingezwängt, das ihnen die Delegation der Alten verpasste. Demzufolge mussten alle *abweichenden Verhaltensweisen* wie Schulunlust, Unzufriedenheit mit den Lehrern, kritische Diskussionen, Wunsch nach Lehrstellen- oder Studienwechsel, extrainstitutionale Gruppenbildung, also ganz alterstypische peer-group-Treffs (außerhalb der Clubs und Veranstaltungen), modische Accessoires (außerhalb der sogenannten Jugendmode) als Entartung oder Verführung durch westliche Medien bzw. psychische Erkrankungen gebrandmarkt oder verfolgt werden.

Eine zentrale Stellung nahm die Pflicht zur Arbeit ein. Arbeitsverweigerung galt als Politikum und wurde im Wiederholungsfall mit dem Jugendwerkhof, einer gefängnisähnlichen Einrichtung, bestraft.

Der *Doppelcharakter von Schutz und Bevormundung* im Umgang mit Jugendlichen zog sich durch alle Lebensbereiche. Es gab zwar *kostenlose* bzw. extrem preisgünstige Angebote aller Versorgungseinrichtungen, Sportstätten, Kulturstätten, Wohnheime,

Mensen, Clubs, Lehrmaterial, Kleidung usw., gleichzeitig bestand ein Minimum an Mitbestimmung und Selbstbestimmung.

Man könnte diese Zeit also so zusammenfassen: In der DDR bedeutete Entwicklung Sicherung des Tradierten.

2.4. Aufbruch und Veränderung

Anfang der 80er Jahre ließen sich einige jugendtypische, von Staat und Partei nicht vorgeplante Phänomene nicht mehr unterdrücken. Das betraf z. B. große Gruppen von Jugendlichen, die an den Wochenenden, versehen mit den entsprechenden Symbolen, alkoholisiert und grölend zu den Fußballspielen ihrer Vereine pilgernd, ganze Züge besetzten, und sich dort auch Polizeischlachten lieferten. Nicht mehr zu ignorieren waren kleinere Gruppen, die sich bewusst antinormal verhielten und sich von der DDR-Gesellschaft distanzieren, wie z. B. Punks, Gruffies und die Skin-Szene. Und sie waren weitaus schwieriger zu kontrollieren. Noch komplizierter gestaltete sich die Situation hinsichtlich der Randgruppen unter dem Schutz der evangelischen Kirche, die es eigentlich überhaupt nicht hätte geben dürfen: engagierte junge Christen, Wehrdienstverweigerer, junge Künstler, Akademiker und Frauen in der Friedens-, Umwelt-, Menschenrechts- und Frauenbewegung, die nach einer echten Alternative zum stalinistisch deformierten Pseudosozialismus suchten.

Wie war es dazu gekommen?

Wir müssen annehmen, dass die offenen Widersprüche zwischen der pseudosozialistischen Propaganda und den Erlebnissen

der Jugendlichen im DDR-Alltag, der Abbau alter Feinbilder im Zuge der internationalen Entspannung und schließlich die verschärften Restriktionen und Repressionen gegen Andersdenkende bei der Mehrheit der Jugendlichen zum massiven Abbau sozialistischer Werte, zum Abbau von Identifikationen, zum Utopieverlust führten. Die klassischen Sozialisationsinstanzen Schule, Medien, Jugendverband gerieten in eine Disfunktionalität.

Erste Anzeichen

Es deutete sich schon Mitte der 80er Jahre eine Krise in der gesellschaftlichen Identifikation und Orientierung bei vielen Jugendlichen an.

- Verlust an sozialer Antizipation, Einschränkungen, Verlust an sozialer Partizipation, ideologische Überprägung der Bildung.
- Fehlende bzw. eingeschränkte soziale Handlungsfelder verhinderten leider die Entwicklung einer *sozialen Kompetenz*.
- Als ganz zentralen Mangel empfand und empfinde ich noch heute die *Spracharmut*, die Unfähigkeit bzw. Schwierigkeit, Dinge zu benennen, alternative Gedanken zu entfalten.
- Eng damit verbunden ist der *Mangel an Diskussionsfähigkeit*, die Erfahrung, dass sich etwas aus dem Diskurs heraus entwickeln kann und darf.

3. Allgemeine Risikofaktoren für das Aufwachsen in Diktaturen

In Diktaturen bündelt sich das öffentliche Leben, unabhängig davon wie angepasst sich die einzelnen Bürger im Wesentlichen in der Dynamik verhalten.

*Verfolger - Verfolgte
Machtausübung durch Kontrolle,
Bestrafung - Anpassung oder Widerstand
der Bürger*

Die Verfolger fürchten prinzipiell Rache und Widerstand der Verfolgten, weshalb die Verfolger ihre Kontrolle, Bestrafung ständig ausüben müssen⁴.

Wir treffen auf

- *Paranoide Mechanismen* in den öffentlichen Strukturen wie Beobachtung, Kontrolle, Verfolgung, die Bekämpfung von Privatem und Intimem,
- *projektive Abwehr und Spaltung*, die mittels Freund-Feind-Schemata im Umgang mit konflikthaften Umständen oder Verhalten (z. B. Gewalttätigkeit) vorherrschen und dazu dienen, nicht über sich selbst und eigene problematische Anteile nachdenken zu müssen.
- *Zentralismus der Macht und Entscheidungen* mit Verbot der Meinungsvielfalt, einer persönlichen abweichenden eigenen Meinung vom „meinungsgebenden Zentralorgan“. Differenz wird als Verrat verstanden.
- *Familiale Gesellschaftsstrukturen* in patriarchalischer (matriachalischer) Prä-

⁴ Ähnlich der Dynamik, die dem psychischen Zustand der paranoid-schizoiden Position zugeschrieben wird. Es handelt sich um einen *Zustand am Lebensanfang, in dem Bedrohungsgefühle überwiegen* und der sich erst allmählich wandelt durch die Erfahrungen mit einem verständnisvollen Anderen, meist Mutter/Vater hin zu Einfühlung und Verständnis für den Anderen, Verantwortungsgefühl (sogenannte depressive Position (vgl. Klein 1994).

gung: Der „Vater“ Staat versteht sich als Versorger und Richter und behandelt seine Bürger als „Kinder“.

- *Vermassung*. Massenideologie und Massenbewegung verstehen sich als Repräsentanten des Selbst (der Psyche) der Bürger, so dass letztlich dyadische Konstellationen vorherrschen, in denen die Masse als Ganzes dem politischen Apparat gegenübersteht, eine dritte denkend/reflektierende Position gibt es nicht. Der Einzelne geht unter und findet seine Stabilität in Großgruppenidentitäten (Vulkan). Dadurch erlebt sich der Einzelne unbewusst einsam, verlassen und schämt sich, sobald er aus der (warmen Geborgenheit) der Masse herauszutritt.
- *primitives Welterklärungsmodell*, das verspricht, „Es gibt keine offenen Fragen, sondern nur Antworten, die wir haben“ und dass auf infantilisierende Weise trügerische Sicherheit verleiht. Ideologie tritt an die Stelle, an der nicht mehr (individuell) gefühlt werden darf. (Dieses Phänomen finden wir auch in der Ausübung heilsbringender Therapien!)
- *Verarmung der individuellen Sprache und Ausdrucksfähigkeit*, dagegen Überwiegen von Symbolik, Symbolen (Schlagworten) und vertikaler Ansprache von oben herab bzw. von unten (Bürger) nach oben.
- *Verarmung der Selbstdefinition* an Hand eigenen Erlebens und eigener Wirkmächtigkeit.

4. Risikofaktoren für den Aufbau der frühen Objektbeziehungen und die psychische Strukturierung, die sich ergeben an Schnittstellen zwischen Gesellschaft und (unbewussten) Einstellungen der primären Beziehungspersonen

Die allgemeinen äußeren Umstände der Diktatur müssen nicht zwangsläufig auf die Entwicklung der inneren Welt des Kleinkindes Einfluss nehmen. Es kann eine familiäre Schutzhülle geben, die dem Kleinkind vermittelt, `DU bist uns wichtig. DU darfst sein wie Du bist`. *Aber wenn sich Verhalten und (un)bewusste Einstellungen der primären (individuellen) Beziehungspersonen mit denen der Diktatur (Großgruppe, Institution) decken, muss man von einem Einfluss ausgehen.*

- Wenn es Eltern an Sensibilität fehlt für Trennung und Verlust und seelischen Schmerz,
- wenn die Beziehungspersonen basale Bedürfnisse nicht mehr erkennen und erfüllen, besonders die Basisbedürfnisse nach *Halt, Zuwendung, Bindung, Engagement*,
- wenn Eltern die Individualität des Kindes nicht anerkennen, sondern es in ihrem Sinne biegen und es ihnen nutzen/dienen soll (Selbstobjekt),
- wenn bei den Eltern eigene Tendenzen zur projektiven Abwehr, zur Spaltung bestehen, sie also alles was ihnen unangenehm ist, anderen unterstellen,
- wenn Eltern ein `sowohl als auch` nicht anerkennen, sondern für sie nur ein `ent-

weder oder' (mangelnde Ambivalenzfähigkeit) gibt,

- wenn repressive und traditionsgeleitete Erziehungsvorstellungen vorherrschen, die keine Abweichung und Veränderungen dulden,

dann bestimmen die *Hierarchie* Erwachsener-Kind, *Sofort* oder *Nie*, *Verbot* und *Erlaubnis* die Beziehung zwischen Erwachsenen und Kindern.

5. Risikofaktoren, die sich aus der gesellschaftlichen Struktur der Kleinkind- und Kinderbetreuung ergeben

- *Frühseparation des Kindes* von der Mutter oder primären Beziehungspersonen mit mangelnden oder fehlenden Ersatzbeziehungen, mit mangelnder bzw. fehlender Empathie für die aufkommenden Trennungängste und deren aggressive Abwehr und mit mangelndem Verständnis für die individuellen Lösungsversuche des Kindes (Israel 1991).

Die Frühseparation kann sich dann *als traumatisierende Frühtrennung auswirken*, wenn das zeitliche Vorstellungsvermögen des Kindes überschritten wird, so dass die inneren Objekte / Vorstellungen, Bilder, Arbeitsmodelle noch nicht ausreichend das Gefühl der Verlassenheit überbrücken können.

So besuchten in der DDR der 70er und 80er Jahre ca. 83 % aller 0- bis 3-Jährigen die staatlichen Kinderkrippen (frühestens ab der 6. Lebenswoche) mit Trennungszeiten bis zu 10 Std. täglich, in Kindergruppen bis zu 20 Kindern. Es gab zu wenig Erwach-

sene, die die notwendige Aufmerksamkeit geben konnten. Es bestand auch ein für das Kleinkind willkürlicher Wechsel der Beziehungspersonen nach dem Erwachsenenrhythmus und mangelnder Halt wegen zu großer Kindergruppen, so dass die in diesem Zusammenhang auftauchenden Verlassenheits-/Existenzängste nicht integriert werden können und aggressiv oder mit Rückzug agiert werden.

- Minderung und Abwertung der mütterlichen Feinfühligkeit und der individuellen Verständigungen und inneren Arbeitsmodelle nach dem Motto: „Da muss das Kind durch. Nur nicht verwöhnen. Ordnung, Disziplin und Sauberkeit können nicht früh genug beginnen. Das hat noch niemandem geschadet.“
- Repressive Erziehungspraxis der Betreuerinnen und Erzieherinnen in Einrichtungseinrichtungen (siehe Fußnote 3).
- Vorherrschen von Gruppeninteressen und Gruppenzwängen in den Erziehungs-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, die Anpassung, Gleichmacherei und Solidarität erzwingen und eine aktive Aneignung von Regeln und Mitgefühl behindern.

Wenn die Gruppe vorrangiger Lebensort und Erfahrungsquelle ist, dann muss sich das einzelne Kind, um seelisch zu überleben, in die Gruppe integrieren und anpassen. Das kann in extremen Situationen, wie in Kinder(ferien)lagern bis zur völligen Selbstaufgabe führen (Leuzinger-Bohleben/Garlich 1994).

6. Risikofaktoren durch transgenerationale Aufträge und gesellschaftliche Umbrüche

Wir haben es *im Jugendalter, wie bereits erwähnt, mit einer inneren Umbruchs- bzw. Metamorphose* zu tun, in der neue Objektwahlen (neue bedeutende Personen) getroffen werden müssen, denn die körperliche Reifung zwingt den Jugendlichen/die Jugendliche dazu, Distanz zu den Eltern zu entwickeln, die familiären Beziehungen, die auf Liebe - Hass, Dankbarkeit und Verdienst aufbauen, wesentlich zu lockern, wenn nicht sogar zu verlassen. Gleichzeitig dient die peer-group als Halt, emotionaler und sozialer Übungsort für neue Regeln, Normen, Werte, Partner.

Dieser Wandlungsprozess vollzieht sich entlang der ersten Arbeitsmodelle bzw. inneren Bilder von sich und dem anderen, die über die Verbindungen/Beziehungen zwischen den primären Beziehungspersonen und dem Kleinstkind entstanden.

Andererseits können *in der Pubertät* aufgrund der gelockerten Ich-Strukturen⁵ die aktuellen Erfahrungen so tiefgreifend wirken, dass die primären Modelle und Bindungsstile nicht nur zur Bewältigung und „Abwehr“ der aktuellen Veränderungen dienen, sondern auch selbst verändert werden können. Dabei geht es, ausgelöst durch den Abschied vom kindlichen Körper, Abschied von der Kindheit und deren Befriedigungen, Abschied von den Eltern ganz zentral um die Aktivierung der frühesten Trennungserfahrungen und -ängste.

Die Jugend hat in Diktaturen den Auftrag (Delegation), quasi nahtlos in die Erwachsenenwelt hineinzuwachsen und deren Ordnung, Einordnung, Disziplin, Ideologie zu übernehmen und zu erhalten, um damit das Weiterbestehen der Diktatur zu rechtfertigen.

Diese Delegationsmechanismen sind mehr oder weniger bewusst wirksam. Sie dienen im Wesentlichen der Angstbindung bzw. Angstverleugnung. Sie dienten in Ostdeutschland der Angstabwehr, z. B. vor dem Andersdenkenden, vor der nationalen (faschistischen) Vergangenheit, vor Veränderung und sind deshalb weder für den Einzelnen als für die Gesellschaft entwicklungsförderlich.

Jugendliche hatten in der DDR den Auftrag, das, was die Erwachsenen geschaffen hatten, nämlich den sozialistischen Staat, zu bewahren und nur in deren Sinne fortzusetzen. Dieser Auftrag schränkte die generationsübergreifende autonome Realitätsprüfung ein (Israel 1994). Dafür wurden ein gesetzlicher Rahmen und zahlreiche Institutionen geschaffen.

In der DDR dienten das Jugendgesetz, die Jugendpolitik der SED sowie etliche Institutionen, wie die Thälmannpioniere, Freie Deutsche Jugend (FDJ), Jugendweihe, Jugendprojekte, die Jungaktivistenbewegung, Jugendprojekte und Jugendbrigaden dazu, dies umzusetzen.

„Die Jugendpolitik der SED ist fester Bestandteil der Gesamtpolitik der SED, die

⁵ Das sind in erster Linie alle psychischen Funktionen, die der Realitätsprüfung und –bewältigung und dem sozialen Handeln und Verhalten dienen. Anatomisch handelt es sich besonders um die neuronalen Umbauprozesse im Frontalhirn.

den Platz und die Aufgaben der Jugend und des sozialistischen Jugendverbandes im Kampf für den Sozialismus analysiert und bestimmt.... Hauptanliegen ist die sozialistische Erziehung als ein alle Seiten des Lebens der Jugend umfassender Prozess... (Kleines politisches Wörterbuch, Dietz Verlag Berlin 1973).

Dazu zählten auch die Jugendwerkhöfe und Heime, die der Bestrafung und Um-erziehung dienten, aber in der Öffentlichkeit nicht auftauchten, d. h. den Bürgern weitestgehend unbekannt waren. Wissenschaftliche Untersuchungen des Jugendalters waren rar. An dieser Stelle soll auf das Institut für Jugendforschung und die wissenschaftliche Zeitschrift „Jugendforschung“, die nach wenigen Jahren eingestellt wurde, hingewiesen werden.

Diese unter solchen Bedingungen aufgewachsene Elterngeneration geriet mit der Wende nicht nur in eine tiefe Krise ihrer Werte, Bedürfnisse und Lebensstrukturen, sondern stürzte auch ab in eine undenk- bare Tiefe.

7. Delegierungen der Erwachsenen- generation an die Jugendlichen in der Nachwendezeit

Auffällig ist, dass nach dem 3. Oktober 1990 die Erwachsenen in Ostdeutschland hinsicht- lich ihrer Verluste, Ängste, Kränkungen in der Öffentlichkeit überwiegend schwiegen.

Stattdessen setzte ein eifriges Bemühen ein, möglichst schnell umzulernen, sich rei- bungslos und schnell an die neuen Werte, Bedürfnisse und Strukturen anzupassen.⁶

Auffällig war, dass in der Ost-Berliner Kli- nik, in der ich arbeitete, während der ersten Jahre nach der Wende überdurchschnitt- lich häufig jugendliche Patienten behan- delt wurden, deren Eltern, insbesondere deren Väter, nicht nur ihre Arbeitsplätze verloren oder sich umorientieren und um- lernen mussten, sondern die auch sozial abgestürzt waren, da sie ihrer Privilegien und Macht verlustig gegangen waren. Aber diese Eltern schwiegen uns gegenüber oder in der Öffentlichkeit, hatten sich an- gepasst, waren resigniert. Innerhalb der Familie verschoben oder delegierten sie ihren gestauten heimlichen Zorn und ihre Ängste auf ihre jugendlichen Kinder, so dass deren alterstypische Neuorientierung oft überlagert war von einer immensen (selbst)destruktiven Wucht und von krisen- haften Zuspitzungen. Wenn wir genauer forschten, fanden wir die Quelle meist in den gebrochenen Biografien der Eltern.

Das heißt, die Jugendlichen wurden im erlernten Delegationsmodus beauftragt, für die Erwachsenen in deren Sinne ak- tiv zu werden. Diesmal ging es darum, das auszuagieren, was sich die Ost-Erwach- senengeneration nicht wagte zu tun. Die transgenerationale Weitergabe diente dazu, Kränkung, Wut, Absturz, Verlust, Ver-

⁶ Verschärft wurde diese Taktik durch den bereits nach wenigen Monaten einsetzenden Wettbewerb: Ost-West, in dem die „naiven, unflexiblen Ostlern“ von den „klugen, welterfahrenen Westlern“ in die Verliererecke gestellt wurden. Hier haben wir es mit einem gesamtdeutschen **projektiven Wechselspiel** zu tun, das dem jeweiligen Anderen das unterstellt, was man in sich selbst nicht haben kann oder nicht haben möchte. Diese unbewusste Dynamik besteht bis heute in der Kommunikation Ost-West.

antwortung, Trauer nicht bearbeiten zu müssen.⁷

Umso wichtiger ist es, dass wir uns immer wieder neu - und da können wir die Distanz der Enkelgeneration und deren unbefangene Fragen nutzen - unserer Biographie stellen und uns mit unserem Gewordensein befassen.

Literatur:

- Erdheim, M.: Die Psychoanalyse und das Unbewusste in der Kultur. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1988
- Erikson, E.H. (1968): Jugend und Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel. Stuttgart: Klett-Cotta 1980
- Ferchhoff, W.: Jugend an der Wende des 20.Jahrhunderts. Opladen: Leske und Budrich, 1993
- Israel, A.: Kinder der Wende. Welt des Kindes 1991
- Israel, A.: Herrlich eng und furchtbar frei. Wie Jugendliche der DDR die Wende verarbeiteten, in: Endres, Manfred (Hrsg.): Krisen im Jugendalter. München: E. Reinhardt, 1994, 75-82
- Jugendgesetz der DDR. Staatsverlag der DDR, Berlin, 1985
- Kleines politisches Wörterbuch, Dietzverlag 1973
- Klein, M.: Über das Seelenleben des Kleinkindes. In: Das Seelenleben des Kleinkindes, Melanie Klein, Klett Cotta, 1994, 4. Auflage
- Leuzinger-Bohleben, M./Garlichs, A.: Früherziehung West – Ost. Weinheim, München: Juventa 1993
- Melzer/Heitmeyer/Liegler/Zinnecker (Hrsg.): Osteuropäische Jugend in Wandel. Weinheim, München: Juventa, 1991

⁷ Ich verstehe auch die gewalttätigen Ausschreitungen von Jugendlichen wie in Hoyerswerda Anfang der 90er Jahre als ein Produkt solcher transgenerationalen Weitergabe/Delegierung. Darauf weisen die öffentliche Duldung bzw. das Schweigen, ja sogar die Anfeuerung durch Erwachsene hin.

Podiumsgespräch

Petra Morawe, Traumafachberaterin

Dr. Agathe Israel

Moderation: Silvana Hilliger, LAKD

Hilliger: Vielen Dank, Frau Dr. Israel, für dieses psychoanalytisch aufgefächerte Panorama des Aufwachsens in der DDR. Wir wollen jetzt im Podium über diese Fragen weiterprechen. Dazu begrüße ich ganz herzlich Petra Morawe. Frau Morawe studierte in der DDR Theaterwissenschaften und Regie, wurde aber im Jahr 1981 aus politischen Gründen exmatrikuliert. Für diese Exmatrikulation wurde sie im Jahr 2005 rehabilitiert. Petra Morawe engagierte sich in Oppositionsgruppen gegen die SED-Diktatur. In den 2000er Jahren forschte sie zu psychischer Folter in der DDR und war bis zur Rente viele Jahre lang Referentin für Rehabilitation, Entschädigung und Bürgerberatung bei der Brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten (LAKD). Im Auftrag der LAKD bietet sie seit 2021 in verschiedenen Orten des Landes Brandenburg eine Traumaberatung an. Wir kennen uns schon seit der Friedlichen Revolution und deshalb bleibe ich in der Moderation auch beim „du“.

Meine erste Frage möchte ich gleich an Petra Morawe richten. Wir haben im Vortrag von kalter und heißer Kultur gehört. Wie kalt war dir und den Betroffenen, die du berätst, in der DDR und gab es auch warme Orte?

Morawe: Ich möchte mit einem eigenen Erlebnis einsteigen, das ich als Kind hatte.

Ich war ungefähr zwölf Jahre alt und wurde in der Schule zufällig Zeugin eines Vorfalls in der Jungentoilette. Da stand plötzlich, als ich zur Toilette ging, der Direktor - ein großer, stabiler, immer fröhlicher Mensch, den wir alle sehr verehrten - breitbeinig da und hatte einen Zehntklässler zwischen seinen Knien. Er hielt ihn über das Waschbecken und schnitt ihm mit einer Papierschere die Haare ab. Das machte so grässliche Geräusche, sonst hätte ich mir gar nicht getraut, an der Jungstür stehenzubleiben. Das war so eine typische „Gammler“-Situation mit der Aufgabe: „Wie diszipliniere ich meine Schüler?“

Ich habe das gesehen und es ist wie ein Videoclip in meinem Kopf, den ich sofort vor Augen habe. Den kann ich anschalten, genau beschreiben und könnte die Szene nachstellen. Was passierte, nachdem ich das gesehen hatte? Ich ging nach oben in meine Klasse, die nächste Stunde begann und ich hätte niemanden fragen können, was das bedeuten soll. Ich konnte meine Gefühle niemandem gegenüber äußern, sondern bin damit restlos alleine geblieben. Ich hatte auch das Pech, dass mir meine Eltern keine Unterstützung geboten haben. Dieses und ähnliche Erlebnisse sind in all den Jahren als kleine Videoclips in mir rumgegeistert. Ich konnte sie mit niemandem bearbeiten, weil ich in meinem

Umfeld dafür keinen Andockpunkt fand. Daraus entstand ein sehr körper-füllendes, psych-e-füllendes Programm, das ich mit mir herumgetragen habe.

Erst nach 1989 und in Freiheit ist mir bewusst geworden, dass und wie ich die ganze Zeit in Unfreiheit gelebt habe und erst dann konnte ich mir auch diese inneren Videoclips noch mal anschauen. Erst dann konnte ich die Fragen stellen, die ich damals als Kind niemandem stellen konnte, und den Clips einen Titel geben. Vorher hatten die Erinnerungen alle keine Titel und sie hatten auch keine Sprache, weil ich ja mit niemandem darüber gesprochen hatte.

Das beschreibt eine klassische Grundsituation für eine traumatisierende Situation. Es gibt keine Sprache, die Emotionen werden eingeschlossen, können nicht bearbeitet werden und man trägt diese Dinge so lange mit sich herum, bis etwas Günstiges, eine Unterstützung passiert. Dann kann man versuchen, sich die Dinge anzuschauen, zu sortieren und nachträglich in sein biografisches Gedächtnis einzuordnen. Es ist natürlich eine sehr kalte Stimmung gewesen, die mich nicht nur an der einen Stelle begleitet hat.

Mit der Traumaberatung, die ich für die LAKD anbiete, konnten bisher 50 Personen erreicht werden, die das Angebot angenommen haben. Von diesen 50, das will ich hier wegen des Themas „Jugend“ unbedingt sagen, sind 28 Menschen, die als Minderjährige oder als sehr junge Erwachsene entweder direkt politische Verfolgung durch politische Haft oder durch anderes

Unrecht oder eine menschenrechtswidrige Behandlung in Spezialheimen der DDR-Jugendhilfe erlebt haben. Das bedeutet, mehr als die Hälfte sind Menschen, die traumatisierende Erlebnisse im Jugendalter hatten. Und diese Menschen sind natürlich mit noch ganz Anderem, mit viel Dramatischerem angefüllt und besitzen viel mehr dieser kleinen Videoclips, von denen ich ihnen einen aus meinem Kopf gezogen und erzählt habe. Daher denke ich, alle würden, wenn du ihnen die Frage gestellt hättest, immer nur kalt sagen können.

Aber das Warme gab es natürlich auch, das Leben ist ja nie nur einseitig. Es gibt immer das andere auch. Denn überall, egal wo man als Mensch ist, findet man auch ein Gegenüber, der oder die einem ein Stück Menschlichkeit auch in unmenschlichen Verhältnissen reicht oder anbietet. Gerade dann, wenn es am meisten ersehnt wird, merkt man am intensivsten, wenn das Gute gereicht wird. Jede oder jeder kann berichten, dass er auch ein positives Momentchen hatte. Aber in der Grundstimmung denke ich, dass die Menschen, die in die Traumaberatung kommen, sagen würden, dass sie aus einer sehr kalten Welt kommen und die warme Welt bis heute vielleicht noch nicht gefunden haben. Das muss man auch sagen, dass das für viele ein langer Weg ist und ob sie es schaffen werden, kann ich nur hoffen.

Hilliger: Dankeschön. Frau Dr. Israel, Sie sind als Kinder- und Jugendtherapeutin insbesondere vertraut mit den frühkindlichen und adoleszenten Prägungen. Sie sagten in Ihrem Vortrag, dass die Jugendlichen ein Objekt der Erziehung waren. Was

sind aus Ihrer Sicht die Langzeitwirkungen, die durch die von Ihnen beschriebene Sozialisation und auch durch das, was Frau Morawe ansprach, bedingt werden? Wie wirken sich diese auf die Lebensgestaltung und das Verhalten aus?

Israel: Ich will jetzt nicht an die Jugendlichen anknüpfen, die in Heime gekommen sind, die wirklich drangsaliert und verfolgt worden sind, denn ich möchte nochmal über das Klima sprechen oder darüber nachdenken, in dem wir - ich bin auch ein Kind dieser Deutschen Demokratischen Republik und 1949 geboren - dort gelebt haben.

Was hat uns geprägt und womit müssen wir uns auseinandersetzen? Was hat die Gesellschaft und das gesellschaftliche Klima geprägt? Wir hatten diese heiße und kalte Kultur und wir müssen uns klarmachen, dass wir alle davon betroffen sind. Es sind nicht nur die davon geprägt, die jetzt hervorgehoben worden sind, die es besonders schwer hatten, die besonders verfolgt wurden, sondern wir alle sind betroffen. Es kann sich keiner einer Kultur entziehen, in der er groß geworden ist. Wir müssen festhalten, dass wir in einer Kultur groß geworden sind, die wenig Wert auf Beziehung, Verbindung und Reflexion gelegt hat. Das zu sagen, ist mir wichtig. Es gab diese frühe strukturelle Gewalt, dass Kinder so frühzeitig von ihren Familien getrennt wurden und in ein Milieu kamen, in dem sie wirklich wenig von diesem anderen erlebt haben, das Frau Morawe auch beschrieben hat, jemanden, der auf sie eingeht zum Beispiel. Das ist eine Tatsache und damit müssen wir umgehen, weil der Lebensanfang unsere Strukturen prägt. Wir können nicht

mit zehn Jahren etwas nachholen, was in die ersten zwei, drei Lebensjahre gehört, nämlich der Aufbau der reflexiven Strukturen, der Aufbau des Gefühls: „Ich bin, ich darf sein, ich werde respektiert“. Das passiert am Lebensanfang. Später kann man mühsam daran arbeiten. Die DDR hatte eine Kultur, in der das zwar so propagiert, aber nie gelebt wurde.

Mit Beginn der sogenannten programmierten Erziehung Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, wurden ganz detaillierte Erziehungsprogramme für die Kinder in den Krippen ausgearbeitet, also für Kinder, die ganz früh dorthin kamen. Da wurde das aus meiner Sicht noch schärfer, aber das wäre jetzt noch ein ganz breites, neues Feld in der Diskussion. Das will ich jetzt nicht aufmachen. Aber wenn wir von Jugendalter sprechen, müssen wir immer auch an die Anfänge denken. Im Jugendalter wird das noch einmal lebendig, was am Anfang war oder uns fehlte, und wir haben eine zweite Chance, es zu verändern. Wir dürfen aber nicht unter den Teppich kehren, dass die gesellschaftliche Kultur von Anfang an und nicht erst im Jugendalter bestand, diese mangelnde Empfindsamkeit und diese mangelnde Bereitschaft, auf Verbindung, Reflexion, Selbstbehauptung, Selbstentwicklung einzugehen.

Hilliger: Petra Morawe will gleich etwas dazu sagen.

Morawe: Zu diesen allgemeinen Risikofaktoren des Systems, denen wir alle unterworfen waren, die Frau Israel auch nochmal herausgehoben hat, muss man sagen, dass der Rucksack derjenigen, die politi-

sche Verfolgung oder SED-Unrecht, egal in welcher Form, erlebt haben, nochmal ein wesentlich größerer ist.

Das möchte ich nochmal betonen, weil wir gestern Abend schon darüber gesprochen haben. Wie steht es mit der Anerkennung der Gesundheitsschäden?

Es ist in der Gesellschaft bis jetzt nicht angekommen. Man sieht jemanden, der ist vielleicht braun gebrannt und sieht erholt aus, aber man sieht nicht, was mit seiner Seele ist und was damit passiert ist. Man sieht nicht, dass er jetzt nicht mehr arbeiten kann und dass er für immer unfreiwillig freigesetzt ist. Dass er niemanden hat und deswegen die ganze Zeit irgendwo im Park auf der Wiese liegt, das sieht man alles nicht. Dass er einsam ist, dass er verlassen ist, dass er keine Ordnung in seinen Kopf und auch keine Ordnung in seine Gefühle bekommt. Die Gesellschaft sieht nur, der- oder diejenige hat Arme und Beine, ist noch am Leben. Sie sieht aber nicht, was die Zerstörungspotentiale, denen wir alle unterlegen waren, mit dieser besonders vulnerablen Gruppe der Minderjährigen gemacht haben, die besondere Beachtung verdient. Es ist eine besonders empfindliche Gruppe, wie es Frau Israel auch nochmal rausgestellt hat, die in der Adoleszenz war und die keine Chance hatte, sich zu entziehen.

Es ist inzwischen eine so lange Zeit vergangen. Und es gab, wenn zum Beispiel der Heimaufenthalt für ein Kind oder eine Jugendliche in der DDR vorbei war, keine psychologische Unterstützung oder irgendetwas Stützendes. Im Gegenteil, das

ganze System ging ja weiter. So sind die Dinge alle chronifiziert und über Jahre mitgeschleppt worden. Viele haben mutige Versuche gemacht, für die ich wirklich viel Bewunderung habe, damit irgendwie zu überleben und dieses Überleben auch zu gestalten, so gut sie es eben vermocht haben. Viele brauchen eine große Kraft mit diesem Rucksack, mit diesem Riesenrucksack, durch die Welt zu ziehen.

Israel: Ja, Sie sprechen jetzt über die Traumatisierten und das ist auch wichtig.

Morawe: Ich rede über die Traumatisierten, die zu dem, über das Sie gesprochen haben und das wir alle haben, zusätzlich den großen Rucksack draufbekommen haben.

Israel: Ich erinnere deshalb an das, was wir alle mitbekommen haben, weil ich in der DDR schon mit Traumatisierten gearbeitet habe. Ich habe mit Kindern gearbeitet, die im Jugendwerkhof waren und wir haben versucht, sie zu schützen. Wir haben getan, was wir konnten. Aber wir hatten natürlich den Jugendstaatsanwalt auf der Schwelle der Station stehen und uns wurde uns gesagt: "Uns interessiert nicht, was mit diesen Kindern ist." Das war wieder die Kultur. Das war nicht nur auf diese Kinder gerichtet, sondern allgemein. "Uns interessiert das nicht, uns interessiert" - das ist jetzt wortwörtlich zitiert-, "Ordnung, Disziplin und Sauberkeit und wenn Sie da nicht mit uns mitgehen, dann gehören Sie ja quasi auch mit dazu." Also, wir haben oft gesagt, wir stehen mit einem Bein da drinnen.

Aber was wir jetzt im Nachhinein erleben, dass die direkt beschädigten Traumatisier-

ten so wenig gewürdigt und gesehen werden, da zieht sich dieses Unrecht der DDR weiter durch. Die Gesellschaft kann sich nicht vorstellen, wie entrechtet die Kinder waren, die im Jugendwerkhof waren.

Hilliger: Ich würde gern gleich eine Frage an Sie anschließen, Frau Dr. Israel, um nochmal auf die kollektive Ebene zu gehen. Welche kollektiven Auswirkungen haben diese kollektiven Erfahrungen, die Sie beschrieben haben, heute, kollektiv und auch für die nachfolgende Generation? Wie kann auf kollektiver Ebene damit umgegangen werden?

Israel: Ja, das ist eine große Kunst: Wir müssen festhalten, dass wir als diejenigen, die in diesem Staat groß geworden, aber nicht traumatisiert sind, dennoch geprägt worden sind.

Es ist immer schwierig zu sagen mit der kollektiven Prägung, weil das auch sehr schnell missbraucht wird, um uns als Menschen zu disqualifizieren. Nach der Wende, als ich versucht hatte, schon sehr früh darüber nachzudenken und auch in Diskussionen oder in Publikationen etwas dazu zu sagen, ist das sehr schnell missbraucht worden. Wir sind „zweite“ Klasse, wir sind nicht so fit wie unsere westdeutschen Brüder und Schwestern. Aber ich hoffe, wir haben das jetzt schon hinter uns gelassen. Womit wir zu kämpfen haben, das sind eben ganz basale Zustände. Das ist zum Beispiel das Selbstgefühl. „Ich bin, ich darf sein, ich kann reden, ich darf anders denken.“ Das sind ganz basale Fähigkeiten. Die kann man sich später nochmal mühsam erwerben, aber auch nicht so richtig ganz. Wir müssen uns auch sagen, da ist etwas,

was uns sehr schwerfällt, was uns nicht ganz leicht von der Hand geht. Wir merken es bei den nachfolgenden Generationen, denen das etwas leichter fällt, weil wir ihnen das vermitteln, aus dem Bewusstsein heraus, dass es notwendig ist. Weil wir ihnen mehr Beziehung anbieten.

Das andere, das ich meinte, ist besonders in den 90er Jahren gewesen. Unsere Unfähigkeit, das, was wir fühlen, wirklich differenziert in Worte zu fassen, die Realität mit Worten ausreichend beschreiben zu können, nicht nur intellektuell, sondern in ihrer ganzen Komplexität. Ich finde, dass das auch etwas ist, das sehr früh gelernt werden muss und das dann auch bleibt. Wir haben damit Schwierigkeiten. Wir können das verändern und viele haben sich sehr viel Mühe damit gegeben, weil sie gemerkt haben, dass da etwas fehlt.

Ich denke, es gibt noch einen zweiten Punkt, das ist die Sprache. Was wir brauchen, ist Training, das Miteinander und das in ganz geschützten Räumen. Ich meine das Miteinander, zu üben, miteinander zu sprechen und in geschützten Räumen nachzudenken. Ich lege den Wert auf Schutz, geschützter Raum, weil es für einen Aufarbeitungs- und Veränderungsprozess immer zwei Dinge geben muss. Es braucht den Halt und es braucht jemanden, der versucht, zu übersetzen und zu helfen. Und geschützte Räume gab es nicht so sehr viele. Eine Gesellschaft kann man in ihrer Qualität daran messen, ob sie genügend reflexive Räume zur Verfügung stellt.

Hilliger: Wir hoffen, dass wir in unseren kleineren Gesprächsgruppen, die wir im

Anschluss anbieten, diese geschützten Räume haben werden.

Ich möchte nochmal auf die besondere Gruppe von Menschen zurückkommen, mit denen Petra Morawe arbeitet und noch einen anderen Aspekt ins Spiel bringen. Im Jahr 2019 haben wir als LAKD eine Sozialstudie über die Lebenslagen politisch Verfolgter und ihrer Angehörigen herausgegeben, die du maßgeblich initiiert und begleitet hast. Ein wichtiger Befund war, dass Menschen mit belastenden Erfahrungen an diesen Erfahrungen auch wachsen können, Resilienz und Selbststärke entwickelten, die ihnen im weiteren Leben helfen. Das wurde auch direkt so benannt. Wie nachhaltig ist es, wenn jemand geschafft hat, damals in der DDR seine Angst zu überwinden, seinem Gewissen zu folgen und seinen Widerspruch auszudrücken? Wenn jemand zeigte, dass das System der DDR über die-

se Person seine Macht verlor? Welche Erfahrungen hast du dazu in den Beratungsgesprächen gemacht?

Morawe: Mein Grundkonzept bei der Traumaberatung ist, dass es darum geht, zuerst über die Ressourcen jedes einzelnen zu sprechen, also den Raum zu lassen, dass er oder sie sucht und guckt, was sind denn eigentlich meine Überlebensressourcen? Womit habe ich es doch geschafft, letztendlich heute hier zu sein?

Bei dieser Suche schauen wir nach dem, was jemand dazu nennen kann. Es zeigt sich ganz schnell, dass viele differenzierte Ressourcen da sind, genutzt wurden und auch bekannt sind. Sie sind da, werden aber in ihrer Wertigkeit und in ihrer Bedeutung für die Person nicht genug gesehen. Alleine wenn ich manchmal in dem Gespräch sage: "Ist Ihnen schon mal aufgefal-



len, dass es Ihnen geholfen hat, wenn Sie all diese Dinge tun?" Da schauen viele ganz verwundert, weil sie keinen Raum hatten, darüber zu reflektieren. Sie haben zwar ihr Verhalten auf intuitive Weise entwickelt, sonst wären sie nicht da, wo sie jetzt sind. Aber sie können nicht darüber nachdenken, wie das alles zustande gekommen ist. Diese Ressourcendiskussion hilft bei der Suche, wie man Dinge und Probleme im heutigen Leben, wenn man mit den heutigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, diese mit den vorhandenen Ressourcen besser lösen und beherrschen kann. Das ist der Gesprächsrahmen mit dem darüberstehenden Motto: Gemeinsames Ordnen der Erfahrungen.

Ich bin dabei die Unterstützerin, ich höre zu und strukturiere ein wenig, damit die Gedanken an die richtigen Plätze kommen können. Aber die Einsortierung ins biografische Gedächtnis, die muss jede und jeder selber für sich vornehmen. Ich kann anstoßen, dass man einen Titel für die Erfahrungen findet und dass der Videoclip dann auch irgendwo abgelegt werden kann. Dieser Prozess des Sortierens, Benennens und Einordnens zeigt mir immer wieder, dass es diese Ressourcen und Kräfte gibt.

Oftmals wird in den Gesprächen auch gesagt, dass gerade in den finstersten Stunden, in den kältesten Momenten, ihn oder sie dieser Lebensmut eben nicht verlassen hat. Weil innen drin im Menschenmotor noch ein Rest Kraft war, der gesagt hat: "Nein, dafür will ich jetzt durchhalten." Oder: "Ich freue mich auf etwas, und das will ich noch schaffen." Das gibt es fast in

jedem. Ich habe noch niemanden erlebt, der oder die das nicht in sich spürte.

Viele haben diese Zeit überstanden und kommen nicht auf die Idee oder sind nicht in der Lage, Hilfe zu suchen. Man muss immer sehen, dass Menschen, die in die Traumabarbeitung kommen oder zu einer therapeutischen Behandlung gehen, dass das Menschen sind, die in der Lage sind, Hilfe zu suchen, Hilfe zu finden und diese dann auch für sich zu nutzen. Alle anderen sieht man nicht und die gibt es natürlich auch.

Jedoch in der Gruppe, die Hilfe sucht, habe ich bei allen sehr vitale Ressourcen gefunden, die die Menschen mutig nutzen. Im Gespräch machen sie sich bewusst, dass das Reflektieren über das Eigene, über das „Ich“, über das Geworden-Sein, über die Prägung in ihrem Leben bisher keinen oder nur einen kleinen Raum gefunden hat. Und es gibt eben nicht genug geschützte Räume, in denen es nachgeholt werden kann. Dadurch ist die Vorstellung von sich selbst häufig zerklüftet, fragmentiert und durcheinander gerüttelt. Dieses innere Eigene, das jeder hat, ist da, aber es ist sehr empfindlich und sehr schnell störrisch. Das führt dazu, dass jeder Trigger-Moment, der über den Weg kommt, die ganze Ordnung stört, den ganzen Schrank umkippt und alle vorher schon geordneten Dateien fliegen wieder durch die Gegend. Das ist auch die Aufgabe, der sich die Traumabarbeitung stellt, den Gedächtnis-Archiv-Schrank so gut aufzustellen, dass die Trigger kommen können, aber an der Tür abprallen, um in diesem Bild zu bleiben. Oder dass die Trigger nicht immer wieder diese Unordnung

anrichten und dadurch im Laufe der Zeit ein bisschen mehr Lebensqualität eintritt.

Diese Prozesse dauern alle sehr lange. Gerade bei jenen, die damals als Minderjährige und junge Erwachsene betroffen waren, beobachte ich, dass sehr viel Kontinuität, Zeit und Raum nötig ist. Insofern kann ich damit gut an dem andocken, was Sie, Frau Israel, gesagt haben, dass es um die frühen Beziehungsabbrüche geht, die häufig immer wieder erlebt wurden. Jetzt, nach fast drei Jahren Traumaberatung gibt es einige, insbesondere minderjährig Betroffene, die über die drei Jahre kontinuierlich jeden Monat ein Mal die Traumaberatung wahrgenommen haben und nie fehlen, nie fehlen wollen. Es gibt ein ganz großes Bedürfnis, im eigenen Leben etwas zu bewegen und Stabilität zu erreichen.

Hilliger: Ich möchte die letzte Fragerunde einleiten. Frau Dr. Israel, was wäre Fachkräften, die mit Diktatur-geprägten Menschen arbeiten, mit auf den Weg zu geben?

Israel: Eigentlich müssten Sie die Frage zuerst an Petra Morawe stellen...

Hilliger: Ja, aber ich wollte Sie jetzt Ihnen stellen, weil Sie auch im ärztlichen Kontext arbeiten und weil es vielleicht auch noch ein breiteres Feld ist als mit schwer traumatisierten Menschen.

Israel: Ja, das ist wirklich ein sehr breites Feld. Ich stelle mir zum Beispiel einen Patienten vor, der ab der sechsten Lebenswoche im Wochenheim war. Die Eltern waren kalt, der Vater war Betriebsdirektor, gut integriert in den Staat, aber für das Kind hat-

ten sie kein Gefühl. Der Patient hatte zehn Jahre Psychotherapie hinter sich. Er kam zu mir, weil er wusste, dass ich mich mit dem frühen Erleben befassen würde. Die Therapeuten vorher hatten sich dafür nicht interessiert, weil das zu banal ist, weil man daran doch sowieso keine Erinnerung hat.

Für mich ist es wichtig, jemanden nicht ändern zu wollen, nicht Konflikte aufdecken zu wollen, wenn jemand traumatisiert ist oder eine traumatisierende Biografie hat, sondern da zu sein, ein Ohr zu haben und besonders für die Leerstellen. Man muss mit dem Patienten fühlen, dass er Lehrstellen hat, dass er da alleine war. Das ist sehr unangenehm, als Therapeut so etwas aushalten zu müssen, dass man keine klugen Worte hat, keinen Trost. Und die Fragen anzuschauen, wie sie sich stellen, sich zu erkundigen, was hast du an Ressourcen? Aber zunächst geht es darum, das Leiden des nicht verstandenen, nicht verbundenen Menschen, des Alleingelassenen zu teilen. Die Hauptarbeit einer Traumatherapie ist, das Erleben in solchen Situationen wie im Heim, wie im Jugendwerkhof, wie im Gefängnis, erstmal zu teilen.

Natürlich gibt es mittlerweile auch viele ganz tolle Techniken. Das Wichtigste ist aber die Begleitung, sich als Gegenüber zur Verfügung zu stellen, das nichts besser weiß, sondern da ist und die Erlebnisse erstmal teilt. Das hat diesen Mann sehr geholfen, dass er sich wirklich sehr verstanden gefühlt hat in seinen frühen Einsamkeitsgefühlen. Wenn er im Gitterbett lag, mit einem kleinen Stroh-gefüllten Rehkitz und die braune Farbe gesehen hat, die da am Fußboden war zum Beispiel. Was wol-

len Sie denn da sagen? Das müssen Sie mit den Menschen teilen und müssen sagen: "Ja, und obwohl du das erlebt hast", das wäre der nächste Schritt, "hast du überlebt. Es gibt etwas in dir." Und dann kämen wir an die Stelle, die Sie, Frau Morawe, genannt haben.

Einen Raum zu bieten und sich als menschliches fühlendes Gegenüber, als offenes Ohr zur Verfügung zu stellen, das weicht erheblich von vielen therapeutischen Ansätzen ab, die trainieren wollen, die stärken wollen, die Konflikte lösen wollen, die deuten wollen. Das ist, was ich jemanden auf den Weg mitgeben würde. Mach dich darauf gefasst, dass du erst mal sehr viel teilen musst und dass du selber für dich, als Berater eine Grenze ziehen musst, dass du sagst: "Aha, das hat er erlebt und das ist schlimm." Aber man darf da drin nicht mit aufgehen. Das ist zum Beispiel eine zweite Eigenschaft, die man haben muss.

Morawe: Das trifft ein ganz wichtiges Problem in der Beschäftigung mit diesen schweren Schäden und Folgen, die einige davongetragen haben. Ich biete ja keine Therapeutik, sondern bewusst eine Trauma-Beratung an. Beratung deshalb, weil über die Hälfte der 50 Personen, die sich gemeldet haben, Therapeutik versucht haben und meist nicht nur eine, manche waren mehrmals in therapeutischen Kliniken. Sie sagen nicht, dass ihnen diese Bemühungen nicht genutzt hätten, das wäre völlig verkehrt. Aber letztendlich sind viele im gewissen Sinne dabei gescheitert oder haben sich rausgeschlichen. Das hatte den Grund, dass diese Angebote alle gut gemeint und sicherlich auch professionell wa-

ren. Aber sie waren nicht speziell für diese Betroffenenengruppe ausgerichtet. Meistens haben die Behandelnden nicht im Blick, in welchem schwerwiegenden Maße die gesellschaftliche Verletzung war und nicht nur die durch Eltern, irgendeine schlimme Kontaktperson, durch einen Unfall oder was das gängige Modell für die Erklärung ist. Sondern dass die heute bestehenden Beschädigungen durch jahrelange staatliche Verfolgungs- und Verletzungspraktiken entstanden sind, die nicht einmalig stattfanden, sondern die Menschen über Jahre oder Jahrzehnte erleben, erdulden, erleiden mussten. Das muss doch mitbedacht werden. Die Menschen mit diesen Beschädigungen kommen und geraten dann in ein therapeutisches System, das dafür nicht vorbereitet ist.

Genau die Tipps, die Frau Israel gegeben hat, würde ich mit der Erfahrung aus der Bürgerberatung bei der Landesbeauftragten auch geben. Wir haben viele Menschen beraten und die Erfahrungen gemacht: Es braucht einen Raum, der immer offen ist und den man nutzen kann, wenn man ihn braucht. Die Ratsuchenden gehen keine Verpflichtung ein. Es gibt keinen zusätzlichen Druck, wenn man die Traumaberatung nutzt. Man kann sich anmelden und man kann sich genauso gut erst ein Jahr später wieder anmelden. Jede und jeder kann sie nutzen, wenn sie gebraucht wird. Regelmäßig beim Therapeuten sitzen können viele nicht. Die Anforderungen dieses Behandlungssystems passen häufig nicht. Der Schaden, der in der Vergangenheit angerichtet wurde, ist zu groß und hindert die Betroffenen, die Anforderungen zu erfüllen. Sie brauchen einen Freiraum, der

da ist, wenig reglementiert, den sie selbst gestalten können und in dem sie dabei unterstützt werden. Das ist es, was eine relevante Betroffenenengruppe braucht.

Und, dass man sich in die erzählten Erlebnisse nicht hineinziehen lassen sollte, das ist auch ein wichtiger Hinweis. Das heißt ja nicht, dass man nicht mitschwingt und auch eigene Erfahrungen anklingen, ich bin ja nicht ganz unbetroffen. Aber hier sollte die Profession der Traumaberatung greifen und immer wieder Distanz herstellen. Ich nutze dafür als Arbeitsinstrument die Bildsprache, indem ich viele Gesprächsthemen während der Beratung visualisiere. Was besprochen wird, male ich auf Flipcharts, so dass ich selber zurücktreten kann und die Frage stelle: "Welche Farbe möchten Sie jetzt für sich? Wenn ich Sie zeichne, was ist Ihnen die liebste Farbe? Wählen Sie eine aus." In dem Moment hat der Betreffende eine Chance aus der Erzählung des Erlebten hervorzutreten und ich natürlich auch.

Hilliger: Vielen Dank. Das war jetzt ein guter Übergang in unsere Gesprächsgruppen, die als Orientierung auch in bunten Farben gezeichnete Motive haben, die denen ähneln, die Petra Morawe auf Flipcharts verwendet. Ich möchte Sie ermutigen, diesen Freiraum zu nutzen, diesen geschützten Raum.

Zunächst möchte ich Ihnen und dir sehr herzlich danken, auch für die Worte am Schluss, die sie beide uns mit auf den Weg gegeben haben, denn hier sitzen viele Fachkräfte und es sitzen hier viele Betroffene, die auch andere Betroffene beraten. Das können wir als ein gutes Wissen für die weitere Arbeit mitnehmen.

Berichte aus den Verbänden



Moderation Frank Ebert, Landesbeauftragter Berlin und Dr. Peter Wurschi, Landesbeauftragter Thüringen

Die „Berichte aus den Verbänden,“ sind auf jedem Bundeskongress ein wichtiger Tagesordnungspunkt, bei dem die Verbände und Aufarbeitungsinitiativen von ihren aktuellen Tätigkeiten und Projekten und von Fragestellungen und Problemen berichten, vor denen sie in ihrer – meist ehrenamtlich geleisteten – Arbeit stehen. Oft geht es auch um politische oder rechtliche Problemstellungen, die aus der Sicht eines Verbandes gelöst, an die politisch Verantwortlichen weitergegeben oder wofür sich gemeinsam eingesetzt werden sollte. Die Berichte zeigen die Vielfalt der Aufarbeitungs-Themen und die Vielfältigkeit der Arbeit.

Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau Manuela Rummel

Ich bin Manuela Rummel von der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof in

Torgau. Am historischen Ort des offiziell einzigen geschlossenen Jugendwerkhofs der DDR steht heute eine Gedenkstätte, die als Symbol für die Umerziehungseinrichtungen steht, die es in der DDR gab, für Kinder und Jugendliche, die eben nicht dem Ideal der sozialistischen Persönlichkeit entsprachen. Das heißt, es ist uns dort gelungen, eine Gedenkstätte zu installieren, aber an ganz vielen anderen Orten der repressiven DDR-Heimerziehung erinnert heute nichts mehr an dieses Kapitel der Umerziehung. Deshalb möchte ich Ihnen ein Projekt von uns vorstellen. Der eine oder andere von Ihnen kennt es sicherlich schon, unsere Blackbox Heimerziehung. Das ist ein umgebauter Seecontainer mit einer Ausstellung im Innen- und Außenbereich, und mit diesem Seecontainer touren wir durch das Land. Das möchte ich Ihnen mal ganz kurz vorstellen.

Hier sehen Sie diese Blackbox, diesen umgebauten Seecontainer. Im Jahr 2022 zum Heimkindertreffen in Torgau haben wir die Blackbox zusammen mit Betroffenen der repressiven DDR-Heimerziehung eröffnet. Wir haben uns gefreut, dass es uns nach über zehn Jahren endlich gelungen ist, dieses Projekt umzusetzen, das schon lange in der Schublade war. Wir reisen mit diesem Seecontainer durch das Land an verschiedene Orte, an denen diese repressive DDR-Heimerziehung, diese Umerziehung stattgefunden hat. Unsere erste Station war zum Beispiel 2022 die Burg Scharfenstein, die zu DDR-Zeiten ein Jugendwerkhof war zur Umerziehung von Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren. Ich zeige Ihnen jetzt einfach mal ein paar Bilder. Sie sehen auch, dass es an der Seite der Blackbox immer einen Hinweis auf den aktuellen Standort gibt. Das heißt, diese Außenseite, die ändert sich immer.

Unser Ziel ist es auch, die historischen Orte mit einem dauerhaften Denkzeichen zu markieren. Das ist uns bis jetzt leider noch nicht gelungen. Aber wir arbeiten weiterhin daran, dass etwas Dauerhaftes bleibt. Wir haben unterschätzt, dass es nicht so schnell geht mit dem Denkmalschutz und es sind viele Dinge herauszufinden, wie z. B. wem gehört heutzutage dieses Gebäude? Aber auch da sind wir weiter dran und ich hoffe, dass es uns in diesem Jahr gelingt, zwei Orte der repressiven DDR-Heimerziehung dauerhaft zu markieren.

Wir waren an verschiedenen Orten, das sehen Sie immer an der Außenseite, und haben dabei jeweils verschiedene Heime im



Einblick in die BLACKBOX HEIMERZIEHUNG

Umfeld dieser Orte thematisiert. Dazu gab es auch immer umfassendes Material.

Das heißt, es gab immer Einleger mit speziellen Inhalten zu diesen spezifischen Orten, an denen wir gerade mit dieser Blackbox waren. 2023 ging die Route weiter. Gestartet sind wir in Suhl zur Geschichtsmesse und haben dann verschiedene Orte aus gesucht. Begleitet wurden wir dabei von unserem Instagram-Kanal, den wir über das Projekt „Jugend erinnert“ ins Leben gerufen haben. Da findet man zum Beispiel die verschiedenen Standorte dieser Black-



Aufbau BLACKBOX HEIMERZIEHUNG auf der Burg Scharfenstein 2022

box, aber auch andere spezifische Inhalte zur Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung. Begleitet waren diese Präsentationen der Blackbox immer von verschiedenen Veranstaltungen. Da viele ehemalige Heime im ländlichen Raum liegen, haben wir zum Beispiel auch mit Hochschulen im Umfeld Projekte gestartet, wie zum Beispiel Theaterprojekte, und es gab Filmvorführungen. Wir sind nach Schwerin gereist, waren im letzten Jahr in Leipzig mit der Blackbox und in Hof zu den Deutsch-Deutschen Filmtagen. Vor dem Landtag in Dresden ist es uns im Rahmen der Jugendgeschichteitage gelungen, die Blackbox zu präsentieren, und wir waren auch im sächsischen Sozialministerium. Dazu gibt es auch eine digitale Blackbox an der Außenseite. Diese wurde im letzten Jahr mit dem Grimme Online Award 2023 ausgezeichnet, was aufgrund eines DDR-Themas – und speziell dem Thema Heimerziehung – nicht selbstverständlich ist. Das hat uns sehr gefreut. Und aktuell stehen wir in Erfurt und informieren

über das Spezialheimsystem der DDR.

Ich möchte Sie gern einladen. Denn nebenbei überarbeiten wir gerade unsere Dauerausstellung, die im November dieses Jahres eröffnet wird. Dazu möchte ich Sie jetzt schon ganz herzlich einladen. Hiermit spreche ich ein Save-the-Date aus. Und als Letztes möchte ich Ihnen noch unsere aktuellen Dinge präsentieren: zum einen haben wir ganz aktuell einen achtminütigen Animationsfilm, der 2022 entstanden ist, außerdem haben wir verschiedene Schriftenreihen und unser Erzählcafé zu den Venerologischen Stationen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.
Juliane Thieme

Ich möchte Ihnen unsere neue digitale Lernplattform www.dieanderejugend.de vorstellen, die sich an Jugendliche und Lehrerinnen und Lehrer richtet. Sie ist im Februar dieses Jahres online gegangen und

wurde über das Bundesprogramm „Jugend erinnert“ finanziert. Mein Kollege Andreas Parnt und ich haben für diese Webseite mit der Geschichtsdidaktik der Uni Leipzig zusammengearbeitet, mit dem Stasiunterlagenarchiv Leipzig und unter anderem mit dem Institut für digitales Lernen.

Hier sehen Sie schon unser Headerbild der Webseite. Es geht also um Jugendkulturen in der DDR und Transformationszeit. Die Seite ist optimiert für PC und für Tablet, leider noch nicht für das Smartphone. Am Smartphone sieht es noch nicht so gut aus, aber da sind wir noch weiter dran.

Sie sehen hier einen kleinen Überblick über die Module, die bereits auf unserer Webseite enthalten sind. Es gibt ein Modul zur offiziellen Jugendkultur, also zur FDJ, um auch zu zeigen, wovon sich Jugendkulturen abgrenzten. Wir haben ein Beat-Modul zur Leipziger Beat-Demonstration, das sind die 1960er Jahre. Wir haben dann ei-

niges zu den 1980er Jahren: Heavy Metal, Breakdance, Umweltbewegung oder Punk. Jedes Modul für sich ist sehr spannend und kann ich empfehlen. Jetzt möchte ich Ihnen anhand des Beat-Moduls exemplarisch zu zeigen, wie so ein Modul aufgebaut ist. Man startet hinein mit kurzen Infotexten und kann, wenn man will, auch schon in eine historische Aufnahme einer Leipziger Schülerband „Die Planeten“ hineinhören, die uns ein Zeitzeuge vor kurzem ins Archiv gebracht hat. Diese wurde im Wohnzimmer aufgenommen.

Die Module enthalten Aufgaben, die man lösen kann, um sich dem Thema anzunähern. Wir haben das schon ausprobiert bei uns im Archiv und gehen damit auch in Schulen. Wir können das natürlich auch mit analogen Varianten, also mit einem Zeitzeugengespräch, kombinieren. Man kann sich allgemein über Beat informieren, wenn man als Jugendlischer überhaupt erst mal reinkommen will und erfahren möch-



Postkarte "Die andere Jugend"



25

Galerie: Die Leipziger Beatdemo



Hohe Polizeipräsenz auf dem Leipziger Marktplatz am Morgen der Demo.

te, wie sah denn so ein Beat-Fan aus? Wir haben Zeitzeugeninterviews mit einem Beat-Fan und einem Mitglied einer Beat-Band, die dann verboten wurde, so dass zwei verschiedene Perspektiven dargestellt werden. Wir haben einen kleinen Erklärfilm gedreht, der hier in Auszügen enthalten ist, schauen Sie sich den gern mal an.

Und es sind natürlich Fotos und weitere Quellen enthalten. Die Pressekampagne gegen die Beat-Fans, das Flugblatt natürlich, mit welchem 1965 zur Beat-Demo aufgerufen wurde. Kurz die Fakten: 267 Jugendliche sind am 31. Oktober 1965 verhaftet worden in Leipzig, als sie friedlich gegen das Verbot der Beat-Bands demonstrierten. Und circa 160 sind für zwei bis vier Wochen zur Zwangsarbeit in die Braunkohle eingewiesen worden. Den 60. Jahrestag nächstes Jahr wollen wir in Leipzig begehen. Hier sehen Sie Fotos dieser Beat-Demo.

Es gibt natürlich auch Dokumente, die Schüler lesen und analysieren können. Und wenn Sie dann am Ende des Moduls sind, können Sie zum Beispiel selbst ein Graffiti oder einen Podcast zum Thema verfassen. Schauen Sie einfach mal rein. Unsere Karten liegen hinten am Stand. Vielen Dank.

Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. Heide Schinowsky

Guten Tag, seit knapp zwei Jahren bin ich die Leiterin der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus. Ich mache heute einen kleinen Blick zurück und auch ein wenig einen Blick nach vorne, weil beides ineinander übergeht. Als Erstes: Das Projekt, in welches wir gerade ganz viel Kraft und Zeit reinstecken, steht kurz vor dem Abschluss. Es gehört nicht in den DDR-Bereich, sondern in den NS-Bereich. Wir sind ja eine Gedenkstätte mit zweifacher Diktaturvergangenheit, der NS-Zeit und der DDR-Zeit.

Und jetzt im Sommer wird der NS-Teil unserer neugestalteten Dauerausstellung neu eröffnet. Das wird eine große Sache für uns sein, die viel Kraft und Zeit bindet. Hierzu eine herzliche Einladung für den 9. Juli um 11 Uhr. Ich erwähne es auch deshalb, weil es ein großer Schwerpunkt unserer Arbeit war und unsere inhaltliche Aufstellung ein Stück weit verbreitert.

Ansonsten: Ein Riesenprojekt letztes Jahr war „Jugend erinnert“, woran wir uns mit einem Theaterprojekt beteiligt haben, was sehr, sehr erfolgreich lief. Das hat unter anderem dazu geführt, dass 800 Schülerinnen und Schüler sich innerhalb des Projektes dem Thema gewidmet haben, sich mit diesem auseinandergesetzt haben und bei uns in der Gedenkstätte waren. Zum Teil wurden auch Workshops mit Zeitzeugen und Workshops an Schulen durchgeführt. Mit diesem Theaterprojekt, welches dann bei uns zur Aufführung kam, hat es zu dem



ganzen Thema nochmal einen ganz anderen Zugang gegeben.

Jetzt läuft gerade die neue Phase für „Jugend erinnert“ und wir hoffen, dass wir mit unserer Bewerbung Erfolg haben und wieder dabei sind. Am liebsten würden wir beide Bereiche, also DDR und NS, vertiefen. Wir arbeiten sehr intensiv daran, als Gedenkstätte mit unseren Themen wahrgenommen zu werden in der Stadt, in der Region und darüber hinaus und möchten auf das Unrecht aufmerksam machen. Zusammen mit der Stadt Cottbus, der LAKD, dem Bundesarchiv, der Bibliothek vor Ort, dem Jugendclub, der Volkshochschule arbeiten wir in der AG Politische Bildung, um mit dem, was wir machen, sichtbarer zu werden. Das entwickelt sich ganz gut und hat auch dazu führt, dass wir große Unterstützung aus der Stadt Cottbus bekommen.

Es gibt schon etwas länger den Plan und das Ziel, unser Gelände zu einem Bildungs- und Demokratie-Campus weiterentwickeln, um als Träger und Player noch weiter ausstrahlen zu können. Im Kern bleiben wir natürlich Gedenkstätte mit dem, was wir sind.

Und nun mein letzter Punkt: Wir starten im Sommer ein neues Ausstellungsprojekt und zwar zum Thema „Nach der Haft“. Es ist ja schon relativ viel an Forschung und Auseinandersetzung mit dem passiert: Was ist vor der Haftzeit passiert? Was gab es für Repressionen? Welchem Druck, welchem Unwesen waren Menschen ausgesetzt? Bis hin zur Haft. Aber es gibt noch ziemlich wenig dazu, wie es denn danach weiterging? Also sowohl für diejenigen, die dann in den

Westen freigekauft wurden, als auch für die, die in den Osten entlassen wurden. Wir haben jetzt den Blick von den Häftlingen in Cottbus und wollen das Thema schwerpunktmäßig zusammen mit der Gedenkstätte Lindenstraße bearbeiten und auch in Zusammenarbeit mit der LAKD. Wir sind sehr froh, dass es ermöglicht wird. Und ich freue mich schon sehr darauf, Sie dann zur Ausstellungseröffnung in Potsdam und Cottbus einladen zu können. Vielen Dank.

**Union der Opferverbände
kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.
Regionalbeauftragte für Rheinland-Pfalz
Elke Schlegel**

Sehr geehrte Damen und Herren. In der Gedenkschrift der Bundesregierung zum Einigungsvertrag heißt es, dass die Rehabilitation aus rechtspolitischen, humanitären und sozialen Gründen geboten sei, um das Unrecht und seine Auswirkungen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu beseitigen. Mir geht es um die Kinder von politisch inhaftierten Eltern, Müttern, Vätern, die in privater Pflege untergebracht waren, bei Verwandten, Großeltern und Freunden. Diese Kinder sind ebenfalls politisch Verfolgte des DDR-Regimes, bis heute eine völlig außer Acht gelassene Opfergruppe. Es gilt, die vergessenen Kinder als Opfer der SED-Diktatur anzuerkennen.

Die in privater Pflege untergebrachten Kinder haben, wie auch die Heimkinder, in ihrem sozialen Umfeld unter der Trennung, der Isolation, der Ungewissheit, der Diskriminierung und Ausgrenzung zu leiden gehabt. Die Folgen reichen auch hier bis in die Gegenwart. Die lange Haftzeit der Eltern, die zwangsweise Trennung der Kinder



von den Eltern über Jahre hat beträchtliche Schäden hinterlassen, wie Verdrängung, Beziehungsprobleme, Angst, Misstrauen, Unklarheiten zwischen Eltern und Kindern. Und auch diese Kinder sind politisch Verfolgte. Psychologen und Psychotherapeuten berichten in ihren Studien, wie zum Beispiel von Tolou Maslahati und Maya Böhm, dass die psychische Belastung stärker ist als bei der allgemeinen Bevölkerung und eine transgenerationale Übertragung von Traumata erfolgte. Dementsprechend sind bei der nachfolgenden Generation erhöhte Raten von posttraumatischen Belastungsstörungen und vor allem Angststörungen zu verzeichnen.

Meine Bitte ist, unseren Nachkommen in geeigneter Form als Opfer des DDR-Unrechts endlich eine Entschädigung zu gewähren. Bereits 2013 habe ich bei der damaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Dr. Christina Schröder, zu diesem The-

ma Aufmerksamkeit gesucht. 2018 gab es einen Kongress der UOKG „Vergessene Kinder, Nachkommen politisch Verfolgter“. Beim ersten bundesweiten Frauenkongress 2021 wurde in einer Petition als Punkt 1 das Anerkennungsverfahren für die vergessenen Kinder gefordert. Beim 26. Bundeskongress in Wernigerode 2023 hörte ich den beeindruckenden Vortrag von Irina Scherbakowa. Sie berichtete, dass in Russland die Kinder von politisch Inhaftierten von Anfang an als Opfergruppe anerkannt werden und in die Gruppe der Rehabilitierten aufgenommen worden sind. Warum werden die vergessenen Kinder in Deutschland nicht anerkannt? Schon nach dem zweiten Bundesfrauenkongress im Oktober 2023 in Halle, der sich wieder mit dem Thema „Vergessene Kinder“ befasste, wurde von Seiten der Politik im Hinblick auf die Novellierung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes in dieser Legislaturperiode zu verstehen gegeben, dass die Aufnahme dieser Opfergruppe leider wieder nicht passieren wird.

Die im deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben die Pflicht, ein Anerkennungsverfahren für die bisher rehabilitierungsrechtlich nicht beachtete Opfergruppe der vergessenen Kinder als Opfer politischer Willkür zu schaffen und den Kreis der Anspruchsberechtigten der sogenannten Opferpension nach Paragraph 17a des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes auf jene Kinder auszuweiten. Ihnen gebührt Anerkennung als DDR-Opfer und Rehabilitierung, und das unabhängig davon, in welchem gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Zustand sich diese Person befindet. Ich werde je-

des Jahr wiederkommen und für all diese Kinder kämpfen. Das bin ich den Kindern meiner schon verstorbenen Freundin und meinem Mann schuldig. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e. V. Grit Poppe

Ich bin vom Verein Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e. V., nicht von der Gedenkstätte selbst. Die Vereinsarbeit begann, als die sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR und eben auch aus Potsdam abgezogen sind. Es blieben die Villen und das KGB-Gefängnis dort erst einmal leer stehen. Und die Frage tauchte auf: Was machen wir jetzt damit? Es gab dann auch ziemlich schnell ein paar engagierte Bürgerinnen und Bürger, die gesagt haben, wir müssen das erhalten, wir brauchen eine Gedenkstätte und wir müssen an die Opfer erinnern. Und es gab natürlich auch Gegenstimmen und von Anfang an Probleme.

1997 habe ich diese Gedenkstätte zum ersten Mal betreten und war entsetzt über die Geschichten von Jugendlichen, die von den Sowjets gleich nach 1945 abgeholt wurden, teilweise direkt aus der Schule. Einige wurden erschossen. Es war immer die Rede von antisowjetischem Verhalten oder Spionage oder Ähnlichem. Aber es gab keinen wirklichen Grund. Es gab zwar Gerichtsverfahren, die aber keinesfalls rechtsstaatlich waren und es gab keine verhältnismäßige Gerichtsverhandlung, keinen Anwalt. Ab 1950 wurden die zum Tode verurteilten Jugendlichen und Erwachsenen nach Moskau gebracht und dort



erschossen. Was mit den zwischen 1945 und 1950 Verurteilten geschah, ist bis heute unbekannt. Wahrscheinlich wurden die Jugendlichen irgendwo in Potsdam oder in Brandenburg erschossen. Die Angehörigen wurden nicht informiert, das heißt, Jahre später haben andere überlebende Betroffene die Mitteilung überbracht, dass sie damit rechnen müssen, dass ihre Kinder nicht nach Hause kommen. Sie hatten dann schon mitbekommen, dass es Todesurteile gegeben hat.

Unser Verein macht ziemlich viele Veranstaltungen, dafür, dass wir so wenig Leute sind und wir leider sehr wenig Unterstützung erhalten, schon gar nicht von Seiten der Gedenkstätte. Ich will das jetzt hier auch nicht ausführen. Es gibt aber schon seit etlichen Jahren große Probleme mit der Gedenkstättenleitung. Und mittlerweile hat sich das ausgeweitet und der Konflikt ist jetzt auch mit der Stiftung Brandenburgi-

sche Gedenkstätten. Worum geht es? Der Verein hat seit Jahren schon am 23. August immer eine Veranstaltung im Zusammenhang mit dem Europäischen Gedenktag für alle Opfer totalitärer Regime gemacht. Ein geladen wurden dazu Menschen aus Osteuropa. Die Veranstaltung fand meistens in der Gedenkstätte statt, aber seit letztem Jahr wurde eben dieser Zugang verboten. Wir als Opferverein dürfen nicht mehr in die Gedenkstätte, wir vertreten doch aber nach wie vor die Opfer. Natürlich können einige der ehemaligen Inhaftierten nicht mehr nach Potsdam kommen, weil sie ja über 90 sind, aber es nehmen auch Angehörige am Gedenken teil. Die Veranstaltung zum 23. August wird auch in diesem Jahr schwierig werden. Uns wurde auch untersagt, Kränze abzulegen.

Aber es gibt natürlich auch noch viele Projekte. Also unter anderem habe ich - ich bin ja Autorin - mit meinem Sohn das zweite Buch geschrieben zu diesem Thema der betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die von 1945 bis etwa 1955 z. B. nach Workuta verschleppt wurden. Das Buch soll noch in diesem Jahr erscheinen, wahrscheinlich im August.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, was Sie jetzt wahrscheinlich auch im nachfolgenden Beitrag noch hören werden. Es gibt in Potsdam in der Gedenkstätte Lindenstraße auch Probleme. Die dortige Gedenkstättenlehrerin ist in den Ruhestand gegangen, was zur Beendigung der Projektwerkstatt geführt hat, die bisher auch Zeitzeugen in Schulen geschickt hat. Diese Stelle der Gedenkstättenpädagogik gibt es zwar noch, aber es wird jetzt gesagt: "Wir

gehen nicht mehr an Schulen. Die Schulen sollen zu uns kommen." Dies ist natürlich für manche Schulen im Flächenland Brandenburg ein Ding der Unmöglichkeit. Dazu möchte ich sagen, dass ich das nervig finde. Ich möchte mich eigentlich auf den Inhalt konzentrieren, aber durch solche Geschichten werde ich ein bisschen ausgebremst. Vielleicht kann man das auch mal zum Thema machen, also Gedenkstätten und die Zusammenarbeit mit Zeitzeugen.

Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e. V.

Manfred Kruczek

Sehr geehrte Damen und Herren. Grit Poppe hat es schon angekündigt, ich bleibe bei dem Thema der nicht so konfliktlosen Potsdamer Gedenkstättenlandschaft. Zum Glück gibt es am Griebnitzsee-Ufer, dem ehemaligen Todesstreifen zwischen Potsdam und Berlin, durch unser Forum an jedem 13. August und 9. November eine Gedenkveranstaltung für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Das geschieht an der dortigen Mauergedenkstätte. Die Flyer liegen draußen aus. Diese Veranstaltungen finden generationsübergreifend statt, indem hier traditionell nicht Politikerreden dominieren, sondern wie zuletzt am 9. November 2023 das Gedenken von der heutigen Schülergeneration gestaltet wird, vertreten jeweils durch eine Schule aus Ost und West, also aus Berlin und aus Potsdam. Die an dieser Stelle noch verbliebenen Originalmauerreste erheben als stumme Zeitzeugen Anklage gegen das SED-Unrechtssystem. Und dank der bewährten Kooperation mit der LAKD - ich danke an dieser Stelle noch mal Frau Dr. Nooke und



ihrem Team für die gute Zusammenarbeit - berichten dabei Schülerinnen und Schüler von ihren Zeitzeugenbegegnungen aus vorangegangenen Projekttagen.

Denn gerade diese Zeitzeugengespräche lösen bei den Jugendlichen, ganz anders als Frontalunterricht, nicht nur Interesse, sondern ebenso Empathie aus. Dies ist wichtig, um sich in die Willkürherrschaft von Diktaturen hineinzusetzen und damit gegen totalitäre Strömungen immun zu werden. Genau diesem Ansatz folgt auch Frau Zupke mit ihrer Ankündigung in der „Freiheitsglocke“ der VOS vom Februar, sich über die Kultusministerkonferenz dafür einsetzen zu wollen, dass deutschlandweit alle Schülerinnen und Schüler im Unterricht Zeitzeugen der SED-Diktatur begegnen. Diese Initiative trifft auch das Kernanliegen unseres Forums. Hierzu bestanden zumindest gerade im Land Brandenburg bisher beste Voraussetzungen, eine Vor-

reiterrolle zu übernehmen. Denn allein im Land Brandenburg ist der Besuch von Gedenkorten der SED-Diktatur seit über zehn Jahren Pflicht, ein Alleinstellungsmerkmal, welches allerdings bei den wenigsten Medien angekommen ist und leider auch nicht bei der ganzen Lehrerschaft im Land Brandenburg. Natürlich sind diese Gedenkortbesuche am wirkungsvollsten, wenn sie mit Zeitzeugenbegegnungen verbunden werden. Auch dazu bestanden im Land Brandenburg bisher geradezu ideale Voraussetzungen, konkret durch 13 Gedenkstättenlehrkräfte, die zur Zeitzeugenvermittlung auch eingesetzt werden und deren finanzielle Verstetigung im gültigen Koalitionsvertrag unter dem interessanten Titel „Ostdeutsche Interessen“ verankert ist. Zuletzt wurde in einer Pressemitteilung des Bildungsministeriums zum 9. November 2023 auch noch hervorgehoben, dass diese Stellen bleiben werden, dass sie etabliert werden.

Für dieses Erfolgsprojekt hat deren Abbau allerdings, und das hat Grit Poppe angedeutet, ausgerechnet in der Gedenkstätte Lindestraße begonnen. Zwar fördert das Bildungsministerium dort weiterhin einen pädagogischen Mitarbeiter mit 32 Stunden, doch sieht sich die Gedenkstättenleitung trotz insgesamt erhöhter Zuschüsse aus Kapazitätsgründen nicht in der Lage, wie bisher auch die Zeitzeugen an die Schulen zu vermitteln. Damit droht ein Erfolgsmodell zu einem Auslaufmodell zu werden. Und diese Situation ist auch wirklich widersprüchlich, denn auf der einen Seite beklagt die Gedenkstätte, dass Schulklassen abgesagt werden muss, während andererseits das über zehn Jahre

aktive Zeitzeugenpotenzial brachliegt. Was sich dann noch darin widerspiegelt, dass die vom Bildungsministerium ausgereichten Zeitzeugenhonorare nicht mehr voll ausgeschöpft werden. Um hier aber zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, hat sich im vergangenen Herbst eine Zeitzeugeninitiative gegründet, die mit dem Bildungsministerium, und das kann ich sagen, seit gestern Abend auch mit unserem Ministerpräsidenten, gute Gespräche führt. Wir haben die Hoffnung, dass hieraus zum Beispiel ein für alle Schulen nutzbares Zeitzeugenportal entstehen könnte und damit umfassend der Zeitzeugeinsatz möglich wird und vor allen Dingen dieser Einsatz auch transparent erfolgt. Denn, und hier zitiere ich Frau Zupke noch einmal gern: "Zeitzeugengespräche und Gedenkstättenbesuche sind Demokratieerziehung." Wie mitreißend derartige Begegnungen wirken, haben wir heute Vormittag hier erleben können durch die Beiträge von Tina Krone und Stephan Krawczyk. Wir haben erleben dürfen, dass tatsächlich Emotionen ausgelöst werden und gerade auch die jungen Leute ansprechbar sind. Ermöglichen wir also diese Zeitzeugenerlebnisse auch der gesamten heutigen Schülergeneration. Danke schön.

AG DDR-Sportgeschädigter

Michael Güldener

Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Michael Güldener. Ich bin 54 Jahre alt und seit einem Jahr Mitglied beziehungsweise Vorsitzender der Arbeitsgruppe DDR-Sportgeschädigte. Das ist eine relativ junge Arbeitsgruppe, die sich vorheriges Jahr schon vorstellen sollte, was aufgrund der geringen Redezeit nicht ge-

klappt hat, so dass wir das jetzt kurz und knapp nachholen. Die DDR-Sportgeschädigten sind eine Gruppe, die in diesem Kongress, glaube ich, relativ selten vorkamen und -kommen. Wir sind hauptsächlich Dopingopfergeschädigte. Es gibt einen Dopingopferverein, der ist hier schon bekannt.

Wir haben uns im Juni 2023 gegründet mit der Hilfe von Herrn Burkhard Bley und der Frau Richter, die uns tatkräftig unterstützt haben, um unsere Interessen auch in die Öffentlichkeit zu bringen. Wir wurden in vielen Dingen nicht berücksichtigt; haben aber auch adäquate Gemeinsamkeiten mit anderen Interessenverbänden. Ich möchte jetzt kurz noch einmal auf die Sachlage hinweisen. Die Sportler und Sportlerinnen der DDR haben hohe körperliche und seelische Beeinträchtigungen erfahren durch Medikation, Doping, übermäßige Schmerzmittel, verbunden mit Übertraining, Unterbringung in Internaten, strenger Erziehung, Abhängigkeit von Trainern und Erziehern. Uns



wurde eigentlich immer nachgesagt, dass wir privilegierte Diplomaten im Trainingsanzug waren. Ich würde sagen, wir waren die Speerspitze der DDR im Sport, gerade die Leistungssportler, aber zu einem sehr hohen Preis. 70 Prozent der Sportler haben gesundheitliche Schäden davongetragen, egal ob psychisch oder physisch. Und diese wurden aber, wie gesagt, bis zum heutigen Tag nirgendwo berücksichtigt. Es gab ein Dopingopferhilfegesetz, eine Entschädigung, das ist aber abgeschlossen. Vom Bundesverwaltungsgericht wurde am 27. März 2024 entschieden, dass der Weg der verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung für DDR-Sportgeschädigte gesperrt ist. Auch mit erfolgreicher Rehabilitierung ist wegen der Nachweisprobleme im sozialen Entschädigungsrecht für nur sehr wenige eine finanzielle Leistung gewährt worden. Ehemalige politische Häftlinge haben bei der Anerkennung der gesundheitlichen Folgen nach dem Bundesversorgungsgesetz beziehungsweise nach den gültigen SGB die gleichen unüberwindbaren und schwerwiegenden Schwierigkeiten. Und unsere Forderung daraus ist ein dauerhafter finanzieller Ausgleich für DDR-Sportgeschädigte. Dies könnte durch explizite Aufnahme von Betroffenengruppen in das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz erfolgen. In das soziale Entschädigungsrecht, also in das SGB, sollten Beweiserleichterungen aufgenommen werden für bestimmte Betroffenengruppen, wie DDR-Sportgeschädigte oder eben auch politische Häftlinge. Dazu könnte eine Vermutungsregelung eingeführt werden. Die Opferbeauftragte, Frau Zupke, hat dazu Vorschläge gemacht, die wir unterstützen.

Die persönlichen Erfahrungen und das Leid, welches die Sportler erfahren haben, möchte ich hier nicht weiter ausführen. Ich bin mit zwei Damen unserer Betroffengruppe angereist, das triggert sehr oft. Aber Sie können sich ungefähr vorstellen, was das ausmacht, wenn Sie unter Doping Ihren Körper, ich sage es bewusst, missbrauchen. Wir wurden nicht trainiert, wir wurden gezüchtet. Ich sehe nach außen hin aus, wie ein braungebrannter junger Mensch, der voll gesund ist. Das ist bedingt bei mir so. Ich habe körperliche Schäden einschließlich auch psychischer Einschränkungen. Das sieht man den Menschen auf den ersten Blick nicht an. Viele von uns leben nicht mehr, sind nicht mehr da. Und wir haben, so finde ich, auch ein Recht darauf, politisch anerkannt zu werden.

Niedersächsisches Netzwerk SED und Stasi

Christiane Quenstedt-Querin

Moin, ich komme aus Niedersachsen, aus Stade, und da grüßt man so, rund um die Uhr. Ich bin hier mit weiteren Mitgliedern unseres niedersächsischen Netzwerkes für SED- und Stasiopfer. Das Netzwerk wurde 2013 von Hartmut Büttner ins Leben gerufen und er erfüllt es bis heute mit Leben. Gesundheitsbedingt ist er nicht hier. Er lässt aber grüßen, und ich spreche eigentlich für ihn.

Unsere 70 Mitglieder kommen aus allen Teilen Niedersachsens. Dazu verbindet uns seit über zehn Jahren eine sehr enge und fruchtbare Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Aufarbeitungsinitiativen und Betroffenen aus Sachsen-Anhalt. Bisher mit Frau Neumann-Becker und in Zukunft,



wie wir hoffen, mit Herrn Johannes Beileites. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, das weiterhin zu pflegen. Unter uns Mitgliedern gibt es einen ständigen Informationsaustausch zu verschiedenen Themen. Manchmal ist auch Trost und Aufmunterung angesagt, wenn Frustration und Unverständnis über politische Entscheidungen belasten. Zuversichtlich, dass sich etwas bewegt, machen wir Veranstaltungen, wie wir sie vor wenigen Tagen in Hannover im Innenministerium durchgeführt haben. Wir tagten mit fast 50 Betroffenen und einigen geladenen Landtagspolitikern. Als unsere Gäste haben Sie, liebe Frau Zupke, als Opferbeauftragte im Bundestag, und Sie, Johannes Beileites, als Aufarbeitungsbeauftragter, uns Informationen und Antworten gegeben und unsere Forderungen gehört. Schon in den Folgetagen konnten wir lesen und vernehmen, dass Sie, Frau Zupke, Ihre Ankündigungen umgesetzt haben und beim Justizminister Buschmann weitere echte Verbesserungen eingefordert haben.

Und das zu ganz konkreten Punkten, die heute und hier vorgetragen wurden und die wir auch an diesem Tag neulich nochmal nachdrücklich geäußert haben.

Als Nächstes haben wir uns im Netzwerk die Aufgabe gestellt, endlich, ich habe es schon vorheriges Jahr angekündigt, unser Netzwerk umzubenennen. Wir wollen uns nicht weiter nur als Opfer sehen. Wir sind Betroffene von Unrecht, und wir sind vor allem jene, die den Unrechtsstaat DDR zum Scheitern gebracht haben. Danke.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus Sachsen

Ariane Zabel

Sehr geehrte Teilnehmende des Bundeskongresses. Der 23. März 2024 war ein besonderes Datum für uns, denn an diesem Tag haben wir den neuen, den zehnten Band unserer Schriftenreihe „Erinnerung an politische Gefangenschaft“ im Rahmen der Buchmesse vorgestellt. Das ist er. Und wie schon in vielen Jahren zuvor, fanden sich dazu im Kinosaal der Runden Ecke in Leipzig viele Gäste ein, die interessiert unsere Buchpräsentation und die Berichte der vier anwesenden Zeitzeugen verfolgten.

Wir feiern ein Jubiläum. In den vergangenen zehn Jahren des Zeitzeugenprojekts der VOS Sachsen konnten wir einiges erreichen. Wir haben rund 50 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen interviewt, wir haben zehn Bände mit Biografien herausgegeben, eine Webseite mit Videoausschnitten aus den Interviews veröffentlicht. Wir haben zahlreiche Lesungen mit Zeitzeugengesprächen durchgeführt und uns mit Gedenkstät-



ten und Aufarbeitungsinitiativen vernetzt. Und wir haben einzigartige Zeitzeugnisse gesammelt und archiviert. Und wofür ich besonders dankbar bin, ist, dass wir diese Quellen auch bereits sinnvoll bereitstellen

konnten, so wie das Interview das schon 2015 verstorbenen Zeitzeugen Wolfgang Looß aus Chemnitz, das nun in der Dauerausstellung des Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis zu sehen ist. Mit unserem Projekt wollen wir vielen bislang ungeesehenen und ungehörten Menschen eine Stimme geben. Und wir wollen die Vielzahl und Bandbreite von Gründen sichtbar machen, aus denen Menschen während der sowjetischen Besatzungszeit und in der DDR politisch verfolgt wurden, oder, wie Frau Zupke in ihrem Vorwort in unserem Buch geschrieben hat, ihnen ein Gesicht geben. Ich habe schon bei den letzten Kongressen Beispiele dafür genannt, wer diese Menschen sind, was sie erlebt haben und wie sie heute damit umgehen. Und das würde ich auch jetzt tun, denn es sind doch vor allem die persönlichen Details, um die Vergangenheit und damit vergangenes Unrecht verständlich und nachvollziehbar zu machen.

Da sind junge Menschen, die 1945 im Alter von nur 15, 16 Jahren aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Hitlerjugend pauschal weggesperrt wurden, um den sowjetischen Besatzern bei der Etablierung ihrer Herrschaft nicht im Weg zu stehen. Nach dem Dahindarben in sowjetischen Speziallagern wurden viele von ihnen noch zur jahrelangen Zwangsarbeit nach Sibirien deportiert. Da sind viele Familienangehörige, die heute endlich erfahren wollen, was mit ihren Vätern geschehen ist, die spurlos in diesen sowjetischen Speziallagern verschwunden sind und nie wieder nach Hause kamen. Oder Angehörige, die nachvollziehen wollen, was ihre Eltern oder Großeltern in DDR-Haft

erlebt hatten, weil diese nie über ihre Vergangenheit sprachen, aber durch ihre erlittene Traumafolgestörung einen großen Einfluss auf ihre Kinder und Enkel ausübten. Da sind die Biografien von damals 18- bis 25-Jährigen, die erkannten, dass sie mit einer pazifistischen, unangepassten, weltoffenen, hinterfragenden Einstellung in der DDR nicht weit kamen und die für missglückte Fluchtversuche, und manchmal sogar nur wegen eines Ausreiseantrages inhaftiert wurden. Da sind auch Aktivistinnen und Widerständler, die staatskritische Parolen an öffentliche Wände schrieben und hofften, damit Veränderung bewirken zu können, Diskussionen anzuregen, aber für diese Aktionen, die als sogenannte staatsfeindliche Hetze bezeichnet wurden, teuer bezahlt wurden. Und manchmal hat man den Eindruck, sind es einfach Personen, auf die jemand aufmerksam wurde und die das Pech hatten, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Unsere Interviews werden im Archiv Bürgerbewegung Leipzig archiviert und sind dort einsehbar. Wir danken dem Archiv sehr für die Weitergabe von ganz, ganz vielen unserer Bücher an Interessierte und vor allen Dingen an Schüler. Vor allem danken wir für die stetige finanzielle Förderung durch die Sächsische Landesbeauftragte, Dr. Nancy Aris. Und wir möchten Ihnen allen, die unsere Zeitzeugenprojekte unterstützen, ganz herzlich danken. Ob als Zeitzeugen, ob als Multiplikatoren, Ratgeber oder Freunde, Ihr Rückhalt hat uns stets getragen. Und wir möchten Sie bitten, nehmen Sie sich die Bücher mit, schauen Sie auf unsere Webseite und melden Sie sich bei uns, wenn Sie auch mitmachen wollen, auch interviewt werden wollen oder den Verein

irgendwie tatkräftig unterstützen wollen. Wir freuen uns darauf, diese Arbeit vorzuführen. Danke schön.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus Thüringen

Erika Korn

Guten Tag. Erst möchte ich Sie einladen nach Arnstadt zur zentralen Gedenkveranstaltung des Landtages am 17. Juni.

Ich möchte Ihnen etwas von mir erzählen, von meiner „negativen“ politischen Karriere. 1960 begann ich meine Ausbildung als Maschinenbauzeichnerin. In dem Jahr wurden ja die Antennen von FDJlern abgesägt. Wir bekamen ein Schriftstück von der Berufsschule, was wir unterschreiben sollten, auf welchem stand, dass wir keine Westsendung im Fernsehen oder Rundfunk mehr hören wollen und sehen. Das gefiel uns nicht, wir strichen das durch und schrieben Hetzsendung hin. Das gefiel

aber denen nicht. Es wurde eine FDJ-Versammlung einberufen, und dort kam das zur Sprache. Da stand einer auf und sagte, dass das gar nicht geht, dass wir auf das Strengste dafür bestraft werden müssen. Zum Glück hatten wir einen humanen Direktor, der die ganze Sache so ein bisschen abgeschwächt hat, denn es kamen schon Jugendliche für weniger in den Jugendwerkhof. Wir hatten eben Glück.

In demselben Jahr lernte ich meinen Freund kennen. Er war sehr unzufrieden mit den Verhältnissen. In einer Gruppe von Jung-Ingenieuren diskutierten wir viel politisch, wussten aber nicht, dass einer aus der Gruppe die Nachricht der Gespräche weitergab. Und wohin, das wissen wir ja. Im nächsten Jahr ging mein Freund im Mai nach dem Westen und ich sollte nach Beendigung meiner Ausbildung nachkommen. Dies gelang aufgrund der Ereignisse am 13. August 1961 nicht. 1963 trafen wir uns das erste Mal in Bulgarien. Was ich nicht wusste, dass ich von Arnstadt aus bereits von einem Herrn beschattet wurde, der das alles beobachtete. Als ich zurückkam, wurde ich mehrfach im Betrieb von der Stasi verhört. Es wurde versucht, mich eben klein zu kriegen, und man bedrohte mich. Wenn ich irgendwas versuchen würde, dann müsste ich eben die Folgen spüren. Da der Verdacht bestand, dass ich fliehe, habe ich dann 1964 Auslandsverbot bekommen und wurde weiter Verhören ausgesetzt. 1965 habe ich trotzdem wieder beim Reisebüro den Antrag gestellt. Die Anträge gingen immer zum Staatssicherheitsdienst, und wurden dort bestätigt oder abgelehnt, je nachdem. Ich wurde wieder im Betrieb zur Stasi gerufen, und



habe quasi geschworen, dass ich nichts unternehmen werde. Und daraufhin habe ich die Reise nach Bulgarien bekommen. Ich fuhr dahin, wieder unter strenger Bewachung: Den Herrn kannte ich schon mittlerweile. Vor Ort haben wir uns natürlich immer etwas versteckt und abseits gehalten. Und im Juni 1965 wollte die Reisegruppe einen Ausflug machen nach Varna, und ich sagte aber: "Da ist es mir zu heiß, ich fahre nicht mit." Da hat die Stasi sofort die Beamten in Bulgarien benachrichtigt und die Grenze wurde geschlossen. Wir fuhrten dann los und wurden am Morgen des 19. Juni am Grenzübergang von Zivilbeamten – es war kein Grenzsoldat dabei - empfangen. Es waren zwei Zivilbeamte. Das hatte uns schon etwas verwundert. Sie sahen sich unsere Pässe an. Ich hatte einen Pass von einer Arbeitskollegin meines Freundes, der dort ein Foto von mir reingemacht hatte. Ganz geschickt hatten sie die Stempel in Linoleum nachgemacht und dort eingefügt. Die Beamten telefonierten dann wahrscheinlich mit Sofia, woraufhin wir in den Autos zurückfahren mussten. Danach wurden wir natürlich verschiedenen Verhören unterzogen. Am 4. September 1965 wurden wir in Sofia zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Das war die zweithöchste Strafe in diesem Jahr, die höchste erhielten junge Männer, denen man das nachgesagt hatte, dass sie das professionell gemacht haben. Ich war, wie mir gesagt wurde, die letzte DDR-Bürgerin, die in Bulgarien verurteilt wurde und die Haft dort auch abbüßen musste. Alle anderen DDR-Bürger, die mit Westdeutschen verhaftet wurden, mussten in Bulgarien warten, bis der Westdeutsche verurteilt war, und wurden dann ausgeflogen in die DDR. Ich konnte erst im Okto-

ber Bulgarien verlassen. Im Betrieb wurde ich natürlich sofort rückwirkend fristlos entlassen. Mir wurde auch gesagt, wenn ich kriminell gewesen wäre, wäre das alles kein Problem gewesen, dann wäre das Arbeitsverhältnis weitergegangen. Aber so war ich politisch und musste gehen. Erst im Dezember konnte ich wieder anfangen, zu arbeiten.

Mein Freund hat dann alles Mögliche versucht, mich offiziell irgendwie nach drüben zu bringen, aber das schlug alles fehl. Es war sehr schwierig. Es wurde versucht, mir verschiedene Fallen zu stellen. Zum Beispiel wurde ich mit geheimen Unterlagen von einer Außenstelle in die Hauptstelle geschickt. Ich musste aber an der Bushaltstelle auf den nächsten Bus warten. Die Haltestelle war nicht weit von meiner Wohnung. Und ich überlegte, ob ich dort Kaffee trinken soll oder nicht. Ich bin aber dortgeblieben, das war mein Glück, denn in dem Bus saßen ein paar Stasileute, die das Ganze weiterhin beobachtet haben, bis ich im Betrieb war und Unterlagen abgegeben habe. Ein andermal kam zum Beispiel ein Kollege und sagte zu mir während der Arbeitszeit: „Ah, die Russen machen Manöver. Wollen wir nicht hingehen? Das interessiert mich so.“ Jedenfalls war mein Glück, dass ich das abgelehnt habe. Das Leben ging dann weiter mit vielem Hin und Her. Ich habe versucht, dann Rehabilitation und so weiter zu bekommen. Das geht alles nicht. Im Gesetz sind die Auslandsverurteilungen nicht vorgesehen.

Und ich arbeite schon sehr lange für die VOS und mache es auch sehr gerne.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus Hugo Diederich

Die Geschichte von Erika Korn ist so ein prädestiniertes Beispiel jenseits von Oder und Neiße, auf das die Rehabilitierungsgesetze nicht zutreffen. Sie ist dort unten verhaftet und verurteilt worden, hat die Strafe dort abgesessen, ist im Prinzip als ein „freier Mensch“ wieder die DDR gekommen, und fällt deswegen nicht unter das Rehabilitierungsgesetz, hat keinen Anspruch auf Opferrente. Es ist hart, wir bringen das Problem immer wieder ein in der Politik, aber kommen da leider nicht durch.

Gestern wurden von den Landesbeauftragten die Verstorbenen des letzten Jahres verlesen. Die meisten Namen kannte ich, weil die bei mir durchgegangen sind. Da gleich mal eine Bitte an die Landesbeauftragten. Jedes Jahr melden sich die Landesvorsitzenden unseres Vereins bei mir, sie hätten noch gerne eine Liste mit den Verstorbenen. Immer wieder gebe ich

zurück: "Nein, das gibt es nicht. Müsstet ihr eigentlich wissen, weil unsere Mitgliederdatei zentral geführt wird. Und die kommt nur von einer Stelle."

So hatten wir auch in diesem Jahr in der Zeit zwischen der Meldung und dem Kongress noch einige Verstorbene. Hans-Joachim Sorge aus Chemnitz ist mit 70 Jahren gestorben, der war gestern nicht auf der Liste. Dann jemand, der jedes Jahr hier zum Kongress war. Früher waren sie zu zweit, Siegfried Jahnke aus Rönnerholz bei Kiel. Früher kam er immer noch mit dem Herrn Sauerzweig, wir nannten sie teilweise auch Zwillinge. Der Siegfried Jahnke war bekannt. Er kam auch immer hier vor und hat den Vortrag gehalten. Der hat das dann immer im Mecklenburger Platt gemacht, da konnte man sich so wunderbar darüber amüsieren. Das war mal ganz toll. Einige werden sich wahrscheinlich daran erinnern. Dann ist mir noch Peter Schlegel gemeldet worden aus Zeitz.



Vorgestern war ich im Bundestag zu den Feierlichkeiten zu 75 Jahre Grundgesetz. Irgendwann wollte ich in die U-Bahn rein, die war natürlich aus Sicherheitsgründen gesperrt. Ich habe mich dort mit dem Sicherheitsposten unterhalten und habe gefragt, wo ich den unbeschadet zum Hauptbahnhof kommen kann. Sagt er mir: "Natürlich kommen Sie, raus kommen Sie immer." Da habe ich gesagt: "Ich habe das aber mal anders kennengelernt." Dann klingelte plötzlich das Telefon. Da war die Lebensgefährtin von Uwe Bastian dran, ihn werden auch viele von euch kennen, er war ein Bürgerrechtler gewesen. Sie teilte mir mit, dass sie ihn am Pfingstsonntagmorgen

tot im Bett gefunden hat. Uwe Bastian lebte in Mecklenburg-Vorpommern, wird aber in Sachsen beerdigt, wo er herkommt. Die Verbindung habe ich, wenn da irgendwas sein sollte.

Nun zum eigentlichen Vortrag. Auf der Seite des Bundesjustizministeriums, ich glaube, es war der Herr Minister Buschmann, wurden gerade folgende Aussagen getroffen. Die Bundesregierung will Opfer der SED-Diktatur besser unterstützen. Für Opfer der SED-Diktatur soll ein bundesweiter Härtefallfonds gegründet werden. Laut Zeitungsartikeln vom 22. Mai soll zudem die sogenannte SED-Opferrente an die gesetzliche Rente gekoppelt werden. Damit steige die Zusatzrente von derzeit 330 Euro monatlich künftig zum 1. Juli in derselben Größenordnung wie die staatlichen Renten. Buschmann erklärte, dass die Bundesregierung damit das Leid der Opfer des SED-Unrechtsstaates nicht nur anerkenne, sondern deren wirtschaftliche Lage deutlich verbessere. Jetzt frage ich mich, was seit 2019 mit der Opferrente geworden ist bis heute? Kann sich einer irgendwie erinnern, dass da eine Erhöhung gekommen ist oder dergleichen? Wir haben im Fernsehen überall Streiks, Zuzahlungen, sogar im öffentlichen Dienst 3.000 Euro steuerfrei, zehn, zwölf Prozent Lohnerhöhungen gesehen. Sind wir die Letzten, die an die Reihe kommen, wenn das Geld alle ist? Denn man schreibt hier auch weiter: "Geld ist keins da. Wir können nichts mehr umverteilen." Geht man so mit den Leuten um, die dafür gesorgt haben, dass der Bundestag heute an dieser Stelle steht in Berlin? Ich glaube nicht. Ich denke, wir haben dafür gesorgt, dass

wir heute die Demokratie haben. Wir sind die kleinen Bausteine beim Fall dieser Diktatur gewesen. Ich finde die Politik ganz einfach unwürdig. Ich wollte schon an den Herrn Bundeskanzler schreiben, weil wir in der Vergangenheit bei Änderungen der Rehabilitierungsgesetze angefragt wurden und Stellung dazu nehmen konnten. Gott sei Dank kam jetzt am Mittwoch um 15:30 Uhr diese Anfrage per E-Mail. Das soll ganz einfach ein Appell sein. Wir sind natürlich da dran und es wird noch einiges erfolgen. Manches wird einem auch nicht passen, was ich hier sage, aber das ist egal. Wir sind die eigentlichen Nicht-Opfer. Wir sind die Sieger der Geschichte. Danke schön.

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.

Michael Schulz

Hugo hat gerade mit tollen Worten seinen Beitrag beendet. Wir sind die Sieger der Geschichte. Und ich möchte jetzt an einen besonderen Umstand erinnern, den viele nicht wissen. Und wir sind die Anfänger der Friedlichen Revolution, seit 1964. Und jetzt hören Sie einen Beitrag, den der amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King in der Ostberliner Sophienkirche und in der Ostberliner Marienkirche gesprochen hat, zusammen mit dem brandenburgischen Generalsuperintendenten Schmidt, der für Brandenburg und Berlin zuständig war und Martin Luther King in den Osten geholt hat. Und jetzt, bitte, hört euch die Rede an, denn sie ist heute so wichtig, wie sie damals war. Wir haben für Demokratie heute immer noch einzustehen, im großen Maße. Bitte nehmt euch das zu Herzen. Danke.



I want to say, what a great privilege and a great pleasure it is for me to come and share this period of worship and fellowship this evening.

Meine lieben christlichen Freunde in Ost-Berlin. Ich möchte jetzt betonen ausdrücklich, was für eine große Freude diese Stunde für mich ist. Ich bin nicht ganz so fremd zu euch, denn letzten Endes trage ich den Namen, den Sie alle kennen, den wir alle ehren, den Namen, den seine Eltern ihm gegeben haben, Martin Luther. Ich möchte die Grüße eurer Brüder und Schwester aus West-Berlin überbringen. Ich möchte auch die Grüße eurer christlichen Brüder und Schwestern aus den Vereinigten Staaten überbringen. Aber letzten Endes sind wir Ost und West, Nord oder Süd, alle Brüder und Schwestern in unserem Herrn Jesus Christus. Und das ist und bleibt eine teure Hauptsache unseres Lebens.

Ich komme aus einem Land und aus einem Kampf, einem großen sozialen Kampf um

Gerechtigkeit und Freiheit für fast 20 Millionen farbige Menschen in unserem Land. Wir haben versucht, unseren Kampf um Freiheit und Gleichberechtigung zu führen aufgrund christlicher Leitfäden. Darum spielen Gewaltlosigkeit und Liebe so eine große Rolle in unserem Kampf. Es ist wahrhaftig eine Ehre, in dieser Stadt zu sein, die als ein Symbol der Teilungen durch Menschen auf dieser Erde steht. Und hier sind auf beiden Seiten der Mauer Gottes Kinder und keine durch Menschenhand gemachte Grenze kann diese Tatsache auslöschen. Ohne Rücksicht auf die Schranken der Rasse, des Bekenntnisses, der Ideologie oder Nationalität, gibt es eine unentrinnbare Bestimmung. Es gibt eine gemeinsame Menschlichkeit, die uns füreinander und für die Leiden untereinander empfindlich macht.

Die Evangelien sprechen direkt und in Gleichnissen von der Verantwortung, die wir füreinander haben, ohne Rücksicht auf die Unterschiede der Rasse und der Nation. Und so ist es für uns nicht schwierig, einen Schritt weiterzugehen und zu behaupten, dass da, wo Versöhnung Platz greift, wo Menschen die trennenden Mauern der Feindschaft abbrechen, die sie von ihren Brüdern trennen, da vollendet Christus sein Amt der Versöhnung und der füllt seine Verheißung. "Ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende."

In diesem Glauben gehen wir unserer täglichen Kreuzigung entgegen in der Gewissheit, dass Gottes Schöpfung ist durch die Auferstehung anders, und es kann keine Auferstehung ohne Kreuzigung und Leiden geben. Das ist der Glaube, den ich euch anbefehle. Ihr Christen hier in Berlin, ein leben-

diger, aktiver, großer öffentlicher Glaube, der uns bringt und bezeugt den Sieg Jesu Christi über die Welt, ob es eine östliche Welt oder eine westliche Welt sei. In diesem Glauben können wir aus dem Berg des Verzweifeln, einen Stein der Hoffnung dennoch heraus-hauen. In diesem Glauben werden wir miteinander arbeiten dürfen, miteinander beten, miteinander ringen, miteinander leiden, miteinander für Freiheit aufstehen in der Gewissheit, dass wir werden eines Tages frei sein. In diesem Glauben gehen wir den Tag entgegen, wo alle Reiche dieser Erde dem Herrn des Lebens, Jesus Christus, unterstehen werden. Halleluja. Halleluja.

Okay, auch wer kein Christ ist, das ist aber eine Rede über ein menschliches Zusammenleben und was jeder Mensch für sich berücksichtigen kann. Und wir waren als Jugendliche die ersten hundert Bausoldaten in Ost-Berlin bis hin zur Friedlichen Revolution, bis zur Totalverweigerung. Ja, das war es. Danke schön.

Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur e. V. Carla Ottmann

Guten Tag meine Damen und Herren. Ich stehe hier und spreche für das Forum für politisch ehemals verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur. Ich möchte ganz kurz ein paar Mitteilungen aus unserem Verband machen. Das ganz Wichtige und die wirklich große Situation, die vor uns steht, ist die Eröffnung der Gedenkstätte im ehemaligen Frauenzuchthaus Hoheneck. Die Gedenkstätte wird nach vielen Jahrzehnten des Umbaus – da gab es auch viele Querelen – am 11. Juli 2024, also in wenigen Wochen, im Beisein des Bundespräsi-



denten Frank-Walter Steinmeier eröffnet. Die Stadt Stollberg als Träger der Gedenkstätte, die Hoheneckerinnen, Frau Zupke - unsere Fürsprecherin - Institutionen, Politik, Medien werden dabei sein. Die Einladung wird von der Stadt Stollberg ergehen. Es wird erstmalig im Gemäuer, in diesem fürchterlichen Gemäuer in Stollberg, Hoheneck, eine Dauerausstellung geben, die viel über die Geschichte 1862 - Eröffnung als Weiberzuchthaus -, Fortführung unter den verschiedenen Diktaturen und letztendlich Leid und Elend der Frauen, die zu DDR-Zeiten dort leiden mussten, berichtet.

Viel wichtiger für uns als ehemals Betroffene, denn auch ich formuliere gerne, dass wir uns gar nicht so als Opfer fühlen, sondern wir sind Betroffene, ist der zweite Eröffnungstag am Freitag, den 12. Juli. Das wird der Tag sein, der von den Hoheneckerinnen für die Hoheneckerinnen gestaltet wird. Unser Forum hat weit über zweitausend Adressen zusammengetragen, um

viele ehemals Betroffene einladen zu können. Wir geben diese an die Gedenkstätte weiter, damit die Einladung erfolgen kann. Da es traurigerweise Jahrzehnte gedauert hat, sind viele Damen und Betroffene so hochbetagt, dass sie leider nicht mehr teilnehmen können. Das betrübt uns sehr, aber wir, die wir das erleben können auch im Sinne der Nachfahren, die sich begleitend anschließen werden, also Kinder und Kindeskindern von Betroffenen werden dabei sein, freuen uns sehr auf diesen Tag. Und es wird hoffentlich in gutem Sinne die Vergangenheit so weit außer Acht gelassen, dass wir sagen: "Jetzt haben wir einen Anfang, jetzt bewegen wir etwas Neues." Wir haben eine wirklich große Aufgabe vor uns, diese Gedenkstätte so weiterzuentwickeln, dass sie gerade für junge Menschen über Stollberg hinaus interessante Impulse im Sinne der Demokratieerziehung setzen wird. Und wie gesagt, die Bundesopferbeauftragte Frau Evelyn Zupke, danke an dieser Stelle, setzt sich sehr für uns ein, unterstützt uns sehr, da haben wir bessere Unterstützung als teilweise von der Stadt Stollberg. Aber wir freuen uns und es sind alle ehemaligen Hoheneckerinnen mit ihren Angehörigen, mit Kindern, mit Kindeskindern herzlich eingeladen, an dem zweiten Tag teilzunehmen. Mehr kann ich jetzt noch nicht berichten, da wir die Einzelheiten auch noch nicht kennen. Die Gedenkstätte wird mittlerweile institutionell sowohl vom Bund als auch vom Land gefördert. Damit gibt es eine bestimmte Planungssicherheit. Das hat Jahre gedauert, das so erfolgreich auf den Weg zu bringen.

Dann haben wir als Frauenforum ein Buchprojekt auf den Weg gebracht. Und

zwar stellen wir die Geschichten von etwa 20 Frauen vor, die auf fünf bis sieben Seiten ihr ganz persönliches Erleben zu Papier gebracht haben. Es war sehr mühselig, weil auch Re-Traumatisierungen stattfanden. Aber dieses Buchprojekt, „Verlorene Zeit“ wird wahrscheinlich der Titel sein, wird am 10. Dezember – am Tag der Menschenrechte – in der Bundesstiftung Aufarbeitung vorgestellt. Von dort haben wir für das Buch einen Druckkostenzuschuss bekommen.

Es ist jetzt alles im Werden und am Arbeiten, jetzt wissen Sie alle, was wir als Forum an Arbeit leisten. Unser Verein hat mittlerweile 42 tätige Mitglieder. Aber es sind natürlich weitaus mehr, die sich indirekt einbringen.

Wir planen eine Fotoausstellung „Die Frauen von Hoheneck“, die Vernissage wird am 14. November im Lern- und Gedenkort Kaßberg sein.

Wir versuchen wirklich, uns breit aufzustellen und unseren Verein weiter erfolgreich voranzubringen. Soviel aus den Begebenheiten des Frauenforums.

Cottbuser Häftlingsgemeinschaft Alexander W. Bauersfeld

Sehr geehrte Damen und Herren. Seit zehn Jahren führt der mit internationalem Haftbefehl gesuchte Kriegsverbrecher Putin seine Aggression gegen die Ukraine, seit zwei Jahren in verschärfter Form und bedroht auch das Baltikum und Polen. Unvorstellbare Grausamkeiten, wie in Butschka erschütterten viele Menschen. Doch es gibt auch andere, die am Tag des Sieges zum

Botschafter Russlands pilgerten, der sie in voller Uniform empfing. Und wieder andere rufen dazu auf, man könnte diesen Konflikt einfrieren oder - wenn man keine Waffen mehr in Ukraine schickte - wäre der Krieg zu Ende. Hätten die Alliierten im Kampf gegen die Nazidiktatur so gehandelt, gäbe es das heutige freie Europa sicher nicht.

Wir ehemaligen politischen Häftlinge der sozialistisch-kommunistischen SBZ/DDR-Diktatur wissen, welchen besonderen Wert Freiheit hat und dass sie immer die Voraussetzung für wirklichen Frieden ist. Und wie es NATO-Generalsekretär Stoltenberg sagte: "Freiheit ist wichtiger als Freihandel." Das gilt natürlich auch für Taiwan, das von der Volksrepublik China bedroht ist.

Auch die offene Beschäftigung mit dem Verbrechen der beiden Diktaturen in Deutschland gehört zu diesem Kontext. In diesem Jahr jährt sich die Friedliche Revolution zum 35. Mal. Doch in vielen Berei-



chen scheint es so, als gäbe es Teile der SED-Diktatur immer noch. In Trier wurde 2018 sogar ein neuer Marx-Götze aus der Volksrepublik China mithilfe der dortigen SPD-Ministerpräsidentin importiert. In der Landeshauptstadt Schwerin, wo eine SPD-Ministerpräsidentin reagiert, steht öffentlich Massenmörder Lenin. Und im Land des hiesigen SPD-Ministerpräsidenten gibt es ein Denkmal für den DDR-Präsidenten Pieck, an dem bis heute der Hinweis auf Todesurteile gegen Frau Elli Barczatis oder Herrn Ernst Jennrich fehlen. Der Sohn von Herrn Jennrich lebt noch und muss hinnehmen, dass einer der Mörder seines Vaters, Wilhelm Pieck, noch 2024 öffentliche Ehrungen erhält. Denn wer viele Todesurteile aus politischen Gründen unterzeichnete, wie dieser DDR-Präsident, war ein Täter.

Und dann gibt es noch den Ministerpräsidenten der SED-Linken in Thüringen, der die Verbrechen der SED-Literatur relativierte, als er sich weigerte, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Damit kriminalisiert er tausende politische Häftlinge dieser inhumanen Ideologie des Marxismus-Leninismus. Auch heute leben über eine Milliarde Menschen in linken Diktaturen, in der Volksrepublik China, der Sozialistischen Republik Vietnam, auf Kuba, in Laos oder Nicaragua oder Venezuela, die Millionen Menschen unterdrücken. Doch einen Kampf gegen Links gibt es in Deutschland offiziell nicht. Selbst dann nicht, wenn es Sympathiedemonstrationen für die RAF gibt, die 34 Menschen ermordete und viele andere schwer verletzte. Hier wird eine unerträgliche Einseitigkeit sichtbar, denn die Bedrohung unserer Freiheit gibt es durch Extremisten von Links und von Rechts.

Unser Grundgesetz wird auf Dauer nur Bestand haben, wenn auch nach uns keine Verharmlosung und Geschichtsfälschungen zugelassen werden. Damit auch Nachgeborene nicht auf ideologische Rattenfänger hereinfallen. Aus dieser Erkenntnis sollte auch das geplante Mahnmal für die mutigen Gegner der SED-Diktatur einen Text bekommen, der niemanden ausschließt. Ein Vorschlag wäre ein Mahnmal für die Widerständler und Opfer der sozialistisch-kommunistischen Diktatur in Deutschland zwischen 1945 und 1989. Wer Lenin, Pieck, Marx als Denkmäler stehen lässt und den Sozialismus weiter anstrebt, der zerstört unsere Freiheit. Das gilt auch für die Unterstützer der Hamas, die auch bei uns in Deutschland Hass sähen.

Die Cottbuser Häftlingsgemeinschaft hat am 21. März 2024 in einer Petition nach Artikel 17 Grundgesetz alle Landesbeauftragten um eine öffentliche Erklärung gebeten, damit gemeinsam der Abriss beziehungsweise die Versetzung aller Standbilder der Ideologie des Sozialismus, Kommunismus und die Umbenennung solcher Straßen gefordert wird. Diese Diskriminierung aller Verfolgten des Marxismus-Leninismus muss endlich beendet werden. Mit Sorgen sehen wir auch Einschränkungen unserer Meinungsfreiheit. Noch leben wir, und lassen wir uns diese Diskriminierung nicht gefallen. Ich danke Ihnen.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus Sachsen-Anhalt

Michael Teupel

Wie allgemein bekannt gilt das Bundesland Sachsen-Anhalt als Schlusslicht bei der Versorgung ehemaliger politischer

Häftlinge. Mit der Wahl des neuen Landesbeauftragten im Land der Frühaufsteher begrüßen wir an dieser Stelle sehr herzlich Johannes Beleites in unseren Reihen. Wie bereits in der Freiheitsglocke erwähnt, stehen Sie vor umfangreichen und teilweise auch sehr schwierigen Aufgaben. Die Unterstützung der VOS in Sachsen-Anhalt soll Sie ermutigen, sich für unsere Interessen im Landtag und darüber hinaus einzusetzen. Wir wollen in diesem Jahr unbedingt von dem letzten Platz der Statistik verschwinden und haben schon einiges dafür getan.

Die VOS Sachsen-Anhalt organisiert in diesem Jahr wieder eine Roadshow mit der Ausstellung „An der Grenze erschossen. Erinnerung an die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze“ in zwei Bundesländern. Wir beginnen diese mit der Verlesung eines Auszuges der Todesliste. Es wird feierlich das „Ave Maria,“ vorgetragen und von einem Einzelschicksal eines ermorde-



ten fünfzehnjährigen Schülers, der durch 51 Schuss hingerichtet wurde, berichtet. Dieses grauenhafte Schicksal steht exemplarisch für das Grenzregime in der DDR. Es ist mit Sicherheit keine Ausstellung, die man zwischen Frühstück und Gänsebraten besucht. Diese Ausstellung wird ganz bewusst besucht, um sich näher zu informieren.

Die VOS sieht es als ihre Aufgabe an, die an der Grenze in Deutschland, bei der Staatssicherheit und den Ostblockstaaten zu Tode Gekommenen ins kollektive Bewusstsein zu bringen. Ihr tragischer Tod ist unvergessen. Wir, die bei der Flucht nicht tödlich verletzt wurden, sind es den Opfern einfach schuldig. Zu allen Eröffnungsfeiern legen wir einen Kranz nieder. Die Ausstellungen dauern circa vier Wochen und werden durch zwei Fachvorträge unterstützt. Der eine Vortrag „Verraten und verkauft“ berichtet über eine Fluchtgeschichte eines Jugendlichen. Die Autorin und Journalistin Ines Godazgar berichtet im zweiten Vortrag über Grenzschicksale in Ost und West. Die beiden Vorträge mit den Ausstellungen werden in den örtlichen Medien durchaus positiv gewürdigt. So brachten wir es in Sangerhausen sogar auf das Titelblatt. Die Zuhörer sind interessiert und dankbares Publikum. Wie uns von den örtlichen Verantwortlichen ebenso berichtet wird, sind wir nicht nur Stadtgespräch, sondern haben auch teilweise tiefe Spuren hinterlassen. Letztes Wochenende zu Pfingsten hatten wir ca. vierhundert Besucher in der Ausstellung. Unser sehr kleines Team besteht lediglich aus fünf sehr engagierten Personen sowie der Behörde des Landesbeauftragten. Herr Beleites ist ab 7. Juni

natürlich auch Teil davon. Und da möchte ich Sie recht herzlich einladen, am 17. Juni in Quedlinburg die Ausstellungseröffnung „An der Grenze erschossen“ um 17:00 Uhr in der Kreisvolkshochschule zu besuchen. Danach gehen wir weiter nach Goslar, und ebenso Helmstedt planen wir für dieses Jahr. Wir freuen uns, dass der Landesbeauftragte Johannes Beleites als Hauptredner an den Veranstaltungen bzw. Ausstellungen teilnimmt. Für das kommende Jahr haben bereits einige Städte ihr Interesse bekundet. Wir möchten uns an dieser Stelle bei der UOKG und bei der Bundesstiftung Aufarbeitung für die Kooperationen sehr herzlich bedanken.

Bezüglich der Todesopfer bei Fluchtversuchen, die fast komplett dokumentiert sind, schlägt die VOS Sachsen-Anhalt den hier anwesenden Landesbeauftragten vor, auch an die getöteten Kinder zu erinnern, die an der innerdeutschen Grenze beziehungsweise in den Ostblockstaaten verstorben sind oder auch teilweise bei der Staatssicherheit ihr Leben verloren. Wir könnten diese gemeinsam dokumentieren und eventuell dann im nächsten Jahr in einer Ausstellung auch würdigen.

Lassen Sie uns gemeinsam neue Wege gehen. Finanzminister Lindner versprach vor zwei Wochen, kein Geld mehr für Radwege in Peru auszugeben. Der Bund hatte in den letzten fünf Jahren weit über 40 Millionen in die Forschung zu SED-Unrecht investiert, hinzu kommen Millionen Investitionen der einzelnen Bundesländer. Mit welchem Ergebnis? Eventuell wird unsere Opferpension im nächsten Jahr auf 350 Euro erhöht? Ich muss jetzt leider hier was abkürzen.

Wir gehen in Magdeburg auch ganz neue Wege. Wir haben verschiedene Projekte. Unsere wichtige ehrenamtliche Aufgabe werden wir langfristig mit Hilfe von Sponsoren und Geldgebern fortführen. Daran denken wir und wir wollen auch für die ehrenamtlich Tätigen eine Versicherung abschließen, damit diese abgesichert sind. Wir hatten im letzten Jahr einen tragischen Unfall gehabt und waren leider nicht abgesichert. Des Weiteren versuchen wir, durch Sponsoren einige Mittel zu organisieren, damit wir unseren Mitgliedern in Sachsen-Anhalt ein paar schöne Stunden bereiten können. Auch wir in Sachsen-Anhalt müssen einsehen, dass wir über Facebook, Instagram und Co. unsere Arbeit auch weiter präsentieren müssen und uns diesen neuen Wegen nicht verschließen dürfen, damit wir sichtbar bleiben und gehört werden. Nur so können wir einer breiten Öffentlichkeit unser Anliegen vortragen.

Jetzt noch was Positives zum Schluss. Der Landtag in Magdeburg hat den Härtefallfonds auf das Doppelte nun erhöht. Dieser beträgt nun 100.000 Euro.

Und noch ein Grußwort: Sehr geehrte Kameraden und Kameraden, herzliche Grüße von unserem Landesvorsitzenden der VOS in Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Karl Gerhard Winter. Er wünscht dem Kongress einen erfolgreichen Verlauf. Vielen Dank für das Zuhören.

Erkenntnis durch Erinnerung e. V. Henry Krause

Liebe Kameradinnen und Kameraden, sehr geehrte Damen und Herren. Der Verein „Erkenntnis durch Erinnerung“ ist am

5. Dezember 1997 in der Wohnung von Siegmund Faust gegründet worden. Ich war Gründungsmitglied und bin jetzt seit ca. vier Jahren der Vorsitzende dieses Vereins. Der 5. Dezember ist auch der Tag der Besetzung der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in Dresden.

Dieser Verein hat sich zwei Ziele gesetzt. Das eine war, das Schicksal von ehemals inhaftierten Verfolgten zu dokumentieren, und das zweite Ziel war die Einrichtung einer Gedenkstätte in der Bautzener Straße. Das Gebäude stand damals 1997 leer. Und es war sehr ungewiss, wie es dort weitergeht, ob da etwas passiert. Wir haben dann Schritt für Schritt dieses Gebäude vernahmt. Von 1953 bis 1955 ist das Zellenhaus, der Kern des Geländes, von der Staatssicherheit als Neubau errichtet worden. Dieses Gebäude sollte Gedenkstätte werden. Wir haben dort Führungen durchgeführt und Veranstaltungen gemacht. Und es gab dann einen Mitarbeiter der Stiftung



Sächsische Gedenkstätten, der dort die Stellung gehalten hat. Es war kalt im Gebäude, es gab keine Heizung und es gab keine sanitären Anlagen. Wir haben trotzdem versucht, dort zu arbeiten. Irgendwann, als dann auch die Eigentumsprobleme geklärt waren, gab es den ersten beheizten Seminarraum. Das war ein großer Schritt. Da wurden mehrere Vernehmer-Büros gewissermaßen zusammengelegt, die Wände herausgeklopft und dann hatten wir einen größeren Raum. Denn das Gebäude besteht überwiegend aus Zellen und eben aus diesem überschaubaren Verhörraum.

Vor reichlich zehn Jahren haben wir PMO-Mittel bekommen, 1,4 Millionen. Damit konnte ein weiterer Gebäudeteil saniert werden, der große Kultursaal. Jeder, der schon mal dort war, kennt ihn. Es ist ein sehr großer Saal, in dem die Staatssicherheit gefeiert und Kulturveranstaltungen gemacht hat, in dem auch Wladimir Putin begrüßt wurde und eine Auszeichnung erhalten hat. Es wurde ein Foyer im Sockelgeschoss eingerichtet. Es gibt einen Ausstellungsbereich, es gibt Büros und Seminarräume. Und wir konnten den sowjetischen Haftkeller erhalten, der sich im vorderen Gebäude befindet, wo Wohnungen eingerichtet worden sind. Aber wir haben weiterhin Zugang in diesen Haftkeller. Und das bedeutet, dass wir auch an die Zeit zwischen 1945 bis 1953 - das war nämlich das Jahr, als die Staatssicherheit das Gelände übernahm - erinnern können. Immerhin war die Bautzener Straße ab 1950 das zentrale Untersuchungsgefängnis der sowjetischen Besatzungsmacht in Sachsen.

Unsere Arbeit wurde Schritt für Schritt professionalisiert. Es gab immer einen Vorstand, der gewissermaßen die Verantwortung trug und auch die inhaltlichen Sachen festlegte, diskutierte und entschied. Und dann gab und gibt es eine Geschäftsführerin und verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es gibt jetzt einen kleinen Stamm von Leuten, die tätig sind. Und es gibt eine recht gute Zusammenarbeit. Wir haben institutionelle Förderungen über die Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Außerdem kommt für die Betriebskosten die Landeshauptstadt Dresden auf. Ein Drittel der Einnahmen erwirtschaften wir selbst. Das ist wahrscheinlich nicht so oft der Fall bei Gedenkstätten. Deswegen nehmen wir auch Eintritt. Das heißt, wir können über die Einnahmen aus den Führungen und über die Eintrittsgelder und Mieten und so weiter verfügen. Wir haben 2019 eine erneute PMO-Förderung, also aus dem SED-Vermögen bekommen, circa eine Million, sodass wir Baumaßnahmen durchführen konnten. Es gibt jetzt Durchbrüche im Haus mit Treppen, eine Brandschutztreppe und vieles andere, was geschaffen wurde. Und parallel dazu gab es ein Projekt, was vom BKM und dem sächsischen Landtag unterstützt wurde, nämlich die neue Dauerausstellung. Durch diese Baumaßnahmen und die Dauerausstellung wird jetzt das Haus in ganz anderer Weise erschlossen, also einmal räumlich, aber auch inhaltlich. An dieser Ausstellung haben viele Menschen viele Jahre gearbeitet. Dem ging auch eine intensive Forschung voraus. Wir gucken natürlich in den Stasiunterlagen, suchen nach Quellen, dass wir die Geschichte des Gebäudes und derer, die auch dort gearbeitet haben, eben weiter erhellen können.

Wir werden eine neue und sehr moderne Ausstellung erhalten, die am Dienstag nächster Woche eröffnet wird. Der Titel der Ausstellung lautet „Mut zur Freiheit. Verfolgung und Widerstand in der kommunistischen Diktatur“. Neben den Verfolgten werden auch die Verantwortlichen für das Ganze in den Blick genommen und auch die Ideologie, die dahinterstand. Das ist uns sehr wichtig. Es wird viel moderne Technik dabei sein, es wird Mehrsprachigkeit sein, also ein großer Schritt nach vorn. Das Fundament des Ganzen sind die Grund- und Freiheitsrechte. Wenn Sie in das Foyer kommen, haben Sie einzelne gestaltete Säulen mit Aussagen von zum Teil ehemaligen Häftlingen, die sich auf die einzelnen Grundrechte beziehen. Wir haben einen Raum der Stille, um auch das Gedenken zu ermöglichen. Wir haben eine Skulptur von Wieland Förster „Das Opfer“, die uns sehr wichtig ist. Dort gibt es die Möglichkeit, auch einmal eine Kerze anzustecken bzw. einen Kranz niederzulegen. Wir haben ein großes Zeitzeugenarchiv. Sie erinnern sich, eines der Ziele des Vereins war ja, Zeitzeugen zu befragen. Wir haben eine Bibliothek und ein Objektarchiv.

Ganz wichtig ist, dass es einmal im Jahr einen Tag der offenen Tür gibt, und zwar immer am 5. Dezember, dem Gründungstag oder -abend des Vereines. Da findet ein Abend der Begegnung statt, zu dem ehemalige Inhaftierte und Betroffene von Verfolgungen kommen. Es kommen immer relativ viele Menschen. Sie sind auch herzlich eingeladen.

Die Gedenkstätte ist das Ergebnis einer jahrelangen Entwicklung, und es haben

sehr viele daran mitgewirkt. Ich glaube, wir können ganz stolz darauf sein und wollen das auch weiterentwickeln. Und ich würde mich freuen, wenn jemand von euch, von Ihnen, auch mal wiederkommt. Viele werden sicherlich schon mal dagewesen sein. Vielen Dank.

Aktionsbündnis der Verfolgten und Opfer der militärischen Geheimdienste der SBZ/DDR und deren Folgen in der BRD Petra Ostrowski

Hallo, schönen Dank, dass ich hier sprechen darf. Ich vertrete das Aktionsbündnis und berichte kurz darüber. Auch wir haben zwischenzeitlich Erfolge verbuchen können. Im Zuge der Aufarbeitung und der Wiedergutmachung ist es uns gelungen, grundlegende Dokumente aus den Diktaturen zusammenzutragen. Ein weltweites Unternehmen hat uns aus seinem Firmenarchiv aus den Jahren 1934 bis 1941 Dokumente und Verträge, welche unter Staatsgeheimnis standen, ausgehändigt. Dafür bin ich sehr dankbar. Das Unternehmen sicherte uns weitere Unterstützung zu. Darauf aufbauend haben wir aus dem Moskauer Militärarchiv geheime Dokumente zu den vier existierenden militärischen Geheimdiensten in der SBZ/DDR von 1945 bis 1953 erhalten. Auch dafür sind wir sehr dankbar. Darauf aufbauend stießen wir in Recherchen auf weitere geheime Dokumente zum geheimen Sonderkader der Fälscher der militärischen Geheimdienste der SBZ und der DDR. Die Mitarbeiter des Sonderkadere der Fälscher wurden im militärischen Geheimdienst der DDR dienstverpflichtet und besoldet. Aufgrund ihrer handwerklichen grafischen Fähigkeiten wurden sie für das Fälschen sowie



die Dokumentenbearbeitung jeglicher Art für die spezifischen geheimdienstlichen Einsätze von Legalisten verwendet. Die Legalisten wurden im Zuge der Dokumentenbearbeitung mit der gestohlenen Identität verstorbener KZ-Häftlinge und anderer verstorbener Privatpersonen im Zuge ihrer geheimen Aufträge in die jeweiligen Operationsgebiete eingeschleust. Weitere Recherchen ergaben, dass diese Mitarbeiter aus der gesonderten Gruppe der ehemaligen KZ-Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen hervorgingen. Im KZ Sachsenhausen wurden sie im Zuge ihrer grafischen Fähigkeiten zum Fälschen englischer Banknoten, Dokumentenbearbeitung verstorbener KZ-Häftlinge sowie zum Fälschen jeglicher Art benutzt. Wir konnten somit eine weitere Aufarbeitungslücke schließen. Die aufgefundenen Dokumente zu den Nachrichtendiensten der DDR und des BND in der BRD sollten im Zuge der Aufarbeitung im deutsch-deutschen Systemkonflikt behandelt werden.

Weitere Dokumente belegen die Tarnung der Nachrichtendienste hinter den 1949 gegründeten Zweigniederlassungen der Jugendheim GmbH in Berlin, Dresden, Halle, Weimar. Nachdem der Nachrichtendienst die Zweigniederlassungen nicht mehr benötigte, wurden diese 1951 still und heimlich geschlossen und aufgelöst. Die Zweigniederlassungen der Jugendheim GmbH gingen aus der in der SBZ 1947 gegründeten Jugendheim GmbH hervor. Deren drei Geschäftsgesellschafter waren Edith Baumann-Honecker, Hermann Axen und Paul Wandel. Mit der Gründung der NVA 1956 in der DDR wurde die Jugendheim GmbH bis 1989 ruhend gestellt und dann wiederbelebt. Die diesbezügliche Drucksache des Deutschen Bundestages, Drucksache 13/5377 der 13. Wahlperiode muss anhand neuer Aktenfunde zum geheimen Nachrichtendienst überarbeitet werden.

Im Zuge der Wiedergutmachung wird für den europaweiten Kreis der SBZ/DDR verfolgten Opfer nebst ihren Angehörigen im Land Brandenburg eine Ersatzliegenschaft, bebaut mit einem Schulungs- und Erholungszentrum nebst fachspezifischer Rechtsanwaltskanzlei und fachspezifischer medizinischer Begutachtungsstelle, gefordert. Dazu muss ich sagen, ich bin sehr zufrieden, dass uns in diesem Vorhaben auch das Unternehmen unterstützen wird. Danke schön.

Gedenkort Neubrandenburger Lindenberg-Stasi-Untersuchungshaftanstalt e. V.
Kai Brauer

Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Kai Brauer. Ich bin Soziologe und in meiner Professur an der Hochschule

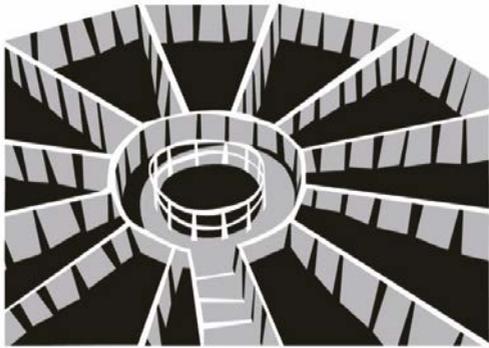
Neubrandenburg mit der Ausbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern im Bereich Gemeindearbeit befasst. Dabei haben wir festgestellt, dass der Wissensbestand zum Unterscheiden zwischen Anforderungen der Demokratie und Zumutungen von Diktaturen bei vielen, nicht bei allen, krude sind. Wir haben daher ein hohes Interesse daran, die Aufarbeitungsarbeit, die Sie hier leisten, in die Lehre mit einzubeziehen.

Deswegen bin ich aber nicht hier, sondern ich bin heute hier, weil ich mich auch privat zusätzlich in dem Gedenkort-Lindenberg-Verein engagiere, dessen Vorsitzender Thoralf Maaß sich heute entschuldigen lässt, da er erkrankt ist. Thoralf Maaß war selber Insasse in dieser Haftanstalt, die wir zu einem Gedenkort machen wollen. Und er würde sich selber vielleicht nicht als Opfer bezeichnen, aber auch nicht als Sieger, wie wir das eben gehört haben, aber als jemand, der verletzt wurde und weiterhin



verletzt wird, wenn ihm gesagt wird, dass sein Anliegen, hier ein Gedenkorten zu errichten, an der schieren Größe der Aufgabe scheitern wird. Er sieht sich eher ermuntert, weiterzuarbeiten. Dieses Haftgebäude wurde auf dem größten Stasikomplex nach Hohenschönhausen auf dem Gebiet der DDR errichtet. Der kleinste Bezirk hatte da die größte BV in Neubrandenburg errichtet. Und die Haftanstalt selber ist T-artig angeordnet, mit einem großen Versorgungsstrakt.

Das Haftgebäude und das Untersuchungs- haftgebäude sind im neuesten Stil. Dann sehen Sie auch schon so einen kleinen Kreis, die sogenannte Freigangstorte, eine besonders perfide Art der Haftbedingungen. Das, was wir über die Haftanstalt wissen, hat Christian Halbrock zusammengetragen und in seinem Buch über die Haftanstalt Neustrelitz - dort haben wir einen Gedenkorten - und in Mecklenburg veröffentlicht. Darin gibt es auch ein paar Seiten über Neubrandenburg. Aber es gibt noch vieles, was unerforscht ist und was in den nächsten Jahren publiziert werden wird, oder auch erst eruiert werden muss zu diesem Gebäude, was jahrelang als JVA inzwischen genutzt wurde und auch umgebaut wurde. Es war das letzte Gebäude, was in Dienst gestellt wurde, und zwar ein Plattenbau, der als Muster gelten sollte für alle weiteren Bauten. Offensichtlich waren einige Zuständige bei der Stasi hier bemüht, etwas zu schaffen, was bis ins nächste Jahrtausend hineingeht. Sie wollten hier neue Maßstäbe setzen mit verdeckten Heizungen, verdeckten Rohren, Stehzellen. Auch das sogenannte Telefonieren über die Toiletten sollte verhindert werden und wurde baulich umgesetzt. Beim Umbau



GEDENKORT LINDENBERG

Vereinslogo mit Freigangstorte

nach der Revolution zur JVA wurden die Glasbausteinfenster entfernt und durch Gitterfenster ersetzt und die Außenmauer verändert. Ansonsten ist das Gebäude gleichgeblieben. Bei der sogenannten Freigangstorte - wir müssen dafür übrigens auch einen anderen Begriff finden, weil er die Perfidität meiner Ansicht nach nicht gut umschreibt – fehlt schon das Gitter, das oben über das Ganze gespannt war.

Darüber waren Maschendrahtzäune. Diese wurden relativ schnell abgerissen, das steht nicht mehr. Die Idee besteht darin, das für museale Zwecke neu zu errichten. Ansonsten ist der Bau bis heute erschütternd. Wir konnten schon zweimal dort Begehungen durchführen. Allerdings dürfen wir aus rechtlichen Gründen die Bilder von innen nicht zeigen. Auch das ist ein Problem der Arbeit des Vereins. Was der Lindenberg-Verein als Ziel hat, ist ein dauerhaft nutzbarer Raum an einem authentischen Ort für die Gedenkarbeit. Und wir sehen uns da ganz in der Tradition der Kirche von un-

ten. Also, wir fordern einen Raum für offene Arbeit. Ich kann mich noch gut entsinnen, dass das auf dem Kirchentag für ein entsprechendes Echo gesorgt hat. Ganz in der Tradition, auch in der Arbeit mit den Studierenden von Walter Schilling, der offenen Arbeit, wollen wir hier in Neubrandenburg sowohl um den Ort herum als auch zusammen mit den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern eine neue Form von Gedenken und Nachdenken etablieren. Dabei hoffen wir auch auf die Unterstützung aus Ihren Reihen.

Wir möchten uns ganz, ganz herzlich bedanken, dass bei den stattgefundenen Foren sowohl Herr Bley – damals noch als Stellvertreter - uns geholfen hat, aber auch Frau Zupke, die zu einem der Foren gekommen ist und uns hier unterstützt hat, um die Bedeutung dieser Haftanstalt deutlich zu machen. Immerhin ist es gelungen, die Stadtverordneten auf unsere Seite zu bekommen. Es gibt ein Moratorium, dass das Haus nicht abgerissen werden darf in den nächsten fünf Jahren. Dieses Moratorium wurde angefeindet und angezweifelt. Es wurde aber in der letzten Sitzung der Stadtvertreter wiederum bestätigt. Und das heißt, wir können unsere Hochschulprojekte und Gedenkprojekte weiterführen und hoffen, dort mit dem Ort, an dem Ort, um den Ort herum genügend Gedenkarbeit leisten zu können. Etwas, was in den letzten Jahren zu wenig geschehen ist. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis Ingolf Notzke

Sehr geehrte Damen und Herren, als ich das letzte Mal hier vor der Runde stand, hat-

te ich die Gelegenheit, Sie recht herzlich zu unserer Eröffnung einzuladen. Zwischenzeitlich, der Oktober 2023 ist Geschichte, haben wir die Eröffnung hinter uns und den regulären Gedenkstättenbetrieb aufgenommen. Wenn ich in die Runde schaue, sehe ich viele Gesichter, die uns bei der Eröffnung eben auch besucht haben und die wir begrüßen durften. Die Eröffnung war über ein ganzes Wochenende geplant und aufgezogen. Neben einem Festakt war die Eröffnung begleitet von zahlreichen Podien, von Zeitzeugengesprächen, aber eben auch von Führungen durch die neue Dauerausstellung. Insgesamt konnten wir an diesem Wochenende knapp 3.300 Besucher begrüßen, die zum Teil über zwei Stunden angestanden haben, um in das Gebäude hineinzukommen.

Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, Ihnen einfach kurz zwei, drei Zahlen an die Hand zu geben, wie insbesondere der Besucherzuspruch sich entwickelt hat. Wir



haben nach dem Eröffnungswochenende angefangen, unsere regulären Öffnungszeiten von Mittwoch bis Sonntag 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr anzubieten. Allein in der Zeit bis Weihnachten 2023 konnten wir schon anderthalbtausend Individualbesucher begrüßen. In 2024 sind bis jetzt noch einmal knapp 2.200 dazugekommen. Dazu haben wir eine Reihe von Abendveranstaltungen initiieren können. Eine Veranstaltungsreihe beispielsweise, weil Frau Aris direkt so vor mir sitzt, in Kooperation mit der Landesbeauftragten über Jugendsubkulturen. Die bestand aus drei Veranstaltungen zu Punk und zu Heavy Metal in der DDR. Ein Höhepunkt unserer Veranstaltungen war die Chemnitzer Museumsnacht, die am 4. Mai stattgefunden hat. Da konnten wir wieder über tausend Besucher begrüßen, sodass wir insgesamt knapp anderthalbtausend Besucher bei den Veranstaltungen hatten. Das ist die eine Säule.

Die andere Säule ist die Bildungsarbeit, mit der wir haben wir schon vor, aber dann insbesondere mit der Eröffnung begonnen. Wir konnten bis zum Jahresende 2023 knapp 850 Besucher in 36 Gruppen durch die Ausstellung führen. Und jetzt, Stand 2024, auch noch einmal knapp 1.450 in 77 Veranstaltungen. Im Schwerpunkt der Bildungsarbeit war tatsächlich sehr spürbar, dass vorrangig Schüler und Schülerinnen aus Chemnitz selbst und der Region teilnahmen. Aber auch eine Reihe von Multiplikatoren waren dabei, die wir zum Teil auch direkt angesprochen haben, um das Bildungsprogramm bewerben und bekannt machen zu können. Insgesamt konnten in Summe seit Eröffnung knapp 9.500 Besucher verzeichnet werden. Ich

denke, das zeigt noch einmal, welche Stellung der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis in der Region einnimmt.

Gleichwohl stehen wir immer noch vor ein paar Herausforderungen. Ich möchte exemplarisch zwei nennen, die in gewisser Weise noch einmal den Aspekt des Besucherverkehrs unterfüttern. Das ist zum einen die Abdeckung der Öffnungszeiten. Wir haben uns ein sehr ambitioniertes Ziel gesetzt, sodass wir relativ schnell feststellen mussten, dass es schwierig wird und schwierig ist und wir insbesondere in der Zeit bis Weihnachten die Öffnungszeiten nur durch Vereinsmitglieder abdecken konnten, die Ehrenamtlichen uns dort am Besucherservice unterstützt haben. An der Stelle auch der Dank an die Ehrenamtlichen, die uns unterstützt haben. Das führt aber dazu, dass wir jetzt zu der Überlegung gekommen sind, dass wir wohl um eine kleine Sommerpause von Ende Juni bis Mitte August nicht herumkommen werden, um eben auch Liegendebliebenes aufarbeiten zu können. Und das bringt mich sofort zu dem zweiten Punkt und dann auch meinen letzten Punkt. Es ist einfach auch eine strukturelle personelle Unterbesetzung mit knapp dreieinhalb Stellen für tausend Quadratmeter Ausstellungsfläche, sodass wir auch schon an dem Punkt sind, dass wir tatsächlich Führungen oder Führungsanfragen absagen mussten oder sehr weit nach hinten verschieben mussten. Das einfach erst einmal zur Einordnung und zum ersten Start. Vielen Dank.

Freiheit e. V. Lorenz Pagés

Einen schönen guten Tag. Ich bin Lorenz Pagés von Freiheit e. V. Das ist eine Zeit-

zeugeninitiative, ein Zeitzeugenverein aus Erfurt, der als Förderverein bei der Gedenkstätte Andreasstraße involviert ist. Ich will nur ganz kurz etwas über unseren Verein sagen. Geschichtlich sitzen wir in der ehemaligen Haftanstalt der Staatssicherheit Erfurt, die bis 1989 über fünftausend politische Häftlinge „beherbergte“. Bis 2002 war dort Leerstand, alles ist verwahrlost und zerfallen. Dann kamen viele Leute auf die Idee: "Wir werden das abreißen und ein schönes Parkgebäude dazu bauen." Dagegen gingen natürlich ehemalige politische Häftlinge und Zeitzeugen in den Widerstand und haben die ehemalige Haftanstalt besetzt. Dazu gab es Lesungen, viel Kultur und auch Musikveranstaltungen in der ehemaligen Haftanstalt. Und der Abriss wurde verhindert. 2005 gab es dann eine Arbeitsgemeinschaft, die sich „Zeitzeugen“ nannte. Die bei uns jetzt im Verein verbliebenen Zeitzeugen aktivierten diese Arbeitsgemeinschaft und daraus entstand dann der Förderverein Freiheit e. V., der



sich 2007 in der Alten Synagoge, in einer kleinen Synagoge in Erfurt, gegründet hat. Mit der Unterstützung des Landtages, damals auch unter Ministerpräsident Althaus, der Thüringer Staatskanzlei, vielen, vielen ehemaligen politischen Häftlingen, hat sich unter der Obhut der Stiftung Ettersberg dann einfach eine wunderbare Gedenkstätte neu formiert.

Die alte Haftetage ist als erster Schritt konserviert worden. Von dort kommt man in ein Museum. Es gibt unwahrscheinlich schöne, für Jugendliche gemachte Geschichtsräume, in denen man die Vergangenheit und die Geschehnisse, z. B. in Form von Comics ein bisschen nachvollziehen kann. Es gibt Seminarräume und es gibt auch eine sehr, sehr aktive Zeitzeugenarbeit, die wir mit der Gedenkstätte der Andreasstraße aktivieren. Das heißt, es gibt zum Beispiel eine Tandemzeitzeugenarbeit, was bedeutet, dass ein Mitarbeiter der Gedenkstätte mit einem Zeitzeugen durch die Gedenkstätte geht, sodass der geschichtliche Kontext professionell gewahrt ist und dazu auch die emotionale Seite des Zeitzeugen erlebt werden kann. Damit fangen wir gerade an. Das war ein bisschen eingeschlafen, aber das fängt jetzt endlich an zu leben.

Ein kleines Problem wird bei allen sein, wie wir die nächste Generation in irgendeiner Art so weit kriegen, dass sie unsere Arbeit ein Stück weit mitmacht. Wir gehen jetzt ein bisschen in diese ganze mediale Geschichte rein. Wir haben jetzt einen YouTube-Kanal, der heißt Freiheit e. V. Wir haben eine Dokumentation gedreht und geschnitten, die man dort sehen kann. Die heißt „Als die Hoffnung aufkam. Sehnsucht

nach Veränderung“. Wir haben einen Film gemacht über zehn Jahre Freiheit e. V., den kann man sich dann auf YouTube unter diesem Kanal Freiheit e. V. einfach anschauen. Und ich denke, dass wir in dem Sinne einfach auch alle überlegen sollten, wie wir die nächste Generation, die nächsten Leute wirklich aktiv in unsere Arbeit einbeziehen. Damit wir die Möglichkeit haben, uns vielleicht auch ein Stück zurückzuziehen, weil ich denke, die neue Arbeit der jungen Leute wird eine etwas andere sein, als wir sie kennen. Aber wir können immer noch, solange wir da sind, einfach beratend und unterstützend betreuen. So viel von mir, ich bleibe kurz und wünsche uns für die nächste Arbeit mit uns allen und der nächsten Generation noch viel Erfolg. Danke.

Interessengemeinschaft der ehemaligen politischen Brandenburger Häftlinge 1945-1989

Jürgen Sydow

Sehr geehrte Einladende, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kameraden und liebe Kameradinnen. Das ist wieder mal ein netter Kongress hier. Vielen Dank für die Einladung.

Taten sind seit dem Fall der Todesmauer gefordert, doch sie bleiben und blieben weitgehend aus, so dass im 35. Jahr des Mauerfalls die nicht wiedergutzumachenden Schäden der noch lebenden Survivors der zweiten deutschen Diktatur größer und größer werden. Ein Kernelement der weiteren, der zweiten deutschen Diktatur, ein Kernelement eines friedlichen Miteinanders der Menschen ist das Urvertrauen darauf, dass unsere Mitmenschen uns nicht töten wollen. Dieses Urvertrauen



wurde uns Folterüberlebenden, als Folgen der kommunistischen Diktatur, genommen. In meinem persönlichen Fall machten mir die Vernehmer unter anderem unmissverständlich klar, dass bei Ausbleiben der geforderten Kooperation ein „Unfall“ mit Todesfolge im Bereich des Möglichen läge. Mit dieser Bedrohung mit dem Tode lebe ich nunmehr schon fast 50 Jahre, denn diese Bedrohung wurde bis heute nicht außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil: Seit meiner aktiven ehrenamtlichen Arbeit für die IG gab es zwei aktenkundige Anschläge auf mein Leben. Den letzten, Anfang 2023, hatte ich im Mai letzten Jahres dem Ministerpräsidenten Dr. Woidke während der alljährigen Arbeitsgespräche zur Kenntnis gebracht.

Nach der Wiedervereinigung wurden auch meine Folterer nicht zur Verantwortung gezogen. Der Bundesgeneralanwalt erklärte sich in Bezug auf meine Strafanzeige diesbezüglich für nicht zuständig. Die Bundes-

beauftragte, Frau Zupke, sie ist heute viel gelobt worden, jetzt gibt es ein bisschen Kritik, hat in einem persönlichen Gespräch deutlich gemacht, dass ihr von Folterüberlebenden der SED-Diktatur nicht allzu viel bekannt ist. Die Ehrenerklärung des Deutschen Bundestages vom 17. Juni 1992, Bundesdrucksache 431/92, greift die Begrifflichkeit auf und würdigt die gefolterten Survivors, wenn auch nur moralisch, ethisch. Und daher rechtlich unverbindlich.

Angesichts der bemessenen Redezeit sehe ich mich gezwungen, zu der Kernfrage bezüglich dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit stark verkürzt zu referieren. Als gefestigte Rechtsprechung im Völkerrecht gilt, und ich beziehe mich da ganz aktuell auf den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshof ICC Karim Khan bezüglich der Beantragung von Haftbefehlen gegen drei Hamasführer sowie den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Nethanyahu und dessen Verteidigungsminister, dass es hinreichend Gründe zu der Annahme gebe, dass die Vorwürfe berechtigt seien und die Beschuldigten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hätten.

Wie allen Anwesenden in diesem Kongresssaal bekannt sein sollte, ist auch Folter, ob weiße oder schwarze, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Chefankläger Khan sagte sinngemäß weiter: "Es geht um die Verantwortlichkeit von Individuen, nicht von Staaten." Khan nahm dazu bei CNC ausführlich Stellung. Und ich zitiere weiter: "Es gehe nicht um eine Gleichsetzung der Beschuldigten, sondern um diejenige der Opfer." Das Recht müsse

deshalb für beide gleich angewandt werden. Die Opfer stünden im Vordergrund und die Frage, ob hinreichend Beweise für eine Straftat vorliegen, nicht Nationalitäten, sagte er. Sie verdienen Gerechtigkeit. Als Vorsitzender der IG konstatiere ich, dass wir nicht länger bereit sind, die betriebene Opfer-Täter-Umkehr weiterhin unwidersprochen hinzunehmen. Denn damit verletzen die gegenwärtigen Machtinhaber nicht nur das 1948 festgeschriebene Völkerrecht in Verbindung mit der globalen Werteordnung, denn dem hatten sich die ehemalige DDR und die BRD schon 1973 unterworfen, sondern auch die Ewigkeitsklausel des deutschen Grundgesetzes.

Für die Folterüberlebenden und schwergeschädigten Menschen der IG ist es formal und faktisch fast unmöglich geworden, gegen diese in den Köpfen neu errichtete Mauer von Ignoranz, Verharmlosung und Verschleierung der ehemaligen DDR-Diktatur anzukämpfen.

Nachdem der SED-Staat Bestandteil unserer verfassungsmäßigen Grundordnung wurde, gestaltet sich für die Folterüberlebenden und schwergeschädigten Menschen die inhaltliche Umsetzung und Durchsetzung des Grundgesetzes und der rechtsverbindlichen UN- und EU-Konventionen immer schwieriger. Das erleben wir Christen, Freiheitskämpfer, Menschenrechtler Tag für Tag.

Die Rechtsnormenhierarchie wird von den Instanzgerichten mehr und mehr ignoriert. Wie sollen wir ohne adäquate, kostenfreie, unabhängige Vertreter des öffentlichen Interesses an unserer Seite langwierige Aner-

kennungsprozesse erfolgreich führen, wenn uns bereits hier der Zugang zum Recht verwehrt wird? Das ist meine Frage. Offensichtlich fehlt immer noch der politische Wille, eine ernstzunehmende Aufarbeitung, Wiedergutmachung und einen angemessenen individuellen Nachteilsausgleich zu leisten. Für Ihre Aufmerksamkeit bedanke ich mich.

Bürgerkomitee „15. Januar“ e. V. **Christian Booß**

Da ich auf die Redezeitbegrenzung achten soll, bin ich veranlasst, zu dem Thema Denkort Roedeliusplatz nur stichwortartig zu reden, obwohl man dazu durchaus einen ganzen Vortrag halten könnte. Wir haben den Denkort am Roedeliusplatz im letzten Jahr am 7. Oktober 2023 eröffnet. Der Roedeliusplatz liegt an der Ecke Normannenstraße, Magdalenenstraße in Berlin-Lichtenberg. Das ist der Platz hinter der Stasizentrale. Normannenstraße 22 war 1950 die erste Adresse der Staatsicherheit. Und es war, wie mein Ostberliner Telefon-





Denkort Roedeliusplatz

buch von 1989 nachweist, auch die letzte Adresse der Staatssicherheit in Ost-Berlin. Viele andere gab es übrigens nicht. Also, wenn Ihr Anwalt irgendwo an das Untersuchungsorgan der Stasi schreiben wollte, gab es nur die Normannenstraße 22.

Wir haben im Bereich des Stasigeländes Führungen gemacht und dabei ist uns aufgefallen, dass es etwas merkwürdig ist, dass man sich sehr viel um den Ort der Offiziere, das eigentliche Stasigelände, kümmert. Dort also, wo die Täter oder die Bürokraten der Repression und Überwachung saßen. Aber es wurde und wird sich fast nicht um die Orte gekümmert, wo Leute gelitten haben. Diese waren nämlich hinter dem eigentlichen Stasigelände rund um den Roedeliusplatz angesiedelt. Zu allererst gab es dort die Haftanstalt Magdalenenstraße, bekannt durch Jürgen Fuchs'

Buchtitel "Magdalena". Mehrere Gutachten zeigten, dass dieses Gefängnis vor allen Dingen nach dem Krieg eine besondere Bedeutung hatte, weil sich dort sowjetische Geheimdienste eingenistet hatten. Dort saß dann auch das sowjetische Militärtribunal der Garnison in Berlin und hat an diesem Ort ungefähr zweihundert Todesurteile gesprochen. Es sind auch viele Langstrafen von 25 Jahren verhängt worden, manche führten in die Sowjetunion, und manche Todesurteile wurden auch in Moskau verhängt. Ab 1950 war dieses SMT für die gesamte DDR zuständig. Die Militärrichter reisten also herum und sprachen weitere Todes- und Langzeiturteile. Ab 1950 teilte man sich das Gebäude mit der Staatssicherheit.

Die Haftanstalt Magdalenenstraße war bisher quasi vollkommen im Windschatten

von Hohenschönhausen. Wir haben aber festgestellt, dass die Zahl der Häftlinge fast genauso hoch war, weil Hohenschönhausen eigentlich nur im Zusammenspiel mit der Magdalenenstraße funktioniert hat. Hohenschönhausen war ein Sperrgebiet, so dass alle Besuche bei den Häftlingen - vom Anwalt, Diplomaten, Verwandten -, und bestimmte Verhöre usw. in der Magdalenenstraße stattfinden mussten. Das war nicht ein kleines Gefängnis, sondern beide Gefängnisse sind die zentralen Gefängnisse der Staatsicherheit gewesen, sie gehören als Einheit zusammen. Nach dieser Erkenntnis haben wir uns vorgenommen, dort Gedenken stattfinden zu lassen. Der Bezirk war gar nicht begeistert. Der war gerade dabei, den Roedeliusplatz umzugestalten. In der Ausschreibung kamen die 45 Jahre SBZ und DDR-Geschichte mit keinem Satz vor. Es wurde im 19. Jahrhundert begonnen und ging dann 1990 weiter, und die Zeit dazwischen – das muss man sich einmal vorstellen, dass das heute noch so stattfindet – war ein weißer Fleck. Wir haben auch mit Hilfe der Presse dann viel Glück gehabt, dass eine Partei nach der anderen umgekippt ist. Es hat dann geklappt, aus verschiedenen Gründen. Wichtig war letztlich, dass uns der Bürgermeister, Linkspartei, und der Kultursenator, damals ebenfalls Linkspartei, unterstützt haben. Ich rätele immer noch über die Motive, aber sie haben es getan, ich kann es bezeugen. Es war auch viel Geld da, nämlich PMO-Mittel, ehemals verschwundene SED-Gelder. Wir verdanken also dieses Denkmal auch der "Roten Fini" in Wien, die SED-Gelder geparkt hatte.

Wir hatten auch einen guten, sehr gedulden und kompetenten Moderator, den

ehemaligen Gedenkstättenbeauftragten des Landes Berlin. Und was ganz wichtig war, die VOS war mit einem Vertreter, Rainer Buchwald, vertreten. An den Runden-Tisch-Sitzungen - es entwickelte sich dann ein Runder Tisch – haben ehemals hochkarätige SED-Vertreter, einer aus dem ZK-Apparat und einer war stellvertretender Abteilungsleiter im Zentralrat der FDJ gewesen, teilgenommen. So ein Gespräch will sich nicht jeder zumuten, der in Lichtenberg in einem Stasi-initiierten Verfahren verurteilt worden ist. Rainer Buchwald hat mitgemacht, weil er in der Gegend gewohnt hat und überzeugt war, dass das im Interesse des Gedenkens richtig ist. Er hat dann irgendwann einen Satz gesagt, als es uns reichte: "Wisst ihr, wir sind doch alle gegen Justizunrecht, egal von wem es gegangen worden ist. Ob von links oder von rechts, wir sind gegen Diktaturen." Und dann war bei den SED-Vertretern die Luft raus, sie wollten uns die ganze Zeit in die rechte Ecke stecken, das hat dann - auch wegen dieses Satzes von Rainer Buchwald - nicht funktioniert. Nach einem Wettbewerb ist dann dieses Denkmal hier, dieser "Denkort" - so haben wir das genannt - hier entstanden.

Vier Hafttüren, in den Einschlüssen sieht man durch Okulare kurze Haftbiografien und Zitate von Jürgen Fuchs, Walter Janka und anderen. Wir haben extra dafür gesorgt, dass das kein Kinderschreck-Denkmal ist, weil dort auch Kinderspielplätze sind. Wir möchten keinen verschrecken. Aber es soll so gestaltet sein, und ich glaube, das funktioniert auch, dass die Kinder ihre Eltern fragen: "Warum steht denn das da?" Und was mich besonders freut, ist zu

wissen, dass in den Häusern drumherum immer noch ein paar Leute wohnen, die dort früher gearbeitet haben und die müssen jeden Tag auf dieses Denkmal gucken. Also, wenn Sie es genauer wissen wollen, wir geben demnächst mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen ein Buch dazu heraus. Und in der nächsten Schwerpunktausgabe von H-und-G-Info wird auch ein Artikel stehen, in dem das etwas genauer beleuchtet wird. Und wenn Sie mal in Berlin-Lichtenberg sind, am Stasigelände, dann schauen Sie auch einmal um die Ecke hinter das Gebäude, und da finden Sie dann unseren kleinen Denkort am Roedeliusplatz. Vielen Dank.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus Sachsen-Anhalt Toralf Steinforth

Sehr geehrte Kameradinnen und Kameraden, werte Anwesende. Mein Name ist Toralf Steinforth, ich bin am 24. Februar 1965 in Magdeburg, im heutigen Sachsen-Anhalt, damals Bezirk Magdeburg, DDR, geboren. Und wie viele von Ihnen habe ich, liebe Kameradinnen und Kameraden, im Verlauf meines Lebens in der DDR so meine Erfahrungen mit dem Repressions- und Unterdrückungssystem der SED und im Besonderen mit dem Ministerium für Staatssicherheit gemacht, Verhaftung, Stasi, Untersuchungshaft und Strafvollzug, und später im Freikauf durch die damalige Bundesrepublik Deutschland. Und da ich eher zur jüngeren Generation der ehemaligen politischen Häftlinge der DDR gehöre, ist es mir eine Herzensangelegenheit, mich für die Rechte all derer einzusetzen, die Gleiches oder vielfach Schlimmeres erdul-



den mussten. Daher bin ich dankbar, heute vor Ihnen reden zu dürfen.

In aller erster Linie geht es mir um die Lebensleistung von Ihnen, liebe ehemalige politische Häftlinge in der ehemaligen DDR, um Ihre Lebensleistungen zu würdigen und auch anzuerkennen. Denn eines steht für mich fest: Wir politische Häftlinge in der DDR haben maßgeblich zum Zusammenbruch dieses menschenverachtenden Systems beigetragen. Alleine mit eurem Mut und dem Ertragen von Folter und jeglicher menschenverachtender Methoden der SED und ihrem ausführenden Organ, der Staatssicherheit, haben wir einen großen, nicht zu unterschätzenden Anteil am Gelingen der Friedlichen Revolution. Das vergessen heute viele bzw. wird dies auch nicht ausreichend gewürdigt, finde ich. Am Gelingen der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung haben wir eben

diesen Anteil. Und gleichzeitig möchten wir uns natürlich trotzdem im Namen aller politisch verfolgten Bürger und Bürgerinnen in der ehemaligen DDR für die in den letzten Jahren erreichten Ziele bedanken. Das ist ja auch nicht selbstverständlich. Man hat sich für uns eingesetzt, aber es reicht noch nicht aus. Zu erwähnen ist die Erhöhung der Opferrente um zehn Prozent damals, die Absenkung der Mindesthaftzeit von 180 auf 90 Tage als Anerkennungsvoraussetzung, sowie die Änderung der Unrechtsbereinigungsgesetze, die eine Antragstellung auf Rehabilitierung auf Dauer ermöglichen. Das sind alles Schritte in die richtige Richtung.

Auch die 2015 im Bundestag beschlossenen Änderungen der drei Rehabilitierungsgesetze waren Schritte in die richtige Richtung. Dennoch glaube ich, dass es notwendig ist, in einer Zeit sich dramatisch verändernder gesellschaftlicher, politischer und vor allem wirtschaftlicher Bedingungen, in unserem Land einige Dinge neu anzugehen. Das erste ist zum Beispiel, warum erfolgt eine Rehabilitierung nicht automatisch, wenn aufgrund der Anklage klar ist, dass ein ehemaliger Bürger oder Bürgerin der ehemaligen DDR Opfer rechtswidriger Maßnahmen geworden ist, zum Beispiel politischer Haft, Einweisung in die Psychiatrie oder Jugendhilfe und Jugendwerkhöfe, oder Exmatrikulation oder Berufsverbote und Zwangsumsiedlung? Dadurch würden keine Anwaltskosten entstehen. Als ich gestern diese Äußerung gehört habe, dass die Opferrente nicht erhöht wird, nur dynamisiert wird, war das schon ein bisschen wie ein Schlag in die Magengrube. Die ehemaligen Häftlinge sind keine Ge-

denkstätten, sondern das sind Menschen, die mit ihrer Lebensleistung oder mit ihrer Opferbereitschaft auch dazu beigetragen haben, dass bestimmte Dinge heute überhaupt erst möglich sind, auch im Bundestag. Das sind die Menschen, die sich heute politisch engagieren, weil sie es in einem gesamtdeutschen Deutschland können.

Wichtig ist mir die Erhöhung der Opferrente. Die Opferrente beträgt derzeit 330 Euro monatlich. Sie wurde zuletzt 2019 mit der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze von 300 auf 330 Euro erhöht. Damals wurde in diesem Zusammenhang geregelt, dass das Bundesministerium der Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen in einem Abstand von fünf Jahren, erstmals 2025 die Höhe der Opferrente überprüft. Diese Zeitspanne ist angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland zu groß, finde ich. Diese Überprüfung sollte jährlich erfolgen. Und darüber hinaus ist zu bedenken, dass diejenigen Menschen, die einen Anspruch auf die Opferrenten haben, nach über 30 Jahren Mauerfall immer älter werden und ihnen schlichtweg die Zeit davonläuft, um diese Würdigung ihres besonderen Schicksals als politischer Häftling oder anderweitig Verfolgter in angemessener Höhe in Anspruch nehmen zu können. Gott sei Dank klang das ja gestern an, die Dynamisierung der Opferrente und die spürbare Erhöhung derselben. Um auf die vorab schon genannte wirtschaftliche Entwicklung zu reagieren und vor allem um die Opferrente inflationssicher zu machen, empfiehlt sich eine Dynamisierung der Opferrente, was ja jetzt nun Gott sei Dank angestoßen ist und wahrscheinlich auch

kommen wird. Auch hilft dies den wiederkehrenden Debatten über die Angemessenheit der Höhe der Opferrente, die von den betroffenen SED-Opfern als belastend und ungenügend wahrgenommen wird. Das ergeht den meisten von Ihnen so, dass es eine Ehrung eigentlich sein soll und nicht irgendein Almosen.

Ich kann dies, wie wahrscheinlich viele von Ihnen, liebe Kameradinnen und Kameraden, aus eigener Erfahrung bestätigen, es wird als belastend und ungenügend wahrgenommen. Nicht genug, dass wir die entwürdigenden Zeiten der politischen Haft ertragen mussten, denn auch die Jahre danach haben zumindest bei mir psychische Narben hinterlassen. Und in diesem Kontext ist es dann nochmal belastend, sich im Zusammenhang mit der Opferrente ungenügend wahrgenommen oder gewürdigt zu fühlen.

Wichtig ist mir auch, die Kopplung der Opferrente an die Bedürftigkeit aufzulösen. Ich bin der Meinung, dass es nicht entscheidend für das Zustehen der Rente sein kann, ob jemand 2.019 Euro im Monat verdient oder 1.500 Euro Einkommen hat. Dieser Mensch hat seine Haut quasi zu Markte getragen, um für Demokratie und Menschenrechte zu kämpfen und hat auch durchgehalten. Und da bin ich schon der Meinung, dass man das nicht an ein Einkommen binden sollte. Das ist das Zweite.

Und als Letztes oder als Vorletztes geht es auch um die Vererbbarkeit der Opferrente, weil auch die Ehepartner und -partnerinnen in den Beziehungen haben ja oft die Opfer mitgetragen. Die Inhaftierten waren

in den Haftanstalten und die Familien wurden von den Frauen oder Männern versorgt. Deswegen bin ich der Meinung, dass die Opferrente zumindest zu 50 Prozent vererbt werden sollte.

Und der Härtefallfonds ist ja im Augenblick nur einmalig zu beanspruchen. Unser Vorschlag wäre, alle zwei oder drei Jahre noch einmal zu überprüfen, weil bei vielen wieder Härtefallfälle auftreten können. In der Tradition von 75 Jahren Grundgesetz, in dem die Wahrung der Menschenrechte ein zentraler Bestandteil ist, und das wird oft vergessen bzw. will ich das noch einmal in Erinnerung rufen, sind die politisch Verfolgten in der DDR, nicht nur alle Häftlinge, sondern alle Menschen, die verfolgt wurden, genau für diese Menschenrechte eingetreten. Genau für das, was wir jetzt feiern, 75 Jahre Grundgesetz und 35 Jahre Deutsche Einheit. Danke schön.

Heimatvertriebenes Landvolk e. V. Elisabeth Salomon

Sehr verehrte Teilnehmer des Bundeskongresses. Ich vertrete einen Verein namens Heimatverdrängtes Landvolk. Unser Verein befasst sich insbesondere mit den Opfern der Bodenreform, das heißt also vor allem mit dem Zeitraum 1945 bis 1949. Ich will hier noch einmal ein Plakat dazu zeigen, damit man weiß, mit welcher Gruppe man es zu tun hat.

Das ist ein Propagandaplakat aus dieser Zeit. Das erste hört sich vielleicht ganz gut an: "Junkerland in Bauernhand." Was aber darunter steht: "Rottet dieses Unkraut aus." Da denkt man eigentlich, das stammt aus der Diktatur davor. Aber genauso ist mit



diesen Menschen umgegangen worden. Es ging hier um die sogenannte demokratische Boden- und Wirtschaftsreform.

Natürlich, sprechen wir als Opfer nicht von demokratisch, und ich denke, jeder hier im Saal weiß, was sich in der SBZ/DDR hinter dieser Floskel verborgen hat. Wir sprechen von kommunistisch-stalinistischer Boden- und Wirtschaftsreform. Für die Betroffenen war diese sogenannte Reform verbunden mit Vertreibung der gesamten Familie, Internierung, nicht selten mit Todesfolge. Und das ist das Besondere an dieser Opfergruppe: Der Verlust des gesamten Eigentums. Und das blieb auch so. Mitgenommen werden durfte, was man tragen konnte. Wer sich nicht fügte, dem flog schnell eine Kugel durch den Kopf. Das sprach sich herum, sodass eine Reihe von Betroffenen durch Flucht in die Westzonen versuchte, der Familie das Leben zu retten. Ich habe einen Lebenslauf auf unserem Ausstellungsplatz

ausgelegt. Wer sich dafür interessiert, kann sich das anschauen. Diejenigen, die in der SBZ blieben, litten nicht weniger unter dem sogenannten Kreisverweis, der auch in schwierigsten Situationen die Familien trennte. Mir sind Beispiele bekannt, in denen schwerkranke Eltern aufgrund des Kreisverweises nicht bei ihren Kindern sein konnten. Das Stigma des sogenannten Großgrundbesitzers saß. Betroffenen war es untersagt, von ihrem Schicksal zu berichten. Viele von denjenigen, bei denen das Familienschicksal im Umfeld bekannt war, wurden in Schule und Beruf bis weit in die DDR-Zeit hinein gemobbt, wie man das heute wohl ausdrücken würde. Ihnen wurde das Leben dadurch zur Qual. Diejenigen, denen die Flucht in die Westzonen gelungen war, litten unter dem extremen sozialen Abstieg. Wer spricht schon gerne darüber? Und das selbst in den Familien. All das hatte letztendlich die Tabuisierung dieses Zeitraums, aber insbesondere dieser Opfergruppe zur Folge.

Joachim Gauck war der Erste, der in seiner Antrittsrede nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten von einer durchgehenden Diktatur von 1933 bis 1989 sprach, der also ganz explizit den Zeitraum 1945 bis 1949 nicht ausgenommen hat, und ich wünschte, dass dies selbstverständlich wird. Wie standen nun aber Politiker in der alten Bundesrepublik Deutschland zu den kommunistisch-stalinistischen Maßnahmen dieser Zeit? Ich verzichte aus Zeitgründen auf die Angabe von Zitaten. Wir haben das hier auch auf unserem Ausstellertisch ausgelegt. Wer sich dafür interessiert, kann es angucken. Sämtliche Parteien, angefangen von Carlo Schmid, SPD, damaliger

Präsident des Deutschen Bundestags, Karl Theodor Freiherr von und zu Gutenberg, damals 1972, bitte nicht verwechseln, parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt, und Dr. Otto Graf von Lambsdorff haben sich natürlich dafür ausgesprochen, dass diese Maßnahmen für sie null und nichtig sind. Vielleicht ein Zitat von Graf von Lambsdorff: Es gäbe ein Hohn- gelächter aus der sozialistischen Hölle von Karl Marx bis Walter Ulbricht, wenn ausgerechnet der Staat der größte Nutznießer der Enteignungen 1945 bis 1949 bliebe. Das kann man sich gar nicht vorstellen." Dann kam die Wiedervereinigung, und es ist genau das eingetreten. Eine Rückgabe des entzogenen Eigentums war jetzt politisch ungewollt. Unter anderem Markus Meckel schürte erheblich die Angst vor den sogenannten Alteigentümern. Aber was noch entscheidender war, das Geld lockte. Und genau das, was sich Graf Lambsdorff 1977 noch nicht vorstellen konnte, trat ein. Unser Staat versprach sich durch die Veräußerung des entzogenen Eigentums eine Möglichkeit, die Wiedervereinigung zu finanzieren. Die Opfer wurden mit „Ausgleichsleistungen“ abgespeist. Hier passte Wolfgang Schäuble mit seinem juristischen Spürsinn auf. Er korrigierte die entsprechende Gesetzesvorlage dahingehend, dass anstelle des ursprünglich vorgesehenen Wortes Entschädigung, das Wort Ausgleichsleistung gesetzt wurde. Damit wurde das Ausgleichsleistungsgesetz mit dem Titel Gesetz über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage, die nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten, geschaffen. Dies wurde jedoch so ausgestaltet, das vorran-

gige Nutznießer nicht die Opfer, sondern die LPG-Nachfolgebetriebe waren. Das Ergebnis ist uns bekannt. Heute interessieren sich Banken und andere außerlandwirtschaftliche Investoren für die riesigen Ländereien der LPG-Nachfolgebetriebe. Es ist zu erwähnen, dass sämtliche Gerichtsverfahren, die eine Rehabilitierung der Opfer nach dem VwRehaG oder auch nach dem StrRehaG zum Ziel hatten, bis in die obersten Instanzen für die Betroffenen negativ verliefen.

Noch eine kurze Anmerkung zu dem, was unser Verband unternommen hat. Wir haben im Jahr 2020 mit einer Petition an den Deutschen Bundestag versucht, unser Ziel zu erreichen, nämlich eine Rehabilitierung und eine Entschädigung nach bestimmten Modalitäten im Einzelfall. Eine Rehabilitierung ist allerdings auf diesem Wege nicht erfolgt. Die Opfer werden also auch jetzt nicht von dem Vorwurf befreit, Nazi und Kriegsverbrecher zu sein. Für uns ist die Ursache dafür klar. In dem Moment, in welchem eine Rehabilitierung den Weg in das sogenannte Vermögensgesetz freimachen würde, müsste eine umfassende Entschädigung gezahlt werden. Das Dogma, dass die Rechtsprechung nicht durch das zu erwartende Ergebnis bestimmt werden darf, gilt offensichtlich nicht für die Opfer der kommunistisch-stalinistischen Boden- und Wirtschaftsreform.

Ich habe zum Schluss noch eine Bitte, und zwar betrifft das die Resolution. Es wird dort oft von SBZ/DDR-Unrecht gesprochen, aber dann auch wieder nur von DDR-Unrecht. Und ich finde es wirklich angemessen, auch angesichts dessen, dass wir

viele Vereine gehört haben, die genau auch den gesamten Zeitraum betrachten, wenn hier insgesamt von SBZ/DDR-Unrecht gesprochen würde und die Resolution dahin korrigiert würde. Ich danke.

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.

Dieter Dombrowski

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, kurz zur UOKG. Die UOKG ist ein Dachverband mit fast 40 Mitgliedsverbänden, kleine, mittlere, große, wie der Bund der Vertriebenen. Unsere Aufgabe ist es, die Interessenvertretung unserer Mitgliedsverbände, aber auch der Menschen, die dahinterstehen, die betroffen sind, gegenüber insbesondere dem Bund zu organisieren, soweit wir das können. Dazu unterhalten wir in der ehemaligen Stasizentrale, Rutschestraße, Normannenstraße, eine Geschäftsstelle. Wir werden gefördert vom Bund und vom Land Berlin, vertreten durch

den Landesbeauftragten. Wir bieten soziale und juristische Beratung, und, um Ihnen einfach mal einen Einblick zu geben, haben wir bei den vier Verfassungsbeschwerden, die mit unserer wesentlichen Unterstützung eingereicht wurden, im letzten Jahr dreimal Recht bekommen, und das will bei der Quote beim Verfassungsgericht schon etwas bedeuten. Traurig ist nur, dass es immer so weit kommen muss, dass man zu Gericht gehen muss. Und das versuchen wir durch unsere Lobbyarbeit im Deutschen Bundestag eben zumindest zu reduzieren. Die Abgeordneten im Deutschen Bundestag sind uns – den Opfergruppen - nicht negativ gegenüber eingestellt. Sie wissen einfach nicht, was hinter diesen Schicksalen steht. Und jeden Tag stürzen auf die Abgeordneten neue Dinge ein. Und alle vier Jahre wechselt die Mannschaft im Bundestag, immer wieder fängt man von vorne an. Ich möchte jetzt nicht um Verständnis werben, aber das macht die Sache eben nicht leichter.



Ich möchte ausdrücklich Sie einladen, die Verbände, die hier vertreten sind, kleine wie große, überlegen Sie sich, ob Sie nicht bei uns mitmachen wollen. Das ist keine finanzielle Angelegenheit. Wir versuchen als Dachverband Verbände zu unterstützen, wenn wir angefragt werden. Vorhin war von Neubrandenburg die Rede. Toralf Maaß wird jetzt am Juni an unserer Mitgliederversammlung teilnehmen, um auch da sein Projekt vorzustellen. Und im nächsten Jahr werden wir zusammen mit dem Forum für politisch verfolgte Frauen den dritten Frauentag in Dessau veranstalten unter dem Titel „Dialog der Generation“.

Frau Staatsministerin Claudia Roth habe ich am Donnerstag am Rande der Feierlichkeiten zum Grundgesetz gesagt, dass sie am Montag Post von uns bekommt.

Und jetzt darf ich aber eine ganz wichtige Bitte an Sie loswerden. Es ist verschiedentlich schon angekungen, dass es einen Referentenentwurf zur Überarbeitung der Rehabilitierungsgesetze aus dem Bundesministerium der Justiz gibt. Der kann so, wie er jetzt ist, nicht bleiben. Wird er auch nicht, da bin ich mir ganz sicher. Sie müssen es sich so vorstellen, in dieser Koalition in Berlin gibt es Streit über große und kleine Dinge. Da spielt unser Thema überhaupt gar keine Rolle. Und wenn man sich in der Koalition eben nicht auf bestimmte Dinge verständigt, dann passiert das Minimum. Im Koalitionsvertrag der jetzigen Koalition steht, dass in dieser Wahlperiode die Rehabilitierungsgesetze überarbeitet werden sollen. Und die drei Punkte, um die es geht, werden auch irgendwie durch den Entwurf erfasst. Das ist zum einen ein Härtefallfonds, Dynamisierung der Opferrente, Anpassung der Opfergruppen und das Thema der Abgeltung gesundheitlicher Folgeschäden. Zum Härtefallfonds will ich jetzt gar nicht so viel sagen. Da steht eine Zahl drin. Dazu ist die Opferbeauftragte in schweren Verhandlungen, wie man dies gestaltet. Dieser soll bei der Häftlingshilfestiftung angesiedelt werden, und nach dem jetzigen Gesetzentwurf unter Verantwortung der Opferbeauftragten.

Dynamisierung der Opferrente: Die letzte Erhöhung der Opferrente ist 2019 erfolgt. Ich will Ihnen sagen, wie es dazu kam. Ich war unter anderem eingeladen als Sach-

verständiger, habe das Thema bei Abgeordneten in einer Anhörung angebracht und dort gesagt: "Wir brauchen eine Dynamisierung der Opferrente, jedes Jahr." Da sagten die Abgeordneten: "Das geht aber aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht in jedem Jahr." Habe ich gesagt, ich war damals ja noch Abgeordneter: "Bei uns Abgeordneten geht es doch auch jedes Jahr." Damit waren die Kollegen sozusagen entwaffnet, und es kam zumindest ein Minimum heraus, die Erhöhung von 30 Euro. Und nach Ablauf der Wahlperiode sollte sozusagen evaluiert werden. Wenn es jetzt eine Erhöhung geben soll oder eine Dynamisierung, dann müsste natürlich seit der letzten Erhöhung bis jetzt erst einmal aufgerechnet werden. Vielleicht sind es ja 400 Euro. Und dann kann man gerne anfangen, das jedes Jahr mit den Rentenerhöhungen zu vergleichen.

Anpassung der Opfergruppen: Hier ist vorgesehen, die Dopingopfer und auch die Zwangsausgesiedelten aufzunehmen. Das ist richtig so. Was den Zwangsausgesiedelten angeboten wird mit 1.500 Euro, ist natürlich total lächerlich. Das geht gar nicht. Vor zwei Jahren hatten wir im Justizministerium ein Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter. Er sprach dann davon, ob man nicht den Zersetzungsoffern eine immaterielle Anerkennung – eine Urkunde oder so etwas - geben könnte.

Ich möchte Sie um eines bitten. Das BMJ hat Verbände angeschrieben mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 21. Juni. Die meisten von Ihnen werden das nicht bekommen haben. Deshalb, wenn Sie zu unserer Mitarbeiterin Frau Czech, sie steht

da, gehen, bekommen sie das sofort überspielt. Sie hat das auf ihrem Computer. Dann können Sie das lesen und Ihre Stellungnahme gegenüber dem BMJ abgeben. Überlassen Sie das bitte nicht alleine der UOKG und der VOS, sondern schreiben Sie einfach hin. Ob es was bewirken wird, wissen wir nicht. Aber sie sollen nicht denken, dass es nur zwei, drei Verbände sind, sondern es sind ganz viele. Also bei ihr können Sie das bekommen, sie schickt Ihnen das sofort per Mail zu, und dann können Sie sich was überlegen.

Dabei möchte ich es jetzt eigentlich belassen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Wer Fragen hat, der kann mich ansprechen.

Gespräch zum Stand der Aufarbeitung in den Ländern und im Bund



v. l. n. r. Dr. Nancy Aris, Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Dr. Peter Wurschi, Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
Dr. Robert Grünbaum, Stellv. Direktor der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Susanne Kschenka, LAKD
Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag
Burkhard Bley, Landesbeauftragter für Mecklenburg Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur
Frank Ebert, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Johannes Beleites, Landesbeauftragter für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt

Kschenka: Nachdem wir in der Verbänderrunde in beeindruckender Weise von der Vielfalt der Arbeit, aber auch den Herausforderungen der Verbände und Aufarbeitungsinitiativen gehört haben, wollen wir uns der Arbeit der Landesbeauftragten, der Bundesstiftung Aufarbeitung und der SED-Opferbeauftragten zuwenden.

Nach dem letzten Bundeskongress wurde die Bitte an uns herangetragen, dass es wichtig wäre, wenn auch die Landesbeauf-

tragten auf dem Bundeskongress Einblick in ihre Arbeit und die Themen geben, die bei ihnen aktuell sind. Das fanden wir einen guten Gedanken und deshalb sitzen wir hier in dieser großen Runde und werden versuchen, im Gespräch einige Aspekte zu beleuchten. Viele Aufgaben der Landesbeauftragten sind gleich, es gibt aber auch spezifische Themen, mit denen sie sich in den einzelnen Ländern beschäftigen. Die Landesbeauftragten treffen sich monatlich mit Robert Grünbaum zur Konferenz der

Landesbeauftragten, um sich gegenseitig zu informieren und zu besprechen, wie wichtige, gemeinsame Themen strategisch vorangebracht werden können. Außerdem gibt es einen regelmäßigen Austausch mit der SED-Opferbeauftragten, Evelyn Zupke.

Da wir die Freude haben, Evelyn Zupke in der Runde zu haben, möchte ich das Gespräch mit ihr beginnen und Ihnen Gelegenheit geben, einige Aspekte aus Ihrer Arbeit darzulegen.

Zupke: Für die Überarbeitung der Rehabilitierungsgesetze ist endlich der Startschuss gefallen. In den letzten Wochen hat das Bundesjustizministerium einen Entwurf vorgelegt. Ein Entwurf mit Licht, aber leider auch mit viel Schatten. Der Vorschlag von Bundesjustizminister Buschmann enthält einige gute Punkte. Insbesondere die Dynamisierung der Opferrente und der Ausgleichsleistung für beruflich Rehabilitierte. Dafür bin ich als Opferbeauftragte wirklich dankbar.

Unter dem Strich aber wirkt der Vorschlag mutlos auf mich. Mutlos, weil er an vielen, den eigentlichen Problemen der Opfer, vorbeigeht. Das sage ich so deutlich, weil der Koalitionsvertrag den Opfern einen größeren Wurf versprochen hat. Und, das sage ich so deutlich, da der Bundestag im letzten Sommer die Bundesregierung aufgefordert hat, bei dieser Gesetzesnovelle die Impulse der SED-Opferbeauftragten, meine Impulse, zu berücksichtigen.

Meine Impulse, die ich ganz wesentlich mit den Opferverbänden, den Landesbeauftragten und den Beratungsstellen ent-

wickelt habe, habe ich dem Deutschen Bundestag mit meinen Jahresberichten und einem Sonderbericht zum Thema verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden vorgelegt.

Wir brauchen ein vereinfachtes Verfahren zur Anerkennung der Gesundheitsschäden. Beim Vorliegen eines klar definierten Krankheitsbildes, wie einer Angststörung oder einer PTBS, und dem Nachweis erlebter Repression, wie politische Haft oder Zersetzung, sollte der Zusammenhang, zwischen beidem als gegeben vorausgesetzt und ein Zugang zu Leistungen ermöglicht werden. Noch in der letzten Wahlperiode forderte die Fraktion des heutigen Justizministers in einem Antrag im Bundestag von der damaligen Bundesregierung die Einführung einer Beweislastumkehr bei der Anerkennung gesundheitlicher Schäden. Daran werde ich die Politik erinnern.

Zudem sollte der Dynamisierung der Opferrente eine Erhöhung vorangestellt werden. Eine Steigerung der Opferrente in 2025, fünf Jahre nach der letzten Erhöhung, um einen Betrag, der nur die Rentensteigerung des aktuellen Jahres berücksichtigt, wird der aktuellen Lage gerade mit Blick auf die Entwicklung der Inflation der letzten Jahre und der prekären sozialen Lage vieler SED-Opfer nicht gerecht. Es darf den Opfern nicht zum Nachteil werden, dass das Gesetzgebungsverfahren erst drei Jahre nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrages zum Abschluss kommen wird.

Beim Thema Zwangsaussiedlung halte ich die Höhe der vorgesehenen Einmalzahlung von 1.500 Euro und die vorgesehe-

nen Ausschlussgründe für überhaupt nicht angemessen.

Gleichzeitig bietet die Novellierung auch die Chance, endlich Gerechtigkeitslücken in den Gesetzen zu schließen. Hierzu gehört für mich u. a. das Fehlen eines generellen Zweitantragsrecht. Es darf nicht sein, dass der Erfolg einer erneuten Antragsstellung vom jeweiligen Bundesland abhängt, in dem der Antrag gestellt wird. Hier brauchen wir endlich eine Gleichbehandlung für alle Betroffenen.

Kschenka: Vielen Dank für die Vorstellung der wichtigsten Punkte, die bei der Novellierung eingebracht werden müssen. Das knüpft unmittelbar an den gestrigen Abend an, an Ihrem Grußwort, Frau Zupke, und der Reaktion des Ministerpräsidenten. Insofern liegt der Bundeskongress zeitlich genau richtig, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Das Gespräch mit den Landesbeauftragten möchte ich mit Johannes Beleites beginnen, der seit April das Amt in Sachsen-Anhalt übernommen hat. Zunächst an dieser Stelle einen herzlichen Glückwunsch zur Wahl und alles Gute für die Arbeit! Was sind die ersten Themen, die auf deinem Schreibtisch lagen?

Beleites: Anfang April habe ich meine Arbeit als neuer Landesbeauftragter begonnen, das sind erst ein paar Wochen. In dieser Zeit habe ich viele Gespräche geführt – außerhalb der Behörde –, aber natürlich viel mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich habe ein gut funktionierendes Team, für das ich sehr dankbar bin. Neben

der Beratungsarbeit gibt es viele Projekte, in die wir involviert sind, darüber habe ich mir zunächst einen Überblick verschafft.

Dank der engagierten Arbeit meiner Vorgängerin konnte die für den Härtefallfonds verfügbare Summe von 50.000 Euro auf 100.000 Euro verdoppelt werden. Das bedeutet, dass wir sehr viele Projekte inhaltlich begleiten müssen. Ich möchte eins herausgreifen, das ist das Konzept zum Grünen Band, dem ehemaligen Grenzstreifen, das gerade vorbereitet und dann vom Landtag verabschiedet werden wird. Mir liegt viel daran, dass wir eine einheitliche, gute und vielleicht mit QR-Codes und Verweis in das Internet auch aktualisierbare Kennzeichnung der Orte und der Personen haben, die an der Grenze zu Tode gekommen sind. Damit kann der Wanderer, der Radfahrer, der Besucher des Grünen Bandes einen Eindruck bekommen, dass das nicht nur eine ehemalige Grenze, sondern auch ein Ort ist, wo Menschen zu Tode gekommen sind.

Ein weiteres Projekt, das ich als Landesbeauftragter fortsetze, ist die Ergänzung der Ausbildung der Rechtsreferendare um das Thema SBZ- und DDR-Unrecht. Das Justizministerium ist dahingehend sehr abgeschlossen. Ich möchte das mit dem Aufruf an alle Länder, nicht nur die Ostdeutschen, auch die Westdeutschen, verbinden, dies in ihren Ausbildungsordnungen mit zu verankern. Paragraph 5 des Deutschen Richtergesetzes, das für die ganze Bundesrepublik gilt, sieht die Behandlung von NS- und SBZ-/DDR-Unrecht in die juristische Ausbildung vor. Es mangelt aber stark an Angeboten zu diesem wichtigen Thema im

Studienbereich der Universitäten. Wir sind dazu schon im Gespräch und es gibt da durchaus Offenheit.

Kschenka: Die Ausbildung der Referendare ist ein wichtiger Punkt. In Brandenburg gibt es dazu auch erste Schritte.

Ich möchte das Gespräch mit den beiden Landesbeauftragten auf meiner rechten Seite fortsetzen, Dr. Nancy Aris und Dr. Peter Wurschi. Sie sind beide für die Landesbeauftragten in der Gruppe, die im kritischen Gespräch mit Kulturstatsministerin Claudia Roth zu ihrem Entwurf des Rahmenkonzepts Erinnerungskultur steht. Es wäre für viele wichtig, zu verstehen, was die Kritikpunkte am Erinnerungskonzept sind. Wie kann es da weitergehen? Und an Sie beide natürlich auch die Frage, was die wichtigsten Themen sind, die bei Ihnen auf dem Tisch liegen?

Wurschi: Als Landesbeauftragter hat man eine Schnittstellenfunktion zwischen Landesebene und Bundesebene. Die Bundesebene ist immer dann spannend, wenn es um Bundesgesetze, wie die Novellierung der SED-Unrechts-Bereinigungsgesetze, oder um das Erinnerungskonzept geht. Gleichzeitig ist es aber so, dass diese Dinge auf Bundesebene verhandelt und dann an die Länder weitergegeben werden.

Beim Erinnerungskonzept war es so, dass im Januar, Februar dieses Jahres von der Bundesministerin für Kultur und Medien (BKM) ein Konzept vorgelegt worden ist, welches über den eigentlichen Koalitionsauftrag, nämlich eine Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes, weit hinausging.

Gleichzeitig haben die Gedenkstätten in den Ländern sehnlichst darauf gewartet, eine Fortschreibung dieses Gedenkstättenkonzeptes zu bekommen, um anstehende Fragen der Digitalisierung, der nachhaltigen Finanzierung von Gedenkstätten, sowohl der SED-Gedenkstätten wie aber auch der NS-Gedenkstätten, zu formulieren. Das Konzept hat aber versucht, neben den bestehenden Gedenkstätten von SED und NS, auch noch neue Überlegungen zum Gedenken in diesem Land, nämlich Gedenken an den Kolonialismus, an die Einwanderungsgesellschaft und an positiv besetzte Orte der Demokratie aufzunehmen. Daraufhin haben die NS-Gedenkstätten und die SED-Gedenkstätten ein gemeinsames Statement unter Beteiligung der Bundesstiftung Aufarbeitung und anderer Träger verfasst, um als bereits bestehende Gedenkstätten mit ihren Bedarfen Gehör zu finden. Jetzt sind wir mit der BKM im Gespräch. Es gibt eine Stellungnahme und auch ein Thesenpapier seitens der Gedenkstätten, in denen darauf hingewiesen wird, dass die Finanzierung und die Entwicklung sowie die Digitalisierung der Gedenkstätten gesichert sein müssen. Die nächste Gesprächsrunde findet am 6. Juni 2024 mit Claudia Roth statt. Perspektivisch soll natürlich über das Konzept noch mit dieser Bundesregierung verhandelt werden, also sind noch ungefähr ein Jahr und drei oder vier Monate Zeit, um zu einem Ergebnis zu kommen.

Aris: Da sicherlich nicht allen klar ist, was in diesem Erinnerungskonzept steht und was eigentlich der Vorwurf ist, würde ich noch ein paar grundsätzliche Dinge ergänzen. Es geht ja auch darum, dass die Gedenkstät-

ten – vor allem aus dem NS-Bereich – Sorge haben, dass es mit diesem Konzept um eine Relativierung der Geschichtsbetrachtung geht.

Das Gedenkstättenkonzept, das es seit 1999 gibt, war das Ergebnis eines langen und auch schwierigen Aushandlungsprozesses zu den Themen Nationalsozialismus, Kommunismus und Geschichtsaufarbeitung. Damals spielte die „Faulenbach-Formel“ eine große Rolle, um einen Konsens zu finden. Diese besagt, dass die NS-Verbrechen nicht mit dem Verweis auf die SED-Diktatur relativiert und das SED-Unrecht im Umkehrschluss nicht verharmlost werden dürfen. Wenn jetzt viele zusätzliche Themen wie Migrationsgesellschaft, Kolonialismus und Extremismus aufgeworfen werden, herrscht eine große Sorge vor der Verwischung zwischen staatlichem Verbrechen, staatlichem Terror und Verbrechen, die von Privatpersonen oder von Gruppen verübt wurden.

Es steht die Sorge im Raum, vor allem aus dem NS-Bereich, dass es eine Relativierung der Geschichtsbetrachtung geben könnte. Wenn es überhaupt keine Trennlinie mehr gibt, was beinhaltet dann das staatliche Gedenken? Wegen der Verwischung zwischen Erinnerungskultur und Gedenkkultur gab es einen Aufschrei durch alle Erinnerungsinstitutionen. Ich fand das erfrischend, da es einen guten Austausch gegeben hat zwischen den Gedenkstätten und Erinnerungsinstitutionen, die sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigen und denen, die für die sowjetische Besatzungszeit und DDR zuständig sind. Wir sind da in einem sehr konstruktiven Austausch. Das empfinde ich

als ein sehr positives Momentum dieser umstrittenen Erinnerungskonzeption.

Kschenka: Es war für Außenstehende überraschend, dass es plötzlich so schnell ein gemeinsames Papier der Gedenkstätten und der Landesbeauftragten gab. Vielleicht erwächst daraus eine Möglichkeit, auch über andere Dinge ganz entspannt zu reden, zum Beispiel über die Orte mit zweifacher Diktaturgeschichte? Vielleicht öffnet sich durch die Diskussion um den Konzept-Entwurf eine Brücke, um auch darüber zu einer Verständigung zu kommen? Wenn ich es richtig verstanden habe, gibt es keine grundsätzliche Kritik an der Einbeziehung von Kolonialismus, Migrationsgeschichte und so weiter, sondern eher, dass dies nicht in dieses Konzept passt.

Aris: Im bisherigen Gedenkstättenkonzept gibt es einen konkreten Kriterienkatalog, wie eine Gedenkstätte aufgestellt sein muss, damit sie gefördert wird. Es ist genau aufgelistet, was gefördert wird. Für die neuen Themen fehlte diese praktische Umsetzungsebene komplett. Das war das Problem. Die bestehenden Gedenkstätten sind schon jetzt in einer schwierigen Situation, weil sie nur defizitär funktionieren, z. B. hat in Sachsen keine einzige Gedenkstätte eine volle Bildungsstelle. Es wird von BKM so dargestellt, dass alles Vorhandene super läuft. So ist es aber nicht. Das größte Problem war aber, dass in dem vorgelegten Konzept für die neuen Ideen die praktische Umsetzungsebene völlig fehlte.

Kschenka: Vielen Dank für diese Erklärung. Mit Blick auf die Zeit stelle ich trotzdem noch die Frage an Sie beide: Gibt es ein

Highlight aus Ihrer Arbeit, zu dem Sie gern etwas sagen möchten?

Aris: Highlight würde ich nicht sagen, aber es gibt natürlich viele Überlegungen. Sachsen ist das Land mit den meisten Gedenkstätten, auch mit gesamtstaatlicher Bedeutung. Dafür ist meine Behörde mit sechs Stellen sehr klein aufgestellt, denn wir haben viel Beratungsaufkommen und den Härtefallfonds, den wir ohne zusätzliches Personal bearbeiten. Wir bieten überregionale Beratung an, die Utz Rachowski durchführt. Er ist jetzt 70 Jahre alt geworden, sodass wir darüber nachdenken müssen, wie wir das in die Zukunft bringen können.

Wir haben außerdem eine Buchreihe, in der wahrscheinlich in diesem Jahr noch zwei Titel herauskommen: zum einen ein Buch über Hoheneck, das passt gut zur Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck, und zum anderen ein Buch über Karin Dauheimer, zu der Theresa Tammer aus meinem Team sehr viel geforscht und mit ihr gesprochen hat. Das sind die Highlights.

Kschenka: Vielen Dank - vielleicht war Highlight das falsche Wort. Es geht um das, was Sie beschäftigt, die Schwerpunkte Ihrer Arbeit.

Wurschi: Wenn ich auf die Arbeit des Landesbeauftragten in Thüringen schaue, gibt es drei Kategorien: Beraten, Aufarbeiten und Erinnern. Erinnern haben wir gerade mit dem Erinnerungskonzept schon abgehandelt.

Wenn ich auf die Arbeit der Beraterinnen und Berater in Thüringen fokussiere, haben

wir für den Härtefallfonds in diesem Jahr 250 Anmeldungen, die sukzessive abgearbeitet werden. Er wird in Thüringen sehr gut angenommen, – leider – muss man sagen. Es ist schön, dass es dieses Instrument gibt, aber bitter, dass es von den Betroffenen genutzt werden muss.

Auf Grundlage der Novellierung von 2019 sind die Heimkinder, die in Durchgangsheimen bzw. in entsprechenden Spezialkinderheimen untergebracht waren, strafrechtlich zu rehabilitieren. Von Seiten des Landesbeauftragten schreiben wir seit dem letzten Jahr diejenigen aktiv an, bei denen wir auf die Akten aus dem Heimkinderfonds zurückgreifen können, und machen sie darauf aufmerksam, dass ihnen eine Rehabilitation zusteht. Es sind jetzt 1.000 Personen angeschrieben worden und es gibt einen entsprechenden Rücklauf. Wir sind noch lange nicht bei Z angekommen. Das wird uns auch noch die nächsten anderthalb, zwei Jahre begleiten. Gleichzeitig ist es natürlich ein unglaublicher Mehraufwand, der für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besteht, denn es finden natürlich auch weiterhin die Beratungsgespräche zur Schicksalsaufklärung oder Rehabilitation statt. Das sind auch ungefähr 1.000 Gespräche im Jahr. Darüber hinaus bieten wir in vier Gruppen, verteilt über das Land Thüringen, niedrigschwellig für Heimkinder und Menschen mit Diktaturerfahrung selbst angeleitete Selbsthilfemöglichkeiten an.

Kschenka: Ich finde es sehr beeindruckend und einen wichtigen Punkt, bei den ehemaligen Heimkindern in die Initiative zu gehen und die Menschen über ihre rechtlichen Möglichkeiten zu informieren, auch

wenn es sehr viel Arbeit ist. Vielen Dank dafür.

Ich wechsle jetzt zu Burkhard Bley und Mecklenburg-Vorpommern. Thema Gedenkort: In der Verbänderunde wurde der Einsatz für den Gedenkort in Neubrandenburg vorgestellt. Spielt das in deiner Arbeit auch eine Rolle? Welche Position hast du dazu? Und dazu die Frage: Was gibt es nach einer langen Zeit als Stellvertreter an Veränderungen für dich als Landesbeauftragter?

Bley: Zunächst ist zu sagen, dass es die Haftanstalt, die die meiste Zeit die Stasi-U-Haftanstalt war, in Neustrelitz gibt. Das ist eine wunderbar sanierte Gedenkstätte, die allerdings nur ehrenamtlich durch einen Verein betrieben wird. Es werden gerade Lösungen erarbeitet, dass dort politische Bildung vor allem mit Jugendlichen stattfinden kann.

Nun zum Gedenkort Neubrandenburg/Lindenberg: Prof. Brauer hat das besonders gut erklärt. Ich finde es wichtig. Neubrandenburg ist eine besondere Stadt, denn sie hat Neustrelitz als alte Landeshauptstadt ablösen sollen. Neubrandenburg als sozialistische Stadt mit diesem überdimensionierten Campus der Bezirksverwaltung, daraus muss man etwas machen. Es gibt auch schon einiges, Lehrpfade und Wachtürme sind unter Denkmalschutz gestellt worden. Was jetzt wirklich besonders ist, was ich sehr unterstütze und auch begleite, dass es seit einigen Jahren einen von der Zivilgesellschaft angeregten Prozess gibt. Nun sitzen die Stadt und viele verschiedene Akteure wie die Landeszentrale für politische Bildung, die Bundesstiftung Auf-

arbeitung und der Ostbeauftragte mit am Tisch. Ich kann noch nicht sagen, wie dieser Prozess endet. Aber ich bin mir sicher, wir werden dort einen Gedenkort oder einen Erinnerungsort schaffen, der wirklich die gesamte Stadt in den Blick nehmen soll. Es ist schon etwas Besonderes, dass so viele Akteure etwas gemeinsam erreichen wollen.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit ist unverändert die Beratung. Es ist erstaunlich, dass immer wieder neue Fälle auftauchen. Wir haben auch sehr viele Anfragen von ehemaligen Heimkindern aus Spezialheimen, die nach der Novellierung die Möglichkeit der Rehabilitation haben. Bis jetzt haben wir es noch nicht geschafft, eine Initiative wie Thüringen auf den Weg zu bringen. Da wir die Akten vom Fonds Heimerziehung im Haus haben, wäre das für uns sogar einfacher.

Aber wir sind ein kleines Team. Tatsächlich haben wir laut Stellenplan vier Stellen: Landesbeauftragter, Stellvertretung, eine Bürgerberaterstelle und Büroleitung. 2016 sind wir vom Landtag beauftragt worden, uns um die ehemaligen Sportlerinnen und Sportler zu kümmern. Das war erst einmal nicht mit einer Stelle untersetzt. Dafür haben wir jetzt eine fünfte zusätzliche Stelle erhalten. Ich finde es wichtig, dass wir für die Sportlerinnen und Sportler auch weiterhin da sind. Deswegen unterstütze ich auch sehr, dass wir diesbezüglich bei der Novellierung etwas erreichen können. Diese Menschen brauchen wirklich eine dauerhafte Lösung, so wie sie mit ihren Schicksalen psychisch und physisch beeinträchtigt sind. Aus unseren Erfahrungen

der Beratung von mehr als 300 Menschen zum Dopingopferhilfegesetz ist es wirklich erschütternd, was es für Schädigungen gibt. Wir sind sehr an einer Verbesserung der Situation dieser Betroffenengruppe interessiert. Dazu bin ich im Gespräch mit der Regierung und dem Landtag, dass wir auch über Mecklenburg-Vorpommern, über die Länderebene, eine Unterstützung erreichen können.

Wir haben jetzt als letztes ostdeutsches Bundesland einen Härtefallfonds bekommen und natürlich spielt auch politische Bildung bei uns eine Rolle. Wir werden den Auftritt der Konferenz der Landesbeauftragten den Tag der Deutschen Einheit in Schwerin ausrichten und wir kümmern uns um Projekte zu 35 Jahre Friedliche Revolution. Es wird immer gesagt „Der Norden hat geschlafen“. Mir ist es wichtig zu sagen, dass dem nicht so ist. Am 2. Oktober 1989 fand die DDR-weit erste öffentliche Veranstaltung des Neuen Forums in der Schweriner Paulskirche statt. Dazu wird es in diesem Jahr eine Veranstaltung geben. Ich hoffe, sie wird Bestandteil des offiziellen Programms zum Tag der Deutschen Einheit.

Jedes Jahr veranstalten wir eine Radtour mit Schülern an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Zu den Todesurteilen der SMT (Sowjetische Militärtribunale)-Verfolgten in Mecklenburg-Vorpommern führen wir ein Projekt durch, woraus ein Buch mit Biografien entstehen soll. In diesem Jahr wird der dritte Band zu Kindern und Jugendlichen in psychiatrischen, Behinderten- und sonderpädagogischen Einrichtungen – basierend auf der Stiftung Anerkennung und Hilfe – herausgegeben,

der sich mit den konfessionellen Einrichtungen und mit den sonderpädagogischen Einrichtungen beschäftigt.

Kschenka: Vielen Dank, das war wirklich ein Schnelldurchlauf. Ich staune immer wieder, was ihr mit eurem kleinen Team in Mecklenburg-Vorpommern alles auf die Beine stellt. Wenn ich auf die einzelnen Landesbeauftragten schaue, gibt es sehr unterschiedliche personelle und finanzielle Voraussetzungen.

Nun kommen wir zum Berliner Aufarbeitungsbeauftragten Frank Ebert. Du bist seit März letzten Jahres Landesbeauftragter und hast neben vielem anderen ein stationäres Projekt, den Campus der Demokratie. Wie geht es damit weiter? Was liegt an Schwerpunkten auf deinem Tisch?

Ebert: Alles, was meine Kollegen und Kolleginnen gesagt haben, das liegt auch bei uns an. Beratung ist natürlich einer der Hauptschwerpunkte. Zur Beratung muss man zunächst sagen, dass wir diese bei anderen Institutionen fördern, bei der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG), bei der Beratungsstelle „Gegenwind“, bei der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS). Dieter Dombrowski hat in der Verbänderrunde dazu berichtet. Allein in Berlin sind es insgesamt knapp 6.000 Beratungen in einem Jahr gewesen, wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe. Und das wird auch nicht weniger, dazu kommen die Beratungen, die wir selbst durchführen.

Wir haben in Berlin eine ziemliche Konzentration an Vereinen und Gedenkstätten. Da

sind nicht alle gesichert, wie z. B. der Lernort Keibelstraße. Im Abgeordnetenhaus liegt der Entwurf eines Beschlusses vor, an dem wir seit fast einem halben Jahr immer wieder arbeiten. Auf dem sogenannten Campus der Demokratie, der ehemaligen Zentrale des MfS, passiert eine Menge. Es ist aber noch nicht das, was wir uns vorstellen. Das Bürgerkomitee, die UOKG, die Robert-Havemann-Gesellschaft mit dem Archiv der DDR-Opposition und das Stasi-Museum haben dort ihren Sitz. Dort befindet sich auch das Stasi-Unterlagen-Archiv. Auf dem Areal soll auch das „Forum Opposition und Widerstand“ entstehen. Dieses „Forum Opposition und Widerstand“ ist für mich ein Herzensprojekt. Mir geht es dabei um die Würdigung der Menschen, die für Freiheit und Demokratie in der DDR etwas geleistet haben. Ich sage das gerne mit den Worten eines sozialdemokratischen Politikers: "Die Lebensleistung der Ostdeutschen anerkennen." Genau das will ich. Ich will mit diesem Forum die Lebensleistung der Ostdeutschen anerkennen und zwar der Ostdeutschen, die den Mut hatten, für Demokratie und Freiheit etwas zu riskieren, aber eben nicht die Lebensleistung der Ostdeutschen, die gar nichts gemacht haben. Das ist dann der Unterschied zu der Aussage des sozialdemokratischen Politikers.

Nun noch ein kleiner Ausblick. In Berlin wird in diesem Herbst 35 Jahre Mauerfall beziehungsweise 35 Jahre Friedliche Revolution gefeiert. Wie immer arbeiten wir mit der Kulturprojekte GmbH zusammen. In der Vergangenheit gab es große Aktionen, wie die Domino-Aktion mit Mauerteilen oder die Lichtgrenze. Diesmal wird

es eine nicht ganz so aufwändige Aktion geben, weil die Sicherheitsvoraussetzungen jetzt anders sind. Es funktioniert leider nicht mehr, ganze Straßen zu sperren und eine Million Menschen in die Innenstadt zu bringen.

Und noch ein Ausblick: Wir bereiten natürlich den Bundeskongress im nächsten Jahr vor, das wird viel Arbeit.

Kschenka: Ich erinnere mich sehr gut an die Lichtgrenze, an das Happening und an die Freude. Ich war mit meinen Kindern dort und wir fanden es großartig. Der kleine Satz, den du gesagt hast, dass sich das Gedenken aus Sicherheitsgründen verändert hat und so nicht mehr möglich ist, macht mich sehr nachdenklich. Wie können wir trotzdem solche symbolischen Erinnerungen auf die Straße bringen und viele Leute erreichen?

Aus unserer Erfahrung kann ich dir mitgeben, dass es zwar viel Arbeit macht, einen Bundeskongress vorzubereiten, aber es macht auch viel Freude. Wir haben bei der Vorbereitung auch sehr viel gelacht, das darf nicht zu kurz kommen.

Jetzt wechsle ich zu Robert Grünbaum und der Bundesstiftung Aufarbeitung. Du hast in deinem Grußwort gestern an das erinnert, was parallel zum Bundeskongress gerade passiert, nämlich die Erinnerung an 75 Jahre Grundgesetz. Erzähl uns bitte zu euren Aktivitäten zu diesem Jubiläum und was dich und euch in der Bundesstiftung Aufarbeitung insgesamt gerade bewegt.

Grünbaum: Parallel zum Bundeskongress hier in Erkner findet in Berlin gerade das

große Demokratiefest aus Anlass von 75 Jahren Grundgesetz statt. Und da stehen natürlich 75 Jahre Bonner Republik und Westdeutschland im Mittelpunkt. Es ist richtig, dass wir uns an die Vorzüge des Grundgesetzes erinnern.

Aber ein Aspekt, der dabei bedacht werden muss, und das war uns als Bundesstiftung Aufarbeitung wichtig, ist die Tatsache, dass 1949 nicht nur die Bundesrepublik Deutschland gegründet worden ist, sondern auch die DDR. Wir haben also ein doppeltes Jubiläum und eine Erinnerung an eine doppelte deutsche Staatsgründung. Während auf der einen Seite der Grenze eine Demokratie errichtet werden konnte, hat die sowjetische Besatzungsmacht auf der anderen Seite eine kommunistische Diktatur etabliert. Dabei war die Sehnsucht der Menschen im Osten nach Freiheit und Demokratie genauso groß wie die Sehnsucht der Menschen im Westen danach. Das ist ein Punkt, der uns in der Erinnerung wichtig war.

Es hat auch viele Menschen in der sowjetischen Besatzungszone und in den frühen Jahren der DDR gegeben, die sich mit großem persönlichen Risiko für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben. Um an diese Menschen zu erinnern, haben wir unter dem Titel „... denen mitzuwirken versagt war“ eine Plakatausstellung entwickelt. In der Präambel des Grundgesetzes ist dieser Satz enthalten, dass der parlamentarische Rat auch für diejenigen das Grundgesetz entwickelt hat, denen die Mitwirkung bei der Arbeit am Grundgesetz versagt war, nämlich den Ostdeutschen.

Wir wollen diesen Menschen, die sich unter großem persönlichen Risiko und mit erheblichen Folgen – bis hin zu Todesstrafen oder zu langen Haftstrafen – für Freiheit und Demokratie im Osten eingesetzt haben, mit dieser Ausstellung ein Denkmal setzen. Wir sind sehr froh, dass der Bundespräsident die Schirmherrschaft über diese Ausstellung übernommen hat. Sie wird jetzt bei dem Demokratiefest in Berlin zweifach gezeigt, einmal in dem Gebiet der Pavillons an einem Bauzaun, und – dank der Initiative von Evelyn Zupke – auch im Deutschen Bundestag, im Reichstagsgebäude. An diesem sehr prominenten Ort wird die Ausstellung, in der an 30 Menschen erinnert wird, allein an diesem Wochenende bestimmt von 10.000 Menschen gesehen werden. Es ist eine Plakatausstellung in dem von uns bekannten Format. Sie kann jederzeit bestellt und überall im Land gezeigt werden. Sie sind alle ganz herzlich dazu eingeladen, sich bei uns diese Ausstellung zu bestellen. Es gibt überall leere Flure, wo die 20 Plakate aufgehängt werden können. Es gibt gute Gelegenheiten, das zu tun und damit diese Geschichte des Kampfes um Demokratie und Freiheit – auch unter den Bedingungen der kommunistischen Diktatur – einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen.

Kschenka: Ich würde gerne noch etwas hinzufügen. Die Ausstellung wird derzeit auch in der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam gezeigt. Als Nachgeborene zu sehen oder zu lesen, mit wie viel Hoffnung Liberaldemokraten, Christdemokraten, SPD-Leute nach 1945 versucht haben, demokratische Verhältnisse auch in der SBZ aufzubauen, hat mich sehr bewegt. Sie ha-

ben zum Teil mit dem Leben bezahlt oder wurden aus dem Amt gedrängt. Das waren zum Beispiel Bürgermeister oder Landtagsabgeordnete. Ich möchte dir diesen Eindruck als Dank in die Bundesstiftung mitgeben. Mir hat das ein Stück Geschichte, die ich nicht kannte, zurückgegeben. Deshalb würde ich die Ausstellung allen wärmstens ans Herz legen.

Nun als letztes in der Runde die Frage an Maria Nooke. Was liegt bei uns in der LAKD für Brandenburg und bei dir als Schwerpunkt gerade besonders auf dem Tisch?

Nooke: Es ist ganz schön schwer, auf die Frage zu antworten, weil die Arbeit sehr komplex ist. Das haben wir auch schon von den Kolleginnen und Kollegen gehört. Im Bereich der Beratung läuft bei uns der normale Alltag. Es werden sehr viele Beratungen und Begleitungen zu Widerspruchsverfahren durchgeführt, der Härtefallfonds wird bearbeitet und die Traumabarbeitung durchgeführt. Wir bereiten gerade vor, die ehemaligen Heimkinder nach und nach anzuschreiben, ähnlich wie in Thüringen. Unsere Bürgerberater haben außerdem eine Infokampagne gestartet, um in die psychosozialen Netzwerke im Land hinein viel mehr Informationen über Betroffene von SED-Unrecht und unsere Beratungsarbeit zu geben. Das ist wichtig, weil wir gemerkt haben, dass viele gar nicht wissen, dass es uns gibt und dass sie somit Menschen, die in der DDR politisches Unrecht erlitten haben, auch an uns verweisen könnten.

In der Bildungsarbeit ist für uns ganz wichtig, mit Partnern im Land zusammenzuarbeiten. Susanne Kschenka organisiert zum

Beispiel Gesprächsveranstaltungen zum Thema 35 Jahre Friedliche Revolution, die immer gemeinsam mit Akteuren vor Ort vorbereitet werden und die Schwerpunkte aufnehmen, die in der Stadt oder dem Ort zu diesem Thema speziell wichtig sind. Damit sollen Leute erreicht werden, die nicht in unseren Kreisen unterwegs sind, und auch diejenigen, die die DDR vielleicht ganz anders wahrgenommen haben, sie heute schönreden, sich nicht mehr erinnern wollen, bis hin zu denen, die sagen: "Das ist doch alles hier eine Diktatur und keine Demokratie mehr." Wir versuchen, in die Breite der Gesellschaft zu gehen.

In der Jugendbildung ist der Landesjugendring ein ganz wichtiger Partner für uns. Gemeinsam führen wir viele Multiplikatoren-Fortbildungen durch, die mit Jugendlichen Geschichtsprojekte machen. Zwei meiner Mitarbeiter führen Seminare an der Uni durch, Dr. Weiß in diesem Jahr zum Thema 35 Jahre Friedliche Revolution, im vergangenen Jahr lag der Schwerpunkt auf dem Volksaufstand vom 17. Juni. Frau Rahause, eine unserer Jugendbildnerin, arbeitet mit angehenden Geschichtslehrern und -referendaren, weil wir gemerkt haben – und das wird auch morgen noch einmal zur Sprache kommen –, dass diese viel zu wenig Wissen über die DDR, die Friedliche Revolution, die Transformationszeit haben und in dieser Hinsicht im Studium zu wenig Rüstzeug bekommen, um in die Schulen zu gehen.

Wir haben in Brandenburg ein ziemlich großes Konfliktfeld. Das bezieht sich auf die Orte mit einer zweifachen Verfolgungsgeschichte, das sind Sachsenhausen, Jamlitz und die Gedenkstätte Leistikowstraße

in Potsdam – obwohl es dort keine Vorgeschichte als NS-Verfolgungsort gibt. Wir haben schwierige Verhandlungsprozesse darüber, wie das Gedenken und die Erinnerung an Menschen, die nach 1945 in den Speziallagern interniert waren, angemessen neben einer Erinnerung oder einem Gedenken an Menschen, die im Konzentrationslager waren und während der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt wurden, gestaltet werden kann. Das ist bei uns ein großes Thema. Einige haben vielleicht mitbekommen, dass es in der Leistikowstraße einen großen Konflikt gibt, ob man am 23. August, dem „Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ an die Opfer von Nationalsozialismus und Stalinismus gemeinsam gedenken darf. Darf man das machen oder nicht? Das ist der Tag, an dem der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet wurde, mit dem Zusatzprotokoll, nach dem die Sowjetunion und Nazi-Deutschland untereinander aufgeteilt haben, wie Europa aussehen soll. Durch die Eingliederung der Leistikowstraße in die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten ist dies von Seiten der Stiftung so problematisiert worden, dass das Gedenken nicht mehr stattfinden wird, wie es der Verein seit mehreren Jahren praktiziert hat.

Als Vertreterin der Landesbeauftragten begleite ich gemeinsam mit Burkhard Bley das Forschungsprojekt zu dem Thema politisch motivierte Zwangsadoptionen. Durch die Forschung soll herausgefunden werden, ob es eine Systematik gab, Kinder von Eltern, die politisch verfolgt wurden oder politisch unangepasst waren, gegen deren Willen zur Adoption frei zu geben. Es gibt

aber ein großes Problem beim Zugang zu den Adoptionsvermittlungsakten. Es gab extra eine Gesetzesänderung, so dass der Zugang speziell für dieses Projekt möglich wäre. Im Moment scheitert das aber an der Datenschutzfrage, weil die Länder den Zugang zu den Jugendhilfeakten und den Adoptionsvermittlungsakten, die noch in den Jugendämtern liegen, nicht erteilen. Die Forscher haben mit viel Mühe in den Endarchiven sehr viele Akten einsehen können. Aber es bleibt ein großes Problem, wenn bestimmte Bestände nicht einbezogen werden können. Wir kämpfen richtig darum und hoffen, dass die notwendigen Zugänge ermöglicht werden.

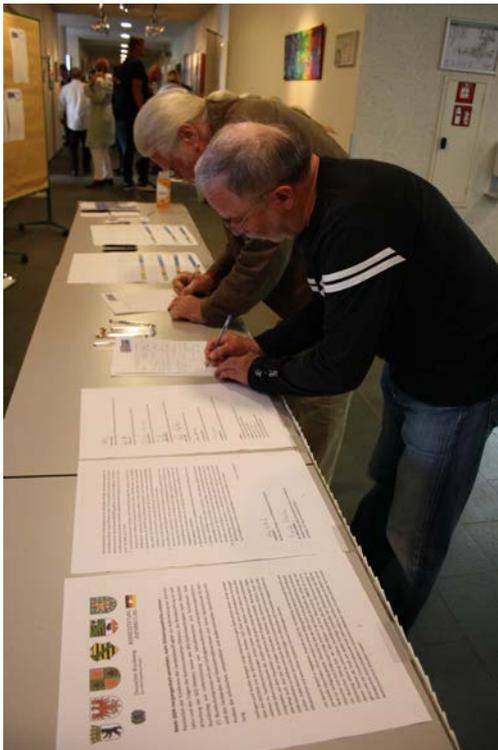
Kschenka: Mit Blick auf die Uhr und den langen Tag, den wir hinter uns haben, möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen und bei euch für diese Runde bedanken. Es sind viele Themen aufgeblättert worden. Wir haben zum Glück heute Abend und auch morgen die Möglichkeit, noch einmal nachzufragen. Wenn Sie eins der Themen besonders interessiert, Sie Fragen dazu haben oder den Landesbeauftragten noch etwas mitgeben wollen, sind alle aus der Runde gerne ansprechbar. Vielen Dank.

Eindrücke vom Bundeskongress













DDR – Fußnote der Geschichte?

Wir haben diesen Vormittag unter ein provozierendes Thema gestellt: DDR - Fußnote der Geschichte? Sie sehen hinter dem Titel ein Fragezeichen. Denn da stimmen Sie mir sicher zu, die DDR ist zwar vergangen. Ihre Spuren hat sie aber in den Leben vieler hinterlassen, wie wir am gestrigen Tag gehört und diskutiert haben. Und sie gehört zum geteilten Deutschland. Die Teilungsgeschichte zeigt, dass zu unserer Geschichte sowohl die Entwicklung in der Bundesrepublik gehört wie auch die in der DDR. Es ist sogar von besonderer Bedeutung, dieses Kapitel als Teil der gesamt-

deutschen Geschichte zu verstehen und zu vermitteln. Denn das Leben in der DDR und ihre friedliche Überwindung ermöglichen die Auseinandersetzung mit einem diktatorischen System genauso wie mit der Bedeutung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

In diesem Panel ist ein Beitrag von Sandra Brenner zu den Chancen von lokaler Jugendgeschichtsarbeit angekündigt. Leider kann sie heute nicht hier sein. Deshalb werde ich in meinem einführenden Vortrag kurz dieses Thema aufgreifen.

Vermittlung von DDR-Geschichte als Herausforderung

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

„Solange meine Mutter ihre Meinung nicht gesagt hat, war sie voll selbstbestimmt“. So äußerte sich ein Jugendlicher voller Überzeugung bei einem Workshop an einer Brandenburger Schule. Thema der Unterrichtseinheit war: Selbst- und Fremdbestimmung in der DDR.

In einer Fortbildung für angehende Lehrkräfte stellte ein Referendar zögerlich die Frage: „Darf man im Unterricht denn sagen, dass die DDR eine Diktatur war?“.

Beide Zitate sind Äußerungen von Veranstaltungen des letzten Jahres. Sie illustrieren exemplarisch, dass unter Schülerinnen und Schülern häufig widersprüchliche Vorstellungen und Verknüpfungen vorhanden sind – und dass angehende Lehrkräfte große Verunsicherungen zeigen im Umgang mit entgegengesetzten und strittigen Deutungen von DDR-Geschichte. Und dies, obwohl es eine schier unüberschaubare Sammlung didaktischer Lehr- und Lernmaterialien und umfangreiche Fortbildungsangebote gibt. Fortbildungen

von schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen, von Gedenkstätten, der Bundesstiftung Aufarbeitung, uns Landesbeauftragten und vielen anderen mehr. DDR-Geschichte bzw. die der deutschen Teilung haben in den schulischen Rahmenlehrplänen aller Bundesländer ihren Platz – in einigen Bundesländern sogar als Abiturschwerpunkt. Was ist also das Problem?

Beides kommt zusammen: Die Konfrontation mit Widersprüchlichkeiten auf der einen Seite und Unsicherheiten auf der anderen. Diese Situation stellt eine enorme Herausforderung in der Vermittlung von DDR-Geschichte bzw. deutscher Teilungsgeschichte dar, der wir uns stellen müssen.

Wir wissen alle, dass die Vorstellungen von Geschichte bei jungen Menschen heutzutage stark medial geprägt ist. Dennoch sind Familienerinnerungen und Erzählungen die einflussreichste Informationsquelle. Dabei geht es anders als im schulischen Unterricht eher um Vergleiche des heutigen mit dem damaligen Alltag. Etwa wenn die Großmutter den häufigen Unterrichtsausfall des Enkels kommentiert, so etwas habe es in der DDR nicht gegeben. Oder wenn Jugendliche bei einem Gedenkstättenbesuch mit einer Wirklichkeit konfrontiert werden, die in den von zu Hause geprägten Vorstellungen von der DDR nicht vorkommen und sie sich fragen, warum sie dort nie etwas von diesen Repressionsinstrumenten gehört haben.

In vielen Familienerzählungen wird der Alltag von den Diktaturerfahrungen abgekoppelt. Die DDR erscheint in einem viel positiveren Bild, als sie häufig zu DDR-Zeiten erlebt wur-

de. Auch, weil die schwierigen Erfahrungen der Transformation das Leben in der DDR im Rückblick einfacher erscheinen lassen. Diesem durch Familienerzählungen geprägten DDR-Bild steht die geschichtspolitisch geprägte Vermittlung von DDR-Geschichte gegenüber: Im Unterricht steht die Diktatur, die Macht der SED und der Staatssicherheit sowie politische Verfolgung im Mittelpunkt. Jugendliche befinden sich zwischen diesen beiden für sie entgegengesetzten Geschichtsbildern und es fällt ihnen schwer, diese beiden Perspektiven zusammenzudenken, sich ein eigenes Bild zu machen und urteilsfähig zu werden. Dabei zeigt sich Diktatur gerade auch und gerade in der Subtilität des Alltags.

Zu Jahrestagen, wenn die Geschichte der DDR oder der Mauerfall wiederum Konjunktur hat, wird in der medialen Berichterstattung regelmäßig festgestellt, Jugendliche wüssten zu wenig über die DDR-Geschichte und SED-Unrecht. Die Forderung, deshalb mehr Zeitzeugengespräche anzubieten und stärker historisches Faktenwissen zu vermitteln, begleitet die Debatte. Diese Forderungen sind verständlich. Aber reicht das? Funktioniert so historisches Lernen?

Die pure Wissensaneignung führt nicht automatisch zu einem besseren Geschichtsverständnis. Vielmehr sollten Schulen und außerschulische Einrichtungen als Lernräume angesehen werden, in denen Deutungskontroversen behandelt und verhandelt werden. Kinder und Jugendliche müssen ihre Fragen stellen können. Und gegensätzliche Meinungen sollten nicht als Störfaktoren, sondern als Chance zur Auseinandersetzung mit

Geschichte angesehen werden. Nur so können junge Menschen zu eigenen, aber nicht beliebigen Urteilen kommen. So können sie sich ein eigenes Bild von der DDR, der deutschen Teilungsgeschichte und der Transformationszeit erarbeiten und Polarisierungen, Fake Facts und verharmlosende Deutungen als solche entlarven.

Die Auseinandersetzung mit Diktatur und Demokratie sollte allerdings nicht nur Unterrichtsgegenstand sein, sondern muss sich auch in Methoden und Formen der Vermittlung ausdrücken. Dies stellt besonders Lehrkräfte und angehende Lehrerinnen und Lehrer vor große Herausforderungen. Denn der zum Teil einstündige Geschichtsunterricht gibt keinen ausreichenden Rahmen dafür her.

Außerdem, und hier zeigt sich ein zweites gravierendes Problem, sind gerade viele junge Lehrkräfte wenig eingeübt, sachkundig DDR-Geschichte zu vermitteln. Das rührt nicht zuletzt auch aus ihrer Studienzeit her. So ist es an Universitäten zwar so, dass DDR-Geschichte bzw. Diktaturgeschichte in Seminaren in der Regel inhaltlich und methodisch gut reflektiert vermittelt wird. Aber die Zahl der tatsächlich angebotenen Lehrveranstaltungen, die DDR-Geschichte oder deutsche Teilungsgeschichte zum Thema haben, hat stetig abgenommen. Dadurch, dass es keinen Lehrstuhl mit Schwerpunkt DDR-Geschichte mehr gibt, ist die Lücke noch größer geworden. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, wie sollen Lehrkräfte denn gegensätzliche Geschichtsbilder mit Jugendlichen im Unterricht reflektieren, wenn sie selbst darüber nie in einem Hochschulseminar diskutiert haben?

Aus diesen Gründen wird heute eine Resolution an die Kultusministerkonferenz übergeben mit der dringenden Forderung, trotz aller bisherigen Verlautbarungen und Angebote, in diesen beiden Fragen Abhilfe zu stellen: sowohl bei der Geschichtsvermittlung in Schulen als auch in der universitären Ausbildung.

Deshalb lassen Sie uns einen Blick darauf richten, wo und wie Geschichtsvermittlung gut laufen kann.

Eine Blaupause dafür, wie historisches Lernen für junge Menschen spannend sein kann, sind außerschulische Jugendgeschichtsprojekte. Im Land Brandenburg gibt es seit über 20 Jahren das Jugendgeschichtsprogramm „Zeitensprünge“, über das an dieser Stelle die angekündigte Sandra Brenner berichten sollte. An diesem Programm haben sich tausende Kinder und Jugendliche mit lokalen Recherchen beteiligten. Zentraler Ansatz ist es, das soziale Lernen mit dem historischen Forschen zu verbinden. Es steht nicht die Wissensvermittlung, sondern das Miteinander-etwas-Erkunden im Vordergrund. Die Gruppen kommen z. B. aus Jugendclubs, Freizeiteinrichtungen oder Arbeitsgemeinschaften. Sie arbeiten freiwillig über ein halbes Jahr an einem Geschichtsprojekt. Damit haben sie genügend Zeit, sich mit einem Thema aus ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zu beschäftigen. Man kann diese Aktivitäten unter das Motto „Grabe, wo du stehst!“ stellen. Die jungen Leute entdecken Quellen, befragen Zeitzeugen und erstellen Ausstellungen, Podcasts, Videos, künstlerische Beiträge, um nur einige Ergebnisse zu nennen. Am Ende stellen sie dies in ihrer Kommune und bei der landesweiten Jugendgeschichtsmesse vor.

Ein eindrückliches Projekt war z. B., wie Jugendliche eines Jugendclubs sich fragten, warum sich im Keller des Gebäudes Zellen befinden. Also begannen sie zu recherchieren und fanden heraus, dass sich in dem Haus früher die Kreisdienststelle des MfS befand. Bei der Vorstellung ihrer Projektergebnisse während einer Veranstaltung im Jugendclub gab es einen großen Zustrom von Interessierten aus der Stadt. Die Erwachsenen wussten ja noch, welcher unzugänglicher, bedrohlicher Ort dieses Gebäude früher war. Viele meldeten sich zu Wort, um ihre Erinnerungen loszuwerden, selbst ehemalige Mitarbeiter der Kreisdienststelle sowie ehemalige Inhaftierte. Dass dies ein spannender Nachmittag für die beteiligten Jugendlichen war, und dass sie noch mehr von der Geschichte dieses Ortes erfahren, kann man sich lebhaft vorstellen.

Sicher kann so eine Arbeit nicht eins zu eins in der Schule umgesetzt werden. Aber sie kann Anregungen geben, wie Geschichte interessant, spannend und vielleicht auch regional bezogen vermittelt werden kann.

Und damit bin ich bei den Forderungen, die wir als Aufarbeitungsbeauftragte gemeinsam mit der SED-Opferbeauftragten, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Geschichtslehrerverbandes in der Resolution formuliert haben, und die so viele von den hier Anwesenden unterzeichnet haben und mittragen.

Sehr geehrte Frau Günther-Wünsch,

wir sehen trotz aller Bemühungen und Beschlüsse der Kultusministerkonferenz dringenden Bedarf, die Vermittlung von DDR-



Geschichte in Schulen und Universitäten zu verbessern und zu intensivieren.

Wir übergeben Ihnen hiermit die Resolution „Mehr DDR-Vergangenheit vermitteln, mehr Diktaturgeschichte erklären“ mit der Bitte, sie in der Kultusministerkonferenz zum Thema zu machen.

Wir begehen in diesem Jahr 35 Jahre Friedliche Revolution. In den Medien gibt es einen Deutungskampf um das „richtige“ Geschichtsbild. Wir halten es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt für dringend notwendig, dass auch gegenwärtige und künftige Generationen sich mit diesem Teil der Geschichte auseinandersetzen.



Deutscher Bundestag
Die SED-Opferbeauftragte

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Mehr DDR-Vergangenheit vermitteln, mehr Diktaturgeschichte erklären

Resolution der Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag mit Unterstützung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ihres 27. Bundeskongresses mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen und des Verbandes der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands für den Ausbau der schulischen, universitären und außerschulischen Geschichtsvermittlung

Umfragen und Studien belegen: Junge Menschen in ganz Deutschland wissen immer weniger über die SBZ/DDR und die SED-Diktatur. Mythen, Fake Facts und verharmlosende Deutungen nehmen zu. Familienerinnerungen stellen neben sozialen Medien und Internet vielfach ihre zentrale Informationsquelle dar. Zudem wird die jüngste Vergangenheit zu einem Selbstbedienungsladen, aus dem Populisten und Extreme ihre Propaganda schöpfen. Befragungen zeigen allerdings auch, dass bei der jungen Generation durchaus das Interesse besteht, mehr über DDR-Geschichte zu erfahren und auch die damit zusammenhängenden historischen Orte zu besuchen. Dabei könnten auch die Erfahrungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus diktatorischen und autoritären Systemen sinnvoll einbezogen werden.

Um diesem Bedarf zu begegnen, braucht es Zeit für Vermittlung, ansprechende Formate und personelle Kapazitäten. Diese werden in unserer Bildungslandschaft derzeit nicht zufriedenstellend zur Verfügung gestellt. Obwohl die Zeit der DDR noch heute gesellschaftliche Strukturen, Menschen und ihre Erfahrungen prägt, kommt in der Schule die Epoche des Kalten Kriegs und der deutschen Teilung bzw. der SED-Diktatur und ihrer Überwindung 1989/90 oft zu kurz. Gleichzeitig nimmt an universitären Ausbildungsstätten die Zahl der Lehrveranstaltungen zu diesen Themen ab. Doch wie wollen künftige Lehrkräfte den Diktaturcharakter des SED-Regimes oder die Transformationszeit nach 1990 erklären, welches Sachwissen vermitteln und wie divergierende Geschichtsbilder im Unterricht reflektieren, wenn sie selbst darüber nie in einem Hochschulseminar diskutiert haben?

Diese Entwicklung ist beunruhigend, da sie nicht folgenlos für das Geschichtsbewusstsein und Demokratieverständnis junger Menschen bleibt. Für eine stärkere Vermittlung und Auseinandersetzung mit der Geschichte der SBZ/DDR appellieren wir daher an die Bildungs- und Wissenschaftsministerien der Länder und fordern aufbauend auf die Empfehlung „Erinnern für die Zukunft“ der KMK (11.12.2014):

1. eine prüfungsrelevante Verankerung der Geschichte der SBZ/DDR sowie der deutschen Teilung/deutschen Einheit im Schulunterricht. Dazu sollten sämtliche Wege und inhaltliche Möglichkeiten ausgelotet und diskutiert werden, z. B. Rahmenlehrpläne und Studentafeln.
2. die Geschichte der SBZ/DDR für Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland als Bestandteile sowohl der Diktaturgeschichte als auch der deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte zu veranschaulichen sowie die Stärkung des von der Kultusministerkonferenz empfohlenen Schulprojekttags Deutsche Geschichte zum 9. November.
3. eine Stärkung der Bildungsarbeit von Gedenkstätten und anderen außerschulischen Lernorten sowie eine auskömmliche Förderung von Gedenkstättenbesuchen für Schulklassen zum Thema SBZ/DDR. Bestehende Vorschläge wie die Vergabe von geförderten Gutscheinen für Gedenkstättenbesuche sind dahingehend zu prüfen. Ein möglichst einfaches Gutschein- oder Budgetsystem für Schulen wäre hier der geeignete Weg, um den Lehrkräften den planerischen Zugang zu erleichtern.
4. die Aufwertung der in den Lehrplänen verankerten außerschulischen Bildungsarbeit und deren partizipative Lernformate.
5. künftigen Lehrkräften in den Fächern Geschichte, Politik, Bildungs- und/oder Gesellschaftswissenschaften an den Universitäten ein regelmäßiges und ausreichendes Seminarangebot zur Geschichte der SBZ/DDR und deutschen Teilung/deutschen Einheit sicherzustellen, um inhaltliche und methodische Voraussetzungen für den späteren Schulunterricht zu schaffen.
6. die Einrichtung von Lehrstühlen zur Zeitgeschichte mit dem Schwerpunkt Geschichte der SBZ/DDR zur Sicherung kontinuierlicher universitärer Lehre bzw. Lehrkräfteausbildung sowie zur Entwicklung von mittel- und langfristigen Forschungsvorhaben und Projekten.

Erkner, 26. Mai 2024

Frank Ebert

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Maria Nooke

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur



Burkhard Bley

Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur



Dr. Nancy Aris

Sächsische Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur



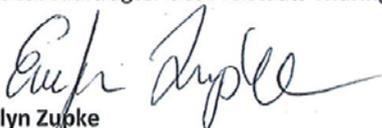
Johannes Beleites

Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



Dr. Peter Wurschi

Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



Evelyn Zupke

Die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag



Dr. Anna Kaminsky

Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



Niko Lamprecht

Vorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e. V.

Kontakt:

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung
der Folgen der kommunistischen Diktatur

Hegelallee 3, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 23 72 92 - 0

Telefax: 0331 / 23 72 92 - 29

E-Mail: aufarbeitung@lakd.brandenburg.de

www.aufarbeitung.brandenburg.de

Podiumsdiskussion

Katharina Günther-Wünsch, Bildungsministerin des Landes Berlin,
2. Vizepräsidentin der Kultusministerkonferenz

Prof. Dr. Kathrin Klausmeier, Geschichtsdidaktikerin Universität Leipzig
Niko Lamprecht, Vorsitzender Bundesvorstand des Verbandes der
Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e. V.

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur
Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Moderation: Thomas Bittner, rbb



Nooke: Wir wollen heute über die Frage: „DDR - Fußnote der Geschichte?“ sprechen. Gestern haben wir viel darüber nachgedacht und diskutiert, was es bedeutet hat, in der DDR jung zu sein; welche sehr unterschiedlichen Auswirkungen das gehabt haben konnte. Und heute wollen wir darüber nachdenken, wie man diese Geschichte an die heutige Jugend vermitteln kann und warum das so wichtig ist.

Für diesen Vormittag begrüße ich ganz herzlich Frau Katharina Günther-Wünsch,

Senatorin für Bildung, Jugend und Familie des Landes Berlin. Wir haben sie eingeladen, weil sie heute die Kultusministerkonferenz vertritt, deren zweite Vizepräsidentin sie ist. Wir freuen uns sehr, dass Sie sich der Debatte hier in diesem Kreis stellen. Ich begrüße sehr herzlich Frau Professor Kathrin Klausmeier. Sie kommt aus Leipzig und lehrt an der Universität Leipzig als Professorin für Geschichtsdidaktik. Wir sind sehr gespannt auf das, was Sie in der Diskussion beitragen werden. Und herzlich willkommen Niko Lamprecht. Er ist Ober-

studiendirektor an der Carl-von-Ossietsky-Schule Wiesbaden und Vorsitzender des Bundesvorstandes des Verbandes der Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer Deutschlands e. V. Ich freue mich, dass wir hier über diesen Kongress zu einer Zusammenarbeit gekommen sind.

Der heutige Vormittag wird von Thomas Bittner vom rbb moderiert. Herr Bittner ist in Dessau-Roßlau aufgewachsen und hat ab 1990 als Journalist zuerst im Jugendradio DT 64 gearbeitet, dann beim ORB, der ja dann zum rbb wurde ist. Er hat langjährige Erfahrungen als Hörfunkjournalist und Reporter, Redakteur und Moderator gesammelt. Er moderierte bei Rockradio B, bei Fritz, Inforadio und radioeins. Die Berlin-Brandenburger kennen diese Sender alle und wissen, dass sie mit zu den wichtigen Informationsquellen gehören. 2002 folgte dann der Wechsel zum Fernsehen. Thomas Bittner ist derzeit Redakteur für rbb24, dort ist er im Fachressort Landespolitik tätig. Danke, dass Sie heute die Moderation übernommen haben.

Bittner: In der ersten Runde möchte ich gern ein Gefühl dafür bekommen, mit welcher Perspektive unsere Gäste hier auf dem Podium sitzen. Vielleicht erinnern wir uns daran, dass in dieser Woche 75 Jahre Grundgesetz gefeiert wurde, immer mit dem Ansatz, dass es für ganz Deutschland gilt. Aber wir müssen auch festhalten, dass das Grundgesetz im Osten nicht diese Geschichte hatte. Da gab es manchmal eine Lücke in der Darstellung. Am vergangenen Dienstag hat das ZDF eine Dokumentation zu 75 Jahre Grundgesetz, 75 Jahre Deutschland gesendet, "Der große Test"

hieß die Sendung. Für diesen Film hatte man vorher eine bundesweite Umfrage gemacht: "Was wissen die Deutschen in Ost und West über die Nachkriegsgeschichte?"

Nun schätzen Sie mal, wie viele Menschen im Jahr 2024 das genaue Jahr des Mauerbaus im Kopf hatten? 38 Prozent, etwas mehr als ein Drittel. Aber 57 Prozent wussten, dass Deutschland viermal Fußballweltmeister war. Es gibt also Defizite beim Blick auf die Geschichte, besonders auf die Geschichte im Osten. Und wie sieht es nun bei der Generation aus, die dieses geeinte Deutschland nicht so lange erlebt haben? Für die zum Beispiel die DDR nicht mal das Land der Eltern, sondern das Land der Großeltern war? Was wissen Jugendliche heute?

Die Vermittlung von DDR-Geschichte an die Jugend von heute ist das Thema für unser Gespräch. Frau Katharina Günther-Wünsch ist Bildungssenatorin in Berlin. Für unser Thema ist aber der volle Titel wichtig, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie. Das sind genau die drei Themen, über die wir heute Vormittag reden. Sie sind in Dresden geboren, haben dort studiert. Sie waren Lehrerin nicht nur in Dresden, nicht nur in Sachsen, sondern auch in Sachsen-Anhalt, in Südafrika, Namibia und in Berlin. Hier auf dem Podium sitzen Sie auch als Vertreterin der Kultusministerkonferenz. Sie haben jetzt gerade eine Resolution bekommen. Was passiert damit?

Günther-Wünsch: Erst einmal ein großes Dankeschön dafür, dass ich eingeladen worden bin. Ich kann Ihnen zusichern, dass ich die Resolution, die Sie mir heute über-

reicht haben, Frau Dr. Nooke, in Vertretung aller, die unterschrieben haben, selbstverständlich mit ins Präsidium nehmen werde und wir sie auf der nächsten Kultusministerkonferenz-Sitzung, die im Juni im Saarland stattfindet, auch mit besprechen werden.

Bittner: Das wird hier gerne gehört. Ich gehe gleich mal weiter. Frau Nooke muss man eigentlich nicht vorstellen. Geboren in Forst. Bevor Sie Aufarbeitungsbeauftragte im Land Brandenburg wurden, haben Sie auch Erfahrungen mit Gedenkstättenarbeit gesammelt. Sie haben in der Stiftung Berliner Mauer und in der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde gearbeitet. Dort haben Sie natürlich auch viel Kontakt mit Jugendlichen gehabt, die mit der Geschichte konfrontiert werden. Sie haben vorhin Beispiele genannt, die vielleicht auch aus Ihrer persönlichen Erfahrung kommen. Wo ist Ihnen Unwissen oder fehlendes Wissen über die Geschichte der DDR am eindrücklichsten in Erinnerung?

Nooke: Da muss ich einen kleinen Augenblick nachdenken. Ich würde zunächst gern noch etwas zu Ihrer Einführung zum Grundgesetz sagen. Man meint oft, dass den Ostdeutschen das Grundgesetz nicht so präsent war. Aber gerade gestern Abend hat mir jemand erzählt, dass er, wenn er in den Verhören bei der Staatsicherheit gefragt wurde: "Was machen Sie denn, wenn die Sie in der Bundesrepublik nicht nehmen?", gesagt hat: "Wieso. Ich kenne doch das Grundgesetz. Da steht doch drin, dass ich Deutscher im Sinne des Grundgesetzes bin." Daran sieht man, dass das Grundgesetz für die Ostdeutschen, vor allem für

diejenigen, die geflüchtet sind oder einen Ausreiseantrag gestellt hatten, eine große Bedeutung gehabt hat.

Zum fehlenden Wissen über die DDR-Geschichte gab es gar kein einzelnes besonderes Erlebnis. An der Gedenkstätte Berliner Mauer habe ich aber zum Beispiel erlebt, dass Jugendliche kamen und der Meinung waren, dass der Mauerbau etwas mit dem Zweiten Weltkrieg zu tun hat. Oder es gab immer wieder die Erfahrung, dass man Menschen trifft, die sagen: "Nein, das hatten wir nicht in der Schule im Geschichtsunterricht. Darüber habe ich nie was gehört." In unserer Arbeit haben wir ja auch mit Schulen zu tun und mit ganz engagierten Lehrerinnen und Lehrern, die sich wirklich sehr bemühen, die DDR-Geschichte und auch die Geschichte des SED-Unrechts aufzugreifen. Aber man trifft einfach immer wieder auch Studenten, die sagen: "Nein, zu dieser Geschichte gab es keine Angebote." Daraus ergibt sich das Gefühl, da fehlt an verschiedenen Orten, flächendeckend etwas.

Bittner: Darüber reden wir gleich weiter mit Professor Kathrin Klausmeier, Universität Leipzig, geboren in Thüringen, studiert und promoviert in Jena, Studienrätin in Bochum, Dozentin auch in Bochum, Aachen, Jena, Leipzig, zurzeit auch Gastwissenschaftlerin in Belfast, Nordirland. Ich vermute, auch dort gibt es eine interessante Perspektive auf die Geschichte.

Schon das Thema Ihrer Promotion hätten wir heute als Überschrift für die Veranstaltung nehmen können. Das heißt nämlich: "So eine richtige Diktatur war das nicht..."

Vorstellungen Jugendlicher von der DDR. Geschichtspolitische Erwartungen und empirische Befunde". Sie haben im Vorgespräch erzählt, dass Sie jetzt nach vielen Jahren nochmal die gleiche Frage gestellt haben. Was ist der dramatische Befund? Was hat sich verändert im Vergleich zum Zeitpunkt Ihrer Promotion?

Klausmeier: Ganz wichtig ist, wahrzunehmen, dass sich die Erfahrungswelten der Jugendlichen total verändert haben. Die Jugendlichen haben, gemeinsam mit vielen anderen, ganz viele Krisenerfahrungen gemacht. Die Welt ist ganz anders als vor zehn Jahren, als ich die Befragung schon einmal gemacht habe. So einen ganz dramatischen, reißerischen Befund würde ich jetzt ungern thematisieren. Ich würde eher auf die Frage aufmerksam machen, wie man eigentlich damit umgeht, dass viele Jugendliche Schwierigkeiten haben, die DDR als Diktatur zu bezeichnen, obwohl sie wissen, dass es beispielsweise in der DDR keine freien Wahlen gab. Wir müssen also sehr stark daran arbeiten, deutlich zu machen, wie Diktaturen eigentlich funktionieren und was Diktaturen ausmacht, damit Jugendliche Diktaturen erkennen können. Das ist ganz zentral.

Bittner: Dazu werden wir gleich weiterprechen. Niko Lamprecht ist da. Geboren in Hamburg, seit 2023 Vorsitzender des Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer. Er unterrichtet in Wiesbaden Geschichte und aber sicherlich auch andere Fächer. Und er berät, wenn ich das richtig gelesen habe, auch das Fernsehen bei Geschichtsformaten, vielleicht auch das ZDF? Wie weit ist ostdeutsche Geschichte in Wiesbaden im Unterricht präsent?

Lamprecht: Gestatten Sie mir zunächst einmal ein Wort zu diesem Bundeskongress. Ich finde es beeindruckend, diese Vielfalt an Projekten, an Know-how, an Menschen zu sehen. Und ich finde es toll, dass wir uns vernetzen und zusammenführen, denn das gehört zusammen. Wir sind tatsächlich bei den „75 Momenten der Geschichte“ im ZDF dabei und gleich ein kleiner Tipp: da sind jetzt viele Online-Unterrichtsmaterialien ins Netz gestellt worden. Auf diese kann man sofort kostenlos zugreifen und sie an die jungen Leute bringen, ob nun in der Schule oder mit irgendwelchen anderen Projektformaten. Wir haben das didaktisiert und auch die DDR-Geschichte aufgenommen, darauf kommen wir später vielleicht nochmal zurück.

Und nun zur Wiesbadener Perspektive. Als die Wende kam, lebte ich in Hessen, aber nicht in Wiesbaden. Natürlich war das für uns auch ein Wunder, aber ganz anders. Ich hatte nur so einen Hauch von den Dingen, die zur Wende geführt haben, verspüren können. Als junger Mensch war ich dreimal mit Kurzbesuchen vorher in der DDR. Das war so ein kleiner Einblick, aber natürlich nicht diese tiefgreifende Erfahrung. Und das Gleiche gilt für die meisten Menschen im sogenannten Westen. Es gab natürlich ein bisschen Binnen-Migration und wir haben auch zum Beispiel Thüringerinnen und Thüringer im Kollegium. Aber das ist eine ganz andere Basis als in den ostdeutschen Bundesländern. Das muss man zugeben und das hat Folgen für die Schulen, Folgen für die schulische Vermittlung.

Bittner: Was wissen Jugendliche heute über die DDR-Geschichte? Versetzen

wir uns jetzt mal in die Lage eines Acht-, Neunt-, Zehntklässlers. Aus welchen Quellen speist sich das Wissen von Jugendlichen über den Osten Deutschlands, über die sowjetische Besatzungszeit, die DDR und die Transformationszeit danach? Vom Abendbrottisch zu Hause, wenn es sowas überhaupt noch gibt, aus der Schule, aus Social Media, aus der Freizeit von Freunden? Und was ergibt sich daraus für ein Bild, Frau Klausmeier?

Klausmeier: Ich habe gerade Jugendliche in Thüringen befragt, die waren ein klein bisschen älter, nämlich in der elften Jahrgangsstufe. Worauf sie sich beziehen, nach ihrer eigenen Einschätzung, das muss man immer dazu sagen. Ob das dann wirklich so ist, ist eine ganz andere Frage. Aber da zeigt sich zum Beispiel, dass es einen generationellen Wechsel gegeben hat. Vor zehn Jahren war es so, dass die Eltern eine ganz große Rolle gespielt haben. Mittlerweile sind es die Großeltern. Das heißt auch, dass die Gespräche ein bisschen weg verlagert sind vom Abendbrottisch, wo nebenbei über DDR-Geschichte geredet wurde, hin zu den Besuchen bei den Großeltern, die nicht immer vor Ort wohnen. So sind auch die Gespräche innerhalb der Familie über die DDR seltener geworden, weil die Familienkonstruktionen heute anders sind und man oft nicht mehr so eng zusammenwohnt. Das ist, glaube ich, ein ganz zentraler Befund.

Die Öffentlich-Rechtlichen, da muss ich Sie enttäuschen, spielen nicht so eine ganz große Rolle für Jugendliche, das ist so, dafür natürlich Social Media. Da hat DDR-Geschichte eine große Bedeutung, nämlich

dann, wenn mit DDR-Geschichte versucht wird, Politik zu machen. Und das erreicht heute auch Jugendliche zum Beispiel über Algorithmen. Das ist ein ganz wichtiger Befund, weil wir eben nicht genau absehen können, mit welchen Deutungen Jugendliche konfrontiert sind in ihrer Alltagswelt, Zuhause, ganz im Privaten, wenn sie über das Smartphone ins Netz gehen. Das ist eine ganz schwierige und zentrale Ausgangslage. Die Jugendlichen gehen davon aus, dass sie das Meiste, was sie über die DDR wissen, aus dem Geschichtsunterricht beziehen. Ob das wirklich so ist, ist eine andere Frage. Aber sie geben zumindest fast alle an, dass sie sich im Geschichtsunterricht mit der DDR-Geschichte beschäftigt haben.

Aber mehr als 30 Prozent sagen: „Ja, aber es war eben nicht ausreichend. Ich hätte eigentlich noch mehr Fragen gehabt.“ Das zeigt, dass ein großes Wissensbedürfnis da ist und Fragen da sind.

Bittner: So steht es auch in der Resolution, dass das Interesse da sei. Woher wissen wir, dass dieses Interesse da ist? Aus den Befragungen? Frau Nooke, Sie haben es ja auch in der Resolution geschrieben, dass das Interesse, der Bedarf nach mehr Wissen, von den Jugendlichen formuliert wird. Wo erleben Sie das?

Nooke: Das merkt man, wenn man mit Jugendlichen ins Gespräch kommt. Es ist ja eine Geschichte, die wirklich noch nah ist. Frau Klausmeier hat gerade gesagt, dass es jetzt die Großeltern sind, die befragt werden oder erzählen. Aber es prägt ja eine Familie auch, ob sie in Thüringen oder

im Ostteil von Berlin aufgewachsen ist. Da gibt es Unterschiede, die nachwirken. Wir haben das gestern von der Psychotherapeutin Agathe Israel gehört, dass solche Prägungen auch familientraditiert weitergegeben werden. Und das heißt, dass diese Geschichte auch etwas mit den Jugendlichen zu tun hat. Wenn es da ein Bedürfnis gibt, mehr über die Geschichte zu wissen, muss es entsprechende Angebote geben.

In Familien könnte es für die Jugendlichen auch leichter sein, ihre Fragen darüber, wie es damals war, an die Großeltern zu stellen, leichter als an die Eltern, ohne die Loyalitätskonflikte, weil man nicht genau weiß, was die Eltern tatsächlich erlebt haben oder gemacht haben und welche Verletzungen es gab. Deswegen ist der Schritt, die Großeltern zu befragen, der einfachere Schritt, weil es da schon eine gewisse Distanz gibt. Aber es muss natürlich auch andere Möglichkeiten geben, sich zu informieren. Es ist ja anders als zum Beispiel über das römische Reich nachzudenken, da liest man vielleicht ein Comic und findet das spannend. Aber es hat nicht so viel mit einem selbst zu tun.

Klausmeier: Ich würde gern etwas ergänzen. Es ist natürlich ganz klar eine Frage von Identität, von historischer Identität, von Ostidentität. Das ist für Jugendliche in den sogenannten neuen Ländern immer noch eine starke Größe. An den Gymnasien ist es stark, noch viel stärker an den Real- und an den Hauptschulen, dass sich Jugendliche als Ostdeutsche fühlen.

Ich erlebe immer wieder Studierende, die zu mir kommen und nach dem Praktikum

in Sachsen sagen: „Frau Klausmeier, ich gehe auf den Schulhof und ich sehe Jugendliche in der neunten Klasse, die tragen Cappies, auf denen steht „Ostdeutsch“. Was heißt das für mich? Wie gehe ich damit im Geschichtsunterricht um? Warum fühlen sich junge Menschen heute als Ostdeutsche? Welche Deutungen von der DDR-Geschichte sind damit verbunden und wie kann ich das im Geschichtsunterricht aufgreifen?“ Das ist natürlich auch ein ganz zentraler Punkt, an dem man merkt, dass diese Debatte um die Kategorisierung von Ost und West in den letzten drei, vier Jahren neu entflammt ist und dass wieder viel stärker im Diskurs thematisiert wird. Und das schlägt bis zu den Jugendlichen durch, ganz klar.

Bittner: Trotzdem hören wir immer wieder, dass die Erfahrung ist, dass man zu Hause viel über den Alltag erfährt, über das Warenangebot, die Autos, die man gefahren hat, den Urlaub an der Ostsee, den Arbeitsplatz. In der Schule geht es um Diktatur, SED, Stasi, Gedenkstätten. Wie, Frau Günther-Wünsch, bekommt man in der Welt der Jugendlichen diese zwei Perspektiven zusammen?

Günther-Wünsch: Das ist eine ganz spannende Debatte. Ich würde gerne ergänzen, dass ich ja nicht nur KMK-Vizepräsidentin, sondern auch Kollegin bin. Ich durfte selber viele Jahre Geschichte unterrichten und komme selbst auch aus dem Osten. Wir haben nicht nur einen Generationenwechsel, was die Thematiken und die Gespräche zu Hause betrifft. Wir haben auch einen Generationenwechsel bei den Pädagoginnen und Pädagogen. Wir ha-

ben jetzt Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen, die häufig auch keine Bezüge zur ostdeutschen Geschichte mehr haben, zur Teilungsgeschichte, geschweige denn zur Besatzungszeit, sodass alles irgendwie theoretisch generiert ist, was in Schule stattfindet. Da spielen alle außerschulischen Impulse eine große Rolle.

Ich glaube, was uns allen bewusst ist, ist, dass Jugendliche am besten lernen, wenn es emotionale Kontexte und authentische Erzählungen gibt. Gedenkstättenbesuche, bei denen Menschen als Zeitzeugen aus den eigenen Erfahrungen erzählen, haben wir ja in anderen Kontexten im Geschichtsunterricht auch. Wenn wir die Menschen erzählen lassen, merken wir, dass das ein anderer Zugang ist. Gleichzeitig gibt es, und da sehe ich auch eine große Gefahr, grundsätzlich im Geschichts- und auch im Politikunterricht ein Konsumverhalten junger Menschen, ich nenne es jetzt bewusst so. Sie holen sich ihre Informationen, aber prüfen nicht, woher diese kommen und ob sie richtig sind. Es sind andere Informationsquellen, als wir das noch vor einiger Zeit kannten, noch vor zehn Jahren. Da hat sich sehr viel verändert und die Veränderung hat – das beobachten wir bundesweit – in den letzten Jahren nochmal Tempo aufgenommen.

Dazu kommt, dass die Faszination junger Menschen für totalitäre Herrschaftssysteme zunimmt. Und da bin ich bei Ihnen, Frau Professor Klausmeier, wenn Sie sagen, wir müssen in den Schulen sehr sensibel mit den Themen umgehen. Was ist eine Diktatur, wie definieren wir sie? Das Ganze implementieren wir viel besser, wenn wir das

mit außerschulischen Lernorten oder mit Zeitzeugen verbinden, die wirklich deutlich machen, was das für sie im damaligen Kontext bedeutet hat.

Bittner: Sie haben gerade die Lehrkräfte erwähnt. War das auch ein Hindernis, die Unsicherheit der Lehrkräfte in der unmittelbaren Nachwendezeit? Die waren ja ganz oft selbst im Schulsystem der DDR verankert und haben das Thema vielleicht auch aus Scham oder aus Unsicherheit verdrängt. Und so gibt es dann eine ganze Generation von Jugendlichen, die sich nicht erinnern können, dass DDR-Geschichte in der Schule wirklich intensiv thematisiert wurde.

Günther-Wünsch: Gerade die Wendezeit ist für Pädagoginnen und Pädagogen eine sehr heikle Zeit gewesen. Es gab ja eine ganze Berufsgruppe mit einer bestimmten Fachlichkeit, die entlassen worden ist, die gar keine Anstellung mehr bekommen hat. Dann gab es Pädagogen, die von einer Angst in die nächste gestolpert sind. Was ist eigentlich noch kommunizierbar, wie kann ich reden? Und damit ist auch das Thema DDR eine Zeitlang nicht erzählt und nicht vermittelt worden.

Das Thema ist in allen 16 Bundesländern in den Rahmenlehrplänen verankert. Berlin zum Beispiel hat es in der neunten und zehnten Klasse und wir haben es auch im Oberstufenunterricht drin. Aber wie intensiv, wie authentisch es tatsächlich behandelt wird und womit es auch verknüpft wird, wissen wir nicht. Welchen Lebensweltbezug haben wir eigentlich für junge Menschen? Das ist häufig das Thema, was wir in der Schule haben. Und wir haben

auch eine zeitliche Lücke, wo es eine Grauzone gab, in der nicht geredet oder sehr oberflächlich debattiert worden ist. Und diese Lücke setzt sich ein Stück weit fort. Wir haben jetzt eine Generation an Lehrkräften, die gar keinen Bezug mehr zu dem Thema hat.

Bittner: Wir kommen gleich nochmal darauf zurück, dass das Thema dieser Generation von Lehrkräften auch nicht vermittelt worden ist in der Vorbereitung auf ihre Tätigkeit.

Gehen wir doch mal weiter in die Praxis, Herr Lamprecht, was steht denn in den Rahmenlehrplänen und was ist die Realität in der Schule? Ich habe schon öfter gehört, dass, wenn nach dem Lehrplan die Geschichte chronologisch abgearbeitet wird, das Thema DDR-Geschichte irgendwann kurz vor den Ferien landet. Dann hat man nur noch zwei Stunden und dann gibt es vielleicht einen Projekttag zum Thema Revolution 1989, aber ohne die Vorgeschichte behandelt zu haben. Dann beginnen die Ferien und am Ende geht jemand aus der Schule und hat sich mit DDR-Geschichte im Unterricht gar nicht beschäftigt. Stimmt das oder ist das jetzt Klischee?

Lamprecht: Dass man sich gar nicht damit beschäftigt, das kann ich, glaube ich, ausschließen. Es sei denn, alles ist schiefgegangen, was schiefgehen kann.

Formal ist es als Thema meistens in den zehnten Klassen verankert und dann oft noch mehr oder weniger vertiefend in der Oberstufe. Es wird also behandelt. Die Frage ist nur, wie wird es vermittelt? Wie viel

Zeit wir haben, ist ein ganz großes Problem in der Pädagogik. Es wurde schon angesprochen, dass es manchmal nur eine Stunde Geschichte in der Woche gibt, in der Mittelstufe zum Beispiel. Ein zweites Problem, dass es Bundesländer gibt, in denen Geschichte als Fach einzeln in der Sekundarstufe I gar nicht mehr verankert ist und es dann zu Misch-Fächern mit Erdkunde, Sozialkunde oder Politik zusammengelegt worden ist. Dann wird hinterher gesagt: "Da wurde jetzt aber nicht ordentlich Geschichte vermittelt." Das ist natürlich ein Vorwurf, den wir als Geschichtslehrkräfte ertragen müssen. Aber das liegt nicht an uns, denn das bringt die Struktur mit sich. Wenn eine Lehrkraft drei Fächer unterrichtet, leidet irgendetwas, ob das nun Erdkunde ist oder Geschichte. Solange Geschichte nicht wirklich fachlich unterrichtet wird, können wir nicht viel machen.

Es wird dann Schüler geben, die sagen: „Okay, das stand bei mir auf dem Lehrplan. Die Lehrkraft hat das irgendwo angesprochen, hat aber wahrscheinlich selbst keine Ahnung. Ich weiß es jetzt auch nicht.“ In der Oberstufe ist das besser, da haben wir die Fachlichkeit in aller Regel gesichert. Aber da kommt das zweite Problem, dass es eben meistens am Ende des Schuljahres oder in der dreizehnten Klasse behandelt wird. Manchmal sind die Lehrkräfte so im Zeitdruck, dass dieses Thema dann zusammendampft, aber dass es gar nicht behandelt wird, möchte ich zu 99 Prozent ausschließen. Wir geben uns da wirklich Mühe.

Aber dann kommt das nächste Problem. Wie bringen wir das Thema an die jungen Leute heute heran? Es gibt einen Lehr-

kräfte-Generationenwechsel und da gibt es entschieden andere Narrative. Ich weiß noch, dass der Geschichtslehrerverband 2012 mit dem Mitteldeutschen Rundfunk ein großes Onlineportal eröffnet hat, 25 Jahre nach der deutschen Einheit. Das haben wir sukzessive ergänzt und dann "30 Jahre danach" daraus gemacht, das kann man unter www.euregeschichte.de anschauen. Als wir das 2012, 2013 und 2014 erarbeitet haben, kam oft Gegenwind von links außen. Da gab es ehemalige SED-Kräfte, die uns erbitterte Mails schrieben, dass das und das nicht stimmen würde, wir müssten das zurechtrücken oder richtig erzählen. Das war beherrschbar. 30 Jahre danach haben sich die Narrative so geändert, dass wir von links außen, rechts außen und aus ganz obskuren Ecken Gegenwind bekommen haben. Sie kennen sicher diese Plakate "Der Osten steht auf" oder "Wir wollen unser Land zurück". Das sind Narrative, gegen die wir ankämpfen. Und TikTok und verschiedene andere Medien überschwemmen die jungen Leute, so dass sich die Narrative der Familien und irgendwelche Wissensinseln, die sie haben, und diese furchtbaren TikTok-Bots und so weiter vermischen und zu einem Mischmasch zusammenbrauen, den wir schwer aufklären können. Aber wir versuchen es und ich behaupte, an den Lehrkräften liegt es in aller Regel nicht.

Bittner: Wird DDR-Geschichte eigentlich geprüft? Kann man auch mal in die Verlegenheit kommen, eine Prüfung zu machen, wo nach DDR-Geschichte gefragt wird?

Lamprecht: Ja natürlich, hoffentlich. Der Geschichtslehrerverband arbeitet in allen

Ländern daran, dass das nicht nur im Lehrplan pro forma steht und dann etwas zur Seite geschoben werden kann, sondern dass das in die Prüfungsformate geht, in die Realschulprüfung, in die Abiturprüfung. Wir versuchen in diese Prüfungskommissionen hineinzukommen. Wenn uns das gelingt, dann setzen wir diese Themen, weil wir sie für wichtig halten. Das ist Demokratiegeschichte, wenn wir da nicht drangehen, dann hat unser Land ein Problem. Aber es gelingt nicht immer. Nicht in jedem Land wird dieser Sachverstand für nötig gehalten und dann stehen wir ein bisschen außen vor. Und dann ist das eher Zufall, ob die DDR da wirklich abgeprüft wird.

Nooke: Darf ich ganz kurz dazu sagen, das ist ja ein Punkt, den wir in der Resolution fordern, dass DDR-Geschichte prüfungsrelevanter Unterrichtsstoff wird, weil diese Zeit dann auch noch mal ganz anders behandelt wird.

Bittner: Das kennt man ja aus der eigenen Erfahrung, wenn man sich auf die Prüfung vorbereiten muss. Frau Klausmeier, Sie haben sich mehrere Notizen gemacht und Sie sind ja als Geschichts-Didaktikerin genau an der Vermittlung beteiligt und haben den Kontakt zu denjenigen, die in Zukunft in der Schule unterrichten.

Klausmeier: Ja, das stimmt. Eigentlich wollen auch 95 Prozent meiner Studierenden ins Lehramt und da ist das in Leipzig auch immer noch ein sehr heißes Thema: Welche Rolle haben die Lehrkräfte bei der Vermittlung und wie gehen sie damit um? Es gibt ein ganz ähnliches Phänomen zu den 90er Jahren, nämlich diese heiße De-

batte um die Deutung der DDR-Geschichte und aus welchen Richtungen man immer Gegenwind bekommt dafür, wie DDR-Geschichte narrativiert wird. Und da kann man sehr deutlich zeigen, dass sich Lehrkräfte heute auch davor scheuen, DDR-Geschichte zu unterrichten, weil sie eben sehr kontrovers ist.

Kontroversität bedeutet für so ein Unterrichtsszenario, dass es anstrengend und herausfordernd ist, dass ich in der Lage sein muss, mit den verschiedenen Deutungen, die es gibt, auch umzugehen. Und dass dann eben durchaus auch problematische Deutungen kommen, aus welcher Ecke auch immer. Das ist das, was Lehrkräfte sehr, sehr fordert und wo man sehen kann, dass das nicht nur bei DDR-Geschichte so ist. Denn immer dann, wenn Geschichte eigentlich kontrovers ist, auch wenn das meistens die Zeitgeschichte ist, versucht man die Kontroversität eher ein Stück weit zu vermeiden oder auf sehr klare Narrative zu beschränken, weil man fürchtet, dass Eltern anrufen und es Diskussionen gibt. Da hat sich auch das Miteinander zwischen Lehrkräften und Eltern sehr stark verändert. Das ist, glaube ich, auch ein ganz wichtiger Punkt oder eine Herausforderung, vor der Lehrkräfte stehen und mit der sie tagtäglich umgehen müssen. Und dann ist es das Zentrale zu sagen, Geschichtsunterricht ist der Ort, wo diese Kontroverse Raum haben muss.

Das ist ganz zentral, wenn wir über Demokratiebildung sprechen, mit verschiedenen Deutungen eben auch umzugehen. Das bedeutet auch, klarzumachen, was Narrative sind, die historisch belegbar sind, und

wo wir abdriften in einen Bereich von Verschwörungstheorien, Fake News und so weiter und wie kann ich das mit der historischen Methode auch überprüfen. Es kommt darauf an, die Wissenschaftlichkeit und die historische Forschung wieder stark zu machen. Aber es kommt eben auch darauf an, Ambiguitätstoleranz zu haben und mit verschiedenen Deutungen umgehen zu können und das auch klar zu haben für die Jugendlichen. Ich kann das aus meiner eigenen Unterrichtserfahrung immer noch gut nachempfinden. Wenn man über was Kontroverses diskutiert hat, kommen die Jugendlichen irgendwann und sagen dann: „So, Frau Klausmeier, jetzt sagen Sie doch mal, wie es denn wirklich war?“ Die wollen, dass man ihnen in dieser Funktion als Lehrkraft einfach mal sagt: „So und so war es und daran kannst dich jetzt auch orientieren.“ Da ist dieser Wunsch nach einer klaren historischen Erzählung. Das muss man dann aufbrechen und sagen: "Ich kann das verstehen, dass dir das eben helfen würde. Aber hier gibt es eben verschiedene Deutungen, so ist Geschichte einfach." Es ist ein Deutungsfach und es gibt verschiedene Deutungen, die sich im Rahmen der historischen Methode bewegen. Die Aufgabe ist es, Schüler und Schülerinnen dazu zu befähigen, das auszuhalten. Das würde, denke ich, auf diesem Weg auch die Frage von Demokratiebildung deutlich stärken, wenn wir lernen würden, auch mit kontroversen Deutungen umzugehen.

Bittner: Akzeptieren wir denn diese unterschiedlichen Deutungen oder gibt es auch eine gesellschaftlich erwünschte Erinnerung an die DDR?

Klausmeier: Natürlich gibt es eine geschichtspolitisch erwünschte Erinnerung an die DDR. Wir reden, wenn es um Forschung geht, auch über Fördergelder und so weiter. Das ist keine Frage.

In den Lehrplänen gibt es noch immer eine starke Konzentration auf die totalitären Strukturen, auf eine Opfer-Zentrierung, auf Herrschaft und Repression. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Teil, das dürfen wir nicht vergessen. Wir sind aber gerade in einer Zeit, wo wir über das Erstarken von Rechtspopulismus reden, wo wir darüber reden, dass autoritäre Systeme eine gewisse Faszination für Jugendliche haben. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir im Geschichtsunterricht, wenn wir über DDR-Geschichte reden, auch über Verführungsmechanismen von diktatorischen Systemen reden und über Mobilisierungskräfte, über Bindekräfte an Diktaturen. Das ist ganz zentral. Nur dann nehme ich das Erstarken oder das Entstehen von Diktaturen ganz ernst, wenn ich auch klarmache, wie diktatorische Systeme funktionieren und worauf sie sich eigentlich beziehen. Warum konnte denn die DDR 40 Jahre überhaupt funktionieren? Es ist ganz wichtig, eben auch das stark zu machen, wenn wir historisch-politische Bildung stärken wollen.

Bittner: Kommen wir mal zu dem Begriff Diktatur, der für die Lehrkräfte offensichtlich auch mit einer Unsicherheit verbunden ist, weil man natürlich gleich dabei ist, die beiden Diktaturen der jüngeren deutschen Geschichte zu vergleichen. Damit haben die Lehrkräfte dann auch noch ein Problem. In der DDR gab es keinen Holocaust, von der DDR ging kein Krieg aus und trotz-

dem ist es eine Diktatur. Frau Klausmeier hat in einem Artikel, der im Jahrbuch Deutsche Einheit 2023 veröffentlicht wurde, mit der Überschrift „Hitler oder Honecker - mir doch egal? Zur Einordnung der medialen Debatten um das Wissen Jugendlicher von der DDR und Perspektiven einer zeitgemäßen Geschichtsdidaktik“ als Fazit der Geschichtsbildung geschrieben, Hitler oder Honecker, ist doch egal, Diktatur ist Diktatur. Frau Günther-Wünsch, was ist aus Ihrer Erfahrung das Problem, Diktatur als Diktatur zu benennen?

Günther-Wünsch: Das ist nicht das Problem. Es kommt tatsächlich auf die Kompetenz der Lehrkraft an, das würde ich nochmal unterstreichen, und auf das, was man im Unterricht aushält. Ich finde, Frau Klausmeier hat das gerade sehr deutlich gemacht. Wenn es uns nicht zunehmend besser gelingt, den jungen Menschen sämtliche Mechanismen beizubringen, die zur Systematik einer Diktatur dazugehören, damit sie überhaupt funktionieren kann, werden wir diese gesellschaftliche Entwicklung, wie wir sie gerade eben beobachten, schwerer beeinflussen können. Wir haben und das finde ich ganz fatal, eine zunehmende Radikalisierung unter den jungen Menschen, nicht unter den älteren Gruppen, unter den jungen, weil sie, ich will es mal ganz polemisch ausdrücken, den Dingen wieder auf den Leim gehen. Weil sie nicht erkennen, was kommunikativ zu einer Mobilisierung gehört und was für Narrative dazu gehören. Deswegen ist das ganz wichtig, auch zu vermitteln, dass eine Diktatur nicht zwangsweise einen Krieg führen oder ganze Ethnien unterdrücken muss, wenn man sich heutzutage auch in-

ternational umschaut. Gerade in der Oberstufe haben wir im vierten Semester nicht nur das Thema der Sowjetischen Besatzungszone und der SED-Diktatur, da geht es allgemein um Diktaturen. Wenn die Zeit in der zehnten Klasse reicht, steht es da übrigens auch schon im Lehrplan. Da geht es auch nicht nur um eine, sondern grundsätzlich um das Thema Diktaturen und da müssen wir die jungen Menschen besser abholen.

Ich sehe – und da spreche ich jetzt mit der Erfahrung aus den drei Bundesländern, wo ich studiert habe oder tätig war, für alle 16 Bundesländer fehlt mir der Gesamtüberblick, da müsste man nochmal Rückschau halten mit allen 16 Fachkollegen -, dass es wirklich in der Lehrerbildung fehlt. Es fehlt, dass Pädagoginnen und Pädagogen das notwendige Rüstzeug mitbringen, um Kontroversität wirklich zu vermitteln und um diese Ambiguität auszuhalten, um im Unterricht den Raum zu schaffen, gewisse Debatten führen zu können und die Schüler dazu zu befähigen. Es verunsichert und überfordert Referendare, aber auch gestandene Pädagogen, wenn sie, wie Frau Klausmeier das geschildert hat, gefragt werden, wie die richtige Erzählung der Geschichte geht. Das hören wir nach wie vor ganz oft und dort müssen wir wirklich etwas tun.

Da sehe ich nicht nur die Universitäten in der Pflicht. Da sehe ich tatsächlich auch uns als Fachminister in der Pflicht. Wir haben auch eine Fort- und Weiterbildung. Wir haben Landesinstitute, die Bestandslehrkräfte und erfahrene Pädagogen weiterqualifizieren können. Ganz wichtig ist mir, dass uns nicht passieren darf, dass es uns

komplett vom Schirm rutscht, dass wir den Fokus falsch legen. Wir sehen gerade in den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, dass eine Verharmlosung, eine Bagatellisierung dieser historischen Geschichtsphasen passiert und dass Jugendliche kein Bewusstsein mehr dafür haben. Und ein Puzzleteil, um das zu schärfen, sind wirklich unsere Pädagogen vor Ort.

Bittner: Wegen der Ausbildung der Pädagogen müssten Sie eigentlich die Resolution in der Kultusministerkonferenz gleich weiterreichen an die Senatoren und an die Minister, auch an die, die für die Hochschulen zuständig sind.

Günther-Wünsch: Ja, das werde ich gleich im Juni im Saarland tun, versprochen.

Bittner: Ist es denn wirklich so, Herr Lamprecht, Frau Klausmeier, dass die Zahl der Lehrveranstaltungen für die zukünftigen Lehrkräfte, die sich mit diesem Thema beschäftigen, abgenommen hat? Gibt es in der Ausbildung keine Diskussion über DDR-Geschichte?

Klausmeier: Den Befund kann ich so tatsächlich nicht teilen. Es gibt, vor allem im mitteldeutschen Raum in Erfurt, Jena, Leipzig eine große Zahl an Lehrveranstaltungen dazu, auch durch den Forschungsverbund Diktatur und Transformation, zum Beispiel.

Bittner: Und sind die voll?

Klausmeier: Ja, natürlich sind die voll. Ich habe in Jena selbst mehrere Veranstaltungen dazu abgehalten und die sind von den Lehrkräften sehr nachgefragt. Es ist für

angehende Lehrkräfte ein ganz wichtiges Thema. Auch in der Fortbildung gibt es viel Interesse. Ich hatte letztens eine Fortbildung in einem Fortbildungsinstitut in Bayern, da waren ganz viele Lehrkräfte aus Bayern. Ich war ganz erstaunt, dass dort die Nachfrage so groß ist. Und ich habe sechs Jahre in Nordrhein-Westfalen unterrichtet. Dort ist die DDR-Geschichte jetzt auch viel stärker in der Sekundarstufe I verankert.

Es tut sich also schon ein bisschen was.

Man muss auch die Lehramtsausbildung und die Forschung dafür stärken. Wir bieten immer forschungsorientierte Lehrveranstaltungen an. Das bedeutet, wir forschen zu einem Thema und versuchen das in den einzelnen Seminaren stark zu machen, damit die angehenden Lehrkräfte, die Studierenden am Puls der Zeit ausgebildet werden. Das heißt, es ist wichtig, auch die Forschungsförderung zu stärken, damit zum Beispiel zum Thema der Transformationszeit eben auch geforscht wird. Das ist ganz zentral. Sie sehen das auch bei der Geschichtskultur, dass jetzt viele Romane von Autorinnen und Autoren herauskommen, die in den 80er Jahre geboren sind und die jetzt die Transformationszeit behandeln. Es ist also wahn-sinnig viel da. Dazu muss parallel auch die Forschung gestärkt werden, um das historisch zu untersuchen, historisch ein-zuordnen, historisch zu bearbeiten. Dann kommt sowas auch in den Lehrveranstaltungen entsprechend an. Es ist auch eine Frage von Forschungsförderungen und da kann ich durchaus die Resolution sehr stark unterstützen und sagen, dass das wichtig ist und es entsprechend das Geld

dazu braucht. Dann kommt es auch in der Lehre an.

Bittner: Herr Lamprecht, treffen die Schülerinnen und Schüler auf gut vorbereitete Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer?

Lamprecht: Jein. Bei uns gibt es das Problem, dass wir beim Empfang der jungen Lehrkräfte feststellen, dass sie modularisiert sind. Sie haben bestimmte Wissensinseln, die sie gut besetzt haben und andere, die sie eben nicht so gut besetzt haben. Das ist von Land zu Land, von Universität zu Universität manchmal unterschiedlich stark ausgeprägt. Das ist auch eine Frage der Lehrerpersönlichkeit. Zum Beispiel hat ein Herr Höcke trotz Geschichtsstudium anscheinend bedenkliche Lücken in der NS-Geschichte.

Das Problem ist eher, dass die Lehrkräfte, die mit 25 Stunden Unterricht in die Klassen reingeschickt werden, manchmal zehn, zwölf, 13 Lerngruppen haben, mit ein- oder zweistündigem Geschichtsunterricht. Wir sehen, dass wir sie nicht richtig unterstützen können, diesen breiten Strom der Geschichte bis zur DDR, bis zur Nachwendzeit, wirklich kompetent zu unterrichten. Da bräuchte man verbindliche Fortbildungen. Der Geschichtslehrerverband hat es in einzelnen Ländern mit den Landesministerien gut aufgestellt, da gibt es Materialien und wir helfen gern auch in anderen Bundesländern. Wir haben auch Leute, die das machen können und die wir gerne in Kooperation bringen. Frau Günther-Wünsch, das Angebot können Sie gern in die Kultusministerkonferenz mitnehmen.

Wir müssen uns auch darum kümmern, dass wir die Emotionalisierung, diese persönliche Betroffenheitsebene stärker ausbauen. Der Geschichtsunterricht soll nicht überwältigen, wir wollen die jungen Leute nicht ständig zu Tränen rühren oder irgendwie in eine bestimmte Richtung drängen. Aber diese persönliche Betroffenheit herzustellen, 35 Jahre nach dem Ende der DDR, das wird immer fordernder, immer anstrengender und immer wichtiger. Und deswegen steht in der Resolution ja auch die Frage der Gedenkstätten-Fahrten drin, mit einer unbürokratischen, möglichst leicht zu erreichenden, staatlichen Unterstützung, die es uns Lehrkräften, die wir in dieser Mühle stecken, einfach macht, zum Schulleiter zu gehen und zu sagen: "Mit dieser zehnten Klasse will ich nach Hohenschönhausen oder sonst wohin fahren. Das Budget steht doch bereit, das hat doch das Land bereitgestellt. Kannst du das genehmigen?" Im Moment ist das von Land zu Land, manchmal von Kreis zu Kreis sehr unterschiedlich. Das ist ein Hindernislauf. Ich brauche die Erlaubnis von der Schulleitung, die ist nicht immer so leicht zu bekommen, weil zum Beispiel der Schulleiter Physiklehrkraft ist und andere Dinge wichtiger findet. Ich muss schauen, wie das mit den Finanzen ist und wie die Elternschaft aufgestellt ist. Dann muss ich einen Antrag beim Landesinstitut stellen und vielleicht auch noch den Kreistag fragen, bis ich das Geld zusammen habe. Wenn irgendeine dieser Komponenten wegbricht, dann ist die Fahrt gestorben. Und Lehrkräfte, die das erleben, machen das nicht wieder. Das Gleiche gilt auch für Zeitzeugen. Da gibt es ja Programme. In einigen Ländern läuft das ganz gut, in anderen eher schlecht. Auch

da muss ich manchmal verzweifelt suchen, wer mir das finanziert, dass der Zeitzeuge anreist und für den Jahrgang oder für zwei, drei Klassen eine bewegende Begegnung mit DDR-Geschichte schafft, denn das können die Lehrkräfte in der Regel nicht. Wir können sauber die Fakten vermitteln, aber diese emotionale Ebene herzustellen, ist uns eher versagt. Und als letztes – auch ich halte die Frage des Diskurses, der Kontroverse, dass man das aushält, für ganz wichtig. Das ist besonders in der zehnten Klasse und in der Oberstufe angebracht. Und da stehen wir wieder vor dem Zeitproblem. Mit zweistündigen Kursen ist das eigentlich nicht zu schaffen.

Bittner: Bevor wir kurz zu den Gedenkstätten kommen, noch die eine Frage, weil das in der Resolution steht. Da heißt es: Wir brauchen einen Lehrstuhl Geschichte, der sich ganz explizit mit der Ost-Geschichte beschäftigt, mit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR. Ist das so, brauchen wir das? Haben wir bisher oder zurzeit gerade keinen in Deutschland? Brauchen wir diese Art von Lehrstuhl?

Lamprecht: Ja, in der Mehrzahl gerne, sonst ist das ja nur so ein Symbol-Projekt. Ein Leuchtturm und das war es dann. In der Verbreiterung liegt der Sinn.

Bittner: Frau Klausmeier?

Klausmeier: Ich würde es tatsächlich ein bisschen anders sehen. Ich denke, ob man die Forschungsförderung oder die Forschung stark macht, hängt ja nicht nur an einzelnen Personen oder an der Denomination von Lehrstühlen, sondern es gibt

ja ganz andere Logiken. Letztlich ist es so, dass Forschung ganz stark über eine Finanzierung funktioniert und gute Forschung eben auch durch Forschungsverbände abgesichert wird. Ihre Tagung ist doch ein Beispiel par excellence dazu, wie wichtig verschiedene Perspektiven sind, um zu guten Erträgen zu kommen. Wenn ich mir angucke, wer bei Ihnen alles gesprochen hat, dann waren das Historiker und Historikerinnen, aber auch Psychologen, Traumaexperten und so weiter. Wie soll das an einen Lehrstuhl gekoppelt sein? Da braucht es eine entsprechende Kooperation und dementsprechend auch eine andere Forschungsförderung und andere Forschungslogik. Die schafft man nicht nur mit einer Symbolpolitik, indem man einen Lehrstuhl zur DDR-Geschichte schafft und versucht, sich darauf zu konzentrieren, sondern es ist wichtig, zu sagen, dass es nur über eine Forschungs-Vernetzung geht, die eine entsprechende finanzielle Förderung bekommt. Das heißt nicht, dass man nicht auch entsprechende Profile in einzelnen Professuren zum Beispiel in den Zeitgeschichtsfachbereichen stärken und fördern soll. Aber jetzt eine Denomination herauszurufen, das ist jetzt der Lehrstuhl für DDR-Geschichte, fände ich nicht hinreichend. Zumal wir darüber reden, dass wir DDR-Geschichte nicht als ostdeutsche Betroffenheitsgeschichte thematisieren wollen, sondern dass sie in ganz Deutschland und eben auch im Westen thematisiert wird. Da wäre ein Lehrstuhl mit einer entsprechenden Denomination kontraproduktiv zu dem, was wir in den letzten Jahren sehr stark vertreten haben, nämlich deutlich zu machen, dass DDR-Geschichte Teil einer gesamtdeutschen Geschichte, einer europäischen

Geschichte ist und globale Bezüge hat. Das ist die Bedingung dafür, um sie auch überregional, auch in der universitären Landschaft und in der Forschungslandschaft entsprechend zu verankern. Deswegen fände ich es eher kontraproduktiv für das, was wir vorhaben, wenn man jetzt einen entsprechenden Lehrstuhl mit einer Denomination hätte.

Bittner: Frau Nooke, warum haben Sie es als Forderung in die Resolution hineingenommen?

Nooke: In der Resolution steht ja, dass wir Lehrstühle mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte, Ausrichtung SBZ-, DDR-Geschichte fordern, weil die Erfahrung zeigt, dass es in großem Maße auch die Entscheidung der Professoren und Professorinnen ist, sich mit bestimmten Forschungsschwerpunkten zu beschäftigen. Nach meiner Einschätzung wird am Osteuropa-Lehrstuhl wirklich Osteuropa-Forschung gemacht. Wenn ich aber in der Zeitgeschichte den Schwerpunkt offenlasse und DDR- bzw. deutsche Teilungsgeschichte nach 1945 nicht so wichtig ist, dann fällt das halt weg, diese Erfahrung gibt es auch. Deswegen war es uns wichtig, die Stärkung von Zeitgeschichtslehrstühlen zu diesem Thema nochmal als Schwerpunkt zu benennen.

Meine Erfahrung ist zum Beispiel bei Bewerbungsgesprächen, wenn sich Leute bei uns im Bereich Bildung bewerben, dann sind das gute Leute, die sich in ihrem Studium mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt haben und dadurch kompetent sind. Die müssen sich dann auf das andere Themenfeld einlassen. Aber es

gibt kaum jemanden, der sich in seinem Studium schon mit diesem Zeitfenster beschäftigt hat und das ist ein Mangel, weil oft Schwerpunktsetzungen gemacht werden. Frau Klausmeier sagte vorhin, dass sie nicht sieht, dass es ein Problem ist, dass die Zeitgeschichte in den Universitäten das Thema aufgreift. Meine Jugendbildungs-Mitarbeiterin hat mir berichtet, dass es an der Potsdamer Uni in ihrem Lehramtsstudium dazu keine Angebote gab. Unser Historiker hält jetzt an der Universität Potsdam gerade ein Seminar zu DDR-Geschichte. In den ersten Seminarstunden kommt auf die Frage, ob die Studierenden schon Angebote zur DDR-Geschichte hatten, die Antwort „Nein“. Das sind unsere Erfahrungen, die ich jetzt mal dagegenstellen will. Es mag an einigen Universitäten, wie in Leipzig oder Jena ausreichend Angebote geben und Leipzig ist dafür auch besonders ausgewiesen, aber an anderen Universitäten läuft wenig oder nichts und der Lehrstuhl an der Humboldt-Uni, den Professor Sabrow innehatte, ist gerade umprofiliert worden. Deswegen, finde ich, dass da schon ein Bedarf da ist.

Klausmeier: Das stimmt. Aber Sie bekommen zum Beispiel im Ruhrgebiet keine Professur dafür, sich in den Lehrveranstaltungen mit DDR-Geschichte zu beschäftigen, wenn es eine Professur geben soll, die genau das in ihrem Profil hat. Das heißt, man muss das also politisch so steuern, dass man über eine Förderung von Forschung genau zur DDR-Geschichte, in welchen Kontexten auch immer, möglichst viele Akteure und Akteurinnen zusammenbringt, die dazu forschen. Dann machen die dazu auch Lehrveranstaltungen. Das ist, glaube

ich, ein anderes Instrument, als zu sagen, man hat eben einen Lehrstuhl dazu, weil das Ziel ja eigentlich ist, dass wir nicht nur hier in Berlin oder in Potsdam, sondern in ganz Deutschland, in Europa DDR-Geschichte lehren. Sie hat ja einen ganz starken Erkenntniswert und man kann wahnsinnig viel an der DDR-Geschichte lernen. Das geht nur dann, wenn man nicht versucht, das zu regionalisieren als einen Schwerpunkt, sondern es auch überregional in der Forschungslandschaft verankert. Das ist das Zentrale.

Nooke: Ich kann es nur nochmal wiederholen. Wir haben nicht einen Lehrstuhl gefördert, sondern Lehrstühle mit dem Schwerpunkt.

Bittner: Die Diskussion ist eröffnet. Das ist ja auch ein Ziel so einer Resolution. Das Wort Gedenkstätten und Gedenkstätten-Besuche tauchte in der Diskussion auf und dass diese möglichst nicht so kompliziert zu organisieren sind, wie es Herr Lamprecht beschrieben hat. Können Sie da als Senatorin, als Verantwortliche für die Schulen, ein Angebot machen, es unkompliziert möglich zu machen? In der Resolution ist von Gutscheinen die Rede.

Günther-Wünsch: Ich hoffe, dass der Berliner Landesbeauftragte, Herr Ebert, jetzt nickt, denn in Berlin sind wir im Vergleich zu anderen Bundesländern schon sehr gut dabei. Wir haben drei fixe Gedenkorte, die kennen Sie alle: Gedenkstätte Hohenschönhausen, Lernort Keibelstraße, Gedenkstätte Berliner Mauer. Wir sind jetzt sind dabei, den Campus für Demokratie am ehemaligen Standort des Ministeriums für

Staatssicherheit weiter aufzubauen. Berlin hat das sehr niedrigschwellig gemacht. Sicherlich kann es immer mehr Geld sein, aber wir stecken schon sehr viele Finanzen in unsere außerschulischen Lernorte und haben sie kontinuierlich ausgebaut.

Ich würde mir diesen Stellenwert von außerschulischen Gedenkorten in mehr Bundesländern wünschen und es fehlt mir noch ein Stück weit die Phantasie, wie wir die Motivation in den alten Bundesländern erhöhen. Es ist auch die Frage, wie das aussehen soll, dort einen außerschulischen Lernort zu installieren, der etwas mit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), SED-Diktatur und der ostdeutschen Geschichte zu tun hat. Das geht natürlich in den ostdeutschen Bundesländern. Das geht in Berlin als besonderem Bundesland mit einer ganz besonderen Historie zu dem Thema. Wir haben alles vor Ort und wir haben viele Orte, die man authentisch besuchen kann. Und nichtsdestotrotz sollte dieser Teil der Geschichte in den anderen Bundesländern nicht verloren gehen.

Ich finde grundsätzlich, dass außerschulische Lernorte einen Stellenwert im Geschichts- und Politikunterricht haben sollten, weil sie das erfahrbar machen für junge Menschen. Wir haben aber einen Bildungsföderalismus und ich kann nicht den 15 Kolleginnen und Kollegen sagen: „Schaut mal nach Berlin, ich zeige euch, wie das geht.“ Aber man kann es natürlich als ersten Schritt einbringen und ich weiß, dass auch Brandenburg und Sachsen, wo ich ja ursprünglich herkomme, viel machen. Aber das, was Herr Lamprecht sagte, das ist häufig das Thema. Da steht häufig die

Frage, wenn es um Unterrichtsgestaltung und Exkursionen geht, was mache ich mit Schülerinnen und Schülern? Ich sehe auch, dass die Bürokratie oft das Hindernis ist und nicht die fehlende Motivation von Pädagogen. Was braucht man? Die Frage der Finanzen würde ich tatsächlich nochmal hinten anstellen. Bei Gutscheinen ist die Frage, wie man die durchreicht, wie man diese Finanzierung zugänglich macht und die Bürokratie ist ein Thema, wie so häufig. In Berlin verfügt jede öffentliche Schule jährlich über ein Budget in Höhe von 2.700 Euro, das ausschließlich für politische Bildung eingesetzt werden kann. Das Geld muss nicht erst beantragt werden, sondern steht den Schulen sofort zur Verfügung.

Bittner: Was halten Sie von der Diskussion über verpflichtende Gedenkstättenbesuche?

Günther-Wünsch: In den Rahmenmehrplänen sind eine gewisse Anzahl von Besuchen außerschulischer Lernorte vorgesehen, es ist nur nicht festgelegt, zu welchem Thema. Es gibt also schon eine gewisse Verpflichtung. Eine stärkere Verpflichtung macht aber nur Sinn, wenn Pädagoginnen und Pädagogen wissen, was sie da tun. Das ist für mich immer die Bedingung. Einfach nur zu sagen: „Ihr geht an den außerschulischen Lernort.“, damit ist niemandem geholfen und im Zweifelsfall richten sie mehr Schaden bei jungen Menschen an, als dass sie da einen Gewinn haben. Deswegen lassen Sie uns erst von der Qualifikation sprechen und dann von der Pflicht. Das wäre so mein Wunsch.

Lamprecht: Ich möchte mich da anschließen, Frau Günther-Wünsch. Ich stimme Ih-

nen zu. Wir wollen als Geschichtslehrerverband auch keine Gedenkstättenbesuche als Zwang. Das hätte furchtbare Folgen. Mir sei eine kleine Anmerkung gestattet, wenn alle zehnten oder zwölften Klassen eine DDR-Gedenkstätte besuchen müssten, dann müssten wir ja bundesweit DDR-Gedenkstätten gründen, denn es gibt ja gar nicht genug, um diese Besuche darzustellen. Das ist mathematisch ganz logisch. Natürlich wollen wir das mit Lehrkräften, die motiviert sind, machen - und Gruppen finden wir schon. Die jungen Leute haben das Interesse.

Widersprechen würde ich bei dem Punkt, dass das Geld kein Problem ist. Das Geld ist manchmal ein Problem. Da würde ich Sie doch wärmstens motivieren wollen, dass Sie bei der KMK für dieses Budget- oder Gutschein-System, wie immer man das nennt, werben, denn bundesweit, von den 16 Bundesländern aus betrachtet, ist das sehr unterschiedlich. Es ist ein Hindernislauf und es demotiviert die Lehrkräfte, die diese Dinge versuchen, die das erste oder zweite Mal scheitern und es dann nicht mehr machen. Da verschwenden wir Ressourcen und in Sachen Demokratiebildung halte ich das für essenziell, dass wir das machen. Ich wünschte mir, dass eine Lehrkraft sagen kann: "Okay, die Hürde Schulleitung, die habe ich jetzt genommen und der Rest läuft unbürokratisch. Da muss ich mir keine Sorgen machen, dass nach zwei Monaten ein Bescheid kommt, dass die Landesmittel oder die Kreistags-Mittel erschöpft sind und die Fahrt leider nicht stattfinden kann". Genau das ist mir leider mehrfach passiert. Das sind dann doch die Finanzen, die da manchmal eine zwei-

te Hürde bilden. Es wäre toll, wenn man ein einigermaßen einheitliches System in Deutschland hinbekommen könnte. Das wäre doch traumhaft, im Sinne historisch politischer Bildung.

Bittner: Berlin sei mal als Vorbild für die gesamte Bundesrepublik hervorgehoben, wobei in Berlin sowohl die Gedenkstätten nah sind als auch das Bewusstsein für die Gedenkstätten. Frau Klausmeier, aus der didaktischen Sicht, was kann ein Gedenkstättenbesuch bewirken und was kann er nicht? Wie muss er flankiert werden? Eine Gedenkstätte hat auch etwas mit Überwältigung und Emotionalisierung zu tun. Wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, gehört zum Bild über die DDR-Geschichte mehr, als nur, sich von einem Ort, meistens ein Schreckensort, meistens ein Täterort, überwältigen zu lassen.

Klausmeier: Genau das ist, glaube ich, die gesellschaftliche Erwartung an Gedenkstätten. Was können die Gedenkstätten eigentlich leisten? Wir haben ganz oft die Vorstellung, wir schicken Jugendliche oder auch Erwachsene, manchmal auch Minister, wen auch immer, in Gedenkstätten und wenn die dann da rauskommen, sind sie eben entsprechend geläutert. Dann haben sie die demokratischen Vorstellungen, die wir uns alle irgendwie wünschen. Das wäre toll, wenn das so funktioniert, aber das tut es eben nicht.

Ich habe in meiner Studie Jugendliche in der elften Klasse befragt, welches Bild sie von der DDR haben und auch, ob sie in einer Gedenkstätte waren oder nicht. Da zeigt sich, dass Jugendliche, die in einer

Gedenkstätte waren, nicht kritischer über die DDR denken als die, die nicht in einer Gedenkstätte waren. Das ist ein erster Befund.

Wir haben manchmal auch den Begriff und die Vorstellung von Gedenkstätten, dass diese als "demokratische Waschmaschinen" verstanden werden. Man schickt die Leute da rein und dann kommen sie geläutert, sauber, wieder raus. Das greift auch zu kurz. Die Gedenkstätten verstehen sich selbst nicht so. Die Gedenkstättenleitungen werden immer sagen: „Nein, das ist nicht unser Selbstverständnis als Gedenkstätte, dass wir so funktionieren.“ Und auch die Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen auch nicht.

Wir haben natürlich das Problem, dass wir die DDR-Geschichte oft am Ende der zehnten Klasse verankert haben. Dass man ganz oft Gedenkstätten dazu nutzt, um das, was im Unterricht zu kurz kommt, noch in einem Tag, in so einem Zwei-Stunden-Programm oder einer Führung nachzuholen. Wir wissen, Schulleitungen sind dann zufrieden. Wenn wir in einer Gedenkstätte waren, sagt der Schulleiter immer: "Super, die Eltern sind zufrieden." Die Frage ist, was denn am Ende eigentlich dabei rauskommt?

Wir wissen von Jugendlichen, die nach Berlin fahren, die gucken sich geschichtskulturell so viel an, dass die nachher oft gar nicht mehr wissen, ging es jetzt um die NS-Geschichte oder um die DDR-Geschichte? Wo waren wir denn eigentlich gerade? Weil wir Jugendliche oft auch damit ein bisschen überfordern. Ein Gedenkstätten-

besuch, der braucht Zeit und das ist eben kein Ausflug, sondern es ist eine Exkursion.

Exkursionen führen aus dem Unterricht heraus, sie führen aber auch in den Unterricht wieder herein. Das heißt, man muss so ein Gedenkstättenbesuch entsprechend verankern. Und das bedeutet auch, dass es eine ganz enge Kooperation zwischen den Lehrkräften und den Mitarbeitenden in den Gedenkstätten braucht. Wo man im Idealfall weiß, wer der Ansprechpartner, die Ansprechpartnerin an der Gedenkstätte ist und das ist dann auch Bürokratie, die zu leisten ist. Ich rufe an, wir besprechen vorher, welche Erwartungen, welche Fragen meine Schüler und Schülerinnen haben, wenn sie in eine Gedenkstätte kommen. Welche Voraussetzungen bringen sie mit.

Wir reden auch von Unterricht in einer postmigrantischen Gesellschaft. Wir haben Jugendliche, für die ist die DDR-Geschichte ganz weit weg, weil sie eine Zuwanderungsgeschichte haben. Wir haben wahnsinnig viele traumatisierte Jugendliche. Deswegen wäre ich mit diesem Punkt, dass wir emotionalisieren und Betroffenheit schaffen müssen, doch ein bisschen vorsichtig und würde auch an einigen Stellen zur Versachlichung raten. Wie gehe ich mit diesen Jugendlichen um, die mitunter aus diktatorischen Ländern geflohen sind und jetzt an so einen Ort kommen? Das ist eine ganz wichtige Information für die Leute, die in den Gedenkstätten arbeiten und die natürlich wissen wollen, auf wen bereite ich mich eigentlich vor. Wie kann ich sowas wie Besucher- und Besucherinnen-, Teilnehmenden-Orientierung in den schmalen Rahmenbedingungen über-

haupt gewährleisten? Deswegen sage ich, dass diese Eintagesveranstaltungen sehr viele Voraussetzungen haben.

Ein Beispiel aus meiner Schulerfahrung in Nordrhein-Westfalen ist, dass es dort die sogenannten Bildungspartnerschaften gibt. Das heißt, es gibt zwischen außerschulischen Lernorten und Schulen Kooperationsverträge. Das fand ich aus der Perspektive einer Lehrkraft total gut, weil ich immer wusste, dass in der Gedenkstätte Mitarbeitende sind, mit denen ich schon ein paar Jahre zusammengearbeitet habe. Die rufe ich kurz an, ich weiß, was die von mir erwarten und die wissen, was ich mitbringe. Wir können uns vorher auf einem kurzen Dienstweg austauschen. Und wir können diesen Gedenkstättenbesuch gemeinsam in der Kooperation miteinander erarbeiten. Man weiß genau, wie was funktioniert. Das habe ich als sehr ertragreich empfunden, weil es auch auf eine Längerfristigkeit ausgelegt ist. Das verhindert dann auch solche Ad-Hoc-Veranstaltungen und man kann das Potenzial, was Gedenkstätten haben, besser ausschöpfen, weil ich eine ganz andere Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischem Lernort habe.

Bittner: Es ist auch ein ganz konkretes Projekt in der Resolution erwähnt worden. Es gibt die KMK-Empfehlung für einen Schulprojekttag am 9. November. Was ist denn das Defizit bei der Umsetzung dieser Empfehlung, Frau Nooke?

Nooke: Da kann jetzt nicht ins Detail gehen, aber wir hören immer wieder, es ist zu Teilungs- und DDR-Geschichte nichts ge-

macht worden oder bei uns hat es keine Rolle gespielt. Da ist es eine gute Idee der Kultusministerkonferenz, den 9. November zu einem Tag zu machen, an dem man sich mit Geschichte beschäftigt, natürlich auch mit der doppelten Bedeutung des 9. November als Tag der Reichspogromnacht und als das freudige Ereignis des Mauerfalls im Ergebnis der Friedlichen Revolution. Da steckt ja unheimlich viel drin. Und dann steht natürlich die Frage, wofür sich die Lehrkräfte an dieser Stelle entscheiden, man kann ja nicht alles gleichzeitig machen. Von unserem Eindruck her, auch bei den Kolleginnen und Kollegen Landesbeauftragten, spielt das nicht so eine große Rolle. Wir haben in der "Kommission Friedliche Revolution und Deutsche Einheit", die die Bundesregierung in den Jahren 2019/2020 eingesetzt hat, auch die Forderung gestellt, dass es wichtig ist, solche Jahrestage in den Mittelpunkt zu stellen, auch den 17. Juni stärker zu verankern. Ich glaube, es wird vieles Gutes angedacht, es gibt tolle Projekte, aber es hapert an der Umsetzung.

Bittner: Herr Lamprecht, gibt es Schulprojekttag am 9. November, an die Sie sich erinnern?

Lamprecht: Ja, meine Schule macht zufällig solche Sachen. Das ist unterschiedlich profiliert. Ich würde zustimmen, dass wir diese Gedenkmomente nutzen sollten. Ob das der 9. November ist oder der Leipziger Heldengedenktag im Oktober. Man könnte ja auch überlegen, ob man dieses Datum nimmt, um nicht diese Ballung am 9. November mit der Reichspogromnacht zu haben. Aber diese Dinge sind wichtig

und wir sollten das unterstützen. Ob man das nun gesetzlich hinbekommt oder nicht, das muss man überlegen.

Ich möchte nochmal diesen Gedanken unterstützen, den Frau Klausmeier angesprochen hat. Wir Lehrkräfte brauchen zur Vermittlung von Geschichte Strukturen, die uns helfen, diese Dinge an die Schule zu bringen. Die Besuche in den Gedenkstätten, da würde ich Ihnen zustimmen, die müssen natürlich vorher und nachher entsprechend eingeleitet und abgerundet werden. Wenn wir die Struktur haben würden, die es den Lehrkräften möglich macht, zu sagen: „Ich melde das an und das läuft.“, dann werden die das im Unterricht auch entsprechend machen. Denn ich glaube, die Mehrzahl der Lehrkräfte in Geschichte ist daran interessiert, diese Themen ordentlich zu vermitteln. Wenn wir die Strukturen etwas einfacher präsentiert bekämen, dann würde das besser laufen, inklusive Vor- und Nachbereitung, die wichtig ist.

Und noch eine kleine Anmerkung. Wir haben natürlich eine geänderte Schülerschaft. Das Thema Migration beschäftigt uns überall. Ich kann von den Projekten, die ich persönlich über die Schule oder über benachbarte Schulen begleitet habe, mit Gedenkstättenfahrten oder Zeitzeugen-Besuchen, sagen, dass es dann ziemlich egal ist, ob da syrische oder afghanische oder deutsche Schülerinnen oder Schüler sitzen. Dieses Erlebnis bewirkt etwas. Sie kommen näher ran, als wenn ich nur eine „theoretische Quelle“ bearbeite. Wir wollen nicht überwältigen, aber wir wollen Geschichte heranbringen an die Seelen der jungen Leute, die manchmal durch etwas

fluide Narrative oder durch die Vielzahl der TikTok-Beiträge und so weiter geflutet werden. Es wäre uns wichtig, dass wir da eine strukturelle Unterstützung bekommen.

Bittner: Weil wir die ganze Zeit immer TikTok bashen, gibt es vielleicht auch eine Chance, mit TikTok anders Geschichte zu vermitteln? Von DDR-Geschichte habe ich da bisher allerdings wenig gelesen.

Klausmeier: TikTok hat eine ganz spezifische, eigene Logik, weil der Algorithmus ganz anders funktioniert als beispielsweise auf Instagram. Alles, was skandalisiert wird oder wo es sehr emotional wird, hat die Chance, auf der For-You-Interest-Page zu erscheinen. Es steckt vom Prinzip her sehr viel mehr das drin, was zu Emotionen führt. Ich finde irgendwas, was ich eigentlich gar nicht gesucht habe, was mich aber dann doch interessiert, wenn ich es sehe, weil es die Emotionen anspricht. Das heißt, es muss natürlich sehr stark über Emotionen und Skandalisierung gehen. Das hat insofern Potenzial, dass wir diese mediale Eigenlogik im Unterricht stark machen müssen und besprechen müssen, wie das eigentlich funktioniert. Wie funktioniert TikTok, wie funktioniert YouTube, wie funktioniert Instagram? Um damit umzugehen, um zu verstehen, dass alles, was irgendwie reißerisch ist, einen hohen Verbreitungswert bei beispielsweise TikTok hat. Und wir müssen Jugendliche dafür kompetent machen, damit umzugehen. Das heißt eben auch, sie müssen das dekonstruieren können und wissen, wie der Algorithmus funktioniert. Das ist bislang im Unterricht zu wenig Thema, finde ich. Was sehr schade ist, weil es die Lebenswirklichkeit der Schüler betrifft.

Bittner: Wir reden die ganze Zeit vom Geschichtsunterricht, Frau Günther-Wünsch. Gibt es eigentlich auch andere Bereiche des schulischen Lebens, des Unterrichts, in denen DDR, wo der Osten Deutschlands eine Rolle spielen kann? Kann man das nicht auch in Deutsch oder in anderen Fächern integrieren?

Günther-Wünsch: Das Thema Demokratiebildung ist nun schon sehr lange in aller Munde. Und in diesem Kontext ist es Aufgabe aller Fächer und grundsätzlich ein Thema in der Schule. Wir haben es im Politikunterricht drin, man wird es im Deutschunterricht haben. Da wird es Autoren und Dichter geben, die auch aus dieser Generation, aus dieser Historie stammen. Wo das Ganze mit aufgegriffen wird, ist selbstverständlich vollkommen unbenommen.

Bittner: Herr Lamprecht, sie leiten den Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer, ist dieser Ansatz auch mit Kollegen aus anderen Fächern gemeinsam zu machen, gibt es den?

Lamprecht: Ja, natürlich, das nennt sich Projektarbeit, die ist im Alltag oft strukturell wieder schwierig zu implementieren. Aber an meiner Schule haben wir das manchmal schon gemacht, dass wir uns zum Beispiel mit Deutsch, Kunst, Musik, Ethik, Geschichte zusammengesetzt haben, manchmal zum Thema Nationalsozialismus, manchmal zum Thema DDR-Geschichte. Das gibt es auch an anderen Schulen. Ich habe da interessante Erfahrungen gemacht. Aber es ist ein heroischer Akt, so etwas durchzusetzen und durchzuführen. Das schafft man nicht jedes Jahr, in der normalen Struktur einer Schule jedenfalls nicht.

Bittner: Aber unter Heroismus machen wir es jetzt hier nicht, oder? Ich merke, dass es im Saal schon sehr viel Bedarf gibt, über das, was wir hier besprochen haben, zu reden, Anregungen zu geben, Fragen zu stellen. Dann würde ich mal sagen, legen wir los und geben das Mikrofon für die Diskussion mit den Anwesenden frei.

Alexander Bauersfeld, Hannover: Es gab schon in der alten Bundesrepublik einen Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) zur deutschen Frage. Da hat man frühzeitig erkannt, dass es Fahrten in die DDR geben muss und nach Ost-Berlin, die vor- und nachbereitet wurden. Und diesen KMK-Beschluss, das wurde hier auf dem Bundeskongress schon besprochen, den sollte man wiederbeleben. Das ist seit vielen Jahren Thema. Es ist richtig verpennt worden, nicht von den Landesbeauftragten, sondern von den Politikern.

Das Zweite - es gibt eine Masse von Lehrern, die meines Erachtens gar nicht daran interessiert sind, dieses Thema aufzunehmen, weil sie sich in der DDR gut eingerichtet hatten als Geschichtslehrer oder Lehrer für Staatsbürgerkunde. Die haben natürlich überhaupt kein Interesse, dieses Thema zu behandeln. Das hat der Autor Roman Grafe erlebt, der viele Jahre kämpfen musste, um sein Buch über deutsche Grenzer herauszubringen. Ein ehemaliger Offizier der Grenztruppen hat jahrelang gegen dieses Buch prozessiert. An der Stelle muss ich sagen, dass ich das selber von der UOKG (Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft) aus auch erlebe. Wir reisen mit unserer Ausstellung „Mauern Gitter Stacheldraht“ durch die

Bundesrepublik. Dabei erlebe ich oft, dass Lehrer mir sagen, das muss ich erst in meinem Lehrerkollegium besprechen, weil es da Widerstand gegen dieses Thema geben könnte.

Das Dritte - mir gefällt dieser Ost-West-Gegensatz nicht, der hier konstruiert wird. Das wird natürlich vor allem von den Extremisten immer gern befeuert. Und das möchte ich hier überhaupt nicht befeuern. Für mich gibt es diesen Ost-West-Gegensatz in dieser Schärfe nicht. Und als Letztes, es muss Lehrstühle geben für neuere Geschichte. Natürlich ist es schwierig, wenn Geschichte noch qualmt, dass man sich mit der Geschichte beschäftigt. Das ist schon schwierig. Aber der Forschungsverbund SED-Staat wird gerade beerdigt. Und da erwarte ich, dass aus der Politik nicht nur schöne Worte kommen, sondern aktiv neue Lehrstühle geschaffen werden.

Bittner: Ich deute das jetzt mal als Unterstützung für die Resolution. Frau Günther-Wünsch, wie steht es mit Berlinfahrten?

Günther-Wünsch: Sehr gern, Berlin freut sich über junge Menschen, die zu uns kommen und die wir gern an den entsprechenden Gedenkstätten, außerschulischen Lernorten, begrüßen. Das nehme ich sehr gern mit und ich kann Ihnen, glaube ich, auch zusichern, dass wir diese Debatte führen werden, auch darüber, was in der Vergangenheit in der KMK schon besprochen worden ist. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir dann auch wirklich schauen: was gab es schon, was ist die Forderung der Resolution? Wie können wir diese Sachen miteinander verknüpfen? Wie kann

man da eventuell auch etwas wiederbeleben, was Sie gerade als gelingend oder gelungen herausgestellt haben? Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Nur lassen Sie uns erst mal in der KMK die Resolution besprechen und dann würde ich gern Rückmeldung geben.

Zu den Lehrstühlen ist Frau Klausmeier die Aussagekräftigere und sie hat ihren Standpunkt schon geäußert. Es ist immer ein Bundesthema, die Frage der Lehrstühle. Wir führen auch mit der KMK immer wieder Debatten darüber, was die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung mit Forschung, auch mit Lehrstühlen zu tun hat. Wo müssen Mittel erhöht und zusätzlich eingestellt werden? Das sind hochpolitische Debatten, da haben Sie vollkommen recht. Da treffen unterschiedliche Interessen und unterschiedliche politische Ansichten aufeinander. Für Berlin kann ich sagen, dass wir immer ein Interesse daran haben, in diesen Kontexten weiterzuarbeiten und das Ganze auch zu begleiten und zu fördern. Aber die KMK besteht aus 16 Bundesländern.

Christian Boos, Berlin: Ich wollte auch noch mal ganz kurz etwas zu den Lehrstühlen sagen. Ich fand die Argumente von Frau Klausmeier natürlich durchaus überlegenswert, dass es keine Alibiveranstaltung werden darf. Dass man sagt, jetzt haben wir den Lehrstuhl in X oder Y und damit haben wir unsere Hausaufgaben gemacht. Auch über diese breite Streuung, die Sie da erwähnt haben, sollte man gut nachdenken. Ich würde allerdings doch zu bedenken geben, dass es - Sie haben ja sehr stark aus didaktischer Sicht argumentiert - noch sehr viele harte Forschungsfragen in

der DDR-Forschung gibt. Ich meine damit offene, weiße Flächen, die nicht beackert sind. Ich will nur zwei Punkte nennen. Wir erleben es ja in Europa, dass bestimmte Phänomene des Kalten Krieges zurückkommen. Was zum Beispiel Herr Putin an Interventionen gegenüber dem Westen macht, ist sehr ähnlich dem, was zu kommunistischen Zeiten auch passiert ist, nur ein bisschen modernisiert. Es würde sich sehr lohnen, da noch mal nachzuforschen und sich das genauer anzugucken.

Ein zweites Thema sind die Mentalitäten, die durchwandern die Systeme von der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus bis in die DDR, möglicherweise bis heute. Das ist ein großes Thema und wir wissen fast nichts darüber. Es gibt da viele blinde Flecken, die sehr dafür sprechen, dass dazu qualifizierte DDR-Forschung gemacht wird. Wenn man sich die großen Forschungsinstitute anschaut, die das in den 90er Jahren, Anfang der 2000er Jahre gemacht haben, die haben inzwischen alle ihr Forschungsprofil verändert. Auch die Stasi-Unterlagen-Behörde, wo ich herkomme, macht keine Grundlagenforschung mehr, sondern gibt Editionen heraus. Es gab da einen Substanzverlust, der kompensiert werden müsste. Und darum geht es, glaube ich, die organisatorische Frage ist dann zweitrangig.

Lothar Tautz: Ich organisiere mit und für den Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“ seit 25 Jahren Schulprojekte zur DDR-Geschichte. Wobei sich unser Verein, das sage ich nur der Vollständigkeit halber dazu, in der Geschichtsvermittlung um beide Diktaturen kümmert. Das mache

ich nebenberuflich oder habe es nebenberuflich gemacht, diese Schulprojekte zu organisieren, vor allem zusammen mit den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur oder den Landeszentralen für politische Bildung. Ich will auf ein Defizit aufmerksam machen, das bisher noch nicht benannt worden ist; damit verbunden habe ich auch eine Frage. Bis vor 15 Jahren etwa sind wir gut mit unseren Angeboten in die Schulen reingekommen. Das bezieht sich fast ausschließlich auf die Ost-Bundesländer, weil es viele Lehrer gab, die gesagt haben: „Wenn wir mit Zeitzeugen an die Schule kommen, brauchen wir Lehrer und Lehrerinnen die DDR-Geschichte nicht zu behandeln. Die machen da ein, zwei, drei Schulprojektstage und dann ist die Sache erledigt. Denn wir waren ja selber zu DDR-Zeiten schon Geschichtslehrer oder eben vielleicht manchmal auch Staatsbürgerkunde-Lehrer und sind froh, dass wir das jetzt unseren Schülern gegenüber nicht selber von einem ganz anderen Blickwinkel authentisch oder nicht-authentisch darbringen oder darstellen sollen.“ Vor 15 Jahren begann der Generationswechsel in der Lehrerschaft, das haben Sie schon genannt. Es gibt jetzt sehr viel mehr Lehrer, die mit DDR-Geschichte aus eigener Erfahrung nichts zu tun hatten. Auch da kommen wir wieder gut in die Schulen hinein, weil wir diese Lehrerinnen und Lehrer auch gut unterstützen können.

Jetzt gibt es ein neues Phänomen und das haben Sie noch nicht besprochen. Wir kommen wieder gut in die Schulen rein und haben mehr Möglichkeiten, als wir eigentlich finanziell oder personell abdecken können, weil es gar keine Geschichtslehrer



mehr gibt. Das ist das Problem. Und meine Frage ist nun an die KMK, aber auch an die Vertreter und Vertreterinnen des Geschichtslehrerverbandes, wie sieht es denn mit dem Nachwuchs aus? Ich bin jetzt fast 75 Jahre alt und ich habe das Gefühl, ich werde noch so aus dem Sarg heraus Schulprojekte zur DDR-Geschichte organisieren.

Bittner: Wie attraktiv ist der Beruf des Geschichtslehrers, der Geschichtslehrerin?

Günther-Wünsch: Ich glaube, das hören wir nicht allzu oft, dass es an Geschichtslehrern mangelt. Es mangelt grundsätzlich an Lehrkräften, das stimmt. Wir haben bundesweit einen Fachkräftemangel, der unterschiedlich ausgeprägt ist.

Die KMK hat gerade im letzten Jahr dazu ein Gutachten der ständigen wissenschaftlichen Kommission bekommen. Wie können wir die Lehrkräfte-Ausbildung, also auch das Studium attraktiver machen?

Wie können wir den Zugang verbreitern? Da spielen weitere Fragen eine Rolle: das Duale Studium, wird es das geben? Wenn ja, in was für einer Form? Wird es Ein-Fach-Lehrkräfte geben? Es gönnt sich tatsächlich nur Deutschland diesen Luxus, dass es zwei, teilweise auch noch mehr Fächer sein müssen. Wenn wir auf die Grundschulen schauen, wenn wir in andere Länder schauen, wie Frankreich, England, ist das gang und gäbe, nur Ein-Fach-Lehrer zu haben. Damit könnte man einen Teil der Seiten- und Quereinsteiger qualifizieren und im System behalten, gerade für die Metropolen. Das Thema der zugewanderten Lehrkräfte, die in ihren Herkunftsländern studiert haben, die man sicherlich noch mal im Sinne des Schulgesetzes methodisch, didaktisch nachqualifizieren muss, ist aufzugreifen. Das heißt Zugänge verbreitern, ungehobene Ressourcen heben und die Attraktivität steigern.

Wir sehen ja auch die Studien, dass unsere Bildungsqualität seit Jahren leidet, wenn

wir uns die nationale wie internationale Vergleichbarkeit in unserem Bildungssystem anschauen. Trotzdem hat Deutschland als einziges Land eine fünfjährige Studienzeit mit einer 18 bis 24 Monaten Referendarzeit hinten dran. Das heißt, wir sind, wenn wir im Vergleich schauen, international die Einzigen, bei denen das Lehramtsstudium so lang dauert. Das heißt, wir müssen auch fragen, ob das Lehramtsstudium, so wie es jetzt stattfindet, tatsächlich noch angemessen ist auf einem hart umkämpften Arbeitskräftemarkt. Junge Menschen zu begeistern für fünf Jahre plus 18 oder 24 Monate, mit dem Wissen im internationalen Vergleich, dass ist augenscheinlich nicht der Königsweg.

Ich würde mir wünschen, dass wir auch einen viel größeren Fokus auf die dritte Phase, die Fort- und Weiterbildung, legen. Das machen auch die Länder, die andere Bildungsqualitäten generieren. Das ist jetzt ein Wunsch aus Berliner Sicht, den teilen einige Ministerkolleginnen und -kollegen, aber nicht alle 16. Ich glaube aber, wie gesagt, dass es ein paar Ressourcen gibt, Ein-Fach-Lehrkräfte, zugewanderte Lehrkräfte und mehr Praxisorientierung. Das ist das, was uns junge Menschen, was uns Nachwuchslehrer immer sagen, dass der Anteil der Theorie sehr groß war, dass es weiterhin im Studium einen sehr hohen Akademisierungsgrad gibt und wenig Orientierung für die Praxis.

Was ich Ihnen aus der Statistik auch sagen kann, ist, dass wir im System Schule tatsächlich noch am meisten Historiker und Geschichtslehrer haben. Den Physik-Schulleiter, den wird es gar nicht mehr geben, weil er Physik unterrichten muss, weil Ma-

thematik und Physik die größten Mangel-fächer sind. Ich glaube, wir müssen grundsätzlich über die Attraktivität des Lehramtsstudiums, aber auch des Lehramtsberufs sprechen. Da bin ich wieder beim Thema: wie bürokratisch muss der Schulalltag sein, welche Unterstützungssysteme braucht es, um Schule für eine postmigrantische Gesellschaft, für Digitalisierung gut aufzustellen? Das geht jetzt weit über das aktuelle Thema hinaus, hängt aber zwingend damit zusammen.

Bittner: Wie sieht es mit dem Nachwuchs bei Geschichtslehrern aus, Herr Lamprecht, wo kommen die Quereinsteiger her und was haben die vorher gemacht?

Lamprecht: Die Frage der Quereinsteiger würde ich erstmal zur Seite schieben. Ich möchte Sie aus meiner Erfahrung beruhigen, denn das Problem betrifft Geschichte wirklich eher weniger.

Aber das Problem insgesamt ist so drastisch, dass uns noch Augen und Ohren klingen oder übergehen werden. Ich habe letztes Jahr eine Tagung mit dem damaligen hessischen Kultusminister besucht. Da habe ich gestaunt, als er uns vorgerechnet hat, dass in Hessen beim Abiturjahrgang jeder Vierte Lehramt studieren müsste, um den künftigen Lehrkräftemangel aufzufangen. Jeder Vierte, glaubt der das im Ernst? Das werden vielleicht drei, vier Prozent sein, aber es wird nicht jeder Vierte Lehramt studieren. Da kommt also ein ganz gewaltiges Problem auf uns zu. Ich stimme Ihnen zu, dass auch diese dritte Phase der Lehrerausbildung an den Schulen gestärkt werden muss. Aber dann bitte kräftig und

nicht nach dem Motto, liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr müsst das machen. Einfach so, ohne Struktur, ohne Entlastung und so weiter und so fort.

Und natürlich müssen wir schauen, wo noch neue Kreise sind, Quereinsteiger, Menschen, die vorher in anderen Ländern unterrichtet haben. Wie können wir die hineinbringen? Aber es muss fachlich bleiben. Wir vom Geschichtslehrerverband betrachten mit Sorge, dass es in einigen Studiengängen Entwicklungen gibt, die uns in Sachen Entfachlichung nicht gefallen. Und auch die Lehrkräfte-Ausbildung, die zweite Phase, ist zum Teil am Bröckeln. In Mecklenburg-Vorpommern hat man ein interessantes Sparmodell eingeführt, das will ich gar nicht weiter ausführen. Aber dadurch sorgt man dafür, dass Lehrkräfte vor allem in die Sekundarstufe II an die Gymnasien kommen, die fachfremd unterrichten. Das finde ich nicht gut.

Bittner: Weil Sie von der dritten Phase gesprochen haben. In Berlin wird ja gerade ein Landesinstitut aufgebaut. Ist dabei auch an das Thema Geschichte gedacht?

Günther-Wünsch: Ja, das Landesinstitut wird geprägt sein von Standards in der Fort- und Weiterbildung und da werden solche Themen eine ganz große Rolle spielen.

Klausmeier: Ich möchte noch ganz kurz etwas ergänzen zur De-Professionalisierung des Berufs der Lehrerinnen und Lehrer, die wir jetzt gerade erleben. Ich erlebe Studierende, die in ihrer ersten Staatsprüfung bei mir sitzen und wenn ich sie frage:

„Wie sieht es aus, wann gehen Sie in den Schuldienst?“ bekomme ich jetzt ganz oft die Antwort: „Ich gehe jetzt erst mal nach Sachsen-Anhalt als Vertretungslehrer. Da verdiene ich schon mal ganz gut Geld und kann mir diese Zeit dann auf die Verkürzung des Referendariats anrechnen lassen. Dann habe ich nur so ein Speed-Referendariat von zwölf Monaten, wo ich weniger Geld verdiene.“ Dort passiert aber noch eine ganz wichtige Ausbildungsphase. Aber auf diesem, verkürzten Weg sind Studierende ganz schnell irgendwie im Beruf als Lehrer und Lehrerin. Es sind also schon gewichtige strukturelle Probleme, die wir mit Schmerzen beobachten.

Bittner: Das wäre noch mal ein ganz eigenes Thema, wie der Lehrernachwuchs gewonnen werden kann.

Christoph Becke, Nordrhein-Westfalen: Wir haben seit etwa 15 Jahren ein Zeitzeugenprojekt in Zusammenarbeit mit der Bochumer Hochschule, daran ist das Institut für Deutschlandforschung beteiligt. Wir sind zurzeit etwa noch zwölf Betroffene aus der ehemaligen DDR, die das System von der bitterbösen Seite kennengelernt haben. Und ich muss immer wieder feststellen, dass es in den Schulen - ich kann jetzt nur für Nordrhein-Westfalen sprechen - nur ein Bemühen seitens der Lehrer ist. Es gibt viele Lehrer, die ein Zeitzeugen-Projekt wollen, aber nicht dürfen, weil irgendwelche Strukturen dagegen sind oder der Direktor das nicht will. Und die Lehrer sind oft hilflos, weil sie selber keine Ahnung haben und dann froh sind, wenn mal jemand vorbeikommt. Dort haben wir im Laufe der Jahre festgestellt, dass es überhaupt keine Struk-

tur im Geschichtsunterricht gibt. Der Unterricht hört 1945 auf. Dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Kinder nicht lernen, dass es ab 1933 bis 1989 in der einen Hälfte von Deutschland eine durchgehende Diktatur gab und bei der anderen Hälfte eben nur bis 1945. Bis 1945 lernen sie das noch intensiv. Aber was dann? Den Osten lernen sie eben nicht mehr. Und ich finde, die Struktur im Unterricht muss so sein wie Mathematikunterricht. Wenn die nämlich nicht dividieren und multiplizieren lernen, können sie andere Dinge auch nicht. Das ist im Geschichtsunterricht nicht der Fall. Ich habe manchmal den Eindruck, wenn die Schülerinnen und Schüler vier Jahre Geschichtsunterricht haben, dann lernen die wahrscheinlich zehn Jahre, na zehn Jahre ist übertrieben, etliche Monate mehr vom Dreißigjährigen Krieg. Aber was 1945 bis jetzt passiert ist, darüber lernen sie so gut wie nichts. Und das ist der Strukturfehler.

Bittner: Gut, gebe ich mal an Herrn Lamprecht weiter. Stimmt denn das? Ich habe das auch gehört, dass der Geschichtsunterricht 1945 aufhört.

Lamprecht: Darüber haben wir ja schon gesprochen. Das kann eigentlich nicht sein, aber es mag in irgendeinem Schulsystem trotzdem so sein, da gebe ich Ihnen recht. Aber die Lehrpläne in Nordrhein-Westfalen kenne ich. Wir treffen uns halbjährlich zu den Tagungen und tauschen uns aus. Die Lehrpläne sehen es anders vor. Wir haben ja vorhin schon darüber gesprochen, dass manchmal nicht genug Zeit dafür da ist, um das zu vertiefen. Und wenn man an einer Schule ist, die nur die Sekundarstufe I unterrichtet, dann kann es tatsächlich passie-

ren durch diese Mischmasch-Modelle, die Gesellschaftswissenschaften, dass dann die Erdkunde-Lehrkraft Erdkunde sehr gut unterrichtet, aber Politik oder Geschichte hinten runterfällt. Oder andersrum. Das kann man diesen Lehrkräften gar nicht vorwerfen. Die müssen fünf Stunden in einer Klasse irgendwie über die Runden bringen. Und Geschichte lernen die dann spätabends nochmal kurz, damit sie das dann knapp vermitteln, aber die können es nicht vertiefen. Und dann mag das passieren, was Sie erzählen, dass vielleicht ein Zehntklässler tatsächlich die DDR nicht behandelt hat. Die Lehrpläne sehen das anders vor und ich glaube, engagierte Lehrkräfte in Geschichte, bekommen das auch hin. Aber aus diesen genannten Gründen kann es natürlich Einzelfälle geben, wo es nicht so klappt. Das mag sein.

Klausmeier: Ich kann das nur bestärken. Ich glaube, in Nordrhein-Westfalen (NRW) ist es zumindest mit den neuen Kernlehrplänen gerade wieder gestärkt worden, dass die DDR-Geschichte überhaupt pointiert im Lehrplan auftaucht. Das fand ich sehr erfreulich, Aber wir wissen auch, dass eine Implementation eines Lehrplans in der Regel 15 Jahre dauert. Davon hängt es eben sehr stark ab. Da sind wir bei einem ganz wichtigen Punkt, der Lehrkräfte-Fortbildung in der dritten Phase und darüber hinaus. Bis die neuen Lehrpläne unterrichtlich wirksam werden, braucht es eine lange Zeit. Ich hatte letztes ein Interview mit einer Lehrkraft aus NRW, die sagte: „Na ja, Lehrpläne kommen und gehen. Was bleibt, das ist mein Unterricht.“ Das bringt es auf den Punkt, wo das Problem eigentlich liegt. Wie kann man eine Bildungsqualität auch

in der dritten Phase der Lehrkräfte gewährleisten, wenn es die Auffassung gibt, ich bin verbeamtet, ich habe meine Lebenszeitstelle und unterrichte. Wie kriege ich die Lehrkräfte dazu, noch zur Fortbildung zu gehen, sich weiterzubilden, die Unterrichtsqualität auch entsprechend sicherzustellen. Das sind natürlich wichtige Fragen, die auch für die Qualität des Bildungssystems zentrale Fragen sind.

Bittner: Ist das so, Frau Günther Wünsch, dass man, wenn man verbeamtet ist, die Unterrichtsvorbereitung der letzten 20 Jahre weiterverwendet?

Günther-Wünsch: Ich würde gerne noch zwei Sachen ansprechen. Ich kann aus der Sicht der Senatorin des Bundeslandes sprechen, das gerade als letztes verbeamtet und noch einen hohen Anteil Tarifbeschäftigter hat. Ich glaube, dass ich gerade Landesbeamte noch einfacher verpflichten kann als Tarifbeschäftigte. Da ist der Hebel schon ein wenig kräftiger. Das schafft man wirklich, indem man Standards einzieht, indem man eine verpflichtende Fort- und Weiterbildung hat, die mit Standards hinterlegt ist. Das muss jedes Ministerium selber festlegen und dann kann man das auch implementieren. Ich möchte Ihnen an einem Punkt ein Stück weit recht geben, ohne dass ich das jetzt für alle Kolleginnen und Kollegen pauschalisieren möchte, ich sitze ja selber mit im Boot.

Ich glaube schon, neigt sich das Schuljahr dem Ende zu und die Zeit ist knapp, dass es einfacher ist, nach 1945 die westdeutsche Geschichte zu unterrichten, da kommen wir schon bis 1990. Aber machen wir das

für beide Seiten? Ich glaube nicht immer. Und da knüpft das an, was Frau Klausmeier vorhin sagte. Es ist von mehr Kontroversität und von mehr Diskurs geprägt, die ostdeutsche Geschichte mit zu unterrichten. Dazu braucht es eine andere Methodik und Didaktik und es braucht mehr Anstrengungen. Und da kommt dann wieder die Frage auf, wie vorbereitet die Lehrkräfte darauf sind. Fühle ich mich gut qualifiziert, auch diese Kontroverse führen zu können? Deswegen bleibe ich bei meiner Einschätzung, dass es auch etwas mit der Lehrer-Qualifikation zu tun hat. Die Verantwortung will ich gar nicht nur an die Unis schieben. Ich habe ja vorhin schon gesagt, dass das auch eine Aufgabe der Landesministerien ist, zu sagen, wir müssen dort etwas vorhalten, ob wir ein Landesinstitut haben oder nicht. Das ist ja nicht in allen 16 Bundesländern so. Aber wir müssen uns da selber etwas vornehmen, am besten im Schulterschluss vor allem mit den Universitäten. Aber ich glaube, das wird hin und wieder auch so stattfinden, wie Sie das beschrieben haben. Nicht flächendeckend, aber das wird es schon geben.

Bittner: Jetzt machen wir weiter im Publikum.

Silvana Hilliger: Ich möchte zu einem anderen Thema kommen und zwar zur Emotionalisierung der Geschichtsvermittlung. Das spielt ja im Zusammenhang mit historischen Orten und Zeitzeugen und Zeitzeuginnen auch eine Rolle. Wir hatten ja gestern hier ein Panel, das hieß „Diktatur-Erbe in der Seele“. Da ging es darum, inwiefern wir und auch die nachfolgenden Generationen von einem Aufwachsen in einer Dik-

tatur oder in einer autoritären Gesellschaft geprägt sind. Und wie viel Unbewusstes da auch weitervermittelt wird.

Jetzt denke ich, wenn man mit Emotionalisierung arbeitet, was ich in meiner Arbeit – in gedeckeltem Maße – schon auch tue, dass es wichtig wäre, mit den Jugendlichen auch zu reflektieren, was emotional bei mir da passiert und was da aufgedeckt wird. Sie hatten ja gesagt, gerade bei migrantischen Jugendlichen, die jetzt aus Diktaturen geflüchtet sind, kann man da ja schnell auch Traumata aufreißen. Das wäre meine Frage an Sie von der Universität, inwiefern man sowas mitberücksichtigen könnte. Natürlich verstehen sich Geschichtslehrer eigentlich nicht als Gefühls-Reflektoren. Aber eigentlich wäre dieses Thema aus meiner Sicht auch wichtig, weil man nicht nur kognitiv ansetzen kann. Wir haben dieses Jahr das erste Mal mit den brandenburgischen Gedenkstättenlehrerinnen und -lehrern eine Supervision gemacht, um zu reflektieren, welche Gefühle sie selbst haben, wie sie die möglicherweise in ihrer Arbeit projizieren. Und mit welchen Gefühlen sie von den Jugendlichen konfrontiert werden und wie sie damit umgehen können. Das ist ein Feld, das aus meiner Sicht im schulischen Kontext, relativ unterbelichtet ist.

Klausmeier: Vielen Dank für diese wichtige Frage. Die Geschichte von Gefühlen oder überhaupt Emotionen haben beim historischen Lernen im Geschichtsunterricht eine zu marginale Rolle. Das ist schade, weil wir gerade in einer Zeit leben - wir haben vorhin schon über Social Media gesprochen – in der auch in politischen Debatten Gefühle eine Rolle spielen, wo mit Gefühlen

ganz oft Politik gemacht wird, irrationale Ängste geschürt werden und vieles mehr. Das sind alles Dinge, die eine Rolle spielen und die eben auch eine Gesellschaft verändern. Wir haben auch über Mentalitäten gesprochen. Gefühle haben eine ganz starke Wirkmacht, eben auch in der Geschichte und in der Politik. Dementsprechend darf Geschichtsunterricht nicht nur kognitive Lernziele ansprechen. Das ist ganz zentral.

Vorhin ist in einem Beitrag auch gesagt worden, Sie wollen emotionalisieren und Betroffenheit schaffen. Ich glaube, worum es uns eigentlich geht, ist, dass wir nicht emotional überwältigen, sondern Gefühle reflektieren wollen, die auch hervorgerufen werden. Betroffenheit meint für uns nicht, ich schaffe Betroffenheit, weil ich möchte, dass, wenn ein Zeitzeuge kommt, die Kinder zu weinen anfangen oder irgendwie sowas. Das wäre ganz schrecklich. Da würde sofort der Beutelsbacher Konsens greifen und sagen, das ist die totale Überwältigung. Das geht nicht, das muss ganz klar sein. Aber zu sagen, das betrifft mich emotional, wenn mir jemand etwas aus seiner Biografie erzählt und wie es den Lebensweg dieser Person auf diese Art und Weise beeinflusst. Das ist eine Diktatur-Erfahrung, die bis ins Heute hineinwirkt. Und damit betrifft Geschichte auch mich, weil ich im Idealfall Neugier auf eine historische Frage und Interesse, Empathie mitbringe, auch Mitgefühl und den Versuch eines Fremdverstehens entwickeln kann. Da würde ich Ihnen sofort recht geben und sagen: "Das ist ganz, ganz wichtig." Aber das ist was anderes als Emotionalisieren im Sinne von, ich möchte bei den Jugendlichen irgendwie die und die Gefühle bewirken. Das

wäre Überwältigung und das geht nicht. Wir leben in einer Demokratie, da darf das nicht passieren. Aber zu reflektieren, welche Gefühle da sind und was die Gefühle mit einem machen, wie sie Lebenswege und Geschichte prägen, das ist ein ganz, ganz wichtiger Teil.

Lamprecht: Bei den Gedenkstätten-Besuchen ist das ein Stück weit dabei, bei den Zeitzeugen-Besuchen auch. Ich kann jetzt nur von meiner eigenen Schule berichten. Wir haben mehrfach Zeitzeugen mit DDR-Vergangenheit eingeladen, die als Jugendliche Repressionsmaßnahmen erlebt haben. Es war dann sehr bewegend, was mit den jungen Leuten passiert, übrigens auch bei den Migrantenkindern. Wir wollen nicht überwältigen, aber wir wollen eine Spur legen, dass sie merken, das ist etwas, was mir auch hätte passieren können. Und dann entstehen Fragen. Ich weiß noch bei der Begegnung mit Matthias Storck, einem evangelischen Pfarrer, der als Zwanzigjähriger mehrere Monate im Gefängnis saß. Seine junge Freundin war, glaube ich, auch betroffen, von der Stasi verfolgt zu werden. Und als er das erzählt hatte, stand ein afghanisches Mädchen auf und hat diese Betroffenheit nochmal an die „deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler“ transportiert. Da war sofort eine ganz andere Interesse-Ebene geschaffen, als wenn man das Ganze einfach theoretisch behandelt hätte. Wir haben dieses Projekt aber durch eine evangelische Religionsfachkraft richtig begleiten lassen. Die hat in den Arbeitskreisen danach diese emotionale Ebene aufgefangen. Das können wir Geschichtslehrkräfte nicht immer so professionell, aber wir bemühen uns.

Elisabeth Salomon, Sachsen-Anhalt: Ich möchte noch mal einen Gedanken äußern zu dem Gedenktag 9. November als Schulprojekttag. Ich denke, er bietet eine Chance. Und zwar einmal 9. November, Reichspogromnacht, wo ein Mechanismus einer Diktatur ganz offensichtlich wurde, bis 1989, wo praktisch die Phase der Diktatur überwunden wurde. Und von daher denke ich, dass aus Anlass des 9. November Reichspogromnacht bis zum 9. November Mauerfall insgesamt über Diktaturen gesprochen werden kann. Das heißt über die Mechanismen, die in allen Diktaturen gleich sind, natürlich ohne zu vergessen, dass es wesentliche Unterschiede gibt. Das würde, aus meiner Sicht, auf jeden Fall für den 9. November als Schulprojekttag sprechen. Das wollte ich einfach nur ergänzen.

Rita Lüdtko, Neubrandenburg: Ich bin die Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen. Viele Fragen sind bereits angesprochen, ich möchte noch etwas zum Osten ergänzen, im Osten ist es ein bisschen anders. Ich hatte in den ersten zehn Jahren nach der Wende sehr viele Besuche, auch aus dem westlichen Teil. Unter anderem kam auch eine Gruppe Historiker aus Essen. Die hatten sich für eineinhalb Stunden angemeldet, fünf Stunden haben wir diskutiert. Das war so lehrreich. Acht Wochen später kam eine Lehrergruppe aus Niedersachsen, die waren ganz anders. Da habe ich gesagt: "Das sind unterschiedliche Lehrer." Weil das Bildungssystem ja in den einzelnen Ländern ein bisschen unterschiedlich ist. Mit den einen war es wahnsinnig interessant für beide Seiten. Die sind nach Hause gefahren und haben gesagt: "Das war für uns wie eine Hochschul-Lehrstun-

de gewesen, direkt an Ort und Stelle die gesamte Frage zu diskutieren."

Ich möchte nochmal danke sagen, dass wir die Jugend in den Mittelpunkt gestellt haben. Wir stehen an einer gewissen Wende. In den letzten 30/35 Jahren sind viele aus Neugierde auf uns zu gekommen. Teilweise sind so viele gekommen, dass man gesagt hat, uns geht die Puste aus, um vieles rüberzubringen, wie es war, wie es ist. Wir stehen jetzt an der Wende, dass wir fast keine Zeitzeugen mehr haben und immer weniger werden. Wir müssen uns ein neues System insgesamt in unserer Arbeit ausdenken. Und da gehören die Jugendlichen an erster Stelle dazu. Das sind unsere Partner. Ein weiterer Punkt. Wir haben in Neubrandenburg zum Glück eine Hochschule, mit der wir zusammenarbeiten. Unsere Gedenkveranstaltungen sind immer in der Hochschule und teilweise mit der Hochschule zusammen. Wenn wir eine Ausstellung machen, dann nehmen wir Studenten dazu. Die haben in der Darstellung manchmal ganz andere Vorstellungen als wir als ältere Generation. Und das befruchtet beide.

Eine andere Frage ist, dass wir grundsätzlich bei unseren Gedenkveranstaltungen schon langfristige Verträge, Vereinbarungen mit Gymnasien haben, wo Studenten oder Schüler immer Verschiedenes übernehmen - Rezitationen, Kranz tragen und so etwas. Und das ist so weit, dass die Schüler die Beiträge, die sie vortragen sollen, nicht von mir kriegen, sondern dass sie teilweise selbst Gedichte zu der Thematik, die zu Fünfzeilen passt, vortragen. Wo dann unsere noch lebenden Häftlinge

so begeistert sind, dass sich die Jugend so intensiv mit dem Thema befasst hat und dann solche Dinge beitragen. Es ist für mich unbedingt notwendig, dass wir die Zusammenarbeit mit der Jugend ganz anders und wesentlich intensiver gestalten müssen.

Wir haben in den letzten Jahren fast 20 Filme mit noch lebenden Häftlingen gedreht, jetzt haben wir fast keine Häftlinge mehr, die sind alle 90 plus. Was für mich selbstverständlich ist, unsere Schulen bekommen alle unsere Filme, sodass die eigentlich auch ein Basismaterial haben. Was wir als Arbeitsgemeinschaft haben, das geht einmal ans Schulamt und direkt an verschiedene Schulen. Wenn wir wieder was Neues haben, dann wird erst mal verschickt. Und das ist eine gewisse Grundlage, dass sie nicht mit null zu uns kommen, wenn Jugendliche kommen. Aber die Zusammenarbeit mit der Jugend ist unser wichtigster Punkt für die Zukunft.

Bittner: Danke für diesen Beitrag: Er war wichtig, damit nicht hier im Raum stehen bleibt, dass es eine desinteressierte, uninteressierte und unwissende Jugend gibt. So ist es offensichtlich nicht, wenn man persönliche Erfahrung von Ihnen hört.

Teilnehmer, der seinen Namen nicht genannt hat: Ich möchte noch mal in Erinnerung bringen, dass das Thema dieser Podiumsdiskussion "DDR - Fußnote der Geschichte?" heißt. Vorhin habe ich bei Frau Klausmeier gehört, dass man sich schon wundert, dass es viele ostdeutsche Jugendliche gibt, die sich immer mehr oder plötzlich wieder mit dem Osten identifizieren.



ren. Da fällt uns gerade etwas auf die Füße, was ursächlich auch mit der politischen Bildung, mit dem Geschichtsbild dieser Jugendlichen zu tun hat. Wir überlassen den Elternhäusern oder den Großelternhäusern die Deutung und die Erklärung des Ostens. Es ist versäumt worden, in den letzten 35 Jahren für objektive Bildung zu sorgen. Dass die Kinder und Jugendlichen auseinanderhalten können, was eine Demokratie ist und was eben nicht und wie man damit umgeht. Und ob das, was im Kindergarten oder bei der Kinderbetreuung von Oma und Opa erzählt wird, vernünftig war. Das ist ein bisschen eine Diskussion im akademischen Elfenbeinturm. Ich verstehe auch nicht, wie ein Lehrer am Ende des Schuljahres grundsätzlich einfach entscheidet, wir lassen jetzt mal 40 Jahre Deutsche Geschichte weg, aus was für Gründen auch immer. Es muss doch verpflichtende Pläne, verpflichtende Schulpläne geben, wo man sagt: „Nein, Leute, ihr müsst das durchziehen. Die Kinder, die Jugendlichen müssen

genau das erfahren.“ Ich finde, wenn wir das jetzt weiter schleifen lassen, überlassen wir dieses Thema Leuten mit radikaleren Ansichten, die genau das romantisieren, was wir aus der DDR-Zeit nicht wollen. Wir als Betroffene, als Häftlinge, als Zeitzeugen. Ich denke, da muss mehr Druck und mehr Professionalität dahinter. Und es ist wichtig, einen Lehrstuhl extra für DDR-Geschichte zu schaffen oder für jüngere deutsche Geschichte. Ich sehe in den letzten 35 Jahren immer mehr, dass die Bildungslandschaft, was das angeht, abgebaut wird. Aber es wird nichts dafür getan. Und es hat auch etwas mit der Achtung vor den Menschen dieses Teiles von Deutschland zu tun, dass man das auch hier mehr repräsentiert.

Bittner: Vielen Dank. Ich lasse das jetzt mal als Schlusswort stehen. Eins können wir, glaube ich, für diesen Vormittag sagen, dass heute Vormittag die DDR nicht Fußnote der Geschichte war. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Gedenkveranstaltung in Erinnerung an das sowjetische Speziallager in Ketschendorf

Grußwort

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Zum Abschluss unseres Bundeskongresses versammeln wir uns hier am Massengrab des ehemaligen sowjetischen Speziallagers Nr. 5 in Ketschendorf zum Gedenken an die Opfer von Diktatur und Terrorherrschaft.

Ich begrüße sehr herzlich die Präsidentin des Brandenburger Landtags, Frau Prof. Dr. Liedtke, die uns schon zu Beginn des Kongresses gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten den Empfang gegeben hat. Vielen Dank, dass für Sie dieser Kongress so wichtig ist, dass Sie die Rede bei dieser Gedenkveranstaltung übernommen haben.

Ich begrüße den Landrat des Landkreises Oder-Spree, Herrn Frank Steffen, den Bürgermeister von Fürstenwalde, Herrn Matthias Rudolph, und den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Uwe Koch.

Ein herzliches Willkommen an den Vorsitzenden der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf, der anschließend ein Grußwort sprechen wird.

Lieber Herr Fichtmüller, es ist uns eine große Freude, dass Sie als Vorsitzender die Verantwortung für die Arbeit der Initiativgruppe



übernommen haben. In Ihrem Verein hat es einen Generationenwechsel gegeben, der an vielen anderen Orten auch dringend wird. Vielen Dank für Ihre ehrenamtliche Arbeit, die eine große Herausforderung ist.

Für die musikalische Umrahmung geht mein Dank an Ralf Benschu am Saxophon.

Und damit sind wir bei der jüngsten Generation angekommen. Ich freue mich, dass Schülerinnen und Schüler des Oberstufenzentrums Oder-Spree, Fürstenwalde unter Begleitung des Gedenkstättenlehrers In-

golf Pötsch sich an dem Gedenken durch die Lesung aus Briefen von Menschen beteiligen, deren Angehörige hier in Ketschendorf gelitten haben.

Ketschendorf war Teil des sowjetischen Lagersystems in Deutschland. Mindestens 158.000 Menschen waren zwischen 1945 und 1950 in den ostdeutschen Speziallagern des NKWD interniert, davon weit über 120 000 Deutsche. Das Internierungslager Ketschendorf wurde Ende April 1945 in der Siedlung errichtet, durch die wir gerade hierhergekommen sind, als sowjetisches Speziallager Nr. 5 des NKWD.

Mehr als 10.000 Menschen im Alter von 12-72 Jahren wurden hier interniert. Es gibt aber auch mindestens ein Kind, das hier geboren wurde. Die Kinder wurden nicht registriert, deshalb wissen wir auch nicht, wie viele es in Ketschendorf waren und wie viele von ihnen nicht überlebten. Denn ohne Registrierung gab es auch keinen Totenschein.

Unter den Gefangenen befanden sich etwa 500 Mädchen und Frauen und mehr als 1.500 Jungen. In den knapp zwei Jahren bis zur Auflösung des Lagers im Februar/März 1947 kamen 4.722 der hier Internierten ums Leben.

Wer waren diese Menschen, die hier gelitten haben und elendig gestorben sind? Es waren vor allem NSDAP-Mitglieder, die zu den Stützen des NS-Systems gehörten, auch wenn sie nur niedrige Funktionen innehatten. Diktaturen funktionieren nur, darüber haben wir in den vergangenen Tagen auch gesprochen, wenn viele sich anpas-

sen und mitmachen. Hier litten aber auch Menschen, die als Gegner des kommunistischen Systems eingestuft wurden und völlig unschuldig verhaftete Menschen.

Die Gefangenen waren unmenschlichen Umständen ausgesetzt, die von mangelhafter Ernährung über fehlende Hygiene bis zu verweigerter ärztlicher Behandlung reichten. Sie waren menschenrechtswidrigen Bedingungen ausgesetzt. Unter ihnen befanden sich unzählige Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren, denen vorgeworfen worden war, als sogenannte Werwölfe gegen die Besatzungsmacht gekämpft zu haben.

Wir haben bei dieser Konferenz darüber gesprochen, was es für Jugendliche bedeutet, in einer Diktatur aufzuwachsen. Die jungen Menschen, die hier in Ketschendorf interniert waren, mussten dafür büßen, dass sie in einem System sozialisiert wurden und dessen Ideologie verfallen waren, weil sie nichts anderes kennen gelernt haben. Sie wurden Opfer eines neuen, anderen Terrorregimes, das diese Kinder als Bedrohung sah. Ketschendorf mahnt uns, nie wieder diktatorische Systeme zuzulassen und unsere demokratischen Errungenschaften zu schützen.

Grußwort

Christoph Fichtmüller, Vorsitzender der Initiative
Internierungslager Ketschendorf e. V.



Sehr geehrte Frau Dr. Nooke,
sehr geehrte Frau Prof. Dr. Liedtke,
sehr geehrter Herr Rudolph, sehr geehrte
Damen und Herren,

auch ich möchte Sie recht herzlich begrüßen, hier in der Gedenkstätte Ketschendorf. Im Ketschendorfer Lagergedicht heißt es: „Wisst ihr, wo unsere Toten liegen?“ Im „Wäldchen“ – unter grauen Hügeln ruhen

sie aus von allem Leid – ohne Sarg und ohne Kleid.

4.722 Menschen verloren ihr Leben hier nebenan im Lager. Über 17.000 waren inhaftiert. Die meisten Toten wurden Anfang der 50er Jahre in aller Heimlichkeit nach Halbe umgebettet, doch über 100 liegen bis heute hier.

Lange herrschte absolutes Redeverbot, keiner durfte wissen, was hier geschah. Selbst in der Wendezeit, als sich die ersten Leute trafen, um hier Blumen niederzulegen, wurden diese noch von Volkspolizisten entfernt.

1991 gründete sich die Initiative Internierungslager Ketschendorf / Speziallager Nr. 5 e. V. Zunächst galt die Vereinsarbeit vornehmlich der Erinnerung. Gedenkveranstaltungen hier in Ketschendorf und auf dem Waldfriedhof Halbe finden seither zwei Mal im Jahr statt, jeweils im Mai und zum Volkstrauertag. Zu der Erinnerungsarbeit kam die Aufarbeitung. Informationen wurden gesammelt und aufbereitet. Listen, die man aus Moskau erhalten hatte, wurden mühselig übersetzt und ausgewertet.

Akten wurden angelegt und Informationsmaterial erstellt. Mit Hilfe dieser Informationen konnten Steintafeln mit den Namen der Verstorbenen hergestellt werden, welche 2004 auf den Waldfriedhof Halbe gebracht

und dort eingeweiht wurden. Zehn Jahre später, 2014, erschien das Totenbuch, das sowohl die Namen der Verstorbenen als auch weitere Informationen, wie Haftbedingungen, Todesursachen und mehr enthält.

Diese Aufarbeitung hilft bis heute Angehörigen, inzwischen meist der Enkel- oder gar Urenkelgeneration, den Verbleib von vermissten Familienmitgliedern aufzuklären.

Neben dieser Erinnerungs- und Forschungsarbeit bemüht sich der Verein auch darum, das Thema Speziallager in der SBZ sichtbar zu halten und sichtbarer zu machen. Aus diesem Grund sind wir Mitglied in der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. Wir versuchen, bei politischen Veranstaltungen, die sich dem Thema widmen, dabei zu sein, sei es auf Einladung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, der SED- Opferbeauftragten Evelyn Zupke im Bundestag oder bei Gedenkveranstaltungen ebenda.

Sie hier heute alle begrüßen zu können, ist uns daher eine besondere Ehre.

Außerdem ist es uns ein Anliegen, das Thema im Rahmen unserer Möglichkeiten in die Schulen zu bringen. Das machen insbesondere unsere engagierten Mitglieder, wie z. B. Wolfgang Lehmann oder Gisela Krüger, aber auch engagierte Lehrer außerhalb des Vereins, wie z. B. Ingolf Pötsch, deren Arbeit schon zu vielen Schülerprojekten mit Bezug zum Lager Ketschendorf geführt hat. Über die LAKD kommen wir auch mit Studenten in Kontakt, die wiederum eigene Forschungs- und Präsentationsprojekte durchführen.

Die Zeit des Lagers liegt viele Jahre und damit Generationen zurück. Daher ist es heute mehr denn je eine wichtige Aufgabe, das Wissen aufrechtzuerhalten, das Wissen zu teilen und verfügbar zu machen. Es ist unsere Aufgabe, das Interesse hochzuhalten. Und manchmal werden wir überrascht, positiv überrascht. So z. B. erst letztes Jahr, als wir quasi aus dem Nichts eine Anfrage einer französischen Studentin erhielten, die zu eben diesem Thema in Frankreich forscht und Ihre Master-Arbeit dazu schreibt.

Sie war durch Zufall während einer Sprachreise auf das Thema gestoßen. Und ist bei uns die Informationslage zum Thema Speziallager schon sehr schlecht, so ist sie in Frankreich quasi nicht existent. Das möchte diese französische Studentin ändern, hat uns besucht, in unserer Bibliothek recherchiert und ist inzwischen Mitglied unseres Vereins.

Die Zeit schreitet unaufhaltsam fort und wir sind auf das Engagement jüngerer Leute angewiesen.

Es ist nun 77 Jahre her, dass das Lager aufgelöst wurde. 79 sind seit der Einrichtung vergangen. Selbst Kinder, die im Lager geboren wurden, haben heute ein stattliches Alter. Die Zeitzeugen werden immer weniger. Wir schätzen uns glücklich, noch welche von ihnen unter unseren Mitgliedern zu haben.

Die Zeit zeigt aber eines ganz deutlich: Wenn das Thema nicht in Vergessenheit geraten soll, brauchen wir einen Generationswechsel. Wir brauchen jüngere Leute,

die sich für das Thema einsetzen wollen und bereit sind, Zeit und Arbeit zu investieren. Bei uns im Verein haben wir diesen Wechsel vor drei Jahren vollzogen, vielen Vereinen steht er aber noch bevor.

Es war uns schon damals klar: eine leichte Aufgabe ist das nicht. Es gilt, das Alte mit dem Neuen zu verbinden. Wir wollen das Angebot einerseits so weiterführen, wie es gewohnt und gemocht ist. Andererseits muss sich das Angebot auch ändern, möchte man andere Zielgruppen erschließen. Und das müssen wir, wollen wir erreichen, dass außerhalb eines bestimmten politischen Kreises die Menschen von der Geschichte wissen und diese als Mahnung in Erinnerung behalten.

Es ist wahrlich nicht einfach, auch deshalb, weil wir, anders als viele unsere Vorgänger, mitten im Berufsleben stehen und der Vereinsarbeit weit weniger Zeit einräumen können, als es dem Thema angemessen wäre und als wir es gerne tun würden. Es gilt für uns, Arbeit und Verein neu zu balancieren und miteinander in Einklang zu bringen. Es gilt, mit einem für uns machbaren Einsatz ein sinnvolles, zukunftsfähiges Ergebnis hinzubekommen. Manchmal müssen wir auch unsere eigenen Ansprüche an unsere Arbeit herunterschrauben.

Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass jedes Engagement, die Erinnerung wach zu halten, lohnend ist. Und wir dürfen uns freuen, dass genau dies von unseren Mitgliedern so mitgetragen und genauso gesehen wird. Insofern möchte ich all diejenigen, die vor einem ähnlichen Generationenwechsel stehen, ermuntern, diese Schritte anzuge-

hen. Vielleicht wird das Erinnern ein anderes, doch jeder Schritt wider dem Vergessen ist wertvoll.

Ich danke Ihnen allen, dass Sie hier sind. Und ich danke insbesondere Fr. Dr. Maria Nooke für die wunderbare Gelegenheit, Sie alle hier begrüßen zu können.

Wenn Sie mehr über unseren Verein, unsere Tätigkeit oder unsere Erfahrungen wissen möchten, sprechen Sie mich gerne an oder nehmen sich einfach nur einen Flyer mit.

Vielen Dank.

Lesung aus Briefen von Angehörigen Internierter

Schülerinnen des Oberstufenzentrums Oder-Spree, Fürstenwalde



Schülerinnen des Oberstufenzentrum Oder-Spree (Europaschule) Fürstenwalde/Spree haben sich in einem Schulprojekt mit Biografien von Menschen beschäftigt, die zwischen 1945 und 1947 im Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 inhaftiert waren. Unter Begleitung ihrer Lehrerin Doreen Kosch und des Gedenkstättenlehrers Ingolf Pötsch haben sie sorgfältig in den vorliegenden Akten und den Briefen von Angehörigen recherchiert und aus Anlass der Gedenkveranstaltung am 26. Mai 2024 die Texte der Lesung zusammengestellt und vorgetragen.

Wir danken den Schülerinnen Charlotte Kaiser, Amelie Kaiser, Phillis Tietz und Lille Korallus für ihren bewegenden Beitrag.

"Leben in Ketschendorf":

Alltag eines 16-Jährigen im Lager aus dem Bericht von HANS DITTNER¹

(...) Dem Bericht Hans-Otto Dittners über seine Lagerzeit ist eine Skizze der Küchenbaracke beigelegt. (...) H.O. Dittner, welcher lange Zeit Essenholer vom Jugendzug B 10 war und dreimal täglich Rationen in Empfang nahm. (...)

Die „Schleuse“ diente nach meiner Erfahrung der Einzelabfertigung der neu angekommenen Häftlinge. Dort und dabei fand eine genaue Kontrolle des Gepäcks und Requirierung von Gürteln, Hosenträgern, Bändern, Schreib- und Schneidewerkzeugen, Wertgegenständen – aber auch von doppelt vorhandenen Gegenständen (z. B. zweite Wolldecke, zweites Paar Schuhe u. a.) statt. Das geschah in sehr rüder, ruppiger Form – Widerspruch war völlig ausgeschlossen (...)

Die anschließende Unterbringung der Häftlinge (z. B. meine eigene am 27. September 1945) erfolgte in leerstehenden Räumen des (Jugend-) Hauses 1 bzw. 7 (lt. Lageplan) in der DEKA-Reifenwerkssiedlung Ketschendorf.

Mit zunehmender Füllung des Lagers im Herbst 1945 waren sämtliche Räume vom Keller bis zum Dachgeschoss so voll belegt, dass die Häftlinge auf dem Fußboden (bzw. auf dem Beton der Kellerräume) ganz eng nebeneinander auf Tuchfühlung liegen mussten. Später, als die Füllung des Lagers weiter stark anstieg, wurden aus rauen, ungehobelten Schalbrettern eine zweite und z. T. auch dritte Ebene „Pritschen“ gebaut und auch dann lagen alle wieder eng auf Tuchfühlung. Die Konstruktionen waren recht gefährlich und stellten schlimme Herde und Übertragungselemente für tausende von Flöhen, Wanzen und Läusen dar. In Abständen von mehreren Wochen fanden im Keller des „Lazarets“ Entlausungen statt. Das geschah zugweise. Ein Zug hatte 50 Personen. Während die Häftlinge kurze Zeit unter Duschen standen, wurden die Kleidungsstücke in stark erhitzte Dampfkammern gehängt und anschließend wieder ausgehängt. Die Wirkung war gering und kurz danach setzte das Ungeziefer seine Peinigungen fort. Die Toiletten für mehrere tausend Häftlinge bestanden aus einer ca. 8 m langen Grube von trapezförmigem Querschnitt. (...) Das tägliche Gesicht- und Händewaschen geschah im Freien in und über Steintrögen (...)

Ebenso erfolgte das Waschen der Unterwäsche, Taschentücher u. a., Wäschewechsel gab es nicht. Das Zähneputzen entfiel, da wir weder Zahnbürsten noch Zahnpflegemittel besaßen. (...)

¹ Dittner, (Journal: Dittner) Hans, Vatersname Otto, geboren 1929, deutsch
Verhaftet am 17. September 1945 von oper. Gr. Spreeberg
Lfd. Nr. 5495, Reg. Nr. 55995
Verlegt in Lager Nr. 9 am 28. Februar 1947
Archiv: P2 -125-

Von dem Fundus, der von den vielen Toten stammte, erhielt man „bei Bedürftigkeit“ Ersatz. Meistens musste man allerdings Wäschestücke, Kopfbedeckungen, Winterkleidung, Strümpfe, Fußlappen u. a. durch Hergabe von Brotrationen, die die Währung darstellten, eintauschen. Der ohnehin fürchterliche Hunger eskalierte zu körperlichem Schmerz, wenn man aus vorgenanntem Grunde auf Teile oder die Gesamtmenge der täglichen Brotration verzichten musste. (...)

Die Posten hatten Maschinenwaffen, um jede Aktion der Häftlinge – insbesondere Ausbruchsversuche - zu verhindern. (...) Bei Dunkelheit wurde der Lagerzaun hell erleuchtet, die Posten hatten außerdem Scheinwerfer zur Verfügung. Das Bewachungssystem war so perfekt, dass es meines Erachtens nie eine gelungene Flucht gegeben hat. (...)

Die Häftlingsstrukturen stellten einen Querschnitt aus allen sozialen Bevölkerungsschichten des deutschen Volkes dar. Mir sind Mithäftlinge bekannt, die vor ihrer Verhaftung Führungskräfte im Handel und der Industrie, Ingenieure, Meister, Obermeister, Beamte, Angestellte, Ärzte, Zahnärzte, Polizeibeamte, Lehrer, Ausbildungsleiter, selbstständige Unternehmer, Künstler, Schauspieler, Landwirte, Kaufleute, Handwerker aller Art, Arbeiter, Schüler, Lehrlinge u. a. waren.

Es gab ungefähr 1.500 männliche Jugendliche vom 13. Lebensjahr an aufwärts, (...) Junge Mädchen, aber auch Frauen mittleren Alters habe ich im Frauenlager gesehen. (...)

Allein von den in Welzow, meinem damaligen Heimatort, verhafteten Jugendlichen, verstarben in 1½jähriger Ketschendorfer Haft in dem NKWD-Lager mehr als 45 %, obwohl all diese Jungen in gesundem, kräftigen Zustand eingeliefert worden waren.

Selbst den Toten wurde noch Gewalt angetan, bevor sie in Massengräbern verschwanden. Sie wurden entkleidet, ihr Eigentum wurde entwendet, ihre Goldzähne brutal entfernt, unsanft auf Transportwagen geladen und noch unsanfter ins Massengrab befördert. (...)

Nach meiner Entlassung aus dem Internierungslager Fünfeichen am 20. Juli 1948 bin ich von zahlreichen Welzower Familienangehörigen Internierter nach dem Verbleib letzterer befragt worden. Ich hatte zu große Angst, Auskünfte über Verstorbene im Besonderen zu erteilen, da auch ich bei der Entlassung von einem Offizier des NKWD deutlich die Warnung erhielt: „... Wer über den Aufenthalt in den Lagern irgendetwas verlauten lässt, ist sofort wieder drin, wir haben unsere Augen und Ohren überall!“

"Kein Reden über Ketschendorf":

aus dem Brief des Enkelsohnes von KURT DRÄGER²

Brief von Marcel Damaschke vom 15. November 2005: „*Ich bin der Enkelsohn von Herrn Kurt Dräger, geboren am 22. Januar 1929 in Angermünde. Er war Häftling im Ketschendorf Speziallager. Anbei erhalten Sie die Geburtsurkunde meines Großvaters. (...) Vor ungefähr 10 Jahren hat mein Großvater eine Entschädigung wegen dieser Internierung erhalten. Zum damaligen Zeitpunkt interessierten mich Hintergrundinformationen zu diesem Speziallager.*

Mein Interesse daran ist bis jetzt ungebrochen. Leider ist mein Großvater vor 2 ½ Jahren gestorben. (Ki: 2002) Er hat nie gerne über diese Zeit gesprochen, nicht einmal zu meiner Großmutter. (...)“

"Kinderperspektive":

aus dem Brief der Tochter von IDA FISCHER³

Brief der Tochter an WM vom 4. September 1990: „*Bezugnehmend auf Veröffentlichungen in der Presse und einen Hinweis einer Lagerkameradin meiner 1988 verstorbenen Mutter (...) wende ich mich an Sie.*

– *Meine Mutter wurde im Mai 1945 von den sowjetischen Truppen in Berlin-Hessenwinkel interniert. Als Ursache nehmen wir Denunziation an, denn ich wüsste keinen Grund, diese völlig unpolitische und nicht organisierte Frau zu verhaften. - Für mich als damals 10jähriges Mädchen waren diese fünf Jahre Abwesenheit bis 1950 (ohne Wissen, ob meine Mutter noch lebt) in der Entwicklung vom Kind zur Jugendlichen eine schlimme Zeit mit Auswirkungen bis in die Erwachsenenzeit.*

– *Mein Vater, der zur Zeit der Abholung meiner Mutter schon unter den Folgen eines Schlaganfalls litt, kam auf eine Pflegestation in Berlin-Buch. Für mich selbst fanden sich Nachbarn als Pflegeeltern, wobei der Mann auch halbseitig gelähmt war.*

2 Dräger (Journal: Dreger), Kurt, Vatersname Walter, geboren 1929, deutsch
Verhaftet am 2. November 1945 von oper. Gr. Eberswalde
Lfd. Nr. 5230, Reg. Nr. 55730
Verlegt in Lager Nr. 9 am 28. Februar 1947
Archiv: P2 -133-

3 Fischer, Ida, Vatersname August, geboren 1901, deutsch
Verhaftet am 17. Mai 1945 von Smersch
Lfd. Nr. 1981, Reg. Nr. 26981
Verlegt in Lager Nr. 9
Archiv P 1 -10-
Tochter: Helga Schlittermann, Berlin

– *Meine Mutter litt in Ketschendorf, Fünfeichen bei Neubrandenburg und wurde aus dem Lager Buchenwald im Januar 1950 entlassen. Die Zusammenführung der zerrissenen Familie brachte für alle Beteiligten hohe psychische Belastungen. – Wenn auch meine Mutter die Genugtuung der Wiedergutmachung nicht mehr erleben kann, so bin ich doch der Meinung, dass ich mich ihr zur Gerechtigkeit melden sollte und fühle mich selbst als Opfer dieser Zeit. Sie litt auch noch lange lange Zeit, wenn nicht sogar bis zu ihrem Ende unter diesem ihr unschuldig zugefügten Leid.*

"Darüber reden":

aus dem Brief des Sohnes von HANS DRECHSEL⁴

Brief des Sohnes an die IIK vom 23. August 1998: „...Nachdem die Zeit viele Wunden geheilt hat, während der DDR-Ära das Thema offiziell totgeschwiegen wurde und auch ich mich zwangsläufig mit den Tatsachen abgefunden hatte, lebte bei und nach unserem Besuch in Fürstenwalde die ganze Schrecklichkeit des damaligen Geschehens wieder auf und führte zu der Erkenntnis, dass ein Verdrängen zwar manches erleichtert, jedoch der Bedeutung für uns und die Nachwelt nicht gerecht wird.

Wenn man Jahrzehnte in der Überzeugung gelebt hat, dass es wohl nie möglich sein würde an Ort und Stelle offiziell und ohne Angst vor Repressalien auf dieses Stück deutscher Geschichte aufmerksam zu machen und aufmerksam gemacht zu werden, so bedarf es erst einmal einiger Gewöhnung, dass dies nun möglich ist – und natürlich weiterhin und verstärkt geschehen sollte. (...)

"Was bleibt":

aus dem Brief der Mutter von ROLF LINDECKE⁵

Brief der Mutter an RR vom 15. März 1997: „Sehr herzlich möchte ich mich bedanken für die Aufnahme von der würdigen Gedenkstätte in Ketschendorf. Ich vermag es kaum zu sagen, was die Bilder in mir ausgelöst haben. Eine schmerzliche Trauer, aber dennoch eine

4 Drechsel, (Journal: Drensel) Hans, Vatersname Karl, geboren 1904, deutsch
Verhaftet am 15. Juli 1945 von Smersch 47. Armee
Lfd. Nr. 5220, Reg. Nr. 55720
Gestorben am 29. Dezember 1946
Archiv: P2 -134-

5 Lindecke, (Journal: Lindeke), Rolf, geboren am 7. März 1930,
Vorname des Vaters: Georg, gestorben in Ketschendorf am 20. Februar 1946,
Todesursache: Herzmuskelschwäche; (...)

tiefe Dankbarkeit, - Trauer – alles ist an mir wieder vorübergezogen. Die vielen Jahre der qualvollen Ungewissheit, Sorge und großes Herzeleid um meinen lieben Jungen. Die bange Frage, wo ist mein Junge, wie mag es ihm ergehen, hat mich immer begleitet. Er war doch noch so jung und musste so viel erdulden, unschuldig, krank musste er einsam, fern von zu Hause sterben.

Es tat unsagbar weh, für eine Mutter, die ihr Kind liebte. Dankbar, dass ich nach über 50 Jahren in meinem hohen Alter (fast 89 Jahre) noch über das Schicksal meines lieben Jungen erfahren durfte. Ich weiß nun, er kommt nicht wieder, hat sein junges Leben so früh vollendet. Diese Gewissheit macht mich nun still und gibt mir Ruhe und Frieden.”

Gedenkrede

Prof. Dr. Ulrike Liedtke, Präsidentin des Landtages Brandenburg



„Du darfst nicht über das Lager reden, sonst kommst du nach Sibirien“, sagte der sowjetische Offizier am Lagertor zum Abschied. Ursula Fischer war Zwanzig, als sie verhaftet wurde. Sie sollte sagen, wer in ihrem Heimatort Heidemühl Faschist war. Nach langen Verhören durch sowjetische Offiziere unterschrieb sie ein russisches Protokoll, das man ihr nicht übersetzt hatte und dessen Inhalt sie bis heute nicht kennt. Ursula Fischer hatte Glück. Sie überlebte das Speziallager Ketschendorf, überlebte den Typhus, das Speziallager Jamlitz und das Speziallager Mühlberg, den Hunger, die Nachbarschaft mit den Ratten, sie überstand Kontaktverbot, Ungewissheit, Trostlosigkeit. Einen todbringenden Lageralltag. 4722 Gefangene hatten Ketschendorf nicht überlebt. Viele waren fast noch Kinder.

Sehr verehrte Frau Dr. Maria Nooke, sehr geehrte VertreterInnen der Bundesstiftung Aufarbeitung, Frau Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte der Bundesregierung, Herr Christoph Fichtmüller, Vorsitzender der Initiative Internierungslager Ketschendorf e. V.

Sehr geehrter Herr Landrat Frank Steffen, Herr Vorsitzender der SVV Fürstenwalde/Spree Uwe Koch, Herr Matthias Rudolph, Bürgermeister von Fürstenwalde /Spree!

Liebe Schülerinnen und Schüler des Oberstufenzentrums Oder-Spree Fürstenwalde, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, wie viele der 158.000 Geschichten der Menschen, die in den sowjetischen

Speziallagern inhaftiert waren, kennen wir schon? Wie viele sind noch zu erzählen? Jeder dritte von ihnen hatte nicht überlebt in den Speziallagern Buchenwald, Jamlitz, Fünfeichen bei Neubrandenburg, Mühlberg an der Elbe, Sachsenhausen, Hohen Schönhausen, Wesow und Torgau, eingerichtet auf NKWD-Befehl 00315, verwaltet von der SMERSCH, einer Einrichtung im sowjetischen Innenministerium zur Verhaftung von Verrätern, Spionen, kriminellen Elementen.

Zur Umerziehung, Isolierung, Verwahrung von Nazis. Und zur Abschreckung der Bevölkerung. Nicht nur Deutsche, sondern Menschen aus ganz Europa wurden in den Lagern gefangen gehalten. Vor allem viele Jugendliche. Sie erlebten unvorstellbares Leid, Kälte, Hunger, Hoffnungslosigkeit, Ungewissheit über die Zukunft, wurden krank, viele starben, weil es keine medizinische Hilfe gab. Russen, Weißrussen, Georgier, Ukrainer, Moldawier, Litauer, Esten, Letten, Juden, Franzosen, Schweizer, Engländer, Österreicher. Willkürlich verhaftet aufgrund von Denunziation, Verdächtigung, Verleumdung.

Die Speziallager waren Orte, die es eigentlich nicht gab. Die es nicht geben durfte. Von den Behörden der DDR totgeschwiegen. Die Opfer verleugnet. Aber da waren die Blumen an der Autobahn, im Sommer 1947, von der Volkspolizei eilig weggeräumt. 1952 wurden die Toten von Ketschendorf umgebettet unter falschen Angaben.

Erst nach der Friedlichen Revolution 1989 konnte an das Leiden in den Lagern und

an die Toten erinnert werden. 1990 gab es die erste Gedenkveranstaltung in Halbe und Ketschendorf.

Heute sind diese Gedenkort Knotenpunkte, Orientierungspunkte der Erinnerung. Sie gehören zu den Orten, an denen sichtbar wird, wie das, was nicht für menschenmöglich gehalten wurde, und trotzdem geschah. Diese Frage war der Ausgangspunkt für Hannah Arendts Analyse totaler Herrschaft, einer präzisen Erforschung von dem, was wir heute als „Weggucken oder „Mitmachen“ bezeichnen, wenn man das Böse nicht wahrnimmt, weil man nicht darüber nachdenkt, was man tut oder getan hat. Ich finde, dieses Denken ist heute ganz aktuell, wenn es um Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur und der kommunistischen Diktatur geht.

Die Geschehnisse der Lager zeigen die Signaturen von Diktatur und totalitärer Herrschaft. Ihre Ursachen, Geschichte und die Folgen der Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR werden von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erforscht und an die Öffentlichkeit gebracht. Die Landesbeauftragten beraten Menschen, die Unrechtserfahrungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR gemacht haben, sorgen für Aufklärung der Öffentlichkeit über die DDR-Diktatur, organisieren politisch-historische Bildungsarbeit für junge Menschen und Erwachsene. Sie sind gemeinsam mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen wichtige Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger und halten das gesellschaftliche Bewusstsein wach für das, was Diktatur bedeutet. Mit dem jährli-

chen Bundeskongress, der in diesem Jahr von der Brandenburger LAKD ausgerichtet wird, wird diese Zusammenarbeit noch einmal verdichtet. Ihre Arbeit ist wichtig für unseren Umgang mit Geschichte, wichtig für unsere Demokratie. Schön, dass der diesjährige Bundeskongress Aufarbeitung mit dieser Gedenkveranstaltung im ehemaligen Internierungslager Ketschendorf seinen Schlussakkord findet.

Im Osten Deutschlands haben die Menschen erlebt, wie die Befreiung durch die Rote Armee in eine neue Diktatur geführt hat. Vielen war das lange nicht klar, sie hatten gehofft auf Freiheit und Demokratie. Auf ein neues Deutschland auch noch nach Gründung der DDR. Schriftsteller und Dichter wie Stefan Heym, Jurek Becker, Volker Braun, Uwe Johnson haben darüber geschrieben.

Die Friedliche Revolution 1989, der erste gelungene Aufstand gegen eine Diktatur in der deutschen Geschichte und Aufbruch zur Demokratie hat es möglich gemacht, diesen gesellschaftlichen Verdrängungsprozess zu überwinden. Erinnerung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, ein schöpferischer Prozess, der aus vielen individuellen und kollektiven Geschichten erwächst. Sie alle müssen erzählt werden. Und aufmerksame Zuhörer finden. So wie heute hier im Lager in Ketschendorf. Denn die Aufarbeitung der Geschichte der Speziallager ist noch lange nicht zu Ende.

Deshalb ist es so wichtig, dass ihr, liebe Schülerinnen und Schüler vom OSZ Oder-Spree heute dieses Gedenken aktiv gestaltet. Dafür meinen herzlichen Dank. Und ein

besonderer Dank auch an die Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e. V. und ihren Vorsitzenden Herrn Fichtmüller für diese Gedenkveranstaltung und die tolle Jugendarbeit, die der Verein zur Aufarbeitung der Geschichte des Internierungslagers leistet.

Aus der Erinnerung an unsere ostdeutsche Geschichte der zwei Diktaturen, der Nazi-diktatur und der kommunistischen Diktatur entstehen Zukunftsfragen. Wir haben Verantwortung als Zukunftsaufgabe aus unserer Geschichte der zwei Diktaturen.

Gerade in einer Zeit, da unsere bisherigen Gewissheiten nicht mehr ausreichen, können Erinnerung, Vergegenwärtigung, Reflexion den Blick schärfen auf unsere Gegenwart, auf den Zustand unserer Demokratie. Und auf ihre Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler, gestern und vorgestern feierten wir den 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes mit einem großen Demokratiefest in Berlin. Wir haben Grund zum Feiern, denn das Grundgesetz ist die Basis für ein Zusammenleben in Deutschland, das von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bestimmt wird. In der Friedlichen Revolution haben wir uns diese Werte und Freiheiten selbst erkämpft. Für uns als Demokratinnen und Demokraten gilt es heute, unsere Demokratie zu schützen und zu stärken. Denn die Demokratie – das sind wir selbst.

Wie in Sachsen und Thüringen wird in diesem Jahr in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Am 9. Juni sind Europawahlen und

Kommunalwahlen. Wir wissen es: Demokratie steht unter Druck. Von außen durch autokratische Systeme. Von innen durch Gleichgültigkeit gegenüber bürgerschaftlichem und politischem Engagement. Vielen Menschen ist klar, dass sie durch ihre Wahl mitentscheiden, wie es in ihrer Stadt, ihrer Gemeinde, wie es in Brandenburg und mit Europa weitergeht. Hunderttausende sind in den vergangenen Monaten für Demokratie auf die Straße gegangen. Eine Million Menschen in ganz Deutschland. Was für eine Politisierung, was für ein Zeichen, kein Ohnmachtsgefühl, stattdessen Engagement, das verbindet! Unzufriedenheit hatte sich angestaut, auch Wut, die sich in Demonstrationen entladen musste. Die Ursache ist auch ein Vertrauensverlust in die Politik – Vertrauen darauf, dass Politiker und Politikerinnen richtige Entscheidungen treffen.

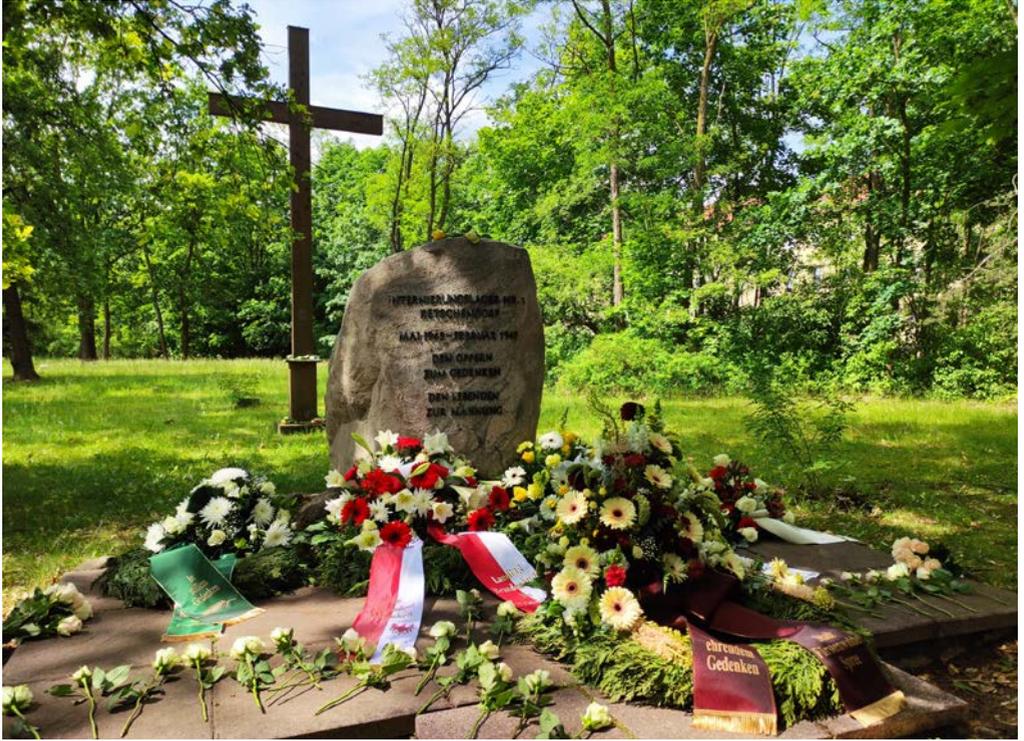
Diesen Vertrauensverlust müssen wir überwinden, denn eine funktionierende lebendige Demokratie ist angewiesen auf möglichst viele engagierte Bürgerinnen und Bürger, auf handlungsmächtige Institutionen, die von vielen Menschen anerkannt, getragen, gestaltet werden.

Demokratie ist verletzlich, muss täglich gelebt werden, weiterentwickelt und erstritten. Diese Einsicht gewinnt jetzt neue Dringlichkeit. Wir müssen uns neu verständigen über die Zukunft der Demokratie - in den Parteien, in den Wahlkreisen, im Parlament, auf dem Marktplatz, auf Theaterbühnen, am Küchentisch. Es kommt darauf an, junge Menschen für ihr Engagement zu gewinnen, um demokratische Strukturen und Prozesse zukunftsfähig zu machen.

Demokratie ist mehr als ein politisches System – sie ist das Fundament unserer Gemeinschaft und unserer Freiheit. Wir alle haben die Möglichkeit, unsere Stimme zu erheben, mitzugestalten und für Veränderungen einzutreten. Demokratie funktioniert von unten nach oben: Wir müssen uns zuerst im Kleinen – in unserer Stadt, in unserer Kommune – einbringen und politische Entscheidungen zum Wohle unserer Gesellschaft treffen.

Das Wort des Jahres 2023 hieß „Krisenmodus“. Für 2024 schlage ich vor „Zuversicht“.

Lassen Sie uns zuversichtlich sein! Vielen Dank!









Anhang

Programm

Freitag, 24. Mai 2024

- 15.00 bis
17.30 Uhr Anreise und Anmeldung im Hotel
- 18.00 Uhr **Kongresseröffnung mit Festveranstaltung**
Begrüßung
Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag
Dr. Robert Grünbaum, stellv. Direktor der Bundesstiftung zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur
Henryk Pilz, Bürgermeister der Stadt Erkner
Totengedenken
verlesen von Dr. Nancy Aris, Sächsische Landesbeauftragte und
Burkhard Bley, Landesbeauftragter Mecklenburg-Vorpommern
Grußwort
Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg
Festvortrag
Wie prägt Herkunft Erinnerung und Aufarbeitung?
Marko Martin, Schriftsteller und Publizist
Musikalische Umrahmung
Band der Musikschule Erkner
- 19.30 Uhr Empfang der Präsidentin des Landtages und
des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg

Samstag, 25. Mai 2024

- 09.00 Uhr **Begrüßung und Ausblick auf den Tag**
Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

09.10 Uhr **Jugend in der DDR zwischen Fremdbestimmung und Selbstbehauptung**

Vortrag

Hoffnungsträger oder Sicherheitsrisiko. Jugend und Jugendpolitik in der SBZ/DDR

Prof. Dr. Bernd Lindner, Kulturosoziologe und Autor

Podiumsgespräch

Stephan Krawczyk, vom preisgekrönten Liedermacher zum Dissidenten

Tina Krone, von der Lehrerin zur Bürgerrechtlerin

Prof. Dr. Bernd Lindner

Moderation: Dr. Peter Ulrich Weiß, LAKD

Musik

Stephan Krawczyk

10.25 Uhr Kaffeepause

10.45 Uhr **Diktatur-Erbe in der Seele**

Vortrag

Psychische Folgen von Sozialisation in der Diktatur

Dr. Agathe Israel, Psychoanalytikerin

Podiumsgespräch

Petra Morawe, Traumafachberaterin

Dr. Agathe Israel

Moderation: Silvana Hilliger, LAKD

12.00 Uhr **Zehn parallele Gesprächsgruppen**



Moderation: Dr. Peter Wurschi

Raum 154



Moderation: Johannes Beleites

Raum 155



Moderation: Sophie Rahause

Raum 060



Moderation: Burkhard Bley

Raum 059



Moderation: Susanne Kschenka

Raum 058



Moderation: Stefanie Wahl

Kongresssaal



Moderation: Frank Ebert

Raum 131



Moderation: Dr. Anja Schröter

Raum 136



Moderation: Dr. Nancy Aris

Raum 137



Moderation: Dr. Maria Nooke

Raum 145

- 13.00 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr **Angebote zum Durchatmen**
- Spaziergang zum Wasser
 - Spaziergang zum Heimatfest Erkner im Rathauspark
- 14.30 Uhr Kaffeepause
- 15.00 Uhr **Berichte aus den Verbänden**
- Moderation: Frank Ebert, Landesbeauftragter Berlin und
Dr. Peter Wurschi, Landesbeauftragter Thüringen
- 17.30 Uhr Pause
- 17.45 Uhr **Gespräch zur Arbeit der Landesbeauftragten, der Bundesstiftung
und der SED-Opferbeauftragten**
- Moderation: Susanne Kschenka, LAKD
- 18.45 Uhr Abendessen
- 20.00 Uhr **Abendprogramm**
- Singen für die Seele mit Matthias Meyer (Leipzig)
im Freien/Raum „Einstein“
 - Swing in den Abend mit der Tanzschule Swing Shack Potsdam
Raum 049/050
 - Film „In einem Land, das es nicht mehr gibt“, Deutschland, 2022, 100 min
Kongresssaal

Sonntag, 26. Mai 2024

- 09.00 Uhr **Begrüßung und Ausblick auf den Tag**
- Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
- 09.10 Uhr **DDR – Fußnote der Geschichte?**
- Vermittlung von DDR-Geschichte als Herausforderung
Dr. Maria Nooke, LAKD
- Podiumsdiskussion**
- Katharina Günther-Wünsch, Bildungssenatorin des Landes Berlin,
2. Vizepräsidentin der Kultusministerkonferenz
- Niko Lamprecht, Vorsitzender Bundesvorstand des Verbandes der
Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e. V.
- Prof. Dr. Kathrin Klausmeier, Geschichtsdidaktikerin Universität Leipzig
- Moderation: Thomas Bittner, rbb

- 11.00 Uhr Kaffeepause + Ausgabe der Lunchpakete + Einstieg in die Busse
11.45 Uhr Abfahrt zur Gedenkveranstaltung
- 12.30 Uhr **Gedenkveranstaltung in Ketschendorf**
Grußworte
Dr. Maria Nooke, LAKD
Christoph Fichtmüller, Vorsitzender der Initiativgruppe
Internierungslager Ketschendorf e. V.
Lesung aus Briefen von Angehörigen Internierter
Schülerinnen und Schüler des Oberstufenzentrums Oder-Spree,
Fürstenwalde
Gedenkrede
Prof. Dr. Ulrike Liedtke, Präsidentin des Landtages Brandenburg
Kranzniederlegung
Musikalische Umrahmung: Ralf Benschu, Saxophon
- 13.30 Uhr Kongressende und Abreise

Kurzbiographien der Programmbeteiligten

<p>Dr. Nancy Aris</p>	<p>ist seit 2021 die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Historikerin studierte in Berlin, Moskau und Wrocław. Sie promovierte zur Geschichtsschreibung im Stalinismus und arbeitete zur Repressions- und Widerstandsgeschichte. Dabei widmete sich Dr. Aris ehemaligen Haftorten, vor allem aber den individuellen Erfahrungen politisch Verfolgter. Von 2003 bis 2021 war Dr. Nancy Aris bereits stellvertretende Landesbeauftragte.</p>
<p>Johannes Beleites</p>	<p>ist seit April 2024 der Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Seit den 80er Jahren war er in der kirchlichen Friedens- und Umweltbewegung in der DDR aktiv, 1990 Stasi-Auflösung in Leipzig und Mitarbeit am ersten Stasi-Unterlagen-Gesetz. Jurastudium in Göttingen und Berlin, freie Tätigkeit in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagen-Behörde sowie als Studienleiter an der Evangelischen Akademie Thüringen.</p>
<p>Ralf Benschu</p>	<p>ist Jahrgang 1962, wuchs in Potsdam auf und erhielt Musikunterricht auf Klarinette und Saxophon. Nach einer Berufsausbildung zum Bau-facharbeiter, folgten Militärdienst im Armeeorchester Potsdam und ein Studium an der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ in Berlin. Seit 1986 arbeitet Ralf Benschu freiberuflich als Musiker, vorwiegend im Rock-und Jazzbereich. Er wurde als langjähriger Musiker der Band Keimzeit bekannt und spielte im Orchester des Friedrichstadtpalastes Berlin und in anderen klassischen Orchestern, auch als Solist. Er ist in verschiedenen Besetzungen mit anderen Musikern unterwegs, veröffentlichte mit dem Gothaer Kirchenmusikdirektor Jens Goldhardt bislang acht CD`s „Orgel & Saxophon“ und begleitet den Liedermacher Gerhard Schöne bei verschiedenen Programmen. Als Musikpädagoge wirkt Ralf Benschu an der Städtischen Musikschule „J. S. Bach“ Potsdam.</p>
<p>Thomas Bittner</p>	<p>ist Jahrgang 1965, geboren und aufgewachsen in Dessau-Roßlau. Nach dem Studium in Leipzig arbeitete er ab 1990 als Journalist im „Jugendradio DT 64“. Seit 1992 folgte die Arbeit zuerst beim ORB, später rbb, zunächst als Reporter und Redakteur bei „Rockradio B“, dann bei FRITZ, ab 1995 als Moderator, Redakteur und Reporter von InfoRadio, ab 2000 bei radioeins. 2002 folgte der Wechsel zum Fernsehen. Thomas Bittner ist jetzt Redakteur für rbb24 Brandenburg aktuell im crossmedialen Fachressort Landespolitik Brandenburg.</p>

<p>Burkhard Bley</p>	<p>ist seit 2023 Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. 1988 schloss er sich einer oppositionellen Basisgruppe an, die zur Keimzelle des Neuen Forums für die Nordbezirke der DDR wurde. 1995 Abschluss eines Fernstudiums an der Universität Leipzig als Diplom-Kulturwissenschaftler. 1987 arbeitete er in der Druckerei der Schweriner Volkszeitung als Zeitungskorrektor und seit 1992 im Redaktionsarchiv als Dokumentar. Seit 2007 war er als freiberuflicher Berater und seit 2009 als Bürgerberater für die Behörde der Landesbeauftragten tätig. Seit Juli 2012 baute er die Anlauf- und Beratungsstelle für den Fonds „Heimerziehung in der DDR“ für Mecklenburg-Vorpommern auf, die er bis zum Ende des Fonds im Dezember 2018 leitete. Seit November 2013 war Burkhard Bley Stellvertreter der Landesbeauftragten.</p>
<p>Frank Ebert</p>	<p>schloss sich ab 1988 der Berliner Umwelt-Bibliothek an und nahm an den Protesten gegen die gefälschten Kommunalwahlen in der DDR teil. Mit anderen Oppositionellen organisierte er die Mahnwache für die Freilassung der politisch Inhaftierten im Oktober 1989 und besetzte 1990 die ehemalige MfS-Zentrale. Er war Mitbegründer des Archivs der DDR-Opposition. In dieser Zeit realisierte Ebert unter anderem die „Lichtgrenze“ zum 25. Jahrestag des Mauerfalls. Seit 2023 ist er Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.</p>
<p>Dr. Robert Grünbaum</p>	<p>ist 1967 in Leipzig geboren und studierte Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Germanistik an der Universität Mannheim. Es folgte die Promotion zum Dr. phil. an der TU Chemnitz. Von 1994 bis 2000 war Dr. Grünbaum wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft der Universität Bayreuth. Seit 2000 ist er Leiter des Arbeitsbereichs Politische Bildung und seit 2001 zudem stellvertretender Direktor der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.</p>
<p>Katharina Günther-Wünsch</p>	<p>übernahm im April 2023 das Amt der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie des Landes Berlin. In Dresden geboren, absolvierte sie nach ihrem Studium der Humanmedizin auch das Lehramtsstudium an der dortigen Universität und arbeitete nach einer Lehrtätigkeit in Namibia und Südafrika ab 2012 in Dresden als Lehrerin. Von 2013 bis 2021 war Frau Günther-Wünsch an der Berliner Walter-Gropius-Schule tätig, u. a. als stellv. Schulleiterin. Ihr politisches Engagement begann 2014 als CDU-Mitglied. Sie war von 2016 bis 2021 Bezirksverordnete. Seit 2021 ist sie Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und stellv. Kreisvorsitzende. Derzeit ist sie 2. Vize-Präsidentin der Kultusministerkonferenz.</p>
<p>Silvana Hilliger</p>	<p>ist seit 2010 Referentin bei der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Sie ist zuständig für die Jugendbildungsarbeit, für verschiedene Aufarbeitungsthemen und leitet den Bereich „Zentrale Aufgaben“. Silvana Hilliger ist Sozialwissenschaftlerin. Sie war 1990 in der frei gewählten Volkskammer der DDR als Mitarbeiterin und von 1991 bis 2009 im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg in verschiedenen Aufgabenbereichen tätig (u. a. Jugendpolitik, Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, schulische Mitwirkungsgremien). Sie ist Mitglied der Jury des Jugendgeschichtsprogramms „Zeitensprünge“ und der Landesjury für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten.</p>

<p>Dr. med. Agathe Israel</p>	<p>ist Psychoanalytikerin sowie Fachärztin für Psychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Psychotherapie. Sie arbeitete in der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie und ist Mitbegründerin des Instituts für analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie "Esther Bick" (IAKJP) Berlin. Seit über 20 Jahren behandelt sie Säuglinge und Kleinkinder und ihre Eltern mit der Methode der analytischen Säuglings-Kleinkind-Eltern-Psychotherapie (SKPT), die sie mit entwickelte. Sie untersucht frühe Beziehungen und Lebensbedingungen, wie z. B. die institutionelle Frühbetreuung in der DDR und der heutigen Zeit. In ihren Publikationen befasst sie sich mit Säuglingsbeobachtung, Frühgeborenen, frühen Objekterfahrungen, der psychoanalytischen Psychotherapie, Krippenbetreuung, Kindheit und Gesellschaft, z. B. "Krippenkinder in der DDR", Verlag Brandes & Apsel, 3. Auflage 2024</p>
<p>Dr. Anna Kaminsky</p>	<p>ist in Gera geboren und studierte in Leipzig an der Sektion Theoretische und angewandte Sprachwissenschaft. 1993 erfolgte die Promotion. Anschließend war Dr. Kaminsky unter anderem als Mitarbeiterin in verschiedene Forschungs- und Ausstellungsprojekte eingebunden. Seit 2001 ist sie Direktorin sowie seit 2021 Vorstandsmitglied der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Zudem ist Dr. Kaminsky Autorin und Herausgeberin von zahlreichen Publikationen zur Alltags- und Konsumkultur in der DDR sowie zu Fragen der Erinnerungskultur.</p>
<p>Prof. Dr. Kathrin Klausmeier</p>	<p>ist Professorin für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich u. a. mit den Vorstellungen Jugendlicher von der DDR und zeigt empirisch Dynamiken der DDR-Erinnerung auf. In zahlreichen außerschulischen und außeruniversitären Institutionen der Geschichtsvermittlung ist sie beratend tätig, so etwa im Beirat „Aufarbeitung“ der Stiftung Ettersberg. Aktuell ist sie als Gastwissenschaftlerin an der Queens University Belfast tätig.</p>
<p>Stephan Krawczyk</p>	<p>studierte Konzertgitarre in Weimar und arbeitet seit 1980 als freiberuflicher Musiker, Autor und Künstler. 1981 gewann er den Chansonwettbewerb der DDR. Wenige Jahre später wurden seine Konzerte und die Theaterstücke gemeinsam mit Freya Klier immer regimekritischer, sodass er mit Berufsverbot belegt wurde. Er trat trotzdem in Kirchen auf und wurde zu einer Symbolfigur der DDR-Oppositionsbewegung. Nach seiner Verhaftung Anfang 1988 wurde die Ausreise in die Bundesrepublik erzwungen. Stephan Krawczyk schreibt bis heute Lieder und Bücher und gibt Konzerte.</p>
<p>Tina Krone</p>	<p>ab 1982 Lehrerin in Ost-Berlin, nach der Unterschrift unter eine Eingabe gegen das Wehrdienstgesetz der DDR fortgesetzte Repressionen bis zum Berufsverbot, bis 1989 Mitarbeit in verschiedenen Zirkeln und Gruppen der DDR-Opposition (Frauen für den Frieden, Friedenskreis Friedrichsfelde, Redaktionsgruppe des illegalen Radiosenders „Schwarzer Kanal“ u. a.), 1989 bis 1994 Mitglied des Neuen Forums, 1990 bis 1992 Redakteurin bei der Wochenzeitung „die andere“, 1992 bis 2021 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Archivleiterin in der Robert-Havemann-Gesellschaft.</p>

<p>Susanne Kschenka</p>	<p>ist seit 2018 Referentin für politisch-historische Erwachsenenbildung der brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten und deren Stellvertreterin. Sie studierte Wirtschaftsrecht in Leipzig und arbeitete danach für die Evangelische Kirche in Magdeburg. Im Herbst 1989 gründete sie die SDP/SPD in Magdeburg mit und war Abgeordnete der frei gewählten Volkskammer der DDR. Nach verschiedenen Arbeitsstationen und dem Ablegen des 2. Staatsexamens war Susanne Kschenka bis 2018 Beraterin im Mobilen Beratungsteam Cottbus beim Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung.</p>
<p>Niko Lamprecht</p>	<p>ist 1963 in Hamburg-Harburg geboren, seit 1990 Gymnasiallehrkraft für Geschichte, Musik und Politik in Hessen, seit 2012 Oberstudiendirektor an der Carl-von-Ossietzky-Schule Wiesbaden. Für den Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e. V. (VGD) in diversen Funktionen tätig, seit 2023 als Bundesvorsitzender. Mitarbeit bei Film- und Onlineformaten z. B. zu „Die Deutschen“/ZDF, Federführung beim VGD/MDR-Onlineportal „Eure Geschichte“ oder dem VGD/EKD-Onlineportal „reformation reloaded“. Autor von „Musik im Nationalsozialismus“, „Migration“, „Extremismus“, Mitautor von „Geschichte – Leitfaden Referendariat“.</p>
<p>Prof. Dr. Bernd Lindner</p>	<p>ist Kulturhistoriker und -soziologe. Von 1978 bis 1990 arbeitete er am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig. Danach forschte er auch in Karlsruhe und München. Für das Zeitgeschichtliche Forum kuratierte er von 1994 bis 2015 Ausstellungen in Leipzig, Bonn, Berlin u. a. Orten. Er hat zahlreiche Bücher und Aufsätze zur ostdeutschen Geschichte nach 1945 verfasst und sich immer wieder mit Fragen zur DDR-Jugendpolitik und Jugendkultur beschäftigt. Hierzu kuratierte er auch die Ausstellungen »Rock! Jugend und Musik in Deutschland« (2005) und »Mit 17 ... Jung sein in Deutschland« (2011). Er lebt und arbeitet in Leipzig.</p>
<p>Marko Martin</p>	<p>ist 1970 geborgen, verließ im Mai 1989 als Kriegsdiensttotalverweigerer die DDR und lebt, sofern nicht auf Reisen, als Schriftsteller in Berlin. Er veröffentlichte u. a. in der von Hans Magnus Enzensberger gegründeten Anderen Bibliothek zwei Erzählbände sowie den Essayband „Dissidentisches Denken. Reisen zu den Zeugen eines Zeitalters“, dazu literarische Tagebücher über Tel Aviv, Hongkong, Havanna und Südafrika. Zuletzt erschien der Essayband „´Brauchen wir Ketzer?´ Stimmen gegen die Macht“ (Arco Verlag Wien).</p>
<p>Petra Morawe</p>	<p>studierte in der DDR Theaterwissenschaften und Regie. 1981 wurde sie aus politischen Gründen exmatrikuliert und dafür 2005 rehabilitiert. Sie engagierte sich in Oppositionsgruppen gegen die SED-Diktatur, beteiligte sich an der Gründung des NEUEN FORUM und 1990 an der Stasi-Auflösung. In den 2000er Jahren forschte sie zu psychischer Folter in der DDR. Bis zur Rente war sie Referentin für Rehabilitation, Entschädigung und Bürgerberatung bei der Aufarbeitungsbeauftragten des Landes Brandenburg. In deren Auftrag bietet sie seit 2021 Traumaberatung für politische Verfolgte an. Petra Morawe ist Mitglied im Vorstand der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und des Beratungsgremiums des Bundesarchivs, das die Transformation des Stasi-Unterlagenarchivs begleitet.</p>

Musikschule Erkner	<p>ist ein kulturelles Zentrum, das sich der Förderung von musikalischem Talent und der Begeisterung für Musik verschrieben hat. Mit einer Vielzahl von Kursen und Unterrichtsmöglichkeiten bietet sie Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Chance, ihr musikalisches Können zu entwickeln und zu verfeinern. Die Schülerband der Musikschule „5 of hearts“ gründete sich vor vier Jahren. Zusammen mit dem Schulleiter Konstantin Otto erarbeiten Esther Hildebrandt (Gesang), Lena Lilge (Keyboards), Paul Bache (Gitarre), Mark Paulat (Schlagzeug) und Felix Hergarten (Bass) Popcover von Amy Winehouse bis The Cranberries.</p>
Dr. Maria Nooke	<p>ist seit 2017 die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Zuvor war sie stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer und leitete die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde. Sie hat zur Geschichte von Flucht und Fluchthilfe veröffentlicht sowie das Forschungsprojekt zu den Todesopfern an der Berliner Mauer geleitet. In den 1980er-Jahren war sie Mitherausgeberin des Oppositionsblattes „Aufbruch“ des Ökumenischen Friedenskreises der Region Forst.</p>
Henryk Pilz	<p>ist seit Mai 2018 der amtierende Bürgermeister der Gerhart-Hauptmann-Stadt Erkner. Im Juni 1965 in Frankfurt (Oder) geboren, zog es seine Familie ein Jahr später nach Erkner, wo er bis heute lebt. Seine Schulzeit absolvierte er in Erkner. Die berufliche Erfüllung suchte Henryk Pilz zunächst im Handwerk. Nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung zum Zimmerer legte er im Anschluss die Meisterprüfung ab. Als selbstständiger Zimmerermeister war er schon damals beruflich viel in Erkner und Umgebung unterwegs. Erste kommunalpolitische Verantwortung übernahm er bereits 2006 bis 2018, als er sich anfangs als sachkundiger Einwohner und ab 2008 als Stadtverordneter für die Belange der Bürgerinnen und Bürger seiner Heimatstadt eingesetzt hat. Als nahbares Oberhaupt der Stadt ist er stets für einen Gedankenaustausch greifbar.</p>
Sophie Rahause	<p>ist seit April 2023 Referentin für politisch-historische Jugendbildung bei der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Sie hat Geschichte und Französisch auf Lehramt an der Universität Potsdam studiert. Nach ihrem Studium arbeitete sie zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl der Geschichtsdidaktik der Universität Potsdam und schließlich im Bereich Bildung und Vermittlung der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.</p>
Dr. Anja Schröter	<p>ist Historikerin und Leitungsreferentin beim Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie hat an der Universität Potsdam Geschichte, Politikwissenschaften und Öffentliches Recht studiert, am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung u. a. zum Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches und zur Scheidungsrechtspraxis in Ostdeutschland geforscht und war wissenschaftliche Mitarbeiterin der Robert-Havemann-Gesellschaft.</p>

<p>Tanzschule Swing Shack</p>	<p>Lindy Hop ist ein Swingtanz, der eine einzigartige und fast magische Kultur innehat, die auf Kreativität, sozialem Miteinander und Ausdruckstanz basiert. Seit vielen Jahren engagiert sich die Tanzschule Swing Shack für eine lebendige Potsdamer Swing-Kultur. Dazu gehören Tanzkurse, in denen sowohl Leichtigkeit, Improvisation und Spaß an der Bewegung und der Jazzmusik im Mittelpunkt stehen, als auch sogenannte „Socials“ –Tanzabende bei denen frei getanzt wird und man gesellig beisammen ist.</p>
<p>Stefanie Wahl</p>	<p>studierte Germanistik, Soziologie und Europäische Ethnologie in Freiburg/i.Br. und Hamburg. Ab 2002 arbeitete sie als selbständige Ausstellungskuratorin zu den Themen DDR-Opposition, DDR-Diktatur, DDR-Alltag und DDR-Kulturpolitik in Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und Bayern. Sie wirkte an zahlreichen Ausstellungen und Projekten mit, u. a. „Friedliche Revolution und Mauerfall“, „Lichtgrenze“ und Open-Air-Ausstellungen im Öffentlichen Raum in Potsdam, Dresden und Falkensee und entwickelte und leitete das Projekt zur Erstellung einer neuen Dauerausstellung im Grenzlandmuseum Teistungen. Seit März 2020 ist sie Referentin für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit bei der LAKD.</p>
<p>Dr. Peter Ulrich Weiß</p>	<p>Dr. Peter Ulrich Weiß studierte nach einer Lehrausbildung zum Kulissenmaler Geschichte und Romanistik in Potsdam, Paris und Bukarest. Danach forschte, publizierte und lehrte er als Historiker am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und an der Humboldt-Universität zu Berlin mit den Themenschwerpunkten Geschichte der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa und der DDR sowie Friedliche Revolution und Transformation. Seit 2020 arbeitet er als Referent für Historische Forschung, Gedenkstätten und Publikationen bei der LAKD.</p>
<p>Dr. Peter Wurschi</p>	<p>ist seit 2018 Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Der promovierte Politikwissenschaftler und Soziologe forschte unter anderem zur Entwicklung der politischen Opposition in seiner Heimatstadt Suhl und zur DDR-Jugendprotestkultur in Thüringen. Von 2014 bis 2016 war Dr. Wurschi Mitglied der Expertenkommission des Deutschen Bundestages zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes.</p>
<p>Evelyn Zupke</p>	<p>ist seit dem 17. Juni 2021 SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag. Ende der 1980er-Jahre engagierte sie sich im oppositionellen Friedenskreis Weißensee. Hier war Frau Zupke 1989 maßgeblich an der Aufdeckung des Wahlbetruges bei den DDR-Kommunalwahlen beteiligt. Als Ombudsperson setzt sie sich für die Anliegen der SBZ/SED-Opfer ein und trägt zur Würdigung der Opfer des Kommunismus in Deutschland bei. Sie berät den Deutschen Bundestag und seine Ausschüsse, die Bundesregierung sowie Einrichtungen in Fragen, die die Angelegenheiten der Opfer betreffen.</p>

Bildnachweis

Alle Bildrechte liegen bei der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, mit Ausnahme der folgenden:

Konstantin Gastmann: S. 8, 9, 10, 12, 15, 17, 19, 20, 22, 33, 34, 150, 151, 192, 194, 197, 203, 207 bis 210

Bernd Lindner: S. 38, 39, 40, 43, 44, 47, 49

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Bestand Jürgen Nagel: S. 47

Bernd Lasdin: S. 48

Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau: S. 89, 90

Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.: S. 91, 92

Gedenkort Neubrandenburger Lindenberg-Stasi-Untersuchungshaftanstalt e. V.: S. 118

Bürgerkomitee „15. Januar“ e. V.: S. 124



Deutscher Bundestag
Die SED-Opferbeauftragte

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

